



Matthias Waechter

bpb
Bundeszentrale für
politische Bildung

Pocket Frankreich

Frankreich und Deutschland teilen eine jahrhundertelange, äußerst wechselvolle Beziehung: von ihren gemeinsamen Wurzeln im Fränkischen Reich über Jahrzehnte der „Erbfeindschaft“ und die brutale deutsche Besatzung im Zweiten Weltkrieg bis hin zu einer beispiellosen internationalen Kooperation, die sich nach 1945 entwickelte und zum Kern der europäischen Verständigung avancierte. Wie ist das heutige Frankreich entstanden, und was zeichnet es politisch, wirtschaftlich und kulturell aus? Wie lassen sich vor diesem Hintergrund Frankreichs Stellung in Europa und die Beziehungen zu Deutschland verstehen? Matthias Waechter legt die Geschichte Frankreichs in ihren wichtigsten Zügen dar. Er erläutert die Grundlagen des politischen Systems der Fünften Republik und analysiert die mitunter krisenhaften politischen Entwicklungen der vergangenen Jahre. Der Autor beschreibt die Strukturen der französischen Wirtschaft und arbeitet zentrale Unterschiede zur deutschen heraus. Zudem nimmt er kulturelle Entwicklungen und das spezifische kulturelle Selbstverständnis Frankreichs in den Blick, beleuchtet aktuelle gesellschaftliche Herausforderungen ebenso wie prägende Aspekte des französischen Alltagslebens.



Matthias Waechter



Pocket Frankreich



Frankreich – physische Übersicht und Verkehr

- Orte und Einwohner/-innen**
- über 1 000 000
 - 500 000–1 000 000
 - 100 000–500 000
 - unter 100 000

- Verkehr**
- Autobahn, Schnellstraße
 - sonstige wichtige Straße
 - Eisenbahn
 - - - - - Fährlinie
 - - - - - Eurotunnel
 - ✈ Flughafen
 - ⚓ Seehafen

- Relief, Hydrografie**
- Landhöhen in m über Normnull
- über 4 000
 - 3 000–4 000
 - 2 000–3 000
 - 1 000–2 000
 - 500–1 000
 - 200–500
 - 0–200
 - unter 0

0 1 : 8 000 000 200 km
© nr-kartographie, 2026

Impressum

Bonn 2026

© Bundeszentrale für politische Bildung/bpb

Bundeskanzlerplatz 2, 53113 Bonn, www.bpb.de

Redaktion bpb: Christoph Rasemann (verantwortlich), Timo Jäckel

Lektorat: Christoph Rasemann, bpb; Yvonne Paris, Bad Neuenahr

Grafische Konzeption und Gestaltung: KonzeptQuartier GmbH, Fürth

Karten: mr-kartographie, Gotha

Druck: Kern GmbH, Bexbach

Bestellungen und weitere Pocket-Ausgaben: www.bpb.de/pocket

Bestellnummer: 2568

978-3-8389-7283-1

Diese Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung der Bundeszentrale für politische Bildung dar. Für die inhaltlichen Aussagen trägt der Autor die Verantwortung. Beachten Sie bitte auch unser weiteres Print- sowie unser Online- und Veranstaltungsangebot. Dort finden sich weiterführende, ergänzende wie kontroverse Standpunkte zum Thema dieser Publikation.

Die Inhalte der zitierten Internetlinks unterliegen der Verantwortung der jeweiligen Anbietenden; für eventuelle Schäden und Forderungen können die bpb und der Autor keine Haftung übernehmen.

Titel: Die Kunstflugstaffel *Patrouille de France* fliegt während der Schlussetappe der Tour de France in Paris am 20. September 2020 über die Champs-Élysées.

Inhalt

Einleitung: Zwischen Globalisierungskritik und Weltoffenheit _____	4
1 Frankreich: Einheit und Vielfalt _____	18
2 Vom mittelalterlichen Königtum zur Republik: Schlüsselmomente der französischen Geschichte _____	28
3 Die Fünfte Republik: Verfassung und Politik _____	104
4 Volksfront, Mai '68, Gelbwesten: soziale Bewegungen im Wandel _____	138
5 Frankreich in der Europäischen Union _____	156
6 „Made in France“ in der permanenten Krise? Die Wirtschaft _____	172
7 Die kosmopolitische Republik: Einwanderer und Einheimische _____	198
8 Kinderreichtum und berufstätige Mütter: Familien und Geschlechterbeziehungen _____	222
9 Zwischen Gleichheitsideal und Elitenbildung: Schule und Universitäten _____	238
10 <i>L'exception française</i> : Kultur, Sprache und Politik _____	252
11 Sportnation Frankreich: Olympia 2024, Tour de France, Fußball und Rugby _____	294
12 Französische Lebenskultur: Gastronomie, Wein, Mode, Parfüm _____	310



- » Feuerwehrleute erklimmen die Statue *Le Triomphe de la République* auf der Place de la Nation in Paris, 15. Oktober 2019. Sie protestieren für bessere Arbeitsbedingungen und öffentliche Anerkennung.

Zwischen Globalisierungskritik und Weltoffenheit

Frankreich kommt nicht zur Ruhe – diesen Eindruck vermitteln Berichte über Arbeitskämpfe, Demonstrationen und Unruhen, die es regelmäßig auch hierzulande in die Medien schaffen. Menschen gehen in Frankreich auf die Straße, sobald sie unzufrieden sind, und Streiks gehören zum Alltag, während sie in anderen Ländern eine Seltenheit geworden sind. Seit vielen Jahren gehört das Land damit zu den streikfreudigsten in Europa: Zwischen 2013 und 2022 kam es zu durchschnittlich 92 ausgefallenen Arbeitstagen im Jahr pro 1.000 Arbeitnehmer durch Streiks, während es in Deutschland nur 18 waren.¹

Versuche, die sozialen Sicherungssysteme umzugestalten, geben häufig Anlass zu massiven Protestwellen. So legten im Frühjahr 2023 Millionen Beschäftigte in Reaktion auf die geplante Rentenreform ihre Arbeit nieder und gingen auf die Straße. Von außen betrachtet drängt sich vielfach der Eindruck auf, als wehrten sich die französischen Bürgerinnen und Bürger gegen Anpassungen, die in anderen Ländern längst geschehen sind, etwa die Einführung eines höheren Renteneintrittsalters. Vielen von ihnen geht es im Kern darum, soziale Errungenschaften zu verteidigen, die sie für Frankreich und sein Gesellschaftsmodell als unverzichtbar ansehen.

So drücken solche Protestbewegungen immer wieder auch ein grundsätzliches Unbehagen an den Tendenzen unserer Zeit aus. Bei der Gelbwestenbewegung im Herbst 2018 trugen Demonstrierende den Slogan „Revolution gegen die Globalisierung“ vor sich her. Umfragen bestätigen diese Tendenz: So äußerten 2018 mehr als die Hälfte der Befragten, dass sie gegenüber der Globalisierung ablehnend eingestellt seien.² Während in Ländern wie Deutschland, Österreich, Spanien, Belgien, den



Demonstrantinnen und Demonstranten der Gelbwestenbewegung marschieren über die Champs-Élysées in Paris, 15. Dezember 2018.

Niederlanden und Italien eine große Mehrheit der Menschen die Globalisierung als eine Chance begreift, sehen die meisten Französinnen und Franzosen sie als eine Bedrohung an und fürchten, dass sie die sozialen Ungleichheiten vertieft und die französische Identität bedroht.³ Nicht umsonst ist Frankreich das Land, in dem 1998 die Nichtregierungsorganisation Attac gegründet wurde, die der Globalisierung den Kampf ansagte.

Diese Einstellungen überraschen in Anbetracht der Tatsache, dass andere Indikatoren von einer großen Weltoffenheit Frankreichs zeugen. So empfängt kein anderes Land auf der Welt jährlich so viele Besucherinnen und Besucher wie Frankreich: 90 Millionen waren es im Jahre 2019, bevor die Corona-Pandemie den Tourismus vorerst zum Erliegen brachte. Danach zogen die Besucherzahlen wieder an und erreichten 2023 den Rekordwert von 100 Millionen.⁴ Die zahlreichen Reisenden

suchen im Lande nicht nur seine Naturschönheiten auf, sondern auch die Zeugnisse einer großen Zivilisation, die auf die ganze Welt ausgestrahlt hat: So war das Französische einst die Umgangssprache der Gebildeten in ganz Europa und die Weltsprache der Diplomaten. Zwar ging sein Einfluss im 20. Jahrhundert zugunsten des Englischen zurück, doch spielt das Französische weiterhin eine relevante Rolle: Es wird von rund 321 Millionen Menschen gesprochen und steht damit an fünfter Stelle weltweit, 93 Staaten engagieren sich in der Internationalen Organisation der Frankophonie.⁵

In der globalen Ökonomie sind französische Unternehmen ein unverzichtbarer Akteur: So sind in der vom Magazin *Fortune* erstellten Liste der 500 größten Unternehmen der Welt alljährlich mehr als 20 französische Unternehmen vertreten, womit Frankreich zusammen mit den USA, China, Japan und Deutschland zu den Top 5 gehört. Manche der Unternehmen, wie der Luxusgüterkonzern LVMH (zu dem u. a. Louis Vuitton und Dior gehören), stehen für Marken, die in der ganzen Welt als Inbegriff von Finesse und Lebenskunst gelten. Unternehmen wie diese profitieren in vollen Zügen von den Chancen einer grenzenlosen Weltwirtschaft, die vielen französischen Bürgerinnen und Bürgern so viel Angst bereitet. Was die internationale Politik anbelangt, so ist Frankreichs Einfluss gesunken im Vergleich zum Beginn des 20. Jahrhunderts, als es über das zweitgrößte Kolonialreich der Welt verfügte. Doch behält es als ständiges Mitglied im UN-Sicherheitsrat und einzige Atommacht in der Europäischen Union einen weitaus größeren internationalen Einfluss als seine EU-Partnerländer.

Diese kurz skizzierten Befunde zeugen von Widersprüchen, die für das gegenwärtige Frankreich kennzeichnend sind:

Es ist ein Land mit vielen weltweit erfolgreichen Firmen, in dem die Menschen mehrheitlich die Globalisierung mit ihren Auswirkungen fürchten. Frankreichs politische Führung strebt nach internationaler politischer Wirkung und Einfluss, während zahlreiche seiner Bürgerinnen und Bürger die Identität des Landes von außen bedroht sehen und sich mehr Abschottung wünschen. Frankreich ist die Heimat einer weithin bewunderten jahrhundertealten Kultur mit weltweiter Ausstrahlungskraft, doch die Französinen und Franzosen tun sich schwer damit, sich in einer zunehmend grenzenlosen Welt zurechtzufinden.

Die Aufgabe dieses Buchs ist es, die Hintergründe dieser Widersprüche aufzuklären und der Leserschaft verständlich zu machen, wie unser westliches Nachbarland funktioniert. Ein tieferes Verständnis ist umso wichtiger, als Deutschland mit keinem anderen Land auf der Welt seit vielen Jahrzehnten so enge und freundschaftliche Beziehungen wie mit Frankreich unterhält. Dies ist besonders deshalb bemerkenswert, weil die Vergangenheit der beiden Länder von einer beispiellosen Verfeindungsphase, von drei blutigen Kriegen zwischen 1870 und 1945, von Besatzungsherrschaft, Ausbeutung und Verfolgung gekennzeichnet ist. In dieser Phase sprach man gar von einer „Erbfeindschaft“, in der zwei von scheinbar unvereinbaren Gegensätzen gekennzeichnete Nationen einander gegenüberstanden: Die deutsche Seite war stolz auf ihre „Kultur“, die sie von der angeblich oberflächlichen französischen „Zivilisation“ abhob. Auf französischer Seite sah man die eigene Nation als die Erfinderin der Demokratie und erblickte in den Nachbarn jenseits des Rheins die Repräsentanten einer rückständigen, autoritären und militaristischen Geisteshaltung. Vor diesem Hintergrund wurde der Erste Weltkrieg zu einer existenziellen Auseinandersetzung zwischen zwei konträren Visionen der

Menschheit hochstilisiert. Der Zweite Weltkrieg stellte den Tiefpunkt des Verhältnisses zwischen den beiden Nationen dar: Die deutsche Besatzung zwischen 1940 und 1945 hinterließ traumatische Erinnerungen an Verfolgung und Deportation, Massaker und Zwangsarbeit.

Glücklicherweise fanden sich nach 1945 auf beiden Seiten des Rheins Persönlichkeiten, die entschlossen waren, die deutsch-französische Verfeindung endgültig zu beenden und die Beziehungen auf ganz neue, kooperative Grundlagen zu stellen. So konnte in den vergangenen 80 Jahren ein dichtes Netzwerk deutsch-französischer Zusammenarbeit entstehen, das die Politik, Gesellschaft, Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur umfasst. Mittlerweile gibt es mehr als 2.200 Städtepartnerschaften zwischen deutschen und französischen Gemeinden, von denen die erste bereits 1950 zwischen Ludwigsburg und Montbéliard geschlossen wurde. Seit Gründung des Deutsch-Französischen Jugendwerks (DFJW) 1963 haben fast 10 Millionen Jugendliche an Austauschprogrammen in Frankreich und



Erstes deutsch-französisches Jugendlager 1964 in Berlin, organisiert vom DFJW

Deutschland teilgenommen.⁶ Die „Deutsch-Französische Hochschule“, ein Netzwerk von 210 Hochschuleinrichtungen aus Frankreich und Deutschland, fördert Studierende aus beiden Ländern, die in fast 200 binationalen Studiengängen eingeschrieben sind.⁷

Besonders eng sind auch die wirtschaftlichen Verflechtungen zwischen Frankreich und Deutschland. Die Bundesrepublik ist bei Weitem der wichtigste Handelspartner Frankreichs, sowohl bei den Importen als auch bei den Exporten. Etwa 14 Prozent des gesamten französischen Außenhandels macht der Handel mit Deutschland aus. Für die deutschen Exporteure ist Frankreich weltweit der zweitwichtigste Kunde nach den USA. Was die Importe nach Deutschland anbelangt, war Frankreich lange Zeit ebenso führend, ist aber mittlerweile an die sechste Stelle hinter China, die USA, die Niederlande, Polen und Italien gerückt.⁸

Auf politischer Ebene ist in den letzten 60 Jahren eine so enge Zusammenarbeit entstanden, dass gerne vom „deutsch-französischen Paar“ gesprochen wird. Insbesondere für die Europäische Union spielt die Kooperation zwischen Deutschland und Frankreich eine sehr wichtige Rolle, da ohne einen Konsens zwischen den beiden größten Volkswirtschaften der EU nur wenig Fortschritte erzielt werden können. Die Grundlagen für diese Zusammenarbeit wurden mit dem deutsch-französischen Freundschaftsvertrag gelegt, den Bundeskanzler Konrad Adenauer und Staatspräsident Charles de Gaulle 1963 im Elysée-Palast unterzeichneten („Elysée-Vertrag“). Seitdem müssen sich die Spitzen der Exekutive, aber auch Fachministerinnen und Fachminister in regelmäßigen Abständen zu Konsultationen treffen, um möglichst gemeinsame Positionen abzusprechen.



Vertieften die deutsch-französischen Beziehungen nach dem Zweiten Weltkrieg: der französische Staatspräsident Charles de Gaulle und Bundeskanzler Konrad Adenauer. Hier bei einem Besuch de Gaulles in Bonn 1958

In den sechs Jahrzehnten seit Unterzeichnung des Elysée-Vertrags gab es Glücksfälle engen Einvernehmens, ja sogar persönlicher

Freundschaft zwischen den Regierenden, wie etwa zwischen Helmut Schmidt und Valéry Giscard d'Estaing sowie zwischen Helmut Kohl und François Mitterrand. Aber auch wenn es unter den Staatsspitzen zu Spannungen kam, riss der Gesprächsfaden zwischen Paris und Berlin nie ab, nicht zuletzt, weil mittlerweile auch die leitenden Beamten in den Ministerien sich direkt mit ihren Kollegen im Partnerland absprechen.

2019 haben die beiden Staaten in Aachen einen Vertrag unterzeichnet, der den Elysée-Vertrag von 1963 ergänzt: Auch auf Politikfeldern, die damals noch nicht berücksichtigt worden waren, soll nun die Zusammenarbeit noch enger werden, wie etwa der Verteidigung, der äußeren und inneren Sicherheit

ebenso wie der nachhaltigen Entwicklung und im Klimaschutz. In den Grenzgebieten sollen Gemeinden und Regionen direkter und unkomplizierter miteinander kooperieren können, ohne immer den Weg über die nationalen Regierungen gehen zu müssen. Seit 2019 gibt es nun auch eine Deutsch-Französische Parlamentarische Versammlung, in der jeweils 50 Abgeordnete des Deutschen Bundestags und der französischen Nationalversammlung sitzen. Diese sollen an der Umsetzung des Aachener Vertrags mitwirken, aber auch neue Vorschläge zur Intensivierung der deutsch-französischen Beziehungen entwickeln.

Doch gibt es nicht nur Fortschritte in den deutsch-französischen Beziehungen: So nimmt alljährlich die Zahl der Schülerinnen und Schüler ab, welche die Sprache des Nachbarlands erlernen. Lerneten 2019 in Frankreich durchschnittlich 15,7 Prozent der Sekundarschüler Deutsch, waren es 2023 noch 13,5 Prozent.⁹ Auf der deutschen Seite sieht es nicht viel besser aus: Im Schuljahr 2009/10 lernten 19,1 Prozent der Schüler Französisch; 2021/22 dagegen nur noch 15,3 Prozent.¹⁰ Hinter diesen Durchschnittszahlen verbergen sich sehr unterschiedliche Realitäten: Je näher man an der deutsch-französischen Grenze wohnt, desto größer sind die Chancen, dass man die Sprache des Nachbarlands lernt. In entfernteren Gegenden hingegen sinken die Zahlen auf deutlich unter 10 Prozent, wie etwa in Sachsen oder in Frankreichs Grenzregionen zu Italien und Spanien.

Für die sinkende Beliebtheit der Sprache des Nachbarlands können verschiedene Gründe angeführt werden: So gilt Deutsch in Frankreich als eine ausgesprochen schwierige Fremdsprache, die man besser vermeidet, wenn man gute Noten erzielen will. Auch glauben heute viele Schülerinnen und Schüler, dass ihnen Spanisch größere Berufschancen ermög-

liche, da es weltweit von mehr Menschen gesprochen wird. Auch kann man vermuten, dass sich hinter den sinkenden Zahlen ein abnehmendes Interesse am Nachbarland verbirgt. Möglicherweise ist mit der endgültigen Beendigung der deutsch-französischen Feindschaft auch eine gewisse Gleichgültigkeit in die Beziehungen eingekehrt. Dass Deutschland 2024 drei Goethe-Institute in Frankreich geschlossen hat, wird sicher nicht dazu beitragen, diesen Eindruck zu zerstreuen. Hoffentlich gelingt es diesem Buch, bei seiner Leserschaft nicht nur Interesse, sondern auch Begeisterung zu wecken für unser in vielerlei Hinsicht verschiedenes und zugleich wichtiges Nachbarland.

→ **Das „deutsch-französische Paar“**

Die Symbolik des deutsch-französischen Paares macht sichtbar, dass die einstigen Erzfeinde nach 1945 mit der Versöhnung ein neues Kapitel ihrer Beziehungen aufgeschlagen haben und gemeinsam Europa vorantreiben wollen. Die Spitzen der Exekutiven haben immer wieder sorgfältig inszenierte Anlässe gewählt, um der Öffentlichkeit ihr enges Einvernehmen zu demonstrieren. So nahmen im Jahre 1962 Staatspräsident Charles de Gaulle und Bundeskanzler Konrad Adenauer an einer Messe in der Kathedrale von Reims teil, um gemeinsam für eine bessere, von Kooperation gezeichnete deutsch-französische Zukunft zu beten. Mit der Reimser Kathedrale hatten sie einen höchst symbolträchtigen Ort gewählt, denn hier waren einst die französischen Könige gekrönt worden, und Deutschland hatte die Kirche im Ersten Weltkrieg zerstört. Eine ganz andere Symbolik wählten Staatspräsident Valéry Giscard d'Estaing und Bundeskanzler Helmut Schmidt, wenn sie sich im vertrauten Gespräch



Symbol der Versöhnung: Der französische Staatspräsident François Mitterrand und Bundeskanzler Helmut Kohl gedenken in Verdun der Toten beider Weltkriege, September 1984.

bei europäischen Gipfeln oder an der Hausbar des Kanzlers ablichten ließen. Sie wollten so die enge Freundschaft sichtbar machen, welche die beiden Staatenlenker verband und die Basis für ihre gemeinsamen politischen Projekte bildete. Einen hochsymbolischen Ort wählte Staatspräsident François Mitterrand, als er Bundeskanzler Helmut Kohl im September 1984 zu einer Gedenkfeier in Verdun einlud, um der in den Weltkriegen gefallenen Soldaten beider Nationen zu gedenken. Das Foto vom Händedruck zwischen den beiden Staatsmännern ging um



Bundeskanzlerin Angela Merkel und Staatspräsident Nicolas Sarkozy beim G8-Gipfel im französischen Deauville im Mai 2011. In der öffentlichen Darstellung verschmolzen sie vielfach zu „Merkozy“.

die Welt und überbrachte eine klare Botschaft: Zwischen diesen zwei Nationen soll es nie wieder Krieg geben. Zwanzig Jahre später stand mit Angela Merkel und Nicolas Sarkozy ein Politikerduo an der Spitze, das aufgrund seiner engen Zusammenarbeit in der öffentlichen Darstellung zu „Merkozy“ verschmolz. In den letzten Jahren sind die deutsch-französischen Beziehungen an starken, symbolträchtigen Bildern ärmer geworden – möglicherweise ein Zeichen dafür, dass die Versöhnung nun wirklich als abgeschlossen gilt.



République française (Französische Republik)



Staatsform

Semipräsidentielle Republik

Administrative Gliederung

18 Regionen,
101 Departements,
34.875 Kommunen

Amtssprache

Französisch

Größte Städte (2022)

Paris	2.113.705
Marseille	877.215
Lyon	520.774
Toulouse	511.684
Nice (Nizza)	353.701
Nantes	325.070
Montpellier	307.101

Hauptstadt

Paris

Fläche

632.702,3 km²

Einwohnerzahl (2024)

68.373.433

Bevölkerungsdichte

107,1 Einwohner/km²

La France d'outre-mer (Französische Überseegebiete)



Départements et régions d'outre-mer



Guadeloupe



Martinique



Mayotte



Réunion

Collectivités d'outre-mer



10 Polynésie française



Collectivité sui generis



Territoires/statuts particuliers

Terres australes et antarctiques françaises



Währung

Euro (EUR),
CFP-Franc (XPF)
(teilweise in
Überseegebieten)

Größte Inseln

Grande Terre (Neukaledonien), 16.372 km²,
Korsika, 8.680 km²

Höchster Berg

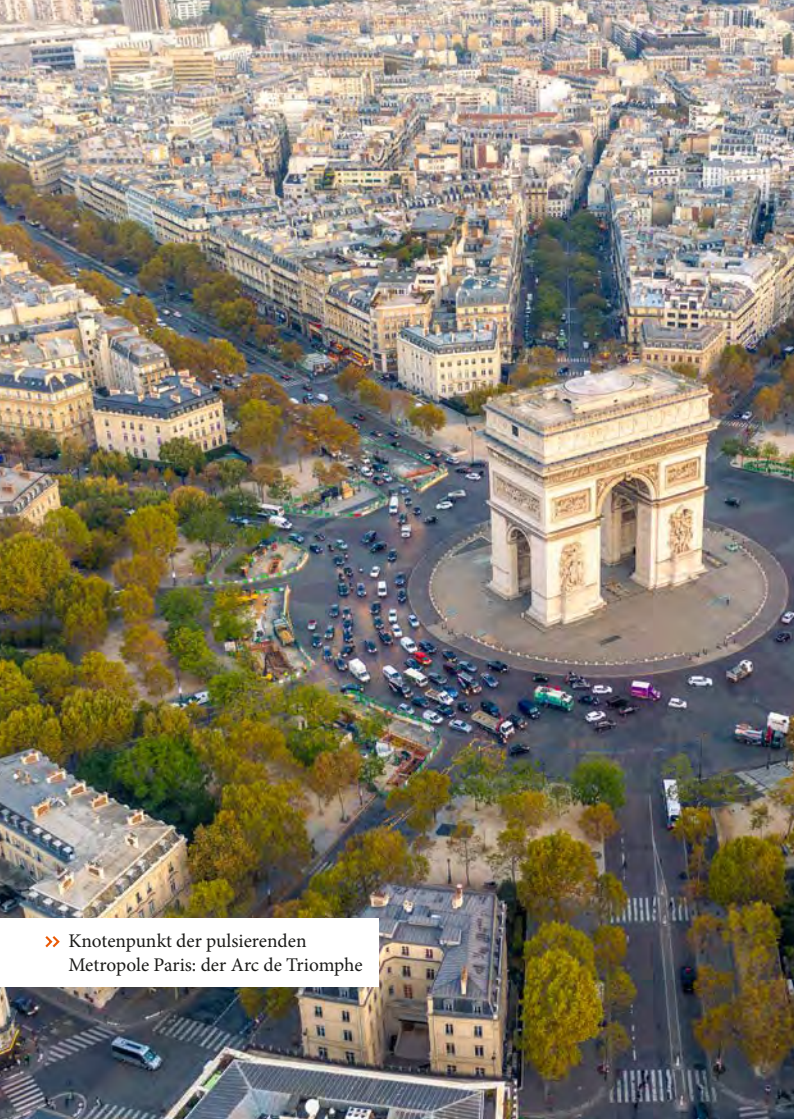
Mont Blanc, 4.810 m

Längster Fluss

Loire, 1.020 km

Größter See

Genfer See, 580 km²,
234 km² der Fläche
in Frankreich



» Knotenpunkt der pulsierenden
Metropole Paris: der Arc de Triomphe



1
**Frankreich:
Einheit und Vielfalt**

Philippe Abrams, Leiter einer Postfiliale im südlichen Salon-de-Provence begeht ein Dienstvergehen und wird in das 1.000 Kilometer weit entfernte, im französischen Teil von Flandern gelegene Bergues versetzt. Philippe erlebt die Versetzung wie eine schlimme Bestrafung: Er stellt sich den Norden als eine kalte, heruntergekommene, von trunksüchtigen Hinterwäldlern bewohnte Gegend vor. Als er sich auf die Reise an den neuen Dienstort begibt, fährt er auf der Autobahn im Kriechtempo, weshalb er von der Polizei angehalten wird. Die ersten Tage in Bergues machen es für ihn nicht einfacher: Nicht nur regnet es ständig, auch unterhalten sich die dortigen Landsleute in einem für ihn unverständlichen Dialekt, dem „Sch’ti“ (Ch’timi), und ernähren sich mit seltsamen Produkten wie dem geruchsintensiven Maroilles-Käse. Doch langsam beginnt der Südfranzose, vor allem durch seine Freundschaft mit dem Postboten Antoine, die positiven Seiten der Region zu entdecken, insbesondere den Humor und die spontane Herzlichkeit ihrer Bewohnerinnen und Bewohner. Schließlich fühlt er sich dort so wohl, dass er Flandern gar nicht mehr verlassen möchte, als er nach drei Jahren einen Posten auf der Mittelmeerinsel Porquerolles angeboten bekommt. „Wenn man in den Norden geht, heult man zweimal“, hatte ihm sein Freund Antoine gesagt, „das erste Mal, wenn man ankommt, und das zweite Mal, wenn man weggeht“. Diese Geschichte erzählt der 2008 erschienene Film *Willkommen bei den Sch’tis*, der auch international eine der erfolgreichsten Produktionen des französischen Kinos ist.

Sein großer Erfolg legt nahe, dass der Film zumindest ein Stück weit die Eigentümlichkeiten Frankreichs erfasst: ein Land, das von großer regionaler Verschiedenheit gekennzeichnet ist und dessen Bewohnerinnen und Bewohner in so unterschiedlichen Umgebungen leben, dass sie nur wenig miteinander gemeinsam



Die 2008 gedrehte französische Komödie *Bienvenue chez les Ch'tis* (*Willkommen bei den Sch'tis*) wurde nicht nur in Frankreich ein Kassenschlager, sondern auch international.

haben und sich mit klischeehaften Vorstellungen gegenüber-treten. Diese Sichtweise widerspricht indessen der verbreiteten Außenwahrnehmung Frankreichs als Land mit einem ausgeprägten Nationalbewusstsein, das alle seine Bürger verbinde. So spricht man in den deutschsprachigen Medien gerne von Frankreich als der *Grande Nation*, deren Bürger mit ungebrochenem Stolz auf ihr eigenes Land blicken. Hinzu kommt, dass Frankreich ein Einheitsstaat ist, in dem den Gebietskörperschaften viel weniger Mitsprache zugestanden wird als im föderalen Deutschland. So wird das Land im ersten Verfassungsartikel als eine „unteilbare Republik“ mit einheitlicher Gesetzgebung bezeichnet, deren Bürgerinnen und Bürgern die gleichen Rechte und Pflichten zukommen.

Faktisch aber ist das Einheitsstreben des französischen Staates als eine Reaktion auf die große Diversität des Landes zu verstehen. Wohl kaum ein anderes europäisches Land ist von einer solchen geografischen Vielfalt gekennzeichnet und vereint auf seinem Territorium nicht nur typisch nordeuropäische Regionen wie Flandern, sondern auch die von keltischen Einflüssen geprägte Bretagne, die lang gestreckte Atlantikküste mit ihren endlosen Sandstränden ebenso wie die zutiefst von der mediterranen Kultur geprägte Provence. Einige der höchsten Gipfel der Alpen liegen in Frankreich, ebenso wie die steilsten Pässe der Pyrenäen, die vulkanisch geprägten Gebirgsmassive der Auvergne, die Kalkplateaus des Zentralmassivs sowie die bewaldeten Mittelgebirge der Vogesen und der Ardennen. Die kilometerlangen, seit Jahrhunderten von Weinanbau und großartigen Beispielen des Burgen- und Schlösserbaus geprägten Flusstäler der Loire, der Seine und der Rhône durchziehen das Land. Und die tief eingeschnittenen Schluchten des Tarns sowie der Ardèche legen Vergleiche mit den Canyons Nordamerikas nahe. Ebenso vielfältig wie die Landesnatur sind die Bewohnerinnen und Bewohner, die von ganz unterschiedlichen Kultureinflüssen geprägt sind. Zwar hat sich heute das Französische überall gegenüber Regionalsprachen als einzige Umgangssprache durchgesetzt, doch werden in allen Regionen weiterhin tief verwurzelte lokale Traditionen insbesondere in Landwirtschaft, Weinbau, Jagd und Küche gepflegt und oft ein lokales Sonderbewusstsein aufrechterhalten.

Frankreichs heutiges Territorium entstand in einem jahrhundertelangen, vom Staat vorangetriebenen Expansionsprozess (→ S. 30 ff.). Ausgehend von Paris und seinem Umland vermochte das Königtum vornehmlich durch Kriege immer mehr Ländereien unter seine Herrschaft zu bringen, bis um 1700 die heutigen



Die landschaftliche Vielfalt Frankreichs reicht von den weitläufigen Sandstränden der Atlantikküste ...



... bis zu den schneebedeckten Gipfeln der höchsten Berge in den europäischen Alpen.

europäischen Landesgrenzen (mit Ausnahme des später hinzugekommenen Savoyen und Nizza) etabliert waren. Die fortschreitende Ausdehnung bedeutete allerdings nicht, dass sich die in den angeschlossenen Gebieten lebenden Menschen umgehend zu Frankreich bekannten. Vielmehr bestimmten zentrifugale Tendenzen immer wieder das politische Leben; auch kam es wiederholt zu schweren gewalttätigen Auseinandersetzungen über weltanschauliche und religiöse Einstellungen, wie etwa in den Zeiten der Religionskriege (→ S. 42 ff.) und der Französischen Revolution (→ S. 49 ff.). Auf diese Weise bildeten innere Zerrüttungen bis hin zum Bürgerkrieg eine Konstante der französischen Geschichte bis ins 20. Jahrhundert hinein.

Vor diesem Hintergrund entfaltete der französische Staat vermutlich stärker als in anderen Ländern eine Tendenz, partikuläre Interessen und Identitäten zu unterdrücken, ein einheitliches Staats- und Nationalbewusstsein durchzusetzen und die Bürgerinnen und Bürger unter einem für alle verbindlichen Wertekodex zu einen. „Wie wollen Sie ein Land regieren, das 246 verschiedene Käsesorten produziert?“,¹¹ sagte einst Staatspräsident Charles de Gaulle und rechtfertigte so seinen vertikalen, auf die Vollmachten der Exekutive zugeschnittenen Regierungsstil (→ S. 107 ff.). Und im französischen Geschichtsbewusstsein spielen bis heute gerade solche Momente eine große Rolle, in denen sich das Land als geeint und solidarisch erwies, wie etwa beim Kriegsausbruch 1914.

Die Franzosen verwenden heute gerne das Bild des Hexagons, wenn sie von ihrem eigenen Land sprechen. Damit verweisen sie auf das Sechseck, das entsteht, wenn man die äußersten Punkte des Landes miteinander verbindet; beginnend mit Calais im Norden zur Westspitze der Bretagne, über Biarritz

an der baskischen Küste, Perpignan im französischen Teil Kataloniens, Menton im Südosten bis hin zu Straßburg an der Ostgrenze zu Deutschland. Das Bild des Hexagons unterstreicht auch, dass Frankreich sich heute, mit Ausnahme seiner verstreuten Überseegebiete, als eine europäische Nation sieht. Dies war vor acht Jahrzehnten noch anders, als es sich als ein weltumspannendes Ensemble verstand, als die *plus grande France*, deren Grenzen von Calais bis ins madagassische Antananarivo, von Bordeaux bis ins vietnamesische Saigon reichten. Sowohl der Aufbau als auch der Abschied vom Kolonialreich waren schmerzlich, gewaltsam und traumatisch, wovon an späterer Stelle noch zu reden sein wird (→ S. 63 ff.; 94 ff.). Im heutigen Frankreich hat die Kolonialzeit vielfältige Spuren

hinterlassen: Man denke nur an die zahlreichen Menschen, die seit den 1960er-Jahren aus ehemaligen Kolonialgebieten nach Frankreich eingewandert und heute Teil der französischen Gesellschaft sind. Auch aus der heutigen Esskultur sind Gerichte aus den ehemaligen Kolonien – etwa Couscous, Merguez oder Falafel – nicht mehr wegzudenken.

Das unbestrittene Zentrum des „Hexagons“ ist Paris. Von hier aus entfaltete einst das Königtum seine Macht und legte den Grundstein für den französischen Staat. Bis heute führen in Frankreich alle Wege nach Paris. Während in Ländern wie Deutschland und Italien nur das politische Leben seinen Mittelpunkt in der Hauptstadt hat und es weitere Zentren für Kultur, Medien, Wissenschaft und Wirtschaft gibt, konzentriert sich in Frankreich das gesamte politische, wirtschaftliche, kulturelle und geistige Leben auf Paris. Insofern sind auch alle Eliten in Paris versammelt und verkehren hier untereinander. Man spricht in Frankreich vom *Tout-Paris*, wenn man diese kleine Welt



Nicht mehr aus der französischen Esskultur wegzudenken: Gerichte, die Einwanderer, insbesondere aus den ehemaligen Kolonien, ins Land gebracht haben, hier Couscous und andere traditionelle marokkanische Speisen auf einem Straßenbauernmarkt in Saint-Maur-des-Fosses.

der großen Persönlichkeiten aus allen möglichen Bereichen meint, die sich auf den einschlägigen Empfängen, Dinern und Kulturveranstaltungen treffen, sich vernetzen und Informationen miteinander austauschen. Wer in Frankreich etwas zu sagen haben möchte, muss entweder in Paris wohnen oder regelmäßig dort präsent sein.

Paris ist zwar der Mittelpunkt des Landes und gilt aufgrund seiner Geschichte und Architektur als die „französischste“ aller Städte. Gleichzeitig aber ist die Stadt mit ihrer knapp 11 Millionen Einwohnerinnen und Einwohner umfassenden Agglomeration nicht repräsentativ für die Lebenswirklichkeit der meisten Franzosen. Gerade einmal jeder sechste Franzose wohnt in der Großregion Paris, während die überwiegende Mehrheit in Gemeinden mit unter 100.000 Einwohnern lebt. Das Verhältnis zwischen Parisern und Nicht-Parisern ist von Argwohn ge-

kennzeichnet: Die eingefleischten Pariser stehen im Ruf, auf die Provinzler herabzublicken und sie für kleingeistig und engstirnig zu halten, während die Provinzbewohner den Parisern zur Last legen, abgehoben zu sein und die Lebenswirklichkeit der Bevölkerungsmehrheit nicht wahrzunehmen.

Bereits im Sprachgebrauch wird sichtbar, wie tief der Graben zwischen Metropole und Provinz ist: Die Pariser sprechen davon, dass sie „in die Provinz hinabsteigen“, wenn sie die Hauptstadt verlassen, während die Provinzbewohner „nach Paris aufsteigen“,¹² wenn sie in der Hauptstadt etwas zu erledigen haben. Jahrzehnte der Dezentralisierung, der Belebung der Kulturszene in den Regionen und der Verlegung von prestigeträchtigen staatlichen Institutionen wie der Eliteschule *École nationale d'administration* (ENA) in die Provinz haben an dieser Wahrnehmung nicht viel ändern können. So bleibt Paris für fast alle Französinen und Franzosen, die eine erfolgreiche Berufskarriere anstreben, eine Pflichtstation; sei es, um an den besten Hochschulen des Landes zu studieren oder um sich in den Hauptsitzen der großen Unternehmen oder der Verwaltung erste Sporen zu verdienen. Sobald sie auf der Karriereleiter ein paar Stufen erklommen haben, ergreifen viele die erste Möglichkeit, um wieder in ihre Heimat zurückzukehren, wo das Leben in einem etwas gemächlicheren Rhythmus vonstattengeht.



» Bis ins 19. Jahrhundert wurden hier französische Könige gekrönt: die Kathedrale von Reims.



2

Vom mittelalterlichen Königtum
zur Republik: Schlüsselmomente
der französischen Geschichte



Niemand kann mit Genauigkeit sagen, wann und womit die französische Geschichte begann. Frankreich und Deutschland haben gemeinsame historische Wurzeln, denn beide Länder gehörten einst zu dem weite Teile West- und Mitteleuropas umspannenden Frankenreich, das Karl der Große (reg. 768–814) zu seiner größten Ausdehnung gebracht und durch seine Krönung im Jahr 800 zum Kaisertum erhoben hatte. Nach dem Tod seines Sohnes, Ludwigs des Frommen (reg. 814–840), zerfiel dieses Reich jedoch: 843 wurde es im Vertrag von Verdun in drei Teile aufgegliedert, die jeweils einem Enkel Karls des Großen unterstanden: Lothar erbte die Kaiserwürde und den mittleren, von der Nordsee bis nach Italien reichenden Teil, Ludwig der Deutsche erhielt das Ostfrankenreich, das Gebiete des heutigen Deutschland und Österreichs umfasste. Karl der Kahle erhielt die westlichen Territorien, aus denen in einem langen Prozess Frankreich hervorgehen sollte.

An der Spitze des mittelalterlichen Frankreich stand der König, der in der Kathedrale von Reims mit heiligem Öl gesalbt wurde – so trat er in eine besondere Nähe zu Gott und wurde aus der Reihe der „Normalsterblichen“ herausgehoben. Seine Gestaltungsmacht über das Territorium des Königreichs blieb aber sehr begrenzt, denn es handelte sich um ein politisch äußerst fragmentiertes Gefüge aus verschiedenen Fürstentümern, denen der König nur als oberster Lehnsherr vorstand. Unmittelbare Herrergewalt übte er nur über die „königliche Domäne“ (*Domaine royal*) aus, die zunächst lediglich Paris mit seinem Umland umfasste und südlich bis zur Loire reichte. Nach dem Niedergang der Karolinger war es einer neuen Herrscherfamilie gelungen, die Königswürde für sich zu vereinnahmen. Diese nach ihrem Gründer Hugo Capet (reg. 987–996) als „Kapetinger“ bezeichnete Dynastie sollte ihren Herrschaftsbereich und ihre

politische Macht in den folgenden Jahrhunderten immer weiter vergrößern. Mit ihren Nebenlinien des Hauses Valois und der Bourbonen blieb die Herrschaft der Kapetinger über Frankreich bis zur Revolution von 1789 bestehen.

Philipp II. August und die Schlacht von Bouvines

Mit Philipp II. August (reg. 1180–1223) war es der siebte aus dem Hause der Kapetinger stammende Monarch, der sich nicht mehr nur als *roi des Francs* (König der Franken), sondern als *roi de France* (König von Frankreich) bezeichnete und damit den Anspruch erhob, nicht nur über Menschen, sondern auch über ein Territorium zu herrschen. Im Einklang mit der zutiefst vom Christentum geprägten mittelalterlichen Ethik sah er sich als wichtigen Beschützer des christlichen Glaubens und führte mehrere Unternehmungen an, um sich gegen die muslimische Herrschaft im Heiligen Land zu erheben. So zog er mit in den




König Philipp II. August in der Schlacht von Bouvines 1214, Ölgemälde von Horace Vernet (1789–1863). Der Sieg des Königs über den römisch-deutschen Kaiser Otto IV. und seine Verbündeten wurde im Nachhinein als Grundstein für die Herausbildung eines französischen Nationalgefühls interpretiert.



Eroberungen unter Philipp II. August (1180–1223)

- | | | | |
|---|---|---|-----------------------------------|
|  | Königliches Gebiet 1180 |  | Kgr. England |
|  | Königliches Gebiet 1223 |  | Lehen des Königs von England 1180 |
|  | Lehen der Krone 1223 |  | Lehen des Königs von England 1223 |
|  | Kirchliche Herrschaften 1223 | | |
|  | Außengrenze des Königreichs Frankreich 1223 | | |

Schlachten, Gefechte, Belagerungen

-  Kgr. England – Kgr. Frankreich
-  Albigenserkreuzzug (kathol. Kirche – Katharer)

0 250 km

Dritten Kreuzzug (1189–1192) und ließ Papst Innozenz III. im Südwesten des Landes freie Hand bei seinem erbarmungslosen Kampf gegen eine häretische Gruppierung, die Katharer (nach einer ihrer Hochburgen auch als „Albigenser“ bezeichnet). Auf diese Weise erweiterten Philipp II. August und seine Nachfolger, die sich diesem Kampf anschlossen, auch ihren eigenen, königlichen Machtbereich, denn die Ländereien der unterworfenen Albigenser schlossen sie der Krondomäne an.

Der mächtigste Rivale Philipp Augusts im eigenen Land war allerdings der König von England, Johann Ohneland: 1066 hatten die in Nordfrankreich angesiedelten Normannen England erobert und seitdem ein anglonormannisches Reich etabliert, zu dem große Gebiete im Westen Frankreichs gehörten. Der Kampf um die Vorherrschaft in Frankreich ging zunächst zugunsten von Philipp August aus, bis es seinem englischen Rivalen gelang, eine große Koalition gegen den französischen König zu schmieden. Ihr traten nicht nur Otto IV., der Kaiser des Heiligen Römischen Reichs, sondern auch rebellische französische Fürsten wie die Grafen von Flandern und Boulogne bei. An einem Sonntag, dem 27. Juli 1214, kam es im flämischen Bouvines zur entscheidenden Schlacht, an der Tausende von Rittern und Fußvolk teilnahmen. Nicht nur die Spitzen der Aristokratie, auch König Philipp August und sein kaiserlicher Rivale zogen persönlich in die Schlacht, in der es um nicht weniger als die Zukunft des französischen Königtums gehen würde. Für die Ritter – die adlige Führungsschicht des Landes – war eine Schlacht wie diese eine willkommene Gelegenheit, ihre Tugenden wie Tapferkeit, Treue und Ehre zu beweisen.

Der große Kampf endete zugunsten von Philipp August, der die vereinte Attacke gegen die aufstrebende französische

Monarchie abwehrte. Als der König mit seinem Heer zurück in die Hauptstadt Paris zog, soll er in allen Städten und Dörfern bejubelt worden sein. In späteren Jahrhunderten wurde Bouvines deswegen als der erste Ausdruck einer populären Begeisterung für den Monarchen und – mit leichter Übertreibung – als Grundlage für die Herausbildung eines französischen Nationalgefühls gefeiert. In jedem Falle markiert die Schlacht eine Weichenstellung in der europäischen Geschichte, von der aus Frankreich und das Heilige Römische Reich unterschiedliche Pfade einschlugen: Im Reich setzte sich die Tendenz zur Zersplitterung, zur Etablierung verschiedener, mehr oder weniger gleichberechtigter Territorialherrschaften durch. In Frankreich dagegen stärkte der Sieg von Bouvines die Rolle des Monarchen, der nun umso mehr nach einer Vormachtstellung gegenüber konkurrierenden Fürsten strebte.

→ Die Kreuzzüge

Das mittelalterliche Frankreich war zutiefst vom Christentum geprägt, es bestimmte das Handeln der Menschen, ihre Motivationen und politischen Einstellungen. Unter diesen Vorzeichen war vielen Menschen das Vordringen des Islam und insbesondere die Inbesitznahme des Heiligen Landes durch muslimische Herrscher ein Dorn im Auge. Zahlreiche Adlige und Ritter in Europa beschlossen, der Expansion der muslimischen Herrschaft eine Grenze zu setzen und die Stätten des Lebens Jesu wieder christlichen Pilgern zugänglich zu machen. Diese religiöse Überzeugung war die Hauptursache für die Kreuzzüge, an denen Frankreichs Ritter an vorderster Front mitkämpften. Der Erste Kreuzzug (1096–1099) ging von Frankreich aus, denn es war auf

dem Konzil von Clermont, wo Papst Urban II. 1095 zur Befreiung Jerusalems aufrief. „Deus lo volt“ (Gott will es) soll die versammelte Menge daraufhin geantwortet haben und erhob damit das Vorgehen gegen den Islam zum heiligen Krieg. Frankreichs König Ludwig VII. stellte sich selbst an die Spitze des Zweiten Kreuzzugs (1147–1149), zu dem der Mönch Bernhard von Clairvaux vor der Kirche des burgundischen Vézelay aufgerufen hatte. Französische Ritter siedelten sich dauerhaft im Nahen Osten an und gründeten dort eigene Herrschaftsgebiete. Im Umfeld der Kreuzzüge entstanden auch Ritterorden wie die zeitweise sehr mächtigen Templer, die den ritterlichen Kampfesethos mit der Frömmigkeit der Orden verknüpfen wollten. Der französische König Ludwig IX., auch Ludwig der Heilige genannt, führte – nachdem er bereits am Sechsten Kreuzzug teilgenommen hatte – den Siebten Kreuzzug an und starb 1270 vor den Toren von

Tunis. Dies läutete den Niedergang derartiger Unternehmungen ein. Das Ziel der Kreuzfahrer, das Heilige Land dauerhaft unter christliche Herrschaft zu bringen, erfüllte sich nicht.



Der Tod Ludwigs IX. vor den Mauern von Tunis im Jahr 1270, Miniatur von Jean Fouquet, entstanden zwischen 1455 und 1465

Der Hundertjährige Krieg, Jeanne d'Arc und die Salbung Karls VII.

Stand das 13. Jahrhundert im Zeichen der Konsolidierung der königlichen Herrschaft, des Aufschwungs und des Bevölkerungszuwachses, so bildete das 14. Jahrhundert eine krisenhafte Periode, gekennzeichnet von unaufhörlichen kriegerischen Auseinandersetzungen, innerer Verfeindung und einer schrecklichen Seuche: Im Herbst 1347 wurde im Hafen von Marseille die Pest eingeschleppt, die sich von dort aus in großer Geschwindigkeit über das ganze Land verbreitete. Sie trat in Form der Beulen- und Lungenpest auf, wobei letztere von Mensch zu Mensch übertragen und zu einem schnellen Tod führte. In der Enge mittelalterlicher Siedlungen waren die Menschen dem Seuchengeschehen hilflos ausgeliefert, sodass zwischen 1347 und 1352 annähernd die Hälfte der Bevölkerung von der Krankheit dahingerafft und ganze Landstriche entvölkert wurden.

Gleichzeitig kam für die Menschen eine weitere Plage hinzu, nämlich ein Krieg mit England, der sich schier endlos, über 100 Jahre, hinziehen sollte. Dabei ging es erneut um die Vorherrschaft in Frankreich, denn England versuchte nicht nur seine Besitzungen im südwestlichen Frankreich immer eigenständiger zu gestalten, sondern erhob aufgrund verwandtschaftlicher Bindungen sogar Anspruch auf die französische Krone. Auch die französische Monarchie hatte ein hohes Interesse an kriegerischen Auseinandersetzungen, mit denen sie innenpolitische Konkurrenten ausschalten konnte. Ebenso lieferten ihr bewaffnete Konflikte den Vorwand, die Untertanen zu Steuerzahlungen heranzuziehen, welche als finanzieller Beitrag zur Landesverteidigung ausgegeben wurden. Der Konflikt ging zunächst zugunsten Englands aus, das sich von Calais

aus eine Machtbasis im Norden aufbaute. Je schlechter sich die Kriegslage für Frankreich entwickelte, desto mehr verschärften sich die Gegensätze innerhalb der französischen Gesellschaft. Adel und Bürger von Paris forderten stärkere politische Mitsprache, während auf dem Land die Bauern gegen ihre Grundherren gewaltsam rebellierten. Mehr und mehr wurde der Hundertjährige Krieg (1337–1453) zu einem innerfranzösischen Bürgerkrieg, insbesondere nachdem 1392 eine geistige Erkrankung König Karls VI. von Frankreich festgestellt wurde.

Das dadurch entstehende Machtvakuum an der Staatsspitze versuchten zwei Akteure zu nutzen: einerseits der Bruder des erkrankten Königs, andererseits das erstarkende, nach Selbstständigkeit strebende Herzogtum Burgund im Osten des damaligen Königreichs Frankreich. England ließ sich die Chance nicht entgehen, von der tiefen inneren Spaltung Frankreichs zu profitieren und unternahm eine neuerliche Invasion. Bei der Schlacht von Azincourt (1415) erlitten Frankreichs Ritter eine vernichtende Niederlage. In den folgenden Jahren zerfiel Frankreich faktisch in drei Machtbereiche: Während dem geistig erkrankten König nur noch das Loiretal und der Süden verblieben, kontrollierten die Burgunder den Norden und Osten einschließlich Paris, während die Engländer die Normandie, den Westen und Aquitanien beherrschten. Mit dem Vertrag von Troyes (1420) wurde diese Aufteilung rechtlich festgeschrieben. Allerdings schloss der Vertrag den französischen Thronfolger von seinem Erbe aus, das Reich sollte nach dem Tod Karls VI. an das englische Herrscherhaus fallen. Doch der Thronfolger, der künftige König Karl VII., war keineswegs bereit, dies zu akzeptieren – die Kämpfe setzten sich also fort.



Frankreich im Hundertjährigen Krieg 1337–1453

	Grenzen Frankreichs 1350 und 1453		englischer Sieg
	französischer Besitz 1429		Feldzug französischer Truppen unter Führung von Jeanne d'Arc 1429 / 30
	Besitz des Hauses Anjou		Sieg oder Einnahme durch französische Truppen
	Burgund 1436		1453
	Englischer Besitz in Frankreich		Hauptsitz des Papstes 1309–1419
	England und seine Besitzungen vor Kriegsbeginn 1337		1 Gft. Venaissin (päpstlich)
	nach dem Vertrag von Brétigny 1360		2 Gft. Hennegau
	Besitz von 1415 bis 1429		
	Restbesitz bei Kriegsende 1453		

0 250 km

→ Christine de Pizan – Frankreichs erste Schriftstellerin

Eigentlich stammte Christine de Pizan nicht aus Frankreich, denn sie kam 1364 als Tochter eines berühmten Arztes und Astrologen in Venedig auf die Welt. Da ihr Vater an den Hof des französischen Königs Karl V. (reg. 1364–1380) eingeladen wurde, wuchs sie von ihrem vierten Lebensjahr an in Frankreich auf und lebte dort bis zu ihrem Tod. Dank ihrer privilegierten Herkunft gehörte Christine zu den ganz wenigen Frauen, die damals Lesen und Schreiben lernten. Diese Fähigkeit wurde ihr zur Rettung, als sich in ihrem Leben ein Unglück an das andere reihte: Nicht nur ihr Vater und dessen Geldgeber König Karl V., sondern auch ihr Ehemann verstarben innerhalb weniger Jahre, sodass sich Christine de Pizan mit 25 Jahren als alleinstehende Mutter ohne Einkünfte wiederfand. Sie beschloss, nicht erneut zu heiraten, sondern das Schreiben zu ihrem Beruf zu machen.

Zunächst verfasste sie Gedichte, dann mehr und mehr politische, religiöse und mystische Literatur sowie Romane. So spielten die Zeitumstände des Hundertjährigen Kriegs eine wichtige Rolle in ihrem Werk: Sie widmete ein Buch den Verdiensten König Karls V., in einem anderen beklagte sie den Niedergang des Landes unter den Vorzeichen des Bürgerkriegs, während sie in ihrer letzten Schrift das Leben von Jeanne d'Arc (s. u.) darstellte. Berühmtheit erlangte sie vor allem durch ihre Verteidigung der Frauenrechte in einer Zeit, als deren Herabsetzung und der Glaube an die Minderwertigkeit des weiblichen Geschlechts verbreitet waren. Zeitlebens ging sie dagegen vor, dass Frauen mit physischer Gewalt angegriffen und

verbal gedemütigt wurden. Christine de Pizan sah Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern als nicht natürlich gegeben, sondern als das Ergebnis von Erziehung und gesellschaftlichen Praktiken. In ihrem *Buch von der Stadt der Frauen* (1404) entwarf sie die Utopie einer ausschließlich von Frauen errichteten und bewohnten Stadt; ein Zufluchtsort vor den Feinden des weiblichen Geschlechts. Gleichzeitig stellte sie in diesem Buch große Frauen aus der Antike und dem frühen Christentum vor, die in ihren Augen Vorbilder für drei weibliche Tugenden waren: Vernunft, Rechtschaffenheit und Gerechtigkeit.



Eine Illustration im *Buch von der Stadt der Frauen* (1404) zeigt die Autorin Christine de Pizan beim Verfassen ihres Werks.



Einzug der Jeanne d'Arc in das befreite Orléans (8. Mai 1429), Ölgemälde von Jean-Jacques Scherrer, um 1900

Die Wiederaufrichtung des gedemütigten Landes ist im französischen Geschichtsbewusstsein fest verbunden mit einer mythenumwobenen Nationalheldin: Jeanne d'Arc, die „Jungfrau von Orléans“ (1412–1431). Die junge, aus dem einfachen Volk stammende Frau aus Lothringen sah sich

durch göttliche Stimmen dazu berufen, ihr Land zu befreien. So machte sie sich 1429 nach Chinon auf, wo der Thronfolger seit dem Verlust von Paris residierte, und erhielt von ihm eine Armee, mit der sie die englische Belagerung von Orléans erfolgreich bekämpfte. Ihr wichtigstes Anliegen war jedoch, die Sakralität der französischen Monarchie zu bekräftigen und den Thronfolger zur Salbung in die Kathedrale von Reims zu führen. Denn dieser hatte sich nach dem Tod seines Vaters 1422 als Karl VII. zum König ausrufen lassen, doch die göttliche Legitimität durch die Salbung in Reims war ihm bislang verwehrt geblieben. Dafür mussten weite, von feindlichen burgundischen und englischen Truppen besetzte Gebiete durchquert werden, bis es am 17. Juli 1429 so weit war: Karl VII. wurde mit heiligem Öl gesalbt, womit

das Herrschergeschlecht der Kapetinger seinen göttlich legitimierten Anspruch untermauerte, über Frankreich zu regieren.

Kurz danach wurde Jeanne d'Arc von den Burgundern festgenommen, an die Engländer verkauft und 1431 in Rouen auf dem Scheiterhaufen verbrannt. Das opferbereite Heldentum der jungen Frau war keineswegs kriegsentscheidend, denn der Konflikt zwischen Burgundern, Engländern und Königstreuen tobte noch über zwei Jahrzehnte. Doch symbolisierten ihre Taten den Willen zum Wiederaufstieg: Als der Hundertjährige Krieg im Jahr 1453 zu Ende ging, konnte England mit Calais nur noch eine einzige Bastion in Frankreich bewahren, während das burgundische Herzogtum seinen Traum von einem souveränen Reich zwischen dem französischen Königreich und dem Heiligen Römischen Reich endgültig begraben musste, als der Burgunder-Herzog Karl der Kühne 1477 auf dem Schlachtfeld von Nancy starb. Fortan standen den Königen der Kapetinger-Dynastie immer weniger Rivalen um die politische Macht in Frankreich gegenüber.

Die Religionskriege und das Massaker in der Bartholomäusnacht

Für die Verbreitung der Reformation in Frankreich war insbesondere Johannes Calvin (1509–1564) verantwortlich. Der aus Noyon in der Picardie stammende, in Genf wirkende Theologe hatte sich zu einem der führenden europäischen Reformatoren entwickelt. Nach seiner Auffassung hat Gott unumstößlich vorherbestimmt, welche Menschen zu den Auserwählten gehören, denen das ewige Leben zuteilwird. Weder gute Werke noch die Vermittlung durch Heilige, so die Botschaft seiner „Prädestinationslehre“, können daran irgendetwas ändern. In seiner Genfer Akademie bildete Calvin Missionare aus, die in Frankreich seine Lehre so erfolgreich vermittelten, dass auch hier



Fand Mitte des 16. Jahrhunderts auch in seiner Heimat Frankreich zahlreiche Anhänger: der Reformator Johannes Calvin.

2

der Protestantismus zu einer Massenbewegung wurde: In den 1560er-Jahren bekannten sich, insbesondere im Süden und Westen des Landes, etwa 2 Millionen Menschen und damit rund 10 Prozent der Bevölkerung zur Reformation. Es bürgerte sich für sie die Bezeichnung *huguenots* (Hugenotten)

ein, die wahrscheinlich dem alemannischen Wort „Eidgenossen“ entlehnt war. Wie auch in anderen europäischen Ländern nahmen die Konflikte zwischen Anhängern und Gegnern der Reformation bald gewalttätige Züge an.

Entscheidend für die Zukunft der Reformation sollte die Haltung der Monarchie sein: Würde sie es tolerieren, dass sich verschiedene christliche Konfessionen auf ihrem Territorium ausbreiteten? Oder würde sie eine einheitliche Religionspraxis durchsetzen wollen? Über mehrere Jahre schwankte sie zwischen diesen Haltungen hin und her, nicht zuletzt auch, weil es zu einer Art Vakuum an der Staatsspitze gekommen war: Da es nach dem Tod Königs Heinrich II. und seines ältesten Sohnes Franz II. in den Jahren 1559/60 keinen erwachsenen Thronfolger gab, übernahm Heinrichs Frau Katharina von Medici die Regentschaft. Die Heirat ihrer Tochter, der Katholikin Margarete von Valois, mit dem protestantischen Herzog Heinrich von Navarra im Sommer 1572 sollte eigentlich die Versöhnung zwischen den Religions-

parteien befördern, doch bot sie stattdessen den Anlass zu einem der schlimmsten Massaker der französischen Geschichte. Zur Hochzeit kamen zahlreiche prominente Hugenotten in die Hauptstadt, was unter der zutiefst protestantenfeindlichen Pariser Bevölkerung zu Unmut führte. Als der Führer der französischen Reformierten, Graf Coligny, Opfer eines Attentats wurde, forderten die Hugenotten Rache, während die Monarchie nun einen Staatsstreich der protestantischen Partei fürchtete. Vor diesem Hintergrund befahl der königliche Rat, in einer Art „Präventivschlag“ die Führungselite der Reformierten umzubringen. Deren Ermordung in der Nacht zum Bartholomäustag (23. August 1572) war allerdings nur der Auftakt zu einem noch größeren, blindwütigen, von radikalisierten Katholiken



Katharina von Medici betrachtet die Leichen ermordeter Protestanten nach der Bartholomäusnacht 1572. Gemälde aus dem 19. Jahrhundert

begangenen Massaker an Tausenden von Protestanten, nicht nur in Paris, sondern auch in zahlreichen Provinzstädten.

Auch nach der Bartholomäusnacht tobten die Religionskriege weiter, in die sich zahlreiche ausländische Akteure, darunter der König von Spanien, Philipp II., einmischten. Mehr und mehr versank Frankreich im Chaos, wovon etwa die Ermordung von König Heinrich III. (reg. 1574–1589) durch einen fanatischen Katholiken im Jahr 1589 zeugte. Seinem Nachfolger Heinrich IV. (reg. 1589–1610) gelang es, die Beziehungen zwischen den christlichen Religionen vorerst zu befrieden. Mit dem Edikt von Nantes (1598) erhielten die Protestanten praktisch die gleichen Bürgerrechte wie die Katholiken, es wurde ihnen religiöse Toleranz gewährt, und sie durften sich in mehr als 50 „sicheren Orten“ auf staatliche militärische Protektion verlassen.

Es dauerte aber nicht lange, bis die Staatsführung sich wieder in die religiösen Beziehungen einmischte: Kardinal Richelieu, der unter König Ludwig XIII. (reg. 1610–1648) die Staatsgeschäfte weitgehend führte, war die Sonderrolle der Protestanten ein Dorn im Auge, da er ihre „sicheren Orte“ als eine Art Staat im Staate auffasste. Der Kampf gegen die Reformierten kulminierte 1627/28 in der einjährigen Belagerung der Hugenottenfestung La Rochelle durch Truppen des französischen Königs, bei der mehr als 15.000 Menschen starben, die meisten von ihnen an Hunger. Nach der Niederlage der Hugenotten in La Rochelle wurde der Protestantismus auf französischem Boden geduldet, bis Ludwig XIV. die Reformierten schließlich 1685 dazu zwang, sich entweder zum Katholizismus zu bekehren oder aber das Land zu verlassen, was diese zu Tausenden taten, indem sie in protestantisch geprägte Gebiete wie Brandenburg-Preußen, die Niederlande oder England auswanderten.

Ludwig XIV. zieht in das Schloss von Versailles – der Absolutismus

Die Religionskriege, die Frankreich immer wieder im Chaos versinken ließen, waren für viele Menschen ein Grund, die Herrschaftsform des Landes grundlegend zu überdenken. In der damals noch bestehenden feudalen Monarchie stand zwar der König an der Spitze des Staates, er musste sich jedoch mit dem Adel arrangieren. Dieser beanspruchte für sich, die Nation zu repräsentieren, und hegte die Macht des Monarchen ein, indem er die wichtigsten Ämter in der Rechtsprechung und der Verwaltung ausübte. Inmitten der Wirren der Religionskriege hatte der Staatsphilosoph Jean Bodin (1530–1596) gefordert, dass an der Spitze des Staates ein unumschränkter Herrscher stehen müsse, der nur an die Gesetze Gottes und der Natur, nicht aber an weltliche Gesetze gebunden sei. Aus dieser Vorstellung leitete man das Konzept der absoluten Monarchie ab, für das Frankreich beispielgebend werden sollte.

Der Aufbau der absoluten Monarchie begann unter Ludwig XIII. (reg. 1610–1643), dessen Premierminister Kardinal Richelieu alles daran setzte, die Befugnisse des Adels zu beschneiden und die bestehenden Zwischengewalten zurechtzustutzen. Ein wichtiges Anliegen war ihm eine möglichst effiziente Steuereintreibung, die wiederum dazu dienen sollte, die Kriegsführung der Monarchie zu finanzieren. Diese sah sich in einem unabwendbaren Konflikt mit dem Hause Habsburg, dessen Herrschaftsbereich sich nicht nur auf Österreich und die Niederlande, sondern auch auf den mächtigen Nachbarn Spanien erstreckte. Nach jahrelanger Kriegsführung konnte der Konflikt endlich mit dem Pyrenäenfrieden (1659) beendet werden, der die heutigen Grenzen zwischen Frankreich und Spanien definierte.



Ludwig XIV., Gemälde nach Claude Lefèvre, um 1665–1670

Die Tendenz zur Konzentration der Macht an der Staatsspitze verstärkte sich noch unter Ludwig XIV. (reg. 1643–1715). Dieser war bereits als Kind auf den Thron gekommen, eine Situation, welche die Adligen dazu nutzen wollten,

sich wieder als Teilhaber an der Macht ins Spiel zu bringen. Ihr gewaltsamer Aufstand, die *fronde*, zwang den jungen König 1649 sogar dazu, mit seiner Mutter Paris zu verlassen. Da jedoch die Eliten keine einheitlichen Zukunftsvorstellungen hatten, gelang es dem König, die *fronde* zu ersticken, um mit umso größerer Entschiedenheit seine Alleinregierung voranzutreiben. „Es blieb keine einzige Spur von den einstigen Streitparteien; es gab in Frankreich nur noch einen Herrn und seine Untertanen“, so charakterisierte der Philosoph Voltaire (1694–1778) später die Herrschaftsform von Ludwig XIV.¹³ Dieser umgab sich mit einer Reihe von ihm ergebenen Staatsdienern, wie dem Festungsbaumeister Vauban, dem Finanzminister Colbert und dem Kriegsminister Louvois, um das Land in seinem Sinne umzugestalten und zur führenden Macht des Kontinents aufzubauen. Das wichtigste Mittel dazu war

wie bereits bei seinem Vorgänger der Krieg, den er mehr oder weniger ununterbrochen gegen verschiedene Mächte – Spanien, England, die Niederlande, Schweden, den Kaiser und mehrere Fürsten des Heiligen Römischen Reiches – führte, kulminierend im Spanischen Erbfolgekrieg von 1701 bis 1714. Auf bisher ungeahnte Weise wurde die Bevölkerung für den Kriegseinsatz mobilisiert, nicht nur durch die steigenden Steuern, die besonders auf der Landbevölkerung lasteten, sondern auch durch die „Miliz“ (*milice*), eine Art verpflichtender Militärdienst für alle jungen Männer.

Steuern benötigte der „Sonnenkönig“ (*Roi Soleil*) auch für sein größtes Bauprojekt, das Schloss von Versailles, in das er 1682 zog. Seitdem befand sich der König nicht mehr in der notorisch unruhigen Hauptstadt, sondern einige Kilometer entfernt



Zentrum eines architektonisch-künstlerischen Repräsentationsprogramms, das Nachahmer in ganz Europa fand: das Schloss Versailles mit seinen Gartenanlagen

in einem nur für ihn errichteten Universum, in dem alle sozialen Beziehungen um ihn kreisten. Das riesige Schloss diente dazu, ihn als Feldherrn von Weltruhm zu verherrlichen, der sich mit den mythischen Helden des Altertums vergleichen konnte. Den Angehörigen des Hochadels blieb nichts anderes übrig, als ihm dorthin zu folgen, wenn sie weiterhin in der Gunst des Herrschers stehen wollten. Auf diese Weise sollte die Hofkultur des Schlosses nicht nur die Sitten des Adels disziplinieren, sondern auch auf die gesamte Gesellschaft ausstrahlen. In ganz Europa fanden Versailles und seine Hofkultur Nachahmer unter den Königen und Fürsten, die ebenso wie der „Sonnenkönig“ im Mittelpunkt eines architektonisch-künstlerischen Repräsentationsprogramms stehen und so ihren Ruhm vergrößern wollten.

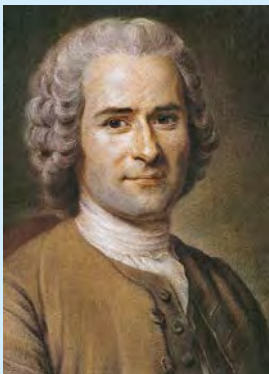
Der Ballhauschwur und die Französische Revolution

Das Erbe Ludwigs XIV. war zwiespältig: Seine Expansionspolitik bescherte Frankreich nur geringe dauerhafte territoriale Gewinne wie das Elsass. Dem gegenüber standen marode Staatsfinanzen und eine unzufriedene Bevölkerung, die nicht nur unter der wachsenden Steuerlast, sondern auch den andauernden Kriegen gelitten hatte. Unter diesen Vorzeichen kam es im 18. Jahrhundert zu einer breit angelegten Kritik an den herrschenden Zuständen, die von den großen Autoren der französischen Aufklärung wie Voltaire, Montesquieu, Rousseau, Diderot und d'Alembert vorgetragen wurde. Diese Kritik richtete sich zunächst gegen die offenkundige religiöse Intoleranz der Monarchie, die es den Menschen vorschreiben wollte, welchen Glauben sie anzunehmen hatten. Ab der Jahrhundertmitte nahmen sich die Philosophen der Aufklärung auch zunehmend dezidiert politische Themen vor. So pries Montesquieu die

englische Monarchie mit ihrer Teilung zwischen exekutiver, legislativer und judikativer Gewalt als Vorbild an, während Rousseau das Idealbild einer egalitären Republik freier, gleicher und souveräner Bürger entwarf.

→ **Jean-Jacques Rousseau – Philosoph der Aufklärung**

Er stammte zwar nicht aus Frankreich, hat aber wie kein anderer Philosoph die französische Geschichte beeinflusst. Jean-Jacques Rousseau (1712–1778) wurde in dem Stadtstaat Genf geboren, lebte an verschiedenen Orten und verdingte sich in verschiedenen Berufen. Zugleich bildete er sich als Autodidakt fort, veröffentlichte seine ersten Schriften und trat schließlich in die Pariser Zirkel der Aufklärungsphilosophen ein. Anders als Zeitgenossen wie Voltaire glaubte er allerdings nicht an den kontinuierlichen Fortschritt der Menschheit.



Vielmehr war er davon überzeugt, dass die gesellschaftliche Entwicklung zu deren Verfall geführt hatte. Ursprünglich, so seine Auffassung, seien die Menschen untereinander gleich gewesen; nun aber, in der Gegenwart, kennzeichneten starke Ungleichheiten die

Jean-Jacques Rousseau, Pastell
von Maurice Quentin de La Tour aus
dem Jahr 1753

gesellschaftliche Ordnung. Um die Freiheit des Menschen stand es nicht besser: „Der Mensch ist frei geboren, und überall liegt er in Ketten“, schrieb er in seinem 1762 erschienenen *Du contrat social* (Vom Gesellschaftsvertrag). Um diese Probleme zu lösen, entwarf er eine Utopie: eine Republik freier und gleicher Bürger, in der alle sich uneigennützig der Gemeinschaft hingeben, ihre persönlichen Interessen hintanstellen und im Rahmen einer direkten Demokratie an der Gestaltung eines „Gemeinwillens“ (*volonté générale*) mitwirken. Nur auf diese Weise könne das Volk wirklich souverän sein und müsse sich nicht dem Herrschaftswillen eines Einzelnen oder einer Elite unterordnen. Auf die Protagonisten der Französischen Revolution hatte Rousseau einen großen Einfluss: Sie glaubten seine Idee der Volkssouveränität in die Realität umzusetzen, indem sie das ungleiche Feudalsystem abschafften, den König entthronten und eine neue, den Prinzipien der Freiheit und Gleichheit verpflichtete politische Ordnung gründeten.

Unterdessen verschlimmerte sich angesichts fortgesetzter Kriege die Finanzlage des Staates: Verantwortlich dafür war der Siebenjährige Krieg (1756–1763), den Frankreich auch in Nordamerika austrug. Dort hatten seit dem 17. Jahrhundert Großbritannien und Frankreich Kolonien gegründet: Während auf britischer Seite protestantische Siedler die Ostküste der heutigen USA kolonisierten, drangen auf französischer Seite Soldaten, Administratoren und Missionare über den Sankt-Lorenz-Strom von Norden her ins Gebiet der Großen Seen und weiter bis zum Mississippi vor. Als die britische Kolonisierung immer weiter in den Westen vordrang, kam es zum unvermeidlichen Konflikt,

der für Frankreich mit einer vernichtenden Niederlage endete. Es musste seinen gesamten nordamerikanischen Kolonialbesitz an England und Spanien abgeben. Die französische Unterstützung des Amerikanischen Unabhängigkeitskriegs (1775–1783) konnte zwar als erfolgreiche Revanche verstanden werden, führte aber endgültig zum finanziellen Ruin. Zum Ende des Jahrhunderts kam Bewegung in die erstarrte politische Lage des Landes: Im Jahr 1788 sah König Ludwig XVI. keinen anderen Ausweg aus der Finanzkrise des Staates, als die Generalstände einzuberufen, die seit 1614 nicht mehr getagt hatten. Dabei handelte es sich um eine Versammlung von Vertretern der drei Stände: Adel, Klerus und „Dritter Stand“ (*Tiers-État*), dem die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung angehörte. Die Angehörigen des Dritten Standes trugen zwar die Steuerlast im Lande, hatten politisch aber kaum Mitspracherechte. Bereits die Einberufung der Generalstände belebte die politische Debatte, sodass eine Vielzahl von Broschüren, Flugschriften und Pamphleten erschien, die Vorschläge für eine Reform des Staates unterbreiteten. Die berühmteste unter diesen Schriften stammte von einem Kleriker, Emmanuel Sieyès (1748–1836), und stand unter dem Titel: *Qu'est-ce que le Tiers-État?* (Was ist der Dritte Stand?) Seine Antwort war unzweideutig – der Dritte Stand sei eine vollständige Nation und solle die Souveränität ergreifen, um Frankreich eine auf Gleichheit und Freiheit aufgebaute Verfassung zu geben.

Als die Generalstände im Mai 1789 zusammentraten, hielten sich die Vertreter des Dritten Standes wortgetreu an die Anweisungen von Sieyès: Nachdem ihre Forderungen nach einem gleichberechtigteren Abstimmungsmodus von den beiden privilegierten Ständen abgelehnt wurden, tagten sie getrennt und erklärten sich zur repräsentativen Versammlung der fran-



Der Ballhauschwur vom 20. Juni 1789, Ölgemälde von Jacques-Louis David (1748–1825)

zösischen Nation. Da der König ihren Sitzungssaal schließen ließ, zogen sie kurzerhand in das „Ballhaus“ (*Salle du Jeu de Paume*), eine Sporthalle in der Nähe des Versailler Schlosses. Dort leisteten sie am 20. Juni 1789 einen feierlichen Eid: Sie schworen, nicht eher auseinanderzugehen, bis sie eine Verfassung für Frankreich verabschiedet hätten („Ballhauschwur“). Damit vollzogen sie den ersten, ja den entscheidenden Akt der Französischen Revolution, indem sie nämlich dem König seine Souveränität absprachen und diese für sich selbst, als Vertreter der Nation, in Anspruch nahmen. Die Volkssouveränität, die Rousseau in seinem *Gesellschaftsvertrag* gefordert hatte, wurde auf diese Weise Wirklichkeit. Kurz darauf ging das Pariser Volk, künftig ein unverzichtbarer Akteur des revolutionären Geschehens, auf die Barrikaden: Da es ein Vorgehen vonseiten des Königs gegen den Dritten Stand fürchtete, stürmte eine

aufgebrachte Menge am 14. Juli 1789 die Bastille, ein Gefängnis, das symbolisch für die Willkürherrschaft der absoluten Monarchie (die man nun als das *Ancien Régime* bezeichnete) stand. Der Tag des Bastille-Sturms ist heute der französische Nationalfeiertag.

Dass die Verfassungsgebung und die staatliche Neugründung in Frankreich mit viel schwereren inneren Konflikten verbunden waren, als es bei der zeitgenössischen amerikanischen Revolution der Fall war, lag an verschiedenen Faktoren: So gab es in Frankreich eindeutige Verlierer der Revolution von 1789, die keine Mittel scheuten, um deren Errungenschaften wieder rückgängig zu machen. Dazu gehörte die Aristokratie, die ihre Privilegien verloren hatte und deren Vertreter zahlreich ins Exil gegangen waren, um von außen die Revolution zu bekämpfen. Und die katholische Kirche schlug sich mehrheitlich auf die Seite der erbitterten Antirevolutionäre, nachdem ihre Güter verstaatlicht worden waren und man die Geistlichen dazu verpflichtet hatte, einen Eid auf die 1791 geschaffene Verfassung zu schwören. Rückhalt fanden die Revolutionsgegner bei europäischen Monarchien wie Preußen und Österreich, die eine Verbreitung der Ideen von 1789 fürchteten.

Doch waren nicht nur seine Gegner dafür verantwortlich, dass sich das revolutionäre Lager immer weiter radikalisierte und zunehmend Gewalt anwendete, um seine Vorstellungen durchzusetzen. Denn die Protagonisten der Revolution waren sich uneins, wie weit man bei der Neuordnung des Landes gehen sollte. Manche waren damit zufrieden, dass sich das Land 1791 in eine konstitutionelle Monarchie mit Zensuswahlrecht verwandelt hatte. Andere aber wollten viel weitergehen, die Monarchie abschaffen und nicht nur politische, sondern auch

soziale Gleichheit erringen. Je länger das revolutionäre Geschehen andauerte, desto mehr konkurrierten die Revolutionäre darum, wer die wahre Linie verkörperte, wobei die radikalen Kräfte immer mehr die Oberhand gewannen. So richtete sich der Zorn der entschiedenen Revolutionäre immer deutlicher gegen König Ludwig XVI., der im Juni 1791 einen gescheiterten Versuch unternommen hatte, mit seiner Familie aus dem Land zu fliehen. Seit April 1792 befand sich Frankreich überdies im Krieg mit Österreich, sodass Ludwig zunehmend nicht nur als das Symbol des verhassten *Ancien Régime* mit seinen Ungerechtigkeiten wahrgenommen wurde, sondern auch als ein Landesverräter, der insgeheim mit den Kriegsgegnern paktierte. Am 10. August 1792 stürmten sogenannte Sansculotten, wie man die radikalen Revolutionäre aus dem Pariser Kleinbürgertum nannte, den Tuilerien-Palast und nahmen die königliche Familie gefangen. Einen Monat später endete vorläufig die mehr als sieben Jahrhunderte währende kapetingische Königsherrschaft: Ein neu gewählter Nationalkonvent erklärte Frankreich zur Republik und machte sich daran, für diese eine neue, demokratische Verfassung auszuarbeiten.

→ Olympe de Gouges – Vorkämpferin für Frauenrechte

In der Geschichtsschreibung über die Französische Revolution kamen lange Zeit nur Männer vor, die ohne Zweifel die Hauptakteure des dramatischen Geschehens waren. Doch wurde dabei vergessen, dass es nach 1789 auch zu einem Erwachen des politischen Bewusstseins der Frauen kam. Diese waren nicht berücksichtigt worden, als man neue Bürgerrechte wie das Wahlrecht

einführte. Für die männlichen Protagonisten war es selbstverständlich, dass Frauen eine häusliche Rolle einzunehmen hatten, während die öffentlichen Angelegenheiten eine Sache der Männer sein sollten. Den Protest gegen eine solche Sichtweise verkörperte Olympe de Gouges (1748–1793), die eigentlich Marie Gouze hieß, aus der Provinz stammte und sich nach dem Tod ihres Mannes mit ihrem Sohn in Paris niederließ. Sie setzte sich zunächst für die Abschaffung der Sklaverei und die Gleichberechtigung der Schwarzen ein. Dann, nach Ausbruch der Revolution, galt ihr Kampf der Gleichstellung von Mann und Frau. 1791 verfasste sie die *Erklärung der Rechte der Frau und Bürgerin (Déclaration des droits de la Femme et de la Citoyenne)*, in der zu lesen war: „Die Frau wird frei geboren und bleibt dem Manne gleich in allen Rechten.“ Alle Diskriminierungen, die sich aus dem Geschlecht herleiteten, sollten ihrer Auffassung nach abgeschafft werden. Als die Revolution unter Führung Robespierres immer radikaler und brutaler vorging, drückte Olympe de Gouges ihre Opposition aus.



Damit hatte sie ihr Schicksal besiegelt: Wie so viele fiel sie dem Staatsterror zum Opfer und wurde am 3. November 1793 enthauptet. Erst im 20. Jahrhundert begann man sich wieder an diese frühe französische Feministin zu erinnern.

Revolutionärin und Frauenrechtlerin:
Olympe de Gouges, Pastell von
Alexander Kucharski (1741–1819)

Von der Terrorherrschaft zu Napoleon Bonaparte

Die Revolutionäre begnügten sich nicht mit der Abschaffung der Monarchie, sondern machten dem abgesetzten König einen Prozess, der mit dem Todesurteil endete. Die öffentliche Hinrichtung Ludwigs XVI. am 21. Januar 1793 läutete die blutigste Phase der Revolution ein. Politisch gestaltet wurde sie wesentlich von den Jakobinern, den Angehörigen des wichtigsten der zahlreichen politischen Klubs, die sich seit 1789 gebildet hatten. An seiner Spitze standen Persönlichkeiten wie Maximilien Robespierre (1758–1794) und Georges Danton (1759–1794), die als repräsentativ für die radikale Periode der Französischen Revolution gelten. Sie sahen sich mit der Aufgabe konfrontiert, das Land nicht nur gegen eine immer größere Koalition von ausländischen Mächten zu verteidigen, sondern auch durch einen



Immer mehr Menschen fallen in den Jahren 1793/94 der Guillotine zum Opfer. Das zeitgenössische Gemälde von Pierre-Antoine Demachy zeigt eine Enthauptung auf dem Platz der Revolution, der heutigen Place de la Concorde in Paris.

blutigen Bürgerkrieg zu steuern. Denn im Westen des Landes hatten sich die Feinde der Revolution militärisch organisiert und den Kampf für König und Kirche aufgenommen. Mehr und mehr nahm in Paris der sogenannte Wohlfahrtsausschuss (*Comité de salut public*) die Dinge in die Hand und ging mit äußerster Härte gegen alle diejenigen vor, die von der „richtigen“ revolutionären Gesinnung abzuweichen schienen. Mehr und mehr wurde der Terror (*Terreur*) zur offiziellen Politik dieser Revolutionsregierung, die Tausende von Menschen durch die Guillotine hinrichten ließ und auf diese Weise abschrecken wollte. Die Spirale der Radikalisierung konnte jedoch nicht mehr aufgehalten werden, denn immer mehr nahm Robespierre als entschiedenster Vertreter des Terrors das Heft in die Hand und ließ auch einstige Weggefährten wie Danton hinrichten. Im Juli 1794 fand sich eine breit gefächerte Koalition von Gegnern zusammen, die der Alleinherrschaft Robespierres ein Ende setzten und ihn hinrichten ließen.

In den darauffolgenden Jahren konnte das aufgerührte Land aber nicht stabilisiert werden. Das nun regierende fünfköpfige „Direktorium“ (*Le Directoire*) war überfordert von den gewaltigen Aufgaben – den Bürgerkrieg zu beenden, die schwelende Wirtschaftskrise zu bekämpfen und gleichzeitig auch noch Krieg gegen äußere Feinde zu führen. In dieser Krisenphase bot sich ein junger, aus Korsika stammender General als Retter an: Napoleon Bonaparte, dem es 1797 völlig überraschend gelungen war, Österreich aus Norditalien zu vertreiben und der einen kühnen Feldzug nach Ägypten unternommen hatte, um dort den Briten ihre Handelswege nach Indien abzuschneiden. Als er 1799 nach Frankreich zurückkehrte, unternahm er einen Staatsstreich, verjagte das „Direktorium“ und legte eine neue Verfassung vor, die er als die Beendigung der Französischen Revolution präsentierte. Diese machte Schluss mit allen demokratischen Experimenten



Kaiserkrönung Napoleons I. am 2. Dezember 1804 in der Kathedrale Notre-Dame in Paris, Ölgemälde von Jacques-Louis David, 1806/07

der vorangegangenen Jahre und setzte in der Person Napoleon Bonapartes einen „Ersten Konsul“ an die Spitze des Staates, dem umfassende exekutive und legislative Befugnisse zukamen.

Als neuer „starker Mann“ Frankreichs, getragen von dem Charisma des erfolgreichen Feldherrn, unternahm Bonaparte eine umfassende politische, administrative und rechtliche Umgestaltung Frankreichs. Ihm gelang es nicht nur, den Bürgerkrieg mit den royalistischen Kräften zu beenden, sondern auch Frieden mit dem Katholizismus zu schließen: Das Konkordat von 1801 regelte fortan die Beziehungen zwischen Kirche und Staat. Auch verordnete er dem Land ein einheitliches bürgerliches Gesetzbuch, den *Code civil*, der an die Stelle einer Vielzahl gewohnheitsrechtlicher Bestimmungen trat und auch in allen von Frankreich eroberten Territorien eingeführt wurde. Das Gesetzeswerk bekräftigte wichtige Errungenschaften der Revolution, wie

die Rechtsgleichheit aller Bürger sowie den Schutz des Privateigentums. Die innere Neuordnung Frankreichs war für Bonaparte nicht nur ein Ziel in sich selbst, sondern auch ein Mittel, um das Land für seine Eroberungszüge besser aufzustellen. Bald standen große Teile Europas, wie etwa Italien, die Schweiz, das linke Rheinufer und die Niederlande entweder unter direkter Herrschaft Frankreichs oder waren vom ihm abhängig, sodass sich der Ruhm Bonapartes als genialer Heerführer und Retter eines zerrissenen Landes festigte. Aus diesem Grund trat der Wunsch auf, seine Herrschaft zu verstetigen: War er bereits 1802 zum „Konsul auf Lebenszeit“ ernannt worden, ging man zwei Jahre später noch einen Schritt weiter und erhob die Familie Bonaparte zur neuen Herrscherdynastie: Sollte Napoleon ums Leben kommen, würde das Land nicht erneut in Chaos und Bürgerkrieg stürzen, denn seine Nachkommenschaft würde sein Werk fortsetzen. Um sich von der Königsherrschaft des *Ancien Régime* zu unterscheiden, erhielt Napoleon den Titel eines „Kaisers der Franzosen“ (*Empereur des Français*); und das Krönungsritual 1804 fand nicht wie früher in der Kathedrale von Reims, sondern in Notre-Dame de Paris statt. Napoleon, der sich keiner religiösen Autorität unterordnete, demonstrierte seine Machtfülle, indem er sich in Anwesenheit des Papstes selbst die Kaiserkrone aufsetzte.

Nur wenige Jahre später begann jedoch bereits der Niedergang seines europäischen Großreichs, wofür ursächlich der Widerstand Englands verantwortlich war. Napoleon war es nicht gelungen, diese große Meeres- und Handelsmacht militärisch zu unterwerfen, sodass er es mit einem Wirtschaftsboykott versuchte. Alle europäischen Häfen, so verkündete der Kaiser 1806, waren fortan für britische Waren gesperrt. Damit diese Handelsperre wirksam sein konnte, mussten sich alle europäischen



Europa zur Zeit Napoleons 1804–1815



Länder ihr beugen. Da dies jedoch nicht der Fall war, sah sich Napoleon zu militärischen Interventionen gezwungen. Doch bereits seine Invasion in Spanien 1808 traf auf heftigen bewaffneten Widerstand, dem seine Truppen nicht gewachsen waren. Der Angriff auf Russland 1812 geriet zum Fiasko, denn beim Rückzug wurde die „Große Armee“ (*Grande Armée*) drastisch dezimiert. Österreich, Preußen, Russland und Schweden fügten dem Kaiser in der Völkerschlacht bei Leipzig 1813 eine vernichtende Niederlage zu und besetzten im März 1814 Paris. Am 3. April 1814 setzte der französische Senat Napoleon ab und trug Ludwig XVIII., dem Bruder des 1793 hingerichteten Königs, die Königskrone an.

→ Napoleons „Herrschaft der 100 Tage“ und die Schlacht von Waterloo

Nachdem sie gemeinsam Napoleon niedergedrückt hatten, überließen die europäischen Mächte ihm die Mittelmeerinsel Elba als Fürstentum. Doch dem Mann, der einst über den Großteil Europas geherrscht hatte, konnte eine kleine Insel mit kaum 10.000 Einwohnern als Betätigungsfeld nicht genügen. Auch war ihm bewusst, dass zahlreiche Franzosen mit der Restauration der Bourbonen-Monarchie nicht zufrieden waren. So sah er nach nur knapp acht Monaten den Moment gekommen, es noch einmal zu versuchen: Im Februar 1815 landete Napoleon mit 1.000 Soldaten an der französischen Mittelmeerküste und machte sich an die Wiedergewinnung seiner Kaiserherrschaft. Mehr und mehr geriet der Marsch seiner Truppen in Richtung Paris zu einem Triumphzug. Anstatt dem König Treue zu beweisen und den Usurpator zu verhaften, liefen immer mehr Soldaten zu

Napoleon über, sodass sich niemand mehr seiner erneuten Herrschaftsübernahme entgegenstellte. Doch obwohl der wiedereingesetzte Kaiser bekundete, er wolle den Frieden respektieren und keine weiteren Eroberungen anstreben, sahen die europäischen Mächte ihn als eine permanente Bedrohung und schmiedeten eine erneute Allianz, um ihn endgültig zu beseitigen. Am 18. Juni 1815 kam es in der Nähe des belgischen Dorfes Waterloo zur finalen Schlacht, bei der die verbündeten Truppen Großbritanniens, der Niederlande und Preußens Napoleon besiegten und der nur hundert Tage dauernden Episode seiner Rückkehr ein Ende setzten. Nun ging man nicht mehr das Risiko ein, den einstigen Kaiser in Europa zu belassen: Er wurde auf die abgelegene Insel St. Helena im Südatlantik verbannt, wo er 1821 starb.

Die Eroberung Algeriens und das französische Kolonialreich

Mit der Restauration der Monarchie lag Frankreich im Trend der Zeit, denn seine einstigen Kriegsgegner Österreich, Preußen und Russland hatten sich zur „Heiligen Allianz“ verbündet, um revolutionäre Aspirationen im Zaum zu halten und das monarchische Prinzip aufrechtzuerhalten. Dennoch handelte es sich bei der Restauration nicht um eine umfassende Rückkehr zum *Ancien Régime*, denn zahlreiche Neuerungen der vergangenen Jahre, wie etwa der *Code civil* Napoleons, blieben bestehen. Allerdings verspielten König Ludwig XVIII. (reg. 1814–1824) und sein Nachfolger Karl X. (reg. 1824–1830) sich ihren Rückhalt bei den Franzosen, denn anstatt ihnen mehr Freiheiten einzuräumen, zog insbesondere Letzterer die Zügel immer enger an, schränkte das Wahlrecht weiter ein und hob die Pressefreiheit

auf. Seine wichtigste Stütze erblickte der König in der katholischen Kirche, der er einen immer größeren Einfluss auf das Bildungswesen einräumte.

Da sich die öffentliche Meinung mehr und mehr von den Herrschenden abwendete, versuchte König Karl X. mit außenpolitischem Ruhm, die Bürger wieder für sich zu gewinnen. Allerdings gab es dafür in Europa keinerlei Möglichkeiten, sodass er im Jahre 1830 eine Überseeintervention unternahm: Im nordafrikanischen, zum Osmanischen Reich gehörenden Algier schwelte ein Konflikt mit dem Regenten von Algier, dem Dey Hussein. Nicht nur legte man diesem zur Last, die Piraterie im Mittelmeer zu unterstützen, auch hatte er einen französischen Konsul geohrfeigt und ein Schiff beschießen lassen. Der vom König angeordneten Militärintervention hatte der Dey nicht viel entgegensetzen, sodass Algier innerhalb weniger Tage in französische Hände fiel. Mit dieser Eroberung begann der moderne französische Imperialismus, denn für die nächsten sieben Jahrzehnte wich das Land nicht mehr von dem einmal eingeschlagenen Weg der kolonialen Expansion ab. Zunächst beschränkte sich diese auf Algerien, denn nach der Einnahme der Hauptstadt suchte Frankreich nicht nur die Küste, sondern auch das Hinterland für sich zu gewinnen. Unter Führung des Stammesfürsten Abd el-Kader stellte sich die Bevölkerung diesem brutalen Eroberungszug über Jahre hinweg, aber letztlich erfolglos entgegen.

Nachdem Algerien unterworfen war, konzentrierte sich der Expansionismus auf Südostasien, wo Frankreich sich in der sogenannten Cochinchina-Kampagne (1857–1862) große Teile des heutigen Vietnam und Kambodscha aneignete. Neben dem Großmachtstreben standen hierbei Handels- und Wirtschaftsinteressen im Vordergrund, denn einerseits wollte man sich



Setzte sich lange gegen die französische Kolonisation in Algerien zur Wehr: der Freiheitskämpfer Abd el-Kader (1808–1883). Statue in Algier

Zugang zu den asiatischen Märkten eröffnen und andererseits die Lieferung von Rohseide für die heimische Textilindustrie sicherstellen. In den 1870er- und 1880er-Jahren beteiligte sich Frankreich am „Scramble for Africa“, dem Wettlauf um Kolonialbesitz auf dem Kontinent. Dabei gelang

es Frankreich, große Gebiete in West- und Zentralafrika, vom Kongo-Fluss im Süden zum Oberlauf des Nigers bis hin zum Tschadsee im Osten und Dakar im Westen, unter seine Kontrolle zu bringen. Protektorate über Tunesien (1881), Madagaskar (1885) und Marokko (1912) kamen hinzu und machten Frankreich nach Großbritannien zur zweitgrößten Kolonialmacht der Welt. Nicht nur war die Eroberung mit brutaler Gewalt gegenüber den Einheimischen verbunden, auch etablierte Frankreich in seinen Kolonien ein Herrschaftssystem, das auf der Unterdrückung und Ausbeutung der Bevölkerung beruhte. Der indigenen Bevölkerung wurden keinerlei französische Bürgerrechte zugestanden, vielmehr waren sie einem besonderen Gesetzeswerk unterworfen, dem *Code de l'indigénat*, das es den Kolonialherren gestattete, sie zur Zwangsarbeit heranzuziehen und selbst für kleine Vergehen mit äußerster Härte zu bestrafen.

Das französische Kolonialreich in Afrika



Von der Julirevolution bis zur Dritten Republik

Die Intervention in Algerien 1830 war zwar ein militärischer Erfolg, doch erzeugte sie für Karl X. nicht die erwünschte Wirkung, dass Frankreichs Bürger nun seine reaktionäre, autoritäre Regierungsweise akzeptieren würden. Im Gegenteil brach im Juli 1830 in Paris ein revolutionärer Volksaufstand aus, der zur Abdankung des Königs führte. Die Nachrichten von einer neuerlichen französischen Revolution verbreiteten sich wie ein Lauffeuer in Europa und führten dazu, dass auch in Belgien, Italien, Deutschland und Polen die Menschen für freiheitliche



Das wohl ikonischste Bild der französischen Geschichte: *Die Freiheit führt das Volk* von Eugène Delacroix. Das Gemälde aus dem Jahr 1830 zeigt die revolutionäre Erhebung gegen Karl X. Im Zentrum zu sehen ist die Figur der Marianne, die bereits seit 1789 ein Symbol für die Ideale von Freiheit und Gleichheit war.

Ideen auf die Barrikaden gingen. Die Ergebnisse der „Juli-revolution“, wie man sie heute nennt, waren für Frankreich allerdings gar nicht so umstürzlerisch: Das Land blieb eine Monarchie, doch trat an die Stelle des ungeliebten Karl X. ein liberal gesonnener Angehöriger einer Nebenlinie des Königshauses, Louis-Philippe I. Dieser nannte sich nun nicht mehr „König von Frankreich“, sondern „König der Franzosen“, um deutlich zu machen, dass er seine Stellung dem Vertrauen der Bürger verdankte. Am politischen System änderte sich nicht viel, denn ein sehr restriktives Zensuswahlrecht schränkte die politische Partizipation auf ein paar Tausend Personen ein.

Zweifellos konnte eine solche Ordnung nicht die demokratischen Aspirationen befriedigen, die seit 1789 zur französischen politischen Kultur gehörten. Diese traten im Februar 1848 erneut zutage, als es wieder zu einem revolutionären Volksaufstand in Paris kam. Diesmal aber wollten die Revolutionäre deutlich radikalere Forderungen umsetzen: So wurde die Monarchie umgehend beseitigt und die Zweite Republik ausgerufen. Auch wurden vermehrt soziale Forderungen, wie etwa staatliche Maßnahmen zur Unterstützung von Arbeitern und Arbeitslosen, erhoben. Doch machten die Wahlen des Jahres 1848 deutlich, dass die auf dem Land lebenden Menschen, die den Großteil der französischen Bevölkerung ausmachten, mit den radikalen Forderungen der Pariser Revolutionäre nicht übereinstimmten: Sie wählten nicht nur eine gemäßigte Mehrheit ins Parlament, sondern auch einen Neffen Kaiser Napoleons I., Louis-Napoléon Bonaparte, zum Staatspräsidenten. Ähnlich wie sein Onkel strebte auch dieser nach Verstärkung seiner Herrschaft, setzte nach einem blutigen Staatsstreich am 2. Dezember 1851 die Verfassung außer Kraft und erklärte sich zum



Kaiser Napoleon III., Porträt von Franz Xaver Winterhalter, um 1853

„Prince-Président“. Ein Jahr später machte er Schluss mit der Republik und proklamierte sich zum Kaiser und Frankreich erneut zum Kaiserreich, das knapp zwei Jahrzehnte Bestand haben sollte („Zweites Kaiserreich“). In dieser kontrastreichen Epoche der 1850er- und 1860er-Jahre wurde der Eisenbahnbau vorangetrieben und Paris unter dem Wirken des Präfekten

Georges-Eugène Haussmann in eine moderne Metropole mit breiten Boulevards, Flaniermeilen und Warenhäusern umgestaltet. Wie sein Onkel suchte auch Louis-Napoléon, nun als Kaiser Napoleon III., nach außenpolitischem Prestige, um seine Herrschaft zu stabilisieren – aber mit deutlich weniger Erfolg: Zwar kamen Nizza und Savoyen zu Frankreich, doch sein Versuch, den Aufstieg Preußens zu bremsen, scheiterte und führte schließlich zum Untergang des Zweiten Kaiserreichs. Denn aus dem Krieg von 1870/71 ging Preußen mit seinen süddeutschen Verbündeten siegreich hervor: Nach der Niederlage in der Schlacht von Sedan am 1./2. September 1870 kapitulierte der französische Kaiser und kam in deutsche Gefangenschaft.

Angesichts von Unruhen in der Bevölkerung rief Léon Gambetta, einer der führenden Politiker des linken Lagers, am 4. September 1870 vom Pariser Rathaus die Republik aus. Sein Anliegen dabei war es nicht nur, die Staatsform zu verändern, sondern auch die Verteidigung des Vaterlands nun unter republikanischen Vorzeichen neu zu organisieren, wie die Revolutionäre es 1792 getan hatten. Deshalb verließ er einen Monat später Paris in einem Heißluftballon, um die Befreiung der von den Deutschen belagerten Hauptstadt von außen zu koordinieren. Doch konnte auch die Republik keine Kriegswende herbeiführen, sondern musste im Januar 1871 in einen Waffenstillstand einwilligen. Das Elsass und der östliche Teil Lothringens wurden vom neugegründeten Deutschen Kaiserreich annektiert – eine Erniedrigung, die für viele Jahrzehnte das deutsch-französische Verhältnis vergiften sollte.

→ Die Pariser Kommune – lokaler Aufstand mit internationaler Wirkung

Karl Marx feierte die Pariser Kommune als „ruhmvolle[n] Vorbote[n] einer neuen Gesellschaft“, Lenin äußerte, dass sie „für die Befreiung der gesamten werktätigen Menschheit; aller Erniedrigten und Verachteten“ gekämpft habe.¹⁴ Der revolutionäre Pariser Aufstand des Frühjahrs 1871 ist unlösbar mit Frankreichs Niederlage im Deutsch-Französischen Krieg verknüpft. Monatelang wurde die Hauptstadt belagert; eine für die Bevölkerung äußerst entbehrungsreiche, von Hunger und Not gekennzeichnete Zeit. Nachdem die von dem bürgerlich-liberalen Adolphe Thiers (1797–1877) angeführte Regierung einen Waffenstillstand mit Deutschland ausgehandelt hatte, wollte



Pariser Kommunisten posieren nach dem Abriss der 44 Meter hohen Siegssäule vor der zertrümmerten Napoleon-Statue auf der Place Vendôme, Mai 1871.

sie am 18. März 1871 die Nationalgarde (eine Art Bürgerwehr) entwaffnen. Daraufhin kam es zum Aufstand linksgerichteter Republikaner: Arbeiter, Handwerker, Freiberufler erhoben sich gegen die Regierung und forderten nicht nur die Weiterführung des Kriegs, sondern setzten auch eine politische Neuorganisation der Hauptstadt um. Diese beruhte auf direkt gewählten Räten, die wiederum ein Zentralkomitee an die Spitze der sogenannten *Commune* beriefen. Viel stärker als bei vorherigen Revolutionen forderten ihre Anführer nicht nur politische Gleichberechtigung, sondern auch eine tiefgreifende sozioökonomische Umgestaltung, inspiriert vom Sozialismus, dessen Symbol – die rote Fahne – über dem Pariser Rathaus wehte. Die Nachricht von der Revolution in der französischen Hauptstadt verbreitete sich über ganz Europa und erregte einerseits den Enthusiasmus der Arbeiterbewegung, andererseits das Entsetzen der besitzenden Schichten.



Pariser Kommunarden werden im Zuge der sogenannten Blutwoche erschossen, Reproduktion einer zeitgenössischen Zeichnung von Henri Félix Emmanuel Philippoteaux.

Es war deutlich, dass die in Versailles ansässige Regierung unter Thiers den Geschehnissen in Paris über kurz oder lang ein Ende setzen würde. Am 21. Mai 1871 begann der Angriff der Regierungstruppen auf Paris; es folgte die sogenannte Blutwoche (*semaine sanglante*), in der die Revolution brutal niedergeschlagen wurde. Als am 28. Mai die letzte Barrikade fiel, waren Tausende Aufständische (Schätzungen reichen von 7.000 bis 30.000) getötet worden; ca. 7.500 Menschen wurden gefangen genommen und nach Neukaledonien deportiert. Für katholisch-konservative Kreise kam der stark von antireligiösen Tendenzen geprägte Aufstand einer moralischen Katastrophe gleich: Sie ergriffen die Initiative und begannen auf dem Montmartre, einem der Zentren

des Aufstands, die Basilika Sacré-Cœur als ein Fanal gegen die revolutionären Tendenzen zu errichten.

Die vergleichsweise kurzlebige Kommune hat eine langanhaltende Nachwirkung in der sozialistisch-kommunistischen Bewegung gefunden. Sie wurde zur ersten proletarischen Revolution stilisiert, Vorbild für die Umwälzungen in Russland ab 1917 und die Räterevolutionen nach dem Ersten Weltkrieg. Jedes Jahr gedenken am 18. März Vertreter der französischen Arbeiterbewegung auf dem Pariser Père-Lachaise-Friedhof der Opfer der *Commune*. In Berlin-Friedrichshain erinnert die „Straße der Pariser Kommune“ an die revolutionären Ereignisse des Frühjahrs 1871.

Frankreich war nach dem Krieg von 1870/71 zunächst nur dem Namen nach eine Republik, denn tatsächlich dominierten weiterhin konservative Kräfte die politische Kultur des Landes. Dass sie sich politisch nicht durchsetzen und keine andere Staatsform einführen konnten, lag an ihrer Uneinigkeit, denn manche wollten zurück zum Kaiserreich, andere zur liberalen konstitutionellen Monarchie und wiederum andere zum traditionellen Königtum. Die Republikaner konnten diese Spaltung ausnutzen und das Land schrittweise umgestalten: Nachdem ihnen 1875 die Verabschiedung einer neuen Verfassung gelungen war, nutzten sie ihren Wahlsieg 1877, um die französische Gesellschaft und Kultur umzukrempeln: Die republikanische Devise *Liberté, Egalité, Fraternité* (Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit) wurde nun an jedem öffentlichen Gebäude angebracht, die aus der Revolution stammende *Marseillaise* zur Nationalhymne erklärt. Ein modernes, staatliches und säkulares Schulsystem wurde aufgebaut, bürgerliche Freiheiten wie die Versammlungs-

und Vereinsfreiheit sowie das Recht zur Gründung von Gewerkschaften schrittweise eingeführt. Es entstanden politische Parteien, wie wir sie heute kennen, und eine rege politische Öffentlichkeit mit einer Vielzahl von Zeitungen und Zeitschriften.

→ Hubertine Auclert und die Suffragetten-Bewegung

Frankreich war in den Augen zahlreicher seiner Bürger ein Land der Avantgarde, da es stets die Menschenrechte und die demokratische Mitbestimmung vorangetrieben hatte. Waren nicht von Frankreich alle freiheitlichen Revolutionen des 18. und 19. Jahrhunderts ausgegangen? Und hatte Frankreich nicht seit 1870 die Volkssouveränität verwirklicht, während in den meisten europäischen Staaten noch Monarchen herrschten? In einem



Punkt jedoch blieb Frankreich eher reaktionär als fortschrittlich, nämlich was den Status und die Rechte der Frauen betraf. Der in vieler Hinsicht so moderne, unter Napoleon Bonaparte geschaffene *Code civil* vertrat ein paternalistisches Familienbild. Die Ehefrau, so hieß

Unermüdliche Kämpferin für Frauenrechte und erste Französin, die sich als Feministin bezeichnete: Hubertine Auclert, um 1910

es darin, schulde dem Gatten „Gehorsam“ und dürfe in keinerlei Geschäftsbeziehung ohne dessen Zustimmung eintreten. Und das Wahlrecht blieb in der angeblich egalitären Republik den Männern vorbehalten. Gegen diese rechtliche Ungleichheit erhoben sich Protestbewegungen, die unterschiedliche Prioritäten setzten. Für die einen musste man schrittweise vorgehen und sich zunächst für die zivilrechtliche Gleichstellung der Frauen einsetzen, bevor man die Frage des Wahlrechts anging. Für Hubertine Auclert (1848–1914) hingegen, die erste Französin, die sich selbst als Feministin bezeichnete, waren beide Fragen unlösbar miteinander verbunden. Erst das Wahlrecht würde die Frauen aus dem Zustand der Unterwürfigkeit herausholen und eine Republik verwirklichen, die ihres Namens wert sei. „Eine Republik, welche die Frauen in einem Zustand der Minderwertigkeit belässt, wird nie gleiche Menschen schaffen können“,

äußerte Hubertine Auclert, die sich als „die ausgebeutete versklavte Delegierte von neun Millionen Sklavinnen“ präsentierte.¹⁵ Mit Verve verhöhnte sie das Argument, das seitens der prorepublikanischen Kräfte immer wieder gegen das Frauenwahlrecht ins Feld geführt wurde: dass



La Citoyenne (dt. „Die Bürgerin“), Ausgabe vom März 1881

die Frauen zu anfällig seien für die reaktionären Ansichten des katholischen Klerus. Wenn dies eine solche Gefahr für die Republik sei, warum hatte man denn den Mönchen und katholischen Priestern das Wahlrecht erteilt? 1881 gründete Hubertine Auclert mit der Zeitschrift *La Citoyenne* die erste feministische Zeitschrift Frankreichs, die sich ganz dem Kampf für bürgerliche und politische Gleichberechtigung widmete. Als Hubertine Auclert 1914 starb, sollte es noch vierzig Jahre dauern, bis Frankreich als ein Nachzügler unter den europäischen Staaten endlich das Frauenwahlrecht einführte.

Die „heilige Einheit“ und der Erste Weltkrieg

Die Durchsetzung der Republik mit allgemeinem und gleichem Männerwahlrecht, einem parlamentarischen Regierungssystem und der Laizität – der religiösen Neutralität – als Grundprinzip

des Schulsystems war mit schweren inneren Konflikten verbunden. Die Verlierer dieses Prozesses, die konservativen, monarchistischen und klerikalen Kräfte, gaben sich nicht so schnell geschlagen und suchten ihre Revanche. Die Auseinandersetzungen zwischen dem republikfreundlichen und dem konservativen Lager erreichten



Alfred Dreyfus wird im Innenhof der Pariser Militärschule degradiert, Titelseite der illustrierten Beilage des *Petit Journal* vom 13. Januar 1895.

ihren Höhepunkt um die Jahrhundertwende unter den Vorzeichen der sogenannten Dreyfus-Affäre (1894–1906). Dabei ging es um einen Geheimnisverrat im Kriegsministerium, für den die Militärspitze rasch einen Schuldigen gefunden hatte: Hauptmann Alfred Dreyfus, der erste und bis dahin einzige Jude im Generalstab. Dreyfus wurde auf Basis fragwürdiger Indizien 1894 verurteilt und auf die Teufelsinsel vor Französisch-Guyana verbannt. Selbst als sich herausgestellt hatte, dass er nicht der Schuldige gewesen sein konnte, weigerte sich die Militärführung, das Verfahren erneut aufzurollen, um nicht die „Ehre der Armee“ und damit der Nation zu beflecken. Für viele antisemitisch ausgerichtete Vertreter des konservativ-katholischen und nationalistischen Lagers war es zudem nur von Vorteil, dass man an einem Juden ein Exempel statuiert hatte. Dass es doch zu einem erneuten Gerichtsverfahren, zur Begnadigung und schließlich 1906 zum Freispruch und zur vollständigen Rehabilitierung von Dreyfus kam, demonstrierte die wachsende Stärke des prorepublikanischen Lagers.

→ Die Freimaurer und die französische Republik

Zweimal pro Monat treffen sie sich abendlich in ihrem „Tempel“, folgen dabei festgelegten Zeremonien und nehmen neue Mitglieder nur nach einem Initiationsritual auf: die Freimaurer. Seit der Aufklärung im 18. Jahrhundert spielt in Frankreich diese ursprünglich aus Großbritannien stammende, für Humanismus, Vernunft und Fortschritt Eintretende Geheimgesellschaft eine wichtige Rolle. In ihren als „Logen“ bezeichneten Vereinigungen konnten die zur Verschwiegenheit verpflichteten Mitglieder

fortschrittliche Ansichten frei ausdrücken, auch wenn sie im Widerspruch zu den herrschenden politischen Zuständen standen. So trugen sie dazu bei, das geistige Klima entstehen zu lassen, aus dem die Französische Revolution hervorging. Zu voller Blüte gelangte der politische Einfluss der Freimaurer allerdings erst nach 1870 unter der Dritten Republik. Sie verstanden sich als Vorkämpfer für die republikanischen Prinzipien von Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit und wollten diese gegen ihre Feinde im katholisch-kirchlichen und monarchistischen Lager durchsetzen. Auf Initiative von 115 Freimaurerlogen wurde 1901 mit der *Parti radical* die erste moderne französische Partei gegründet. Die Partei war „radikal“ in dem Sinne, dass sie sich kompromisslos für die Durchsetzung von Humanismus, wissenschaftlichem Fortschritt und einem säkularen Staat einsetzte. Mit ihrem dezidierten politischen Engagement zog die französische Freimaurerei viel Feindschaft



seitens der reaktionären Rechten auf sich. Als diese unter der deutschen Besetzung 1940 die politische Macht übernahm, war das Verbot der Freimaurerlogen eine ihrer ersten Maß-

Treten seit dem 18. Jahrhundert für Humanismus, Wissenschaft und Säkularität ein: die Freimaurer, hier auf einer Demonstration gegen die extreme Rechte in Paris im Juni 2024.

nahmen. Nach 1945 konnten die Freimaurer ihre Vereinigungen wieder aufbauen und fanden auch zu politischer Wirksamkeit zurück. So haben sich die Freimaurer unter den Parlamentsabgeordneten in der sogenannten *fraternelle* zusammengeschlossen, die insbesondere bei ethisch-moralischen Fragen wie der Bewahrung der staatlichen Neutralität, der Ehe für alle und der künstlichen Befruchtung ihren Einfluss geltend macht.

Vor dem Hintergrund dieser scharfen inneren Konfrontation erscheinen die Wochen des Kriegsausbruchs im Sommer 1914 wie das Sinnbild der nationalen Einheit. Als das Parlament im August 1914 die Kriegskredite bewilligte, fehlte keine Stimme; weder opponierte eine politische Bewegung gegen die Mobilmachung, noch kam es zu Streiks, welche die Gewerkschaftsbewegung in den Vorjahren für den Fall eines Kriegs immer wieder angekündigt hatte. Und als Jean Jaurès (1859–1914), der gefeierte Einiger und Führer des französischen Sozialismus, von einem Rechtsradikalen erschossen wurde, trauerte das ganze Land in weitgehender Einmütigkeit. Staatspräsident Raymond Poincaré sprach von der *Union sacrée*, der heiligen Einheit, mit der Frankreich dem Feind gegenüberstehe.

Von den politischen Ereignissen, die den Ersten Weltkrieg ausgelöst hatten, war Frankreich eigentlich nicht direkt betroffen: Die Ermordung des österreichischen Thronfolgers Franz Ferdinand durch einen serbischen Nationalisten am 28. Juni 1914 in Sarajevo ging Frankreich nur insofern etwas an, als es der engste Bündnispartner Russlands war, das sich wiederum als die Schutzmacht Serbiens verstand. Aus der Perspektive Frankreichs war das Bündnis mit Russland die entscheidende

Garantie der eigenen Sicherheit gegenüber dem immer machtbewusster auftretenden Deutschland. In der „Julikrise“ des Sommers 1914 sahen sich die französischen Staatsspitzen daher dazu aufgerufen, die Solidität des Bündnisses mit Russland zu beweisen und die Mittelmächte Österreich-Ungarn und Deutschland in ihre Schranken zu weisen. So war es nur logisch, dass Frankreich auf die russische Generalmobilmachung reagierte, indem es seine eigenen Truppen ebenfalls mobilisierte. Die politische Führung rechnete nicht damit, dass der Krieg vier Jahre dauern und Millionen von Menschen das Leben kosten würde, und nahm so leichtfertig einen erneuten Schlagabtausch mit Deutschland in Kauf. Da die deutschen Truppen gemäß dem sogenannten Schlieffen-Plan bereits im August 1914 über Belgien nach Nordfrankreich eindringen, war von nun an für die Franzosen das eigene Land Schauplatz des Krieges. Das vorrangige Kriegsziel Frankreichs bestand somit darin, den Feind aus dem eigenen Territorium herauszudrängen und die 1870/71 verlorenen Provinzen Elsass und Lothringen zurückzugewinnen.

Die „heilige Einheit“ des Sommers 1914 wurde in den Kriegsjahren auf harte Proben gestellt. Sie erwies sich noch als tragfähig während der Verteidigung der befestigten Stadt Verdun im Jahr 1916. Als die Deutschen dort einen Durchbruch der starren Frontlinien versuchten, um den Krieg für sich zu entscheiden, setzte Frankreich alles daran, die Festung zu halten. In einer Art Rotationssystem kamen fast alle damals mobilisierten Soldaten einmal dort zum Einsatz, sodass Verdun zu einer regelrechten „Volksschlacht“ geriet. Als die Deutschen ihren Angriff im Dezember 1916 aufgaben, feierte Frankreich dies als einen defensiven Sieg, der allerdings um den Preis enormer Opfer (163.000 Gefallene) erbracht worden war. Wenige Monate später jedoch machte sich in Frankreich Kriegsmüdigkeit



Ministerpräsident Georges Clemenceau (M.) besucht die Kriegsfront, 1917.

breit. Es kam zu Streiks, Protesten und Meutereien an der Front, von denen etwa 80 Regimenter betroffen waren. Erst Georges Clemenceau gelang es als Regierungschef ab Ende 1917, die Unruhen in den Griff zu bekommen, die französische Bevölkerung wieder für den Kriegseinsatz zu motivieren und zum Sieg im November 1918 zu führen.

Angesichts der unermesslichen Opferzahlen (1,4 Millionen gefallene Soldaten, 5 Millionen Verwundete, 600.000 getötete Zivilisten und große materielle Zerstörungen in der einstigen Frontzone) hatten die Menschen in Frankreich große, ja unerfüllbare Erwartungen an den Frieden. Sie wollten den Kriegsgegner Deutschland hart bestrafen und sein Wiedererstarken unmöglich machen. Im Friedensvertrag von Versailles (1919) wurde es nicht nur zur finanziellen Wiedergutmachung der Kriegsschäden verpflichtet, auch wurde das linke Rheinufer besetzt

und Elsass-Lothringen kehrte an Frankreich zurück. Die Hoffnungen vieler ehemaliger Soldaten gingen allerdings noch weit über diese Ergebnisse hinaus: Sie wünschten sich, dass es künftig nie wieder Kriege geben würde und ihr Land nie wieder zu den Waffen greifen müsse, um sich gegen einen Aggressor zu verteidigen. Ein tief sitzender Pazifismus kennzeichnete daher die französische Gesellschaft der 1920er- und 1930er-Jahre.

→ Das Paris der 1920er – die *années folles*

Während in Deutschland von den „Goldenen Zwanzigern“ die Rede ist, spricht man in Frankreich von den *années folles* (verrückten Jahren): Eine Periode, in der kulturell experimentiert wurde, in der man ausgelassen feierte, Charleston tanzte und nach dem schrecklichen Weltkrieg das Leben in seiner Fülle

genoss. Wie schon zur Jahrhundertwende erwies sich Paris als die Kulturhauptstadt der Welt, die wie ein Magnet Menschen von überall her anzog. So verkehrten im Viertel Montparnasse Kulturschaffende aus den USA, darunter die Schriftsteller Ernest Hemingway, Gertrude Stein, F. Scott Fitzgerald, der Fotograf



Auftritt der Tänzerin Josephine Baker in Paris, 1926

Man Ray und die afroamerikanische Tänzerin Josephine Baker: Menschen, die mit der Engstirnigkeit ihres Heimatlandes nicht mehr zurechtkamen und in Paris eine tolerante, ungezwungene Geisteshaltung vorfanden. Dort verkehrten sie mit Eingewanderten aus ganz Europa wie dem Maler Pablo Picasso und dem Schriftsteller James Joyce. Aus den USA kam auch der Jazz nach Frankreich, der wohl in keinem anderen europäischen Land so viel Anklang fand wie hier. Die *années folles* waren die große Epoche der *Music Halls*, in denen das moderne französische Chanson geboren wurde und die Karriere seiner größten Interpreten wie Maurice Chevalier, Charles Trenet, Mistinguett und Edith Piaf begann. In keiner anderen europäischen Stadt gab es damals so viele Kinos wie in Paris, das zu einem Zentrum der Filmproduktion wurde. Und 1924 schaute die ganze Welt auf Paris, als dort zum zweiten Mal die modernen Olympischen Spiele stattfanden. Doch waren die *années folles* auch Jahre der Trauer um die Millionen gefallenen Soldaten, für die in annähernd jeder französischen Gemeinde Denkmäler errichtet wurden. Unter dem napoleonischen Triumphbogen auf der Pariser Place Charles de Gaulle erinnert seit 1920 die Ewige Flamme an den dort bestatteten unbekanntem Soldaten: Symbol einer Nation, die des Krieges müde war und auf eine friedliche Zukunft hoffte.

Der Zusammenbruch und die deutsche Besatzung

Die französische Gesellschaft der 1920er- und 1930er-Jahre war jedoch auch von tiefen Dissonanzen und Konfrontationen gekennzeichnet. So hatten die bolschewistische Revolution und die Etablierung einer kommunistischen Herrschaft in Russland einen Riss in die französische Arbeiterbewegung gebracht: 1920

spaltete sich von den Sozialisten eine kommunistische Partei ab, die von Moskau ferngesteuert wurde. Für das konservative, bürgerliche Lager bot der Kommunismus ein willkommenes Feindbild, um die Bevölkerung gegen eine drohende Revolution der Arbeiterklasse zu mobilisieren. Unterdessen blieben die Frauen vom politischen Leben der Republik weitgehend ausgeschlossen, denn obwohl sie während der Kriegszeit eine so wichtige gesellschaftliche Rolle gespielt hatten, blieb ihnen das Wahlrecht verwehrt, da sich die zweite Kammer des Parlaments, der Senat, gegen eine Reform sperrte. Und die einheimischen Bevölkerungen in den Kolonien, in denen Frankreich massenhaft Männer für den Einsatz im Ersten Weltkrieg rekrutiert hatte, hofften vergeblich darauf, dass Frankreich sein Kolonialsystem reformieren und ihnen Bürgerrechte einräumen würde.

→ **Aristide Briand – Einsatz für Verständigung**

Nachdem der Versailler Friedensvertrag geschlossen war, prägten sich in Frankreich zwei Strategien aus, wie man mit dem als bedrohlich empfundenen deutschen Nachbarn umgehen sollte. Für die erste steht Raymond Poincaré (1860–1934), der als Regierungschef darauf abzielte, Deutschland zu dominieren, dessen Macht zu beschneiden und es aus dem internationalen System auszugrenzen. Unter Poincaré besetzte Frankreich 1923 das Ruhrgebiet, um die fälligen Reparationszahlungen einzutreiben. Die zweite Strategie ist verbunden mit Aristide Briand (1862–1932), der mehrfach an der Spitze der Regierung gestanden hatte und als Außenminister zwischen 1925 und 1932 die Deutschlandpolitik Frankreichs bestimmte. Er befürwortete die Verständigung mit Deutschland, das friedliche Schlichten von Konflikten und den



Setzten sich für Aussöhnung und Annäherung ein: die Außenminister Aristide Briand (l.) und Gustav Stresemann.

Eintritt des Nachbarlands in das internationale Sicherheitssystem der Zeit nach dem Ersten Weltkrieg. Mit dem deutschen Außenminister Gustav Stresemann unterzeichnete

er auf einer internationalen Konferenz in Locarno 1925 den sogenannten Garantievertrag, in dem beide Staaten ihre nach 1918 gezogenen Grenzen anerkannten. Deutschland trat daraufhin dem Völkerbund, der Vorgängerorganisation der Vereinten Nationen, bei. Briand und Stresemann wurden für ihre Verdienste um eine friedliche Nachkriegsordnung 1926 mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet. Sein Wirken für einen dauerhaften Weltfrieden setzte Briand fort, indem er mit dem amerikanischen Außenminister Frank B. Kellogg 1928 einen Vertrag aushandelte, der den Krieg als Mittel der Politik ächtete und die friedliche Lösung aller internationalen Konflikte vorsah. Dutzende von Staaten, darunter Deutschland, Italien, Japan und die Sowjetunion, traten dem „Kellogg-Briand-Pakt“ bei und nährten so die Hoffnung eines auf kollektiver Sicherheit aufgebauten internationalen Systems. Die Zerstörung dieser Ordnung durch Adolf Hitler musste Briand nicht mehr miterleben: Er starb 1932.

Als die große Weltwirtschaftskrise Anfang der 1930er-Jahre Frankreich erreichte, begannen sich auch dort zunehmend Menschen für den Faschismus als einen extrem nationalistischen, antiliberalen und demokratiefeindlichen „Lösungsweg“ aus der Krise zu begeistern. Doch anders als in Italien und Deutschland gelang es den Faschisten nicht, die Macht zu erobern; nicht zuletzt, weil sich die sozialistische, kommunistische und bürgerliche Linke angesichts dieser Bedrohung zu einem Wahlbündnis einte und bei den Wahlen 1936 einen Sieg davontrug. Die „Volksfront“ (*Front populaire*) unter Führung des ersten sozialistischen Regierungschefs Léon Blum setzte tiefgreifende soziale Reformen wie etwa drastische Lohnerhöhungen, die 40-Stunden-Woche und den bezahlten Jahresurlaub um.

Nach der „Machtergreifung“ Adolf Hitlers 1933 verfolgte Deutschland eine aggressive Außenpolitik und missachtete die Bestimmungen des Versailler Friedensvertrags. Frankreichs politische Verantwortliche hofften, man könne Hitler mit Zugeständnissen besänftigen und so den Frieden bewahren. Der Höhepunkt dieser Beschwichtigungspolitik (auch „Appeasement“ genannt) war das Münchner Abkommen vom September 1938, in dem Frankreich, Großbritannien und Italien sich mit der Abtretung des zur Tschechoslowakei gehörenden Sudetenlandes an das Deutsche Reich einverstanden erklärten. Die Hoffnungen, Hitler damit „beschwichtigt“ zu haben, wurden durch die wenig später erfolgte Annexion auch der restlichen Tschechoslowakei widerlegt. Vollends zunichtegemacht wurden sie, als Deutschland im Herbst 1939 Polen überfiel, woraufhin Frankreich seinerseits dem Deutschen Reich den Krieg erklärte. Es handelte sich jedoch zunächst um einen „seltsamen Krieg“, wie er in Frank-



Frankreichs erster sozialistischer Regierungschef Léon Blum (2. v.l. auf der Tribüne) auf einer Kundgebung am 14. Juli 1936

reich genannt wird (*drôle de guerre*, in Deutschland meist als „Sitzkrieg“ bezeichnet), da über acht Monate hinweg an der deutsch-französischen Front so gut wie nichts passierte. Erst am 10. Mai 1940 starteten deutsche Truppen den Großangriff über Belgien auf Frankreich.

Der militärische Zusammenbruch Frankreichs geschah in einer für die Zeitgenossen unbegreiflichen Geschwindigkeit. Binnen weniger Tage befand sich die französische Armee, die als eine der stärksten der Welt galt und noch 1918 siegreich vom Schlachtfeld gegangen war, in Auflösung. Sie wusste die Zivilbevölkerung nicht mehr zu schützen, die sich in einer Massenpanik auf die Straßen begab und vor den Angreifern nach Westen floh. Als die Deutschen am 14. Juni 1940 in Paris eindrangen, fanden sie eine Stadt vor, die von der Hälfte

ihrer Bewohner verlassen worden war. Auch die politische Führung stand den Ereignissen ratlos gegenüber: Sollte man den Krieg um jeden Preis, womöglich von den nordafrikanischen Kolonien aus, weiterführen? Oder war es besser, mit Hitler einen Ausgleich zu suchen? Schließlich behielten die Befürworter der letzteren Option die Oberhand, sodass am 22. Juni 1940 ein Waffenstillstand mit dem Deutschen Reich geschlossen wurde. Dieser führte zur faktischen Auflösung des französischen Nationalstaats: Der Norden einschließlich der Hauptstadt und der Atlantikküste stand unter deutscher Besatzung, während der Süden nun von dem Kurort Vichy aus regiert wurde.



Pariserinnen und Pariser auf der Flucht vor den deutschen Besatzungstruppen, Mai oder Juni 1940



Frankreich im Zweiten Weltkrieg

Deutsche Militärbesatzung

- 1 vom Dt. Reich annektiert 6/1940–12/1944
 - 2 Militärverwaltung Belgien und Nordfrankreich
- Militärverwaltung Frankreich:

- Besetzte Zone („Zone occupée“)
- Verbotener Reservereich („Zone réservée“)
- Verbotene Küstenzone („Zone côtière“)

Grenzen und Regierungssitz

- Staatsgrenze 1937
- - - Demarkationslinie 5/1940–2/1943
- Grenze des „Großdeutschen Reiches“
- Hauptstadt Frankreichs
- Regierungssitz des Vichy-Regimes

Italienische Militärbesatzung

- von Italien annektiert 6/1942–9/1943;
- dt. Militärbesatzung 9/1943–9/1944

Vichy-Frankreich/État français

- Freie Zone („Zone libre“) bis 11/1942;
- dt. Militärbesatzung 11/1942–9/1944
- Freie Zone („Zone libre“) bis 11/1942;
- von Italien besetzt 11/1942–9/1943;
- dt. Militärbesatzung 9/1943–9/1944
- Demilitarisierte Zone 6/1940–11/1942;
- von Italien besetzt 11/1942–9/1943;
- dt. Militärbesatzung 9/1943–9/1944
- von Italien besetzt 11/1942–9/1943;
- dt. Militärbesatzung 9/1943–10/1943

An der Spitze der Regierung des „Vichy-Regimes“ stand der greise Marschall Philippe Pétain (1856–1951), der als Held des Ersten Weltkriegs bei den Franzosen großes Ansehen genoss. Pétain traf zwei Grundentscheidungen, die für Frankreichs Schicksal im Zweiten Weltkrieg von entscheidender Bedeutung sein würden: Zum einen verkündete er die Zusammenarbeit (*collaboration*) mit Nazi-Deutschland, geleitet von der Gewissheit, dass Hitler den Krieg gewinnen würde und man sich besser mit ihm arrangierte. Zum anderen schaffte er die demokratische Republik ab und setzte an seine Stelle einen autoritären Führerstaat, in dem alle politischen Vollmachten auf ihn zugeschnitten waren. Unter den Vorzeichen einer „nationalen Revolution“ schloss dieses neue Regime alle diejenigen Menschen aus, die es aufgrund ihrer Überzeugungen oder ethnischen Zugehörigkeit als Feinde der französischen Nation abstempelte: Juden, Freimaurer, Sozialisten und Kommunisten.

Bereits vier Tage vor dem Waffenstillstand, am 18. Juni 1940, hatte der nach London geflohene General Charles de Gaulle (1890–1970) zum Widerstand gegen die deutsche Besatzung aufgerufen. Doch leisteten seinem Aufruf nur sehr wenige Menschen Folge. Erst langsam wurde aus dem Widerstand („Résistance“) gegen Besatzung und Kollaboration eine Volksbewegung, insbesondere je mehr den Menschen die Zumutungen der neuen Situation deutlich wurden. Nicht nur war die Versorgungslage schlecht, auch nahm die Unterdrückung von Juden und Andersdenkenden zu. Das Vichy-Regime machte sich zum Handlanger der nationalsozialistischen Judenpolitik und übernahm selbst die Verhaftung von Juden, um sie den Deutschen zur Deportation zu übergeben. Ab November 1942 stand schließlich das ganze Land unter deutscher



Charles de Gaulle ruft über eine BBC-Rundfunkansprache zum Widerstand gegen die deutschen Besatzer auf, Oktober 1941.

Besatzung, nachdem die angloamerikanischen Alliierten in Französisch-Nordafrika gelandet waren, das bis dahin zu Vichy-Frankreich gehörte. Ab 1943 wurden überdies alle jungen französischen Männer zum Zwangsarbeitsdienst nach Deutschland eingezogen. Daraufhin schlossen sich mehr und mehr Menschen den sogenannten *maquis*, bewaffneten Widerstandsgruppen insbesondere in den Gebirgsregionen des Landes, an. Doch bei Weitem nicht alle Franzosen sympathisierten mit dem Widerstand: Manche Menschen kämpften mit voller Überzeugung für das Kollaborationsregime Pétains, sodass der Zweite Weltkrieg innerhalb des Landes mehr und mehr zu einem innerfranzösischen Bürgerkrieg wurde.



General de Gaulle und weitere Kämpfer der Résistance marschieren nach der Befreiung von Paris über die Champs-Élysées, August 1944.

Charles de Gaulle war es schrittweise gelungen, Widerstandsgruppen jeglicher politischen Couleur seiner Autorität zu unterstellen und rivalisierende Führungsgestalten auszustechen. Gegenüber den Westalliierten erschien er immer mehr als die einzige Figur, die eine provisorische französische Regierung für die Zeit nach der Befreiung anführen konnte. Nachdem die angloamerikanischen Truppen am 6. Juni 1944 („D-Day“) in der Normandie gelandet waren, galt de Gaulles Priorität der Befreiung der Hauptstadt. Den Einheiten seiner kleinen Exil-Armee gelang es, als erste nach Paris einzudringen, sodass er dort am 25. August 1944 den Sitz seiner provisorischen Regierung etablieren konnte.

→ Simone Veil – Erinnerung und Politik

Die französische Politikerin und Holocaust-Überlebende Simone Veil (1927–2017) wurde in ihrer Zeit als Gesundheitsministerin (1974–1979) unter Präsident Valéry Giscard d'Estaing von vielen Menschen gefeiert, da sie 1974/75 die Legalisierung des Schwangerschaftsabbruchs bis zum dritten Monat durchsetzen konnte. International wurde sie bekannt, weil sie 1979 als erste Frau zur Präsidentin des Europäischen Parlaments gewählt wurde. Zeitlebens blieb sie von den traumatischen Erlebnissen ihrer Jugend geprägt. 1927 in Nizza als Simone Jacob geboren, wuchs sie in einer bürgerlichen jüdischen Familie auf. Ab 1940 wurde das Leben für Frankreichs Jüdinnen und Juden immer schwieriger. Zunächst wurden sie von mehreren Berufen, etwa

im Staatsdienst, in der Medizin oder den Medien, ausgeschlossen. Je mehr sich die Regierung Pétains auf die Forderungen der deutschen Besatzer einließ, desto mehr musste die jüdische Bevölkerung um ihre Existenz fürchten.



Gesundheitsministerin Veil bei einer Rede vor der Nationalversammlung, 26. November 1974

So kam es im Sommer 1942 zu einer ersten großen Razzia unter den jüdischen Bewohnern des französischen Südens. Eine kurze Atempause verschaffte ihnen die italienische Besetzung des französischen Südostens von November 1942 bis September 1943, da die Italiener die antisemitische Verfolgung stoppten. Doch erging es den Juden nach dem Abzug der Italiener umso schlimmer: Die Gestapo kam nach Nizza, um die Judenverfolgung selbst in die Hand zu nehmen. Im März 1944 wurde Simone auf der Straße von Gestapo-Männern verhaftet. Ihre Ausweispapiere wurden als Fälschung enttarnt. Simones gesamte sechsköpfige Familie wurde von den Nazis deportiert; Simone, ihre Mutter und ihre Schwester Madeleine kamen nach Auschwitz. Nur Simone und ihre beiden Schwestern überlebten die Shoah. Nach dem Krieg wurde Veil als hochangesehene Politikerin nicht müde, von diesen Erfahrungen Zeugnis abzulegen, um sie an spätere Generationen weiterzugeben.

Die Dekolonisierung und die Kriege in Indochina und Algerien

Anders als für die meisten europäischen Länder bedeutete der 8. Mai 1945 für Frankreich nicht den Beginn einer langen Friedenszeit. Vielmehr ging der Krieg weiter – allerdings nicht in Europa, sondern in Südostasien. Kaum war das Mutterland befreit, wurden Truppen ins damalige Indochina (heute Vietnam, Laos und Kambodscha) geschickt, um die Befreiungsbewegung der „Viet Minh“ unter Führung von Ho Chi Minh zu bekämpfen. Als die Viet Minh immer mehr unter den Einfluss des kommunistischen China gerieten, verstand Frankreich deren Bekämpfung als Beitrag zum Kalten Krieg, der mittlerweile

zwischen den USA und der UdSSR, den einstigen Verbündeten der Anti-Hitler-Koalition, herrschte. Die USA übernahmen zu einem großen Teil die Kosten des Indochinakriegs, der sich immer mehr in die Länge zog und dessen Ziele immer unklarer wurden. Erst 1954, nachdem die französische Armee in Dien Bien Phu eine schwere Niederlage erlitten hatte, beendete die politische Führung den Krieg und die Kolonialherrschaft in Südostasien.

Der Indochinakrieg war symptomatisch für die französische Kolonialpolitik der Nachkriegszeit, die dem Wunsch der einheimischen Bevölkerung nach Selbstbestimmung konzeptionslos gegenübertrat: Zum einen waren die politischen Entscheidungsträger in ihrer großen Mehrheit nicht bereit, den Kolonialbesitz in Asien und Afrika aufzugeben und den Unabhängigkeitsbestrebungen nachzugeben. Zum anderen aber gab es keine durchdachten Strategien, wie das Verhältnis zwischen Metropole und Kolonien etwa im Sinne ihrer weitgehenden Selbstverwaltung neu gestaltet werden konnte.

Die Protagonisten des Antikolonialismus wiederum appellierten an die ureigensten Werte der Kolonialmacht (Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit), die in ihrem Überseereich keineswegs praktiziert wurden. Aufgrund dieser Widersprüche verlief die Auflösung des französischen Kolonialreichs äußerst konfliktreich und war teils mit exzessiver Gewalt verbunden. Es kam (etwa in Madagaskar, Kamerun und Côte d'Ivoire) zu bewaffneten Aufständen, die von der Kolonialmacht brutal niedergeschlagen wurden. Auch die Protektorate Marokko und Tunesien wurden erst nach mehrjährigen politischen Konflikten in die Unabhängigkeit entlassen.

Kein Unabhängigkeitskampf jedoch dauerte so lange, kostete so viele Opfer und hinterließ so tiefe Traumata wie der algerische Unabhängigkeitskrieg. Er begann 1954, wenige Monate nachdem Frankreich sich aus Indochina zurückgezogen hatte, mit dem Aufstand der Nationalen Befreiungsfront (*Front de Libération Nationale*, FLN). Auf die bewaffnete, für die bedingungslose Unabhängigkeit Algeriens kämpfende Revolte reagierte die Metropole mit der Maxime: „L’Algérie, c’est la France“. Denn in den Augen der politischen Führung war Algerien gar keine Kolonie, sondern integraler Teil des Mutterlands und wie dieses in Departements unterteilt. Diese Sonderbehandlung Algeriens fand ihren Grund darin, dass es die einzige Siedlungskolonie Frankreichs war, in die seit ihrer Eroberung 1830 Hunderttausende



Ein verwundeter FLN-Kämpfer wird von seinen Kameraden versorgt, 1958.

von Europäern eingewandert waren. Diese besaßen, anders als die arabisch-muslimische Bevölkerungsmehrheit, die französische Staatsbürgerschaft und hatten die politisch-ökonomische Vormachtstellung inne. Die als *Pieds-noirs* („Schwarzfüße“) bezeichneten Algerienfranzosen waren ein Schlüsselakteur im Unabhängigkeitskrieg, denn sie setzten alles daran, ihre privilegierte Position zu verteidigen und jegliche Veränderungen zu torpedieren.

Von beiden Seiten wurde der Krieg mit äußerster Brutalität geführt, wobei die algerische Befreiungsfront militärisch schwächer war. Deshalb operierte sie mit Techniken der asymmetrischen Kriegsführung, wie Terrorattentaten gegen Soldaten und die Zivilbevölkerung, um in Algerien ein Klima der permanenten Unsicherheit entstehen zu lassen. Angesichts solcher Methoden sah sich die französische Armee berechtigt, den Aufstand mit ebenso brutalen Mitteln zu bekämpfen. Nicht nur wurden zahllose Menschen aus den Kampfzonen deportiert und in Lager gesteckt, auch gehörten Folter und Tötungen zu den täglichen Praktiken des Militärs. Je länger sich der Krieg hinzog, desto weniger war die politische Führung in der Lage, eine einheitliche Position zum Drama in Algerien zu entwickeln. Manche wollten den Aufstand mit aller Härte bekämpfen, andere riefen zu Verhandlungen mit dem FLN auf. Als im Mai 1958 mit Pierre Pflimlin ein Befürworter einer Verhandlungslösung zum Regierungschef in Frankreich ernannt wurde, gingen die *Pieds-noirs* in Algier auf die Barrikaden, fanden Unterstützung bei der Armee und erzwangen einen Regimewechsel: Sie forderten erfolgreich die Rückkehr von Charles de Gaulle, dem Widerstandshelden und Befreier Frankreichs, an die Spitze des Staates, von der er sich 1946 zurückgezogen hatte, als er seine Wirkungsmöglichkeiten durch die erstarkenden Parteien eingeschränkt sah.

Die *Pieds-noirs* hatten sich für de Gaulle engagiert, da sie in ihm einen kompromisslosen Patrioten erblickten, der ihrer Auffassung nach der Unabhängigkeitsbewegung keinerlei Zugeständnisse machen würde. Doch hatten sie sich in ihm getäuscht, denn nur ein Jahr nach seinem Amtsantritt als französischer Staatspräsident 1959 kündigte er an, das künftige Schicksal Algeriens in die Hände seiner Bevölkerung zu legen, die über ihre Unabhängigkeit oder weitere Zugehörigkeit zu Frankreich selbst entscheiden sollte. Angesichts der Mehrheitsverhältnisse (ca. 8 Millionen arabisch-muslimische Algerier standen einer Million *Pieds-noirs* gegenüber) konnte eine solche Entscheidung nur für die Unabhängigkeit der Kolonie ausgehen.

Nachdem sich bei einem Referendum im Januar 1961 75 Prozent der Abstimmenden für die Selbstbestimmung Algeriens ausgesprochen hatten, nahm die französische Regierung Verhandlungen mit den Führern der Unabhängigkeitsbewegung auf. Eine von radikalen Algerienfranzosen und enttäuschten Militärs gegründete Terrororganisation, die *Organisation armée secrète* (OAS), wollte sich nicht mit der Perspektive eines Verlusts der Kolonie abfinden und trug mit blutigen Anschlägen in Algerien und Frankreich (darunter auch Attentatsversuche auf Staatspräsident de Gaulle) zusätzlich zur Verfeindung bei. Die Verhandlungen zwischen der französischen Regierung und der Unabhängigkeitsbewegung endeten im März 1962 mit dem Abkommen von Évian, auf das wenige Monate später die Gründung eines unabhängigen algerischen Nationalstaats folgte. Da sie in einem unabhängigen Algerien keine Zukunft für sich sahen und Vergeltungsaktionen der FLN befürchteten, verließen die allermeisten *Pieds-noirs* fluchtartig innerhalb weniger Wochen ihre Heimat



Demonstration in Algier gegen die französische Kolonialherrschaft und für die Unabhängigkeit, 1961

und ließen sich im Mutterland nieder. Damit endete abrupt die moderne Kolonialgeschichte Frankreichs, deren Folgen aber bis heute zu spüren sind. So gibt es unter den Französisinnen und Franzosen – auch wenn die kritischen Stimmen in den vergangenen Jahren lauter geworden sind – weiterhin keine Einigkeit darüber, wie die Ära der kolonialen Expansion rückblickend zu bewerten ist. Wird sie von einigen trotz der sie begleitenden Gewalt weiterhin als eine „glorreiche Phase“ der eigenen Geschichte angesehen, in der die „französische Zivilisation“ universelle Verbreitung fand, „rückständige“ Territorien entwickelt und das Land eine später nie wieder gekannte Macht entfalten konnte, wird der koloniale Imperialismus von anderen vielmehr als eines der dunkelsten Kapitel der französischen Geschichte betrachtet, das davon zeugt, wie das Land seine eigenen Werte täglich verriet und mit menschenverachtender Gewalt gegen die einheimische Bevölkerung

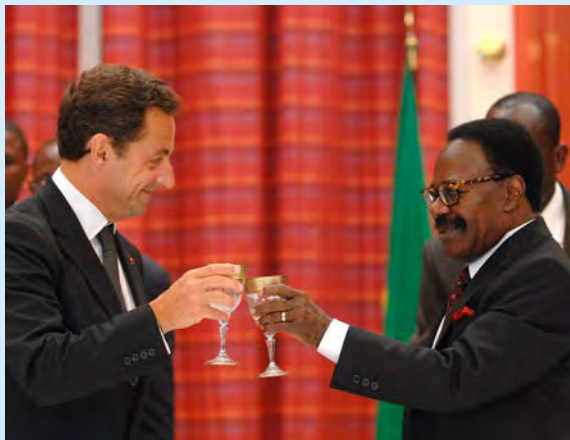
vorging. Wichtige Akteure in dieser Debatte sind die Nachkommen der einstmaligen Kolonialisierten, die einen Großteil der nach Frankreich eingewanderten Bevölkerung ausmachen. Neben der kolonialen Unterdrückung kritisieren sie, dass die Diskriminierung von Menschen aus Afrika und Asien nicht mit dem Ende der Kolonialzeit aufhörte, sondern bis heute die Beziehungen zwischen Einheimischen und Eingewanderten in Frankreich kennzeichnet.

→ **Die *Françafrique* – Imperialismus nach dem Empire?**

Der Drang nach Unabhängigkeit erfasste im 20. Jahrhundert alle französischen Überseegebiete, sodass 13 afrikanische Kolonien sowie Madagaskar im Jahre 1960 zu unabhängigen Staaten wurden. Mit der Aufgabe der Fremdherrschaft beabsichtigte Frankreich politische Führung aber keineswegs, ihren Einfluss in diesen Territorien aufzugeben. Vielmehr suchte man danach, die einstige formale Kolonialregierung in eine informelle politische, militärische und wirtschaftliche Hegemonie umzuwandeln. Die Instrumente dabei waren etwa politische Kooperationsvereinbarungen und militärische Stützpunkte, die Frankreich in mehreren afrikanischen Staaten wie etwa dem Senegal, Côte d'Ivoire, Kongo (Brazzaville), Mali, Burkina Faso, Gabun, Dschibuti und Zentralafrika beibehielt. Sie dienten nicht nur dazu, den geopolitischen Einfluss Frankreichs zu wahren, sondern auch als Basis für militärische Eingriffe, falls es in den betroffenen Ländern zu Unruhen oder politischen Veränderungen kam, die den Interessen der einstigen Kolonialmacht hätten schaden können. Auch die

wirtschaftlichen Verflechtungen zwischen den einstigen Kolonien und der Metropole blieben eng: Frankreich sicherte sich den Import von begehrten Bodenschätzen wie Kupfer, Uran, Phosphaten, Eisenerz und Erdöl, während es Konsumgüter und Dienstleistungen in seine ehemaligen Kolonialgebiete exportierte. Auch konnte Frankreich die Währungspolitik seiner Ex-Kolonien mitgestalten, denn in 14 afrikanischen Staaten wurde die an den Franc (heute an den Euro) gebundene Gemeinschaftswährung „Franc CFA“ beibehalten (CFA steht für *Communauté financière africaine*, Afrikanische Finanzgemeinschaft). Für die engen politisch-wirtschaftlichen Verflechtungen zwischen Frankreich und seinen einstigen Überseebesitzungen bürgerte sich der Begriff der *Françafrique* ein. Dieses Netzwerk trug Frankreich immer wieder heftige Kritik ein, die sich nicht nur an den Abhängigkeitsverhältnissen zwischen der ehemaligen Kolonialmacht und ihren einstigen Besitzungen entzündete, sondern auch daran, dass diktatorische Herrscher wie der gabunische Präsident Omar Bongo (reg. 1967–2009), der kamerunische Präsident Paul Biya (seit 1982 im Amt) und der einstige Kaiser von Zentralafrika, Bokassa (reg. 1966–1979), tatkräftige Unterstützung erhielten. In den letzten zwei Jahrzehnten haben Frankreichs Präsidenten mehrmals das Ende der *Françafrique* verkündet, behielten aber dennoch aus Sicherheits- bzw. Wirtschaftsinteressen die engen Verflechtungen bei. Im gleichen Zeitraum sind konkurrierende geopolitische Akteure im frankophonen Afrika aufgetreten, wie etwa China als bedeutende Handels- und Investitionsmacht sowie Russland, das mit seinen paramilitärischen Einheiten Machthabern Schutz bietet. In den letzten Jahren ist Frankreichs Einfluss

insbesondere in der Sahel-Zone drastisch gesunken: Nach Militärputschen in Mali (2020/21), Burkina Faso (2022) und Niger (2023) musste Frankreich seine dort stationierten Truppen abziehen. Und zum Jahrestag seiner Unabhängigkeit am 28. November 2024 kündigte der Tschad seine militärische Kooperationsvereinbarung mit der ehemaligen Kolonialmacht. „Frankreich muss künftig berücksichtigen, dass der Tschad gewachsen und gereift ist, dass der Tschad ein souveräner Staat und sehr erpicht auf seine Souveränität ist“, hieß es im Communiqué der Regierung.¹⁶



Der französische Präsident Nicolas Sarkozy und der gabunische Präsident Omar Bongo beim offiziellen Staatsdinner in Libreville, Gabun, am 27. Juli 2007



» Statue der Marianne vor dem Palais Bourbon, Sitz der französischen Nationalversammlung seit 1879



3

**Die Fünfte Republik:
Verfassung und Politik**

ASSEMBLÉE NATIONALE

Das gegenwärtige politische System in Frankreich wird als „Fünfte Republik“ bezeichnet. Die Nummerierung ist Ausdruck der bewegten politischen Geschichte Frankreichs in der Neuzeit: Seit Beginn der Französischen Revolution 1789 wechselte die Staatsform mehrfach zwischen Königtum, Kaiserreich und Republik. Die Erste Republik (1792–1804) entstand im Zuge der Revolution, wurde jedoch von Napoléon Bonaparte beendet, als er sich selbst zum Kaiser krönte und das Erste Kaiserreich errichtete (→ S. 57 ff.). Die Zweite Republik wurde während der Februarrevolution 1848 ausgerufen, bestand aber nur bis 1852, als Napoléons Neffe Louis-Napoléon Bonaparte durch einen Staatsstreich das Zweite Kaiserreich begründete (→ S. 68 f.). Die Dritte Republik (1870–1940) prägte Frankreich über einen deutlich längeren Zeitraum, bevor sie durch die deutsche Besatzung im Zweiten Weltkrieg bzw. die Errichtung des autoritären Vichy-Regimes (→ S. 90 f.) beendet wurde. Die 1946 gegründete Vierte Republik nahm erfolgreich den Wiederaufbau in Angriff, litt aber unter politischer Instabilität (s. u.), bevor Charles



de Gaulle 1958 mit einer neuen Verfassung die Fünfte Republik ins Leben rief.

In einer Volksabstimmung am 28. September 1958 wurde die neue Verfassung mit großer Mehrheit angenommen, damit war die Fünfte Republik geboren.

Wer das politische System des heutigen Frankreich verstehen will, kommt also nicht darum herum, sich mit Charles de Gaulle zu befassen. Denn die Verfassung, die 1958 mitten im Algerienkrieg verabschiedet wurde, trägt seine Handschrift. Als er im Zuge der Unruhen des Mai 1958 an die Staatsspitze zurückkehrte (→ S. 97 f.), tat er dies unter der Prämisse, dass Frankreich ein neues politisches System bekommen müsse. In der damals geltenden Verfassung von 1946 stand das Parlament im Zentrum, das als alleinige Vertretung der Volkssouveränität galt und die Exekutive umfassend kontrollierte. In der Praxis machte das Parlament reichlich Gebrauch von seinem Recht, dem Ministerpräsidenten und seiner Regierung das Misstrauen auszusprechen, sodass in den Jahren zwischen 1946 und 1958 – also in der Zeit der Vierten Republik – kein Kabinett länger als 15 Monate im Amt war. Dem Staatspräsidenten hingegen kam, ähnlich wie heute dem Bundespräsidenten in Deutschland, eine weitgehend repräsentative und zeremonielle Rolle zu. De Gaulle, der diese Verfassung von Anfang an heftig bekämpft hatte, sah darin eine Quelle von Instabilität. Besonders angesichts der Bedrohungen des Kalten Kriegs musste in seinen Augen eine Schwächung Frankreichs unbedingt vermieden und ein politisches System geschaffen werden, in dem eine stabile Exekutive die Souveränität des Landes garantierte.

Die Rolle des Staatspräsidenten: eine französische Ausnahme

Die Verfassung von 1958, die bis heute in Kraft ist, stellte deshalb den Staatspräsidenten in den Mittelpunkt und stattete ihn mit beträchtlichen Kompetenzen aus: Er ist laut Art. 5 „der Garant der nationalen Unabhängigkeit, der Integrität des Territoriums und des Respekts der Verträge“. Nicht nur steht



Begeisterte Anhänger begrüßen Charles de Gaulle in Rennes, September 1958. Drei Monate später wird er zum ersten Präsidenten der Fünften Republik gewählt.

er der Exekutive vor, auch fungiert er laut Verfassung als „Schiedsrichter“ zwischen den Staatsgewalten. Das Parlament kann er jederzeit auflösen und Neuwahlen ausrufen; auch kann er Volksentscheide anordnen, den Notstand erklären und in diesem Falle außerordentliche Vollmachten für sich in Anspruch nehmen. Eine siebenjährige Amtszeit des Präsidenten (seit 2002 sind es nur noch fünf Jahre) sollte über eine längere Periode hinweg Kontinuität an der Staatsspitze garantieren.

Gemäß ihrer ursprünglichen Version sah die Verfassung der Fünften Republik vor, dass der Präsident von einem Wahlmännergremium und nicht direkt vom Volk gewählt wurde. Erst 1962, nachdem ein Attentatsversuch auf de Gaulle um Haaresbreite gescheitert war, drängte dieser auf die Einführung der direkten Volkswahl mit folgender Argumentation: Er selbst

sei bereits durch die „Geschichte“, also durch seine Rolle als Führungsfigur der Résistance und Befreier von der deutschen Besatzung (→ S. 90 ff.), hinreichend legitimiert. Seine Nachfolger aber, die nicht über eine ähnliche historische Legitimität verfügen würden, müssten durch das allgemeine Wahlrecht bestimmt werden.

Die direkte Volkswahl hatte eine kaum zu unterschätzende Stärkung der Präsidentenrolle zur Folge, denn dieser kann seitdem bei jedweder Entscheidung ins Feld führen, dass er als einziger Regierungsakteur unmittelbar durch nationale Wahlen legitimiert ist. Anders als der Präsident der Vereinigten Staaten ist der französische Staatspräsident zudem nicht durch ein komplexes System von „Checks and Balances“ in seiner Machtausübung eingeschränkt – auch wenn etwa der Verfassungsrat (*Conseil constitutionnel*) Gesetze auf ihre Verfassungskonformität überprüfen kann. Vielmehr gibt die Verfassung der Exekutive und dem Staatshaupt verschiedene Mittel in die Hand, um das Parlament zu disziplinieren und auch über dessen Kopf hinweg Entscheidungen durchzusetzen. Der Fünften Republik haftet somit durch die starke Stellung des Präsidenten ein vertikaler Grundzug an, der einerseits mit ihrer Entstehungssituation mitten im Algerienkrieg zusammenhängt, andererseits aber auch die politischen Anschauungen ihres Gründers spiegelt, der sich stets davor fürchtete, dass nicht eine zentrale Autorität, sondern eine Pluralität aus Parteien und Parlamentariern das politische Leben maßgeblich bestimmte.

Anders als im US-amerikanischen politischen System ist der Präsident jedoch nicht der alleinige Chef der Exekutive, denn die Regierungsgeschäfte leitet ein Premierminister, den der Präsident ernennt und den er faktisch auch wieder entlassen

kann, der aber auch vom Vertrauen des Parlaments abhängt, das ihn durch ein Misstrauensvotum stürzen kann. Laut Verfassungstext „bestimmt und leitet“ der Premierminister die Politik der Nation, doch in der Praxis hat es sich eingebürgert, dass der Präsident die politische Strategie vorgibt und der Premierminister diese tagespolitisch umzusetzen hat. Nur in drei besonderen Situationen (1986–1988, 1993–1995, 1997–2002) bestimmte der Premierminister wirklich die Richtlinien der Innenpolitik, als nämlich der Präsident aufgrund von Parlamentswahlen die Mehrheit in der Nationalversammlung (*Assemblée nationale*) an die Opposition verlor. Da der Premierminister sich vor dem Parlament verantworten muss, blieb dem Präsidenten nichts anderes übrig, als einen Oppositionspolitiker zum Regierungschef zu ernennen und diesem weitgehend die Gestaltung der Innenpolitik zu überlassen. Man bezeichnet diese Konstellation, in der die Exekutive von zwei Politikern aus unterschiedlichen politischen Lagern angeführt wird, als *cohabitation*.



Frankreichs Präsident François Mitterrand (r.) und Premierminister Jacques Chirac (l.) besuchen während einer Phase der *cohabitation* gemeinsam Bundeskanzler Helmut Kohl, Oktober 1986.

Ein weiterer Aspekt ist dafür verantwortlich, dass der französische Staatspräsident mit seiner Machtfülle eine europäische Ausnahme bildet: Seit den Zeiten des Gründerpräsidenten de Gaulle gilt die Außen-, Sicherheits-, Europa- und Verteidigungspolitik als eine „exklusive Zuständigkeit“ (*domaine réservé*) des Präsidenten, in der ihm weder das Parlament noch die Regierung hineinzureden haben. Der Präsident ist Oberbefehlshaber der Streitkräfte und schließt internationale Verträge ab; nur er kann über den Einsatz der Nuklearwaffen verfügen, die als ein zentrales Merkmal der Souveränität Frankreichs gelten. Vor diesem Hintergrund kann der französische Staatspräsident als ein eigenständiger Faktor im europäischen Staatensystem gelten, der viel freier von innenpolitischen Kontrollinstanzen handeln kann als etwa der deutsche Bundeskanzler. So kommt es auch, dass im Falle Frankreichs der Staatspräsident das Land im Europäischen Rat – dem Gremium der EU-Staats- und -Regierungschefs – repräsentiert, während fast alle anderen Mitgliedsstaaten ihre Regierungschefs in dieses Gremium entsenden.

Eine weitere Besonderheit des französischen politischen Systems ist das Referendum: Der Präsident kann über jedes Gesetz, das die „Organisation der öffentlichen Gewalten“, internationale Verträge sowie grundlegende Reformen des politisch-administrativen oder sozioökonomischen Systems betrifft, eine Volksabstimmung anordnen (Art. 11 der Verfassung). Für de Gaulle als Gründer der Fünften Republik war das Referendum ein wichtiges Instrument, um mit dem Volk in einen direkten Dialog einzutreten und sich, über das Parlament und die Parteien hinweg, dessen Zustimmung einzuholen. So ordnete er in seiner Amtszeit vier Volksabstimmungen an, von denen zwei den Algerienkonflikt betrafen. Im Vorfeld der Referenden ließ er keinen Zweifel daran, dass er diese nicht



Ja und Nein propagieren Plakate verschiedener Parteien zum Referendum über die Direktwahl des Präsidenten der Republik; der Volksentscheid vom 28. Oktober 1962 votierte für die Annahme der Verfassungsänderung.

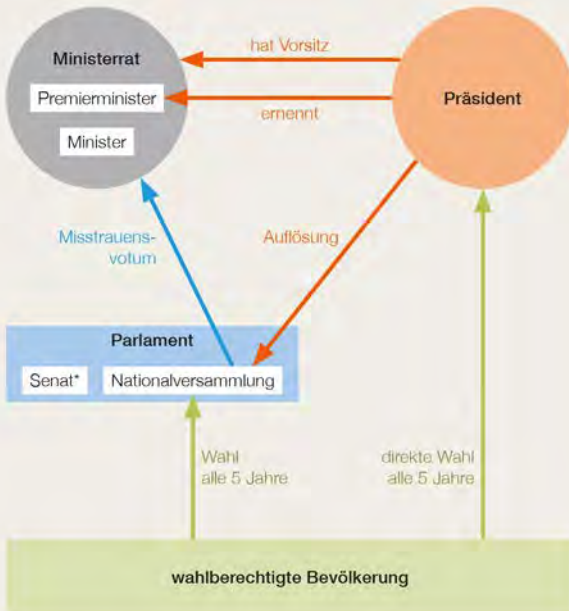
nur als Sachentscheidungen, sondern auch als einen Ausdruck des Vertrauens oder Misstrauens des Wahlvolks in ihn als Staatschef interpretierte. Aus dieser Perspektive war es nur folgerichtig, dass er am 28. April 1969 zurücktrat, nachdem ein Referendum über die Reform des Senats (der zweiten Parlamentskammer) gescheitert war. Seitdem kam das Referendum nur noch vereinzelt zum Einsatz: Fünf solcher Volksabstimmungen hat es seit dem Rücktritt de Gaulles gegeben, von denen drei die Ratifizierung europäischer Verträge betrafen. Das letzte dieser Art fand im Mai 2005 statt und betraf den Europäischen Verfassungsvertrag; es endete mit einer Ablehnung desselben durch 54,7 Prozent der Wählenden. Anders als der Republikgründer de Gaulle blieb allerdings der damalige Präsident Jacques Chirac (reg. 1995–2007) ungeachtet des gescheiterten Referendums im Amt.

Parteien und politische Kultur im Wandel

Während in Frankreichs Dritter (1870–1940) und Vierter (1946–1958) Republik das Parlament die ausschlaggebende Institution war, hat die seit 1958 geltende Verfassung seine Rolle stark geschmälert. Von den zwei Kammern des Parlaments – Senat und Nationalversammlung – ist letztere direkt gewählt und mit mehr Kompetenzen ausgestattet, während die Senatoren indirekt durch Wahlmänner bestimmt werden. Der Senat soll die Interessen der Gebietskörperschaften (Regionen, Departements und Gemeinden) vertreten, verfügt aber nur über sehr begrenzte Kompetenzen in der Gesetzgebung und bei der Kontrolle der Regierung.

Unter den Vorzeichen eines „rationalisierten Parlamentarismus“, der die parlamentarischen Kompetenzen bewusst einschränkt, spielt die Nationalversammlung keine Rolle bei der Regierungsbildung; sie kann lediglich den Premierminister und die Regierung mit einem Misstrauensvotum stürzen. Zwar ist das Parlament für die Gesetzgebung zuständig, doch sind die Sachbereiche, für die Gesetze beschlossen werden können, in der Verfassung explizit vorgegeben. Alle anderen, dort nicht genannten Bereiche stehen unter dem Vorbehalt der Regierung, welche für diese Verordnungen erlassen kann. Auch kann die Regierung Gesetze sozusagen am Parlament vorbei durchbringen, wenn sie den Art. 49.3 der Verfassung anwendet: Dieser besagt, dass ein Gesetzestext auch ohne Parlamentsabstimmung als angenommen gilt, wenn die Regierung nicht binnen 24 Stunden von der Mehrheit der Nationalversammlung durch ein Misstrauensvotum gestürzt wird.

Das Regierungssystem Frankreichs



*Alle drei Jahre wird die Hälfte der Senatorinnen und Senatoren für eine Amtszeit von sechs Jahren gewählt. Die Wahl findet durch ein Wahlmännergremium statt, das sich aus den Mitgliedern der Nationalversammlung sowie Abgeordneten von Gemeinde-, Departement- und Regionalräten zusammensetzt.

Die Nationalversammlung wird nach dem Mehrheitswahlrecht in zwei Runden gewählt, was folgendermaßen funktioniert: Im ersten Wahlgang muss ein Kandidat oder eine Kandidatin mehr als 50 Prozent der Stimmen in einem Wahlkreis gewinnen, um ein Mandat zu erlangen. Erhält keiner der Kandidierenden eine absolute Mehrheit, findet ein zweiter Wahlgang statt, bei dem die einfache bzw. relative Mehrheit ausreicht, um den Wahlkreis zu gewinnen. Dieses System führt dazu, dass politisch ähnlich ausgerichtete Parteien im Vorfeld der zweiten Runde Absprachen treffen, um ihrem Lager eine möglichst starke Repräsentation in der Nationalversammlung zu sichern. Jahrzehntlang waren es ein (jeweils aus mehreren Parteien bestehendes) rechtes und ein linkes Lager, welche die politische Kultur der Fünften Republik prägten, bis mit der Wahl im Jahr 2017 eine Transformation der politischen Strömungen begann (s. u.).

Innerhalb des rechten Lagers war der Gaullismus lange Zeit die dominante Strömung. Zwar hatte de Gaulle sich stets geweigert, sich zu einer politischen Ideologie zu bekennen; vielmehr wollte er zwecks Stärkung der französischen Nation die inneren Gegensätze des Landes versöhnen und alle Bürgerinnen und Bürger hinter gemeinsamen Zielen versammeln. Ungeachtet dieser lagerübergreifenden Rhetorik hat der Gaullismus stets als eine politische Strömung der bürgerlichen Rechten gegolten, für die ein ausgeprägter französischer Nationalismus kennzeichnend ist: Dem Gründerpräsidenten und seiner Anhängerschaft ging es darum, die „Größe“ Frankreichs, seine Unabhängigkeit und internationale Ausstrahlungskraft nach Krieg und Besatzung wiederherzustellen. Daraus ergab sich eine deutliche Skepsis gegenüber den Vereinigten Staaten als westlicher Führungsmacht, der sich Frankreich nicht unterordnen



Präsident de Gaulle bei einer Fernsehansprache am 19. April 1963, in der er die Notwendigkeit des Besitzes von Atomwaffen und die Unabhängigkeit Frankreichs gegenüber der NATO betonte

sollte. Um die eigene Souveränität und internationale Unabhängigkeit zu stärken, trieb de Gaulle nicht nur die Atombewaffnung Frankreichs voran, sondern erklärte auch 1966 den Rückzug aller französischen Truppen aus den militärischen Organen der NATO. Über die Jahrzehnte hinweg hat sich der Gaullismus in verschiedenen politischen Parteien organisiert – ein Ausdruck des im Vergleich mit der Bundesrepublik instabilen Charakters des französischen Parteiensystems.

Die Vorherrschaft des Gaullismus endete vorerst 1974, als mit Valéry Giscard d'Estaing der Vertreter einer nichtgaullistischen, liberalen und europafreundlichen Strömung innerhalb des rechten Lagers zum Präsidenten gewählt wurde.

→ Politische Strömungen und Parteien in Frankreich

Die Parteienlandschaft in Frankreich ist unübersichtlich – nicht nur gibt es eine enorme Vielzahl an Parteien, auch kommt es immer wieder zu Neugründungen und Umbenennungen. Außerdem schließen sich die Parteien bei Parlamentswahlen vielfach zu Wahlbündnissen sowie innerhalb der Nationalversammlung zu Fraktionen zusammen, deren Namen von jenen der Parteien abweichen. Dennoch gibt es einige politische Strömungen, die die Politik der Fünften Republik seit ihrer Gründung geprägt haben und weiterhin prägen.

In der rechten Mitte war der Gaullismus, benannt nach dem Gründer der Fünften Republik, lange die dominante Strömung.



Staatspräsident Nicolas Sarkozy am 30. Mai 2015 auf dem Gründungskongress der neuen konservativen Partei *Les Républicains*, die an die Stelle der UMP trat

Er verband konservative Werte mit dem Bekenntnis zu einer starken Rolle des Präsidenten und der Wiederherstellung der „Größe“ der französischen Nation. Der Gaullismus prägte jahrzehntelang die französische Politik, u. a. durch Parteien wie das RPR (*Rassemblement pour la République*), das 2002 mit anderen Mitte-Rechts-Parteien die UMP (*Union pour un Mouvement Populaire*) bildete, aus der die heutige Rechtspartei *Les Républicains* (LR) hervorging.

Auf der linken Seite des politischen Spektrums waren die Sozialistische Partei (*Parti Socialiste*, PS) und die Kommunistische Partei (*Parti Communiste Français*, PCF) über viele Jahre die wichtigsten Kräfte. Hatte letztere nach dem Zweiten Weltkrieg zunächst großen Einfluss, verlor sie seit 1980er-Jahren an



Die Vorsitzenden der beiden Linksparteien, Georges Marchais (l., PCF) und François Mitterrand (PS), im Dezember 1973 gemeinsam auf einer Demonstration in Paris

Bedeutung, während die Sozialisten mit François Mitterrand (1981–1995) und François Hollande (2012–2017) zweimal den Präsidenten stellen konnten. Aber auch die PS büßte in den vergangenen Jahren an Wählerpotenzial ein, während die 2016 gegründete linkspopulistische, kapitalismus- und EU-kritische Bewegung *La France insoumise* (LFI) unter Jean-Luc Mélenchon an Einfluss hinzugewinnen konnte.

Dies ist Ausdruck einer Transformation der Parteienlandschaft in den vergangenen zehn Jahren: Die traditionelle Lagerbildung zwischen rechter und linker Volkspartei wurde durch neue Bewegungen aufgebrochen. 2017 gewann Emmanuel Macron mit seiner zentristischen Partei *La République en Marche* (LREM), heute *Renaissance* (RE), die Präsidentschaft und setzte sich zwischen den klassischen Lagern fest.

Am rechten Rand erstarkte in den letzten Jahren der nationalistische, migrations- und EU-feindliche *Rassemblement National* (RN), früher *Front National*, der unter seiner Vorsitzenden Marine Le Pen zu einer der wählerstärksten Parteien in Frankreich aufstieg. Le Pen hat sich bei den vergangenen beiden Präsidentschaftswahlen (2017 und 2022) für die Stichwahl qualifizieren können, unterlag jedoch beide Male Emmanuel Macron.

Sieben Jahre später kam mit François Mitterrand (reg. 1981–1995) erstmals die Linke an die politische Macht, die der Tradition eines starken Parlamentarismus – wie er die Dritte und Vierte Republik geprägt hatte – verbunden war und sich mit dem neuen Präsidialsystem zunächst schwergetan hatte. Der Präsidentschaft Mitterrands war eine tektonische Verschiebung

innerhalb des linken Lagers vorausgegangen. Denn lange Zeit waren die Kommunisten dessen stärkste Strömung gewesen. Sie repräsentierten das Arbeitermilieu insbesondere der industrialisierten Regionen Frankreichs rund um die Großstädte im Nordosten und Süden. Mitterrand war es als Chef der Sozialisten (PS) gelungen, die Kommunistische Partei (PCF) zu einem Wahlbündnis zu bewegen, das aber nachteilig für letztere ausging: Angeführt von dem charismatischen Mitterrand und breitere soziale Schichten als nur das Arbeitermilieu ansprechend, gelang es den Sozialisten, zur führenden Kraft der Linken aufzusteigen, was sie bis 2017 blieben.

In den 1980er-Jahren gewann mit dem *Front National* (FN) eine neue politische Strömung an Bedeutung, die sich auf der extremen Rechten positionierte und gegen Einwanderer Stimmung machte. Die rechtsradikale Partei profitierte von der damaligen Wirtschaftskrise und prangerte die Immigration als vermeintliche Hauptursache für die wachsende Arbeitslosigkeit an. Zunächst trotz einzelner Wahlerfolge noch eine Randerscheinung, rückte der FN ins Zentrum der Aufmerksamkeit, als sein Anführer Jean-Marie Le Pen (1928–2025) bei den Präsidentschaftswahlen 2002 überraschend in die Stichwahl kam. Man konnte dies als einen „Betriebsunfall“ abtun, da die Linke stark zersplittert in die erste Wahlrunde gegangen war und sich deshalb keiner ihrer Kandidaten für die zweite Runde qualifizieren konnte. Und bei den nächsten Präsidentschaftswahlen schienen die Dinge wieder in „normalen Bahnen“ zu laufen. So besiegte im Jahr 2007 Nicolas Sarkozy als Kandidat der bürgerlichen Rechten die Sozialistin Ségolène Royal, während Sarkozy sich fünf Jahre später gegen den Sozialisten François Hollande geschlagen geben musste.

→ Frankreichs Spitzenpolitiker und die Justiz

Die hohe Anzahl von Justizaffären legt die Vermutung nahe, dass manche französische Politiker es mit den ethisch-rechtlichen Richtlinien ihres Berufs nicht allzu ernst nehmen. Überdies befinden sich unter den Protagonisten der größten Affären zwei ehemalige Staatschefs. Dazu gehörte Jacques Chirac, der als Bürgermeister von Paris (1977–1995) ein ganzes System der Veruntreuung öffentlicher Gelder errichtete: Zahlreiche Angestellte der Stadt arbeiteten nicht für die Verwaltung, sondern für Chiracs Partei *Rassemblement pour la République* (RPR). Nachdem er das Präsidentenamt 2007 verlassen hatte und keine Immunität mehr genoss, wurde er 2011 rechtskräftig zu zwei Jahren Gefängnis auf Bewährung verurteilt. Auch der ehemalige Premierminister und Generalsekretär des RPR, Alain Juppé, wurde im Zuge dieser Affäre 2004 verurteilt: Er erhielt eine Strafe von 14 Monaten Gefängnis auf Bewährung und wurde für ein Jahr von gewählten öffentlichen Ämtern ausgeschlossen, was seiner politischen Karriere einen schweren Schlag versetzte. Ein besonders eklatanter Fall von Rechtsbruch kam 2012 unter der Präsidentschaft von François Hollande (PS) ans Tageslicht: Der erst kurz zuvor ernannte Haushaltsminister Jérôme Cahuzac (PS), zu dessen Hauptaufgaben die Bekämpfung der Steuerhinterziehung gehörte, wurde vom französischen Online-Magazin *Mediapart* beschuldigt, Schwarzgeldkonten im Ausland zu besitzen. Cahuzac wies die Anschuldigungen brüsk von sich, musste aber nach der Aufnahme staatsanwaltschaftlicher Ermittlungen zugeben, dass er in der Tat Gelder in Höhe von 600.000 Euro am Fiskus vorbei ins Ausland abgeführt

hatte. Kein anderer französischer Politiker ist allerdings so skandalumwittert wie Ex-Präsident Nicolas Sarkozy (UMP, reg. 2007–2012). Im September 2025 wurde er von einem Pariser Gericht zu fünf Jahren Haft mit sofortigem Vollzug verurteilt: Man wirft ihm die Bildung einer „kriminellen Vereinigung“ zur Finanzierung seiner Wahlkampagne 2007 durch den damaligen libyschen Machthaber Muammar al-Gaddafi vor. Zwei Wochen nach seinem Haftantritt entschieden die Strafvollzugsbehörden jedoch, den Vollzug der Strafe bis zum Ende des Berufungsverfahrens auszusetzen. Doch dies ist nicht die einzige Justizaffäre, die dem Ex-Präsidenten anhängt: Bereits 2024 wurde er rechtskräftig zu drei Jahren Haft verurteilt (zwei Jahre auf Bewährung und ein Jahr Hausarrest mit elektronischer Fußfessel), da er auf illegalem Wege versucht hatte, über ein laufendes Gerichtsverfahren Informationen zu erhalten. Die zahlreichen Skandale wirken sich schädlich auf das Ansehen staatlicher Institutionen aus und geben populistischer Propaganda neue Nahrung, die die gesamte politische Elite Frankreichs als korrupt und unfähig verunglimpft. Zu den schärfsten Kritikern gehörte lange Zeit Marine Le Pen: So forderte sie 2013 nach dem Rücktritt Cahuzacs den lebenslangen Verlust des passiven Wahlrechts für alle Politiker, die während oder im Zusammenhang mit ihrer Amtszeit Straftaten begangen hatten. Am 31. März 2025 jedoch wurde Le Pen selbst wegen der Veruntreuung von EU-Geldern zu fünf Jahren Nichtwählbarkeit mit sofortiger Vollstreckung verurteilt. Sollte das Berufungsgericht die Strafe aufrechterhalten, wird sie bei den nächsten Präsidentschaftswahlen 2027 nicht antreten können.



Die Rechtspopulistin Marine Le Pen wurde im März 2025 von einem Pariser Gericht wegen Veruntreuung von EU-Geldern verurteilt, zudem darf sie fünf Jahre nicht zu Wahlen antreten.

Mit den Präsidentschaftswahlen des Jahres 2017 kündigte sich eine Neukonfigurierung der politischen Strömungen an, wofür es verschiedene Gründe gab: So entschloss sich der seinerzeit amtierende Präsident François Hollande, nach einer schwierigen, von Terroranschlägen und wirtschaftlicher Stagnation gekennzeichneten Amtszeit, nicht für ein zweites Mandat zu kandidieren – ein in der Fünften Republik einzigartiger Vorgang. Die Sozialistische Partei ging daher geschwächt in den Wahlkampf, während die Kampagne des Kandidaten der bürgerlichen Rechten (*Les Républicains*, LR), François Fillon, angesichts einer Korruptionsaffäre schnell an Elan verlor. In dieser Situation gelang Hollandes ehemaligem Wirtschaftsminister Emmanuel Macron der Durchbruch als Vertreter einer neuen Bewegung (*En Marche!*), welche die besten Ideen und Persönlichkeiten



Emmanuel Macron bei einer Wahlkampfveranstaltung am 17. April 2017 in Paris. Er ging als Kandidat der Bewegung *En Marche!* ins Rennen um das Amt des Staatspräsidenten.

aus dem rechten wie dem linken Lager sammeln wollte. Seine Rivalin im zweiten Wahlgang war Marine Le Pen, die von ihrem Vater den Vorsitz des *Front National* geerbt und diesen angeblich von seinem extremistischen, rassistischen Erbe gereinigt hatte. Der proeuropäische Ideen vertretende Macron errang 66,1 Prozent der Stimmen gegen 33,9 Prozent für die rechtsnationale Le Pen, die damals den Austritt Frankreichs aus dem Euro befürwortete. Bei den Wahlen 2022 wiederholte sich dieses Szenario: Erneut machten Macron und Le Pen den zweiten Wahlgang unter sich aus, wobei Le Pen, die den *Front National* mittlerweile in *Rassemblement National* (RN) umbenannt hatte, gegenüber ihrem Ergebnis von 2022 kräftig aufholte: Macron erzielte nur noch 58,5 Prozent der Stimmen, während Le Pen nun auf 41,5 Prozent kam. Die radikale Linke

unter dem Ex-Sozialisten Jean-Luc Mélenchon konnte sich zwar nicht für den zweiten Wahlgang qualifizieren, erzielte im ersten Wahlgang mit knapp 22 Prozent aber ein beachtliches Stimmenergebnis.

Etwas überspitzt formuliert, stellt sich die französische politische Landschaft somit gegenwärtig als in drei Lager aufgeteilt dar: die von Macron verkörperte bürgerliche Mitte zwischen einer nationalistisch-populistischen und xenophoben extremen Rechten auf der einen sowie einer euroskeptischen und kapitalismuskritischen radikalen Linken auf der anderen Seite. Hatte Macron die Präsidentschaftswahlen noch mit einer klaren Mehrheit gewinnen können, so gelang es seinem Parteienbündnis *Ensemble pour la République* bei den Parlamentswahlen vom Juni 2022 nicht mehr, eine absolute Parlamentsmehrheit zu erringen. Premierministerin Élisabeth Borne regierte fortan mit relativer Mehrheit und musste in ihrer Amtszeit (Mai 2022 bis Januar 2024) 23 Mal zum Verfassungsartikel 49.3 greifen, der es der Regierung erlaubt, einen Gesetzestext ohne Zustimmung des Parlaments durchzubringen.

Als bei den Europawahlen im Juni 2024 der rechtsextreme *Rassemblement National* mit 31,4 Prozent mehr als doppelt so viele Stimmen erlangte wie das bei 14,6 Prozent liegende präsidentielle Parteienbündnis, verkündete Macron noch am Wahlabend die Auflösung der Nationalversammlung. Wohl hatte er gehofft, dass das Wahlvolk aus Furcht vor Instabilität und den Risiken einer Machtübernahme durch die extreme Rechte seinem Lager wieder eine Parlamentsmehrheit beschere würde, die ihm eine erfolgreiche zweite Hälfte seiner Amtszeit ermöglichen würde. Doch ging das gewagte Kalkül des Präsidenten nicht auf: Unerwarteterweise gelang es dem

links-grünen Bündnis *Nouveau Front Populaire* (NFP), mehr Mandate zu erzielen als der rechtsextreme *Rassemblement National* sowie das Präsidentenlager. Seit den Parlamentswahlen im Juli 2024 ist die Nationalversammlung in etwa drei gleich große Parteienblöcke aufgespalten, sodass eine Mehrheitsbildung äußerst schwierig ist. Der ehemalige EU-Kommissar Michel Barnier (LR) scheiterte nach einer nur dreimonatigen Amtszeit im Dezember 2024 als Premierminister an einem Misstrauensvotum. Sein Nachfolger aus dem Mitte-Rechts-Lager, François Bayrou (*Mouvement Démocrate*), konnte immerhin den Haushalt für 2025 durchbringen. Seine dringlichste Aufgabe sah er darin, die Staatsverschuldung zu begrenzen, die im ersten Trimester 2025 den Wert von 114 Prozent des Bruttoinlandsprodukts erreicht hat. So sah sein Entwurf für den Haushalt 2026 massive Sparmaßnahmen und die Streichung zweier Feiertage vor. Als erkennbar wurde, dass er für seinen Plan keine Mehrheit bekommen würde, zog er es vor, selbst die Vertrauensfrage zu stellen, anstatt auf das unvermeidliche Misstrauensvotum zu warten. Nachdem die Nationalversammlung ihm am 9. September 2025 das Vertrauen verweigert hatte, ernannte Staatspräsident Macron mit Sebastien Lecornu einen loyalen Gefolgsmann zum Premierminister. Dieser schaffte es erst im zweiten Anlauf, eine vorerst überlebensfähige Regierung zusammenzustellen. Große Unsicherheit prägt also das gegenwärtige politische Leben in Frankreich: Eine Präsidentschaft, die mit Reformeifer und Zukunftsoptimismus begann, droht in Entmutigung und Angst vor Unregierbarkeit zu enden.

→ Der islamistische Terrorismus und die französische Politik

In den vergangenen Jahrzehnten ist Frankreich immer wieder von Attentaten islamistischer Terroristen getroffen worden. Dies war etwa im Jahre 1995 der Fall, als im Kontext des algerischen Bürgerkriegs (1991–2002) eine radikal-islamistische Gruppe mehrere Bombenattentate in Paris verübte. Nach einer mehrjährigen Pause wurde das Problem des Terrorismus insbesondere ab 2014/15 wieder akut, diesmal unter neuen internationalen Vorzeichen. In Syrien und im Irak hatte die dschihadistische Terrororganisation Islamischer Staat (IS) ein signifikantes Gebiet unter ihre Herrschaft gebracht und der westlichen Welt den Kampf angesagt. Daraufhin versuchten Terroristen, westliche



Soldaten patrouillieren am Eiffelturm, wenige Monate nach dem Anschlag auf die Satire-Zeitschrift *Charlie Hebdo*, August 2015.

Länder ebenso wie Staaten mit mehrheitlich muslimischer Bevölkerung durch Anschläge zu destabilisieren: So kam es etwa in Tunesien, in der Türkei, in Ägypten, Belgien und Deutschland zu blutigen Attentaten. Kaum ein Land wurde jedoch so schwer vom islamistischen Terror heimgesucht wie Frankreich. Die traurige Serie begann im Januar 2015 mit dem Angriff auf die Redaktion der Zeitschrift *Charlie Hebdo* in Paris (→ S. 292 f.). Am 13. November desselben Jahres wurde die Hauptstadt von den schwersten Terrorangriffen in der französischen Geschichte heimgesucht: An mehreren Orten, darunter Außenbereiche von Restaurants und Cafés sowie vor dem größten Fußballstadion des Landes, wo gerade ein Freundschaftsspiel zwischen Frankreich und Deutschland stattfand, wurden Menschen getötet. Seinen tragischen Höhepunkt fand der Terror in dem Attentat auf den Club *Le Bataclan*, wo drei bewaffnete Terroristen wahllos in die Menge der Konzertbesucherinnen und -besucher schossen und sich anschließend, nachdem einer von ihnen durch die Polizei getötet worden war, in die Luft sprengten. 130 Menschen wurden in dieser Nacht von Terroristen getötet und 352 verletzt. Die Anschläge waren von langer Hand im irakisch-syrischen Kampfgebiet vom IS vorbereitet worden, wo auch die Täter des 13. November ihre Ausbildung erhalten hatten. Präsident Hollande erklärte umgehend den Ausnahmezustand, der es dem Staat ermöglicht, die individuellen Freiheiten massiv einzuschränken, öffentliche Versammlungen zu verbieten, Einrichtungen zu schließen, Menschen Hausarrest zu erteilen und aus dem Land auszuweisen. Der Ausnahmezustand blieb über zwei Jahre hinweg in Kraft, bis im Oktober 2017 ein Gesetz verabschiedet wurde, das den Sicherheitskräften

umfassende Vollmachten im Kampf gegen den Terrorismus zugesteht. Die territoriale Basis des Islamischen Staats konnte durch eine internationale Koalition zerstört und damit die Risiken für die innere Sicherheit Frankreichs reduziert werden. Schwer zu kontrollieren bleibt weiterhin das Sicherheitsrisiko radikalisierter Einzeltäter, die ohne direkte Verbindung mit einer internationalen Terrororganisation und mit geringen technischen Mitteln Menschen töten. Das schrecklichste Beispiel hierfür war der Attentäter, ein Tunesier, der am Steuer eines Kleintransporters während der Feierlichkeiten zum Nationalfeiertag am 14. Juli 2016 in eine Menschenmenge auf der Promenade des Anglais in Nizza hineinfuhr und 86 Menschen ermordete. Vor dem Hintergrund dieser dramatischen Ereignisse bleibt der französische Staat höchst wachsam und lässt bis heute Soldaten mit schussbereiten Maschinengewehren durch die Straßen patrouillieren, die den Bürgerinnen und Bürgern ein Gefühl von Sicherheit vermitteln sollen.

Der kaum abgeschwächte Zentralismus

Anders als die Bundesrepublik Deutschland ist Frankreich ein Zentralstaat. Somit gibt es dort keine Parallele zu den Bundesländern, die eine Reihe von Politikbereichen, wie etwa das Kultur-, Schul- und Universitätswesen, autonom gestalten und über den Bundesrat an der föderalen Gesetzgebung mitwirken. Während in Deutschland die Rechtsprechung, der Justizvollzug und die Polizei zu weiten Teilen den Ländern unterstehen, ist in Frankreich die Zentralregierung in Paris dafür zuständig. Diese grundlegenden Unterschiede haben starke Auswirkungen auf das alltägliche Leben der Menschen: Gibt es in Deutschland

einen föderalen „Flickenteppich“ von unterschiedlichen Schulsystemen, so werden in Frankreich die Lehrpläne einheitlich vom nationalen Erziehungsministerium entwickelt. Während der Covid-19-Pandemie etwa gelang es 16 Ministerpräsidenten der Bundesländer nur schwerlich, verbindliche gemeinsame Regeln festzulegen, während in Frankreich der Präsident quasi mit einem Federstrich allen Bürgerinnen und Bürgern eine strenge Ausgangssperre verordnete.

Frankreichs Zentralismus ist historisch tief verwurzelt. Man kann in ihm eine politische Reaktion auf die große regionale Verschiedenheit sehen, die das Land kennzeichnet. So unterschiedliche Territorien wie die Bretagne, die Provence, das Burgund oder Korsika wurden von der zentralen Staatsgewalt oft gegen den Willen der Betroffenen unter eine Herrschaft gebracht. Daher entstand eine bis heute anzutreffende Furcht, dass die Erteilung regionaler Autonomie fatale zentrifugale Tendenzen auslösen und zum Zerfall der Nation führen könne. Bereits die französischen Könige der Frühen Neuzeit begannen deshalb damit, regionale Zwischengewalten zurückzudrängen und stets mehr politische Gestaltungsmacht bei sich zu konzentrieren. Auch den Revolutionären von 1789 waren lokale Verschiedenheiten ein Dorn im Auge; sie wollten einen einheitlichen „Willen der Nation“ durchsetzen und gliederten das Land neu in 83 sogenannte Departements, deren Grenzen auf historisch-kulturelle Gegebenheiten keine Rücksicht nahmen und die zumeist nach Flüssen oder Bergen benannt wurden. Einen Höhepunkt erreichte der Zentralismus unter der Herrschaft Napoléons (1799–1814). Er stellte in jedem Departement einen Präfekten an die Spitze, einen hohen Staatsbeamten, der vor Ort die Politik der Zentralregierung umzusetzen hatte. Auch annektierte Gebiete wie die Pfalz, das linke Rheinufer, Belgien



In Toulouse protestierten im November 2024 die Bürgermeister zahlreicher Gemeinden gegen staatliche Haushaltskürzungen und Einnahmeverluste der Kommunen.

und die Niederlande wurden damals in Departements unterteilt und solchermaßen verwaltet. Der Übergang zur Republik 1870 machte Frankreich demokratisch, aber nicht weniger zentralistisch. Die nun regierenden Republikaner sahen in den historischen Provinzen insbesondere des Westens den Hort reaktionärer Ideen und glaubten, dass moderne, freiheitliche Konzepte nur mithilfe einer zentralen Staatsgewalt durchgesetzt werden konnten.

Immerhin wurden nun in den Kommunen des Landes direkt gewählte Gemeinderäte eingerichtet, denen eine gewisse, allerdings vom Präfekten kontrollierte lokale Selbstverwaltung zugestanden wurde. Die Bürgermeister an ihrer Spitze bekleiden eines der bis heute wichtigsten und begehrtesten gewählten Ämter im Lande, nicht zuletzt, weil es viele als Sprungbrett für eine nationale politische Karriere nutzten.

Auch genießen die Bürgermeister in Frankreich einen ziemlich guten Ruf. So befanden in einer Umfrage vom November 2023 72 Prozent der Befragten, dass sich die Bürgermeister „dem Allgemeinwohl verpflichtet“ sähen. Und 70 Prozent der Befragten gestanden ihren Gemeindevorstehern „Nähe zu den Bürgern ihrer Kommune“ zu.¹⁷

→ Das Land der 36.000 Gemeinden

Les 36.000 communes de France – das ist in Frankreich ein geläufiger Ausdruck. Er beschreibt die große Vielfalt des Flächenlands, die sich im Laufe der Jahrhunderte ausgeprägt hat. Über die Hälfte der französischen Kommunen zählt nicht mehr als 500 Einwohnerinnen und Einwohner und in gut 3.000 sind es weniger als 100. Kein Land in der Europäischen Union hat so viele Gemeinden wie Frankreich. So gibt es in dem viel bevölkerungsreicheren Deutschland nur 10.994, in Italien und Spanien rund 8.000 Kommunen. Während in anderen Ländern die Anzahl der Gemeinden durch Zusammenlegungen drastisch reduziert wurde, hat man in Frankreich die Vielzahl der Kommunen als ein besonderes Merkmal des Landes bewahrt. Eine Gemeinde, auch wenn sie noch so klein ist, gilt als die Keimzelle der Republik, Hort der lokalen Demokratie und Heimstatt einer sorgfältig gepflegten partikularen Identität. Besonders in den Dörfern ist der Stolz auf die eigene Geschichte, das eigene Kultur- und Naturerbe besonders ausgeprägt. 180 von ihnen haben das begehrte Label „Les plus beaux villages de France“ errungen. Darunter finden sich Dörfer mit so klingenden Namen wie Bormes-les-Mimosas, Saint-Guilhem-le-Désert, Sauveterre-de-Rouergue, Veules-les-Roses. Zur lokalen

Identität gehört auch, dass die Bewohner mitunter ganz eigene Bezeichnungen haben, die sich nicht unmittelbar vom Gemeindennamen ableiten lassen. Denn in Frankreich wird die Bezeichnung der Gemeindebewohner oft nicht wie etwa im Deutschen gebildet, indem man einfach eine Nachsilbe an den Ortsnamen anhängt. So werden beispielsweise die Einwohnerinnen und Einwohner von Besançon *Bisontins* bzw. *Bisontines* genannt, die von Beziers *Biterrois* bzw. *Biterroises* oder die von Saint-Etienne die *Stéphanois* bzw. *Stéphanoises*. Noch komplizierter wird es bei den Bewohnern der Pariser Vorstadt Saint-Cloud, die man *Clodoaldiens* bzw. *Clodoaldiennes* nennt, sowie den rund 66.500 Einwohnern von Bourges, den *Berruyers* bzw. *Berruyères*, deren Bezeichnung sich von der historischen Provinz Berry ableitet, deren Zentrum die Stadt einst war.



Das malerische Saint-Guilhem-le-Désert im Département Hérault ist eines der schönsten Dörfer Frankreichs.

Im Laufe des 20. Jahrhunderts wurde vielen politischen Akteuren klar, dass die Zentralisierung der Staatsgewalt nicht mehr zeitgemäß war. Man erblickte in der Tatsache, dass die politischen Entscheidungsprozesse im fernen Paris konzentriert wurden, einen Grund für Blockaden der französischen Gesellschaft. Auch kam es zu einem Wiedererwachen regionalistischer Strömungen, insbesondere auf der Insel Korsika, aber auch in der Bretagne, im Elsass und in Okzitanien. Vor diesem Hintergrund nahm man 1982 unter Staatspräsident Mitterrand (reg. 1981–1995) eine großangelegte Reform in Angriff, die zur Dezentralisierung des Landes beitragen sollte. So wurden nun in Form der Regionen neue Gebietskörperschaften mit eigenen Zuständigkeiten geschaffen, wie etwa dem Bau von Gymnasien, der Förderung von Wirtschaft, Kultur, Sport sowie der beruflichen Ausbildung und der Entwicklung des öffentlichen Verkehrsnetzes. Anfangs waren es 27 (22 im Mutterland und fünf in den Überseegebieten), nach der 2016 eingeführten Neugliederung sind es 18 Regionen (13 im Mutterland und fünf in Übersee), die solchermaßen das öffentliche Leben mitgestalten.

Auch die Departements erhielten mehr Zuständigkeiten, wie etwa die Umsetzung der staatlichen Sozialpolitik, den Bau von Mittelschulen (*collèges*) sowie die Hoheit über Handels- und Verkehrshäfen. Ebenso wurden die Departements jetzt demokratischer, denn an der Spitze ihrer Exekutive stand nun nicht mehr der Präfekt, sondern ein gewählter Präsident des Departementsrats. Trotz der weitreichenden Auswirkungen dieser Reformen bleibt der Gestaltungsspielraum von Regionen, Departements und Kommunen auf den Rahmen beschränkt, den der Staat vorgibt: So dürfen etwa die Regionen zwar Gymnasien bauen und unterhalten, haben aber keinen

Einfluss auf die Unterrichtsinhalte. Deshalb verwundert es auch nicht, dass die Reform die Aspirationen derjenigen nicht befriedigen konnte, die nach regionaler Autonomie streben. In Korsika etwa, der Region mit dem stärksten Selbstständigkeitsdrang, sind solche Forderungen keineswegs verstummt, vielmehr kam es in den letzten Jahren und Jahrzehnten immer wieder zu teils gewalttätigen Konflikten zwischen Staat und Autonomisten. Frankreichs Provinzen sind politisch lebendiger denn je – doch das politische Herz des Landes schlägt nach wie vor in Paris.

→ Was vom Kolonialreich übrig blieb: die französischen Überseeterritorien

Vom britischen Weltreich sagte man einst, dass in ihm die Sonne nie untergehe. Ähnliches lässt sich bis heute über die Französische Republik sagen, denn diese beschränkt sich nicht auf ihr europäisches Kernland. Frankreich ist in allen Teilen der Erde präsent mit seinen Überseegebieten, bei denen es sich um ehemalige Kolonien des Landes handelt. Mit Ausnahme von Französisch-Guyana im Nordosten Südamerikas handelt es sich um Inseln, die fast alle in subtropischen oder tropischen Klimazonen liegen. Die *France d'outre-mer* umfasst 17 Prozent der französischen Landmasse und wird von ca. 2,2 Millionen Menschen bewohnt. Für das Mutterland sind die Überseegebiete von hoher geopolitischer, wirtschaftlicher und strategischer Bedeutung, denn dank ihnen hat Frankreich Zugang zu den großen Handelsrouten der Welt und verfügt nach den USA über die zweitgrößte ausschließliche maritime Wirtschaftszone. Nicht nur besitzen die Überseeterritorien wichtige Bodenschätze

sowie agrar- und fischereiwirtschaftliche Ressourcen, auch sind die meisten von ihnen beliebte Tourismusziele. Viele Überseegebiete sind gleichzeitig aber wirtschaftlich stark vom Mutterland abhängig. Sie sind schlecht in ihr jeweiliges regionales Wirtschaftssystem integriert und somit ganz auf Lieferungen aus Kontinentalfrankreich angewiesen.

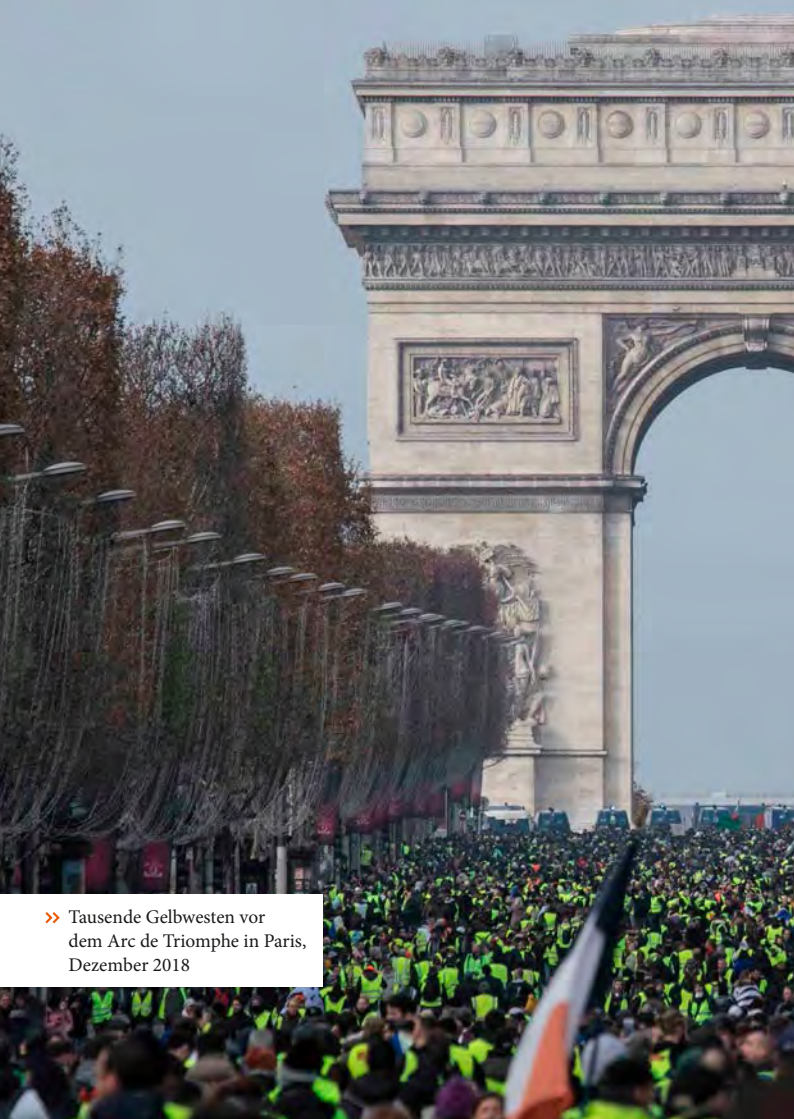
Politisch-administrativ kann man grob zwei Typen von Überseegebieten unterscheiden: Die eine Form sind die *Départements et Régions d'Outre Mer* (DROM), die den gleichen Status haben wie die Departements des Mutterlands. Dazu gehören vier aus dem ersten französischen Kolonialreich hervorgegangene Gebiete, die Inseln Martinique, Guadeloupe und La Réunion sowie Französisch-Guyana. Ebenso besitzt die Insel Mayotte diesen Status, da seine Bürger 1974 in einem Referendum als einzige unter den Bewohnern der Inselgruppe der Komoren im Indischen Ozean für den Verbleib bei Frankreich stimmten. Die DROM gehören zur Europäischen Union und sind Euro-Währungsgebiet.

Dem zweiten Typus gehören alle anderen Überseegebiete an, darunter die Pazifikinseln Neukaledonien, Französisch-Polynesien (mit der Hauptinsel Tahiti), Wallis und Futuna, das vor Kanada gelegene Saint-Pierre-et-Miquelon sowie die Karibikinseln Saint-Martin und Saint-Barthélemy. Sie werden als *Collectivités d'Outre Mer* (COM) bezeichnet und verfügen über größere Autonomierechte. Mit Ausnahme von Saint-Martin gehören die COM nicht zur Europäischen Union. In den Medien des Mutterlands hört und liest man wenig über die Überseeterritorien, außer wenn es dort zu Naturkatastrophen

(wie im Januar 2025 auf Mayotte) oder zu Unruhen kommt, etwa aufgrund der im Vergleich zum Mutterland ungleichen Lebensbedingungen. Aber es bestehen auch unbefriedigte Ansprüche auf Unabhängigkeit, insbesondere in Neukaledonien, dessen Bevölkerung gespalten ist. Während die indigene Bevölkerung, die Kanak, nach Unabhängigkeit strebt, sind die Nachkommen der ersten französischen Siedler und die Neuzuwanderer aus Frankreich mehrheitlich für den Verbleib beim Mutterland. Nach den blutigen Unruhen 2024 wurde ein Abkommen geschlossen, das die Bildung eines „Staates Neukaledonien“ innerhalb der französischen Republik ermöglicht.



Demonstrierende beim Besuch des französischen Präsidenten Emmanuel Macron im Mai 2024 in Nouméa, Neukaledonien, dessen indigene Bevölkerung seit Langem die Unabhängigkeit von Frankreich anstrebt



» Tausende Gelbwesten vor dem Arc de Triomphe in Paris, Dezember 2018



4

Volksfront, Mai '68, Gelbwesten: soziale Bewegungen im Wandel

Nach einer unter französischen Denkern und Politikern verbreiteten Auffassung kommt dem Staat eine ausschlaggebende Rolle für die Entwicklung der Gesellschaft zu. Er soll nicht nur den gesetzlichen Rahmen bestimmen, sondern den Bürgerinnen und Bürgern auch kollektive Ziele vorgeben und sie zum Fortschritt anleiten. Einer der prominentesten Vertreter dieser Staatsideologie im 20. Jahrhundert war der erste Präsident der Fünften Republik, Charles de Gaulle. Er vertrat die Ansicht, dass ein starker Staat notwendig sei, da sonst die den Franzosen eigene „alte gallische Neigung zu Spaltungen und zum Streit“ ausbrechen würde.¹⁸ Der Staat war in seinen Augen gleichsam der „Führer und Schutzwall der Nation“: „In der modernen Ära hängt das ganze Leben des Landes vom öffentlichen Dienst ab.“¹⁹ Vor diesem Hintergrund hat sich der öffentliche Sektor in Frankreich besonders stark entwickelt. Ende 2021 arbeiteten 5,67 Millionen Menschen im öffentlichen Dienst, was einem Beschäftigungsanteil von 20 Prozent entsprach (im Vergleich dazu machten die seinerzeit rund 5 Millionen Beschäftigten des öffentlichen Dienstes in Deutschland nur gut 10 Prozent der arbeitenden Bevölkerung aus).²⁰

Mit welcher Haltung und welchen Erwartungen aber stehen die französischen Bürgerinnen und Bürger dem Staat gegenüber? Wie reagieren sie auf die ausgreifende Tätigkeit ihres Staates? Hier lassen sich komplexe und widersprüchliche Verhaltensweisen feststellen. In manchen Perioden wirkt das französische Volk in seiner Mehrheit wenig beteiligt an politischen Vorgängen; als Beobachter gewinnt man den Eindruck, dass ein aktiver Staat, der für die Bevölkerung sorgt und sie beschützt, auf breite Akzeptanz stößt. Dem stehen allerdings Phasen gegenüber, in denen sich das Volk, einer Eruption gleich, erhebt und sich von seiner rebellischen, ja „anarchischen“ Seite zeigt.

Schon in der frühneuzeitlichen Epoche bis in die Revolutionszeit kam es immer wieder zu Bauernaufständen, die sich zu- meist an Ernährungskrisen und Wut über die hohe Abgabenlast entzündeten. Aus dem 19. Jahrhundert sind insbesondere die Arbeiteraufstände des Jahres 1848 und die 1871 von Sozialisten errichtete Pariser Kommune (→ S. 70 ff.) in Erinnerung geblieben. Im 20. und 21. Jahrhundert nahmen solche politisch-sozialen Massenbewegungen immer wieder neue Formen an, die von den tiefen Veränderungen in der französischen Gesellschaft zeugen.

Der längste Streik in der französischen Geschichte

Der Mai 1936 war eine Zeit großer Hoffnungen für die französische Arbeiterbewegung: Die Volksfront (*Front populaire*), das antifaschistische Bündnis aus Sozialisten, Kommunisten

und bürgerlichen Linken, hatte die Wahlen gewonnen und würde die Regierung übernehmen können. Doch bevor der neue Regierungschef Léon Blum seine Arbeit überhaupt beginnen konnte, kam es in Frankreich zur bis dahin größten Streikbewegung. In verschiedenen Betrieben wurde die Arbeit



Streikende Arbeiterinnen und Arbeiter vor einer Fabrik vertreiben sich die Zeit mit Tanz, Titelbild des Magazins *Miroir du Monde* vom 6. Juni 1936.

niedergelegt, zunächst in der Luftfahrtindustrie, dann in der Metallindustrie und schließlich in praktisch allen Industriezweigen, aber auch in vielen Dienstleistungsbetrieben. Es handelte sich um Streiks, wie man sie vorher noch nie gesehen hatte: Sie waren mehr oder weniger spontan entstanden, keine Gewerkschaft hatte dazu aufgerufen. Und sie fanden am Arbeitsort selbst, in besetzten Fabriken, Bergwerken oder Warenhäusern, statt. Die Arbeiterinnen und Arbeiter eigneten sich diese Stätten an, aßen, schliefen und feierten dort.

Léon Blum versuchte der Massenbewegung den Wind aus den Segeln zu nehmen, indem er den Arbeitgebern weitgehende Zugeständnisse abrang: So wurden die Löhne nach Einkommensgruppen gestaffelt erhöht; in allen Unternehmen mit mehr als zehn Mitarbeitenden wurden Betriebsräte eingeführt, um die Interessen der Beschäftigten besser zu vertreten. Per Gesetz wurde die Wochenarbeitszeit von 48 auf 40 Stunden reduziert und allen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern zwei Wochen bezahlter Jahresurlaub zugestanden. Doch ungeachtet der Aufforderungen linker Politiker, nun die Besetzungen aufzugeben und zur Arbeit zurückzukehren, setzte sich die „soziale Explosion“, von der Léon Blum gesprochen hatte, fort. Den Streikenden waren die erzielten sozialen Fortschritte noch nicht genug; auch genossen sie den kollektiven Elan, der bei den Fabrikbesetzungen entstanden war und der sich so sehr vom harten Arbeitsalltag unterschied. „Alles ist möglich“ – so dachten im Sommer 1936 viele Menschen. Doch es blieb nicht aus, dass die wochenlangen Streiks zu einem Konflikt mit der Regierung führten, welche die Besetzung von Privateigentum nicht endlos dulden konnte. So schickte die linke Volksfrontregierung im Oktober 1936 zum ersten Mal Polizisten in eine Fabrik, um dort den Streik zu beenden.

Die soziale Bewegung des Sommers 1936 bleibt in der französischen Geschichte einzigartig, was ihre Dauer über mehrere Monate, aber auch ihre Ausmaße anbelangt: 12.000 Betriebe wurden bestreikt, 9.000 davon besetzt. Die Streiks waren zugleich charakteristisch für eine Industrie- und Klassengesellschaft: Ihre zentralen Akteure waren die gering qualifizierten Arbeiter großer Betriebe etwa der Autoindustrie, die dort standardisierte Tätigkeiten verrichteten und entsprechend ihrer täglichen Arbeitsleistung entlohnt wurden. Ihre Wut richtete sich gegen die Großindustriellen, die sogenannten „200 Familien“ – eine Elite, die sich an der Arbeitsleistung der Proletarier bereicherte und dank ihres Kapitals massiven Einfluss auf Frankreichs Politik und Wirtschaft hatte. Die Industriellen hingegen fürchteten angesichts der Fabrikbesetzungen den Ausbruch einer sozialistischen Revolution und dass sie ihres Eigentums nicht mehr sicher sein konnten. Der Staat betätigte sich, wie so oft in Frankreich, als Moderator konfliktreicher sozialer Beziehungen und verbesserte die Lebensverhältnisse der Arbeiterschaft auf eine Weise, wie sie bis heute in der französischen Geschichte einzigartig geblieben ist. Auch wenn die Volksfrontregierung bereits 1938 wieder zerbrach, blieben viele der von ihr eingeführten sozialen Errungenschaften bestehen.

→ Frankreichs Gewerkschaften – uneinig, streikfreudig und mitgliederschwach

Das Gewerkschaftswesen könnte zwischen den Nachbarländern kaum unterschiedlicher sein: Während in Deutschland die Einheitsgewerkschaft verbreitet ist, die partei- und gesinnungsübergreifend alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer eines Sektors vertritt, gibt es in Frankreich in jedem Sektor mehrere, meist stark politisierte und miteinander konkurrierende Gewerkschaften. Ist in beiden Ländern der Anteil der Gewerkschaftsmitglieder unter den Arbeitnehmenden stark gesunken, so befand er sich 2019 in Deutschland noch bei ca. 18 Prozent, während er in Frankreich bei etwa 10 Prozent lag und damit zu den niedrigsten in Europa gehörte.²¹ Auch das Streikrecht sieht in den beiden Ländern sehr unterschiedlich aus: Während es in Deutschland gesetzlich stark reglementiert ist, gehört es in Frankreich zu den individuellen, verfassungsmäßig garantierten Grundrechten, das auch in sozialpolitischen Konflikten (etwa um Arbeitsmarkt- oder Rentenreformen) in Anspruch genommen wird.

Die älteste französische Gewerkschaft ist die CGT (*Confédération générale du travail*), die seit der Nachkriegszeit in enger Verbindung mit der Kommunistischen Partei (PCF) steht. Sie ist insbesondere im öffentlichen Sektor gut vertreten, etwa in Staatsunternehmen wie der Eisenbahngesellschaft SNCF und dem Elektrizitätsversorger EDF. In sozialen Konflikten nimmt sie oft eine kompromisslose Haltung ein und ruft öfter als andere Gewerkschaften zum Streik auf. Eine Abspaltung von der CGT aus den Zeiten des Kalten Kriegs ist die *Force Ouvrière* (FO), die eine strikte parteipolitische Unabhängigkeit wahrt. Die derzeit

mitgliederstärkste Gewerkschaft ist die CFDT (*Confédération française démocratique du travail*), die aus einem christlichen Gewerkschaftsverband hervorging und stets eine reformistische, auf Verhandlungen zwischen den Sozialpartnern abzielende Strategie verfolgt hat. Zwei weitere Organisationen zählen zu den großen, als „repräsentativ“ geltenden Gewerkschaften: der christliche Verband CGTC und die Interessenvertretung der leitenden Angestellten, die CFE-CGC. Aus der Mitgliederschwäche der französischen Gewerkschaften sollte man nicht ableiten, dass sie wenig Einfluss auf die sozialen Verhältnisse und die Politik des Landes haben. Vielmehr sind sie dazu berechtigt, branchenspezifische Tarifverträge auszuhandeln, die für alle betroffenen Arbeitnehmenden Gültigkeit besitzen. Und in sozialen Konflikten vermögen sie es, eine breite Öffentlichkeit zu mobilisieren. Als es im Frühjahr 2023 um die Reform des Rentensystems ging, folgten über 2 Millionen Menschen dem Aufruf der Gewerkschaften und machten bei den Demonstrationen in den größeren Städten mit.



Demonstrierende in Lyon, die im Frühjahr 2024 dem Aufruf der Gewerkschaften für Lohnsteigerungen gefolgt sind

Mai '68: Studentenrevolte und Generalstreik gegen de Gaulle

Die französische Gesellschaft des Jahres 1968 war eine sehr andere als die der 1930er-Jahre: Nach dem Zweiten Weltkrieg hatte das Land sich dank eines konstant hohen Wirtschaftswachstums rasant verändert; die Landwirtschaft hatte stark an Bedeutung verloren, da sie nun nur noch ca. 5 Prozent der Bevölkerung beschäftigte. Die meisten Arbeitnehmenden waren nun in der Industrie tätig, während gleichzeitig der Dienstleistungssektor stark expandierte. Der Staat hatte die Verkehrswege modernisiert, Autobahnen und neue Stadtviertel gebaut. Viele konnten sich nun moderne Konsumgüter wie Autos, Haushaltsgeräte oder Fernseher leisten. Der „Baby-Boom“ der Nachkriegsjahre mit seinen hohen Geburtenraten hatte dazu geführt, dass immer mehr junge Menschen in die Schulen und Hochschulen des Landes strömten, die diesem Ansturm kaum gerecht werden konnten.

Es waren die Studierenden Frankreichs, von denen die soziale Bewegung des Mai 1968 ausging. In praktisch allen westlichen Gesellschaften war es ein besonderes Jahr, in dem junge Menschen auf die Straßen gingen, eine neue Protestkultur entwickelten, gegen die herrschende Generation rebellierten und die Vereinigten Staaten wegen ihres Kriegs in Vietnam anprangerten. Doch in keinem anderen Land erfolgte die Mobilisierung so schnell und weitgreifend wie in Frankreich, wo sie zu einem Generalstreik und zu einer wahrhaftigen Staatskrise führte. Dabei hatte alles recht harmlos angefangen, als Studierende im März 1968 auf dem neugegründeten Universitätscampus Nanterre am Stadtrand von Paris gegen die strengen Vorschriften ihrer Hochschule, wie etwa die Geschlechtertrennung in Wohnheimen, protestierten. Als die Universitätsleitung den Campus



Paris, Mai 1968: Studenten rissen Pflastersteine aus und setzten sie als Wurfgeschosse gegen Polizisten ein.

Anfang Mai schließen ließ, zogen die Protestierenden nach Paris und demonstrierten in der altherwürdigen Hochschule Sorbonne im Zentrum der Hauptstadt. Dadurch erhielten sie große Aufmerksamkeit und ihr Protest wirkte ansteckend auf Studierende im ganzen Land, die nun ihrerseits auf die Straßen gingen. Als die Regierung die Sorbonne am 13. Mai durch die Polizei räumen ließ, eskalierte die Lage: Die Protestierenden errichteten Barrikaden, und es kam zu Straßenschlachten mit den Polizeikräften.

Die Forderungen der jungen Menschen waren ganz andere als jene, die man aus klassischen Arbeitskämpfen kannte. „Die Phantasie an die Macht“, so lautete eine Parole der Studierenden. Sie forderten eine neue Gesellschaft, die nicht hierarchisch und gewinnorientiert, sondern partizipativ und egalitär gestaltet werden sollte. Man wünschte sich eine Abkehr von Konsum- und Wohlstandsorientierung, damit der Mensch sich kreativ entfalten und selbstbestimmt leben könne. Feindbild der Proteste



„Le chienlit, c'est lui“ (Das Chaos ist er) – Demonstrierende wenden den 1968 von de Gaulle gegen die Protestbewegung gerichteten Vorwurf, Chaos zu stiften, gegen ihn selbst.

war Staatspräsident de Gaulle, den man als Verkörperung des verknöcherten, autoritären und militaristischen Establishments ablehnte.

Zu einer Staatskrise wurde der Mai '68

allerdings erst, als sich die Arbeiter des Landes dem Protest der Studierenden anschlossen und ihre Arbeit niederlegten. Auch bei ihnen kam es zu einer extrem schnellen Mobilisierung, sodass nach nur wenigen Tagen 7 Millionen Arbeitnehmende streikten. Sie wünschten sich ebenso wie die Studierenden einen grundsätzlichen Umbau der kapitalistischen Leistungsgesellschaft, erhoben aber auch konkrete Forderungen nach mehr Lohn, früherer Rente und kürzeren Arbeitszeiten. Die Staatsführung schien den Protesten zunächst ratlos gegenüberzustehen, dann aber nahm Premierminister Georges Pompidou mit den großen Gewerkschaften, der kommunistischen CGT und der nicht-kommunistischen FO Verhandlungen auf, die zu massiven Lohnerhöhungen in allen Beschäftigungszweigen führten. Dennoch ebte die Protestwelle nicht ab, und viele Menschen rechneten mit einem Rücktritt des entmutigt

wirkenden Staatschefs de Gaulle. Am 29. Mai war dieser plötzlich aus Paris verschwunden und tauchte im Laufe des Tages in Baden-Baden bei seinem alten Weggefährten General Massu auf. Was die beiden besprachen, wird für immer ein Geheimnis bleiben – als de Gaulle am nächsten Tag nach Paris zurückkehrte, wirkte er jedenfalls wie verwandelt: In einer kraftvollen Radiorede kündigte er Neuwahlen des Parlaments an; und seine Anhänger bewiesen in einer Großdemonstration, dass zahlreiche Franzosen weiterhin auf seiner Seite standen.

Mit seiner Ankündigung von Neuwahlen hatte er der Studentebewegung den Wind aus den Segeln genommen, denn nun würde sich an den Wahlurnen entscheiden, wie viele Menschen

sich tatsächlich eine grundlegend andere Gesellschaft wünschten und wie viele weiterhin dem Gaullismus die Treue hielten. Die Protestbewegung sah sich vor das Problem gestellt, dass sie sich spontan gebildet hatte und somit nicht über parteiähnliche Organisationen verfügte.



Am 13. Mai 1968 versammelten sich in Paris nahezu eine Million Menschen zum größten Demonstrationzug in der französischen Nachkriegsgeschichte.

Insofern war sie die große Abwesende bei den Parlamentswahlen vom Juni 1968, die für de Gaulle und seine Anhänger mit einem großen Sieg endeten. So rasant wie die Mobilisierung begonnen hatte, so schnell flaute sie nun auch wieder ab. In Erinnerung blieb der Mai '68 als Symbol einer großen sozialen Bewegung, die tiefe Veränderungen in der französischen Gesellschaft zum Vorschein brachte: Das Aufkommen einer neuen Generation, die sich gegen Werte wie Autorität, Tradition und Leistung auflehnte und für die althergebrachte Organisationen wie Kirche, Militär, Parteien und Gewerkschaften an Anziehungskraft verloren hatten. Wenn auch die Fünfte Republik weitgehend unverändert aus dem Mai '68 hervorging, so nahmen doch zahlreiche neue soziale Bewegungen, die für Anliegen wie Umweltschutz, Emanzipation der Frauen oder Respekt für geschlechtliche Minderheiten eintraten, von hier ihren Ausgang – und prägten in den folgenden Jahrzehnten die französische Gesellschaft.

Die „Gelbwesten“: Massenbewegung der Globalisierungsverlierer?

Fünzig Jahre später haben wir es wiederum mit einer zutiefst veränderten französischen Gesellschaft zu tun: In den zurückliegenden Jahrzehnten hat in Frankreich eine starke Deindustrialisierung stattgefunden. Während im Jahr 1974 knapp 6 Millionen Menschen in der Industrie arbeiteten, waren es 2018 lediglich noch 3 Millionen. In den 1970er-Jahren war die Industrie für über 30 Prozent des französischen Bruttoinlandsprodukts verantwortlich; um 2018 waren es nur noch 10 Prozent.²² Besonders in den Regionen des Nordostens, wo einst Bergbau und Stahlproduktion verbreitet waren, hat der Niedergang der Industrie zu einem massiven Strukturwandel geführt.

Viele Menschen arbeiten seitdem, falls sie eine neue Stelle gefunden haben, in Dienstleistungsberufen. Damit geht auch eine Individualisierung der Gesellschaft einher: Immer weniger Menschen sind, wie es einst die Fabrik- und Bergbauarbeiter waren, gleichen Arbeits- und Lebensbedingungen ausgesetzt. Das hat zur Folge, dass Organisationen wie Gewerkschaften, in denen die Arbeitnehmerschaft ihre kollektiven Interessen vertreten können, an Bedeutung verlieren. Gehörten Anfang der 1970er-Jahre 20 Prozent der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer einer Gewerkschaft an, waren es 2018 nur noch 10 Prozent.²³

Wie konnte es in dieser stark ausdifferenzierten und individualisierten Gesellschaft zu der großen Mobilisierung im Herbst 2018 kommen? Der im Mai 2017 gewählte Präsident Emmanuel Macron hatte sich bei Teilen der Bevölkerung schnell unbeliebt



Landesweit versammelten sich, wie hier in Nantes, die Gelbwesten im November 2018 zu Aktionen, um gegen höhere Benzinpreise zu protestieren.

gemacht, indem er die Vermögenssteuer abgeschafft, gleichzeitig aber eine praktisch alle betreffende Steuer zur Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme erhöht hatte. Bei vielen Menschen setzte sich der Eindruck fest, dass Macron ein „Präsident der Reichen“ sei, der die Sorgen „normaler Menschen“ weder kenne noch berücksichtige. Wie ein Zündfunke wirkten dann zwei Maßnahmen, von denen sich besonders Menschen im ländlichen Raum betroffen sahen: Die Erhöhung der Benzinsteuern, die dazu dienen sollte, den ökologischen Umbau Frankreichs mitzufinanzieren, und die Reduzierung der Höchstgeschwindigkeit auf Landstraßen auf 80 km/h.

Die Mobilisierung gegen diese Maßnahmen geschah im Herbst 2018 mit den Mitteln der modernen Kommunikationsgesellschaft: Menschen posteten Videos auf YouTube, in denen sie sich über die wachsende Abgabenlast beschwerten und bekundeten, dass es ihnen immer schwerer falle, finanziell über die Runden zu kommen. Auf Facebook bildeten sich Gruppen, in denen dazu aufgerufen wurde, Verkehrsblockaden zu errichten, um gegen die Maßnahmen der Regierung zu protestieren. So kam es dazu, dass sich ab Oktober 2018 Bürger vornehmlich an den Kreisverkehren der Ortsränder trafen, um dort den Verkehr zu blockieren und Protestplakate aufzubauen. Die Demonstrierenden eigneten sich den öffentlichen Raum an, indem sie dort Zelte aufschlugen, kochten und diskutierten. Ihr gemeinsames Erkennungszeichen war das Tragen einer gelben Warnweste, weshalb die Bewegung umgehend als *Mouvement des Gilets jaunes* (Gelbwestenbewegung) bekannt wurde. Kennzeichnend für sie war, dass sie über keinerlei zentrale Organisation verfügte. Sie war aus spontanen, im Netz lancierten Aufrufen entstanden; ihre Aktivisten verband vor allem ein Gefühl der Wut und Hilflosigkeit gegenüber der

Politik einer Regierung, die sie als losgelöst von ihrer eigenen Lebenswirklichkeit und ignorant gegenüber ihren Problemen begriffen. Anhänger fanden die „Gelbwesten“ insbesondere im ländlichen Raum und in Kleinstädten, wo die Menschen auf das Auto angewiesen sind, um ihren Alltag zu bewältigen. Die Gelbwesten waren in der Regel Bürger mit mittlerem oder geringem Einkommen, welche die Erhöhung der Benzinsteuern als einen empfindlichen Einschnitt in ihre Kaufkraft begriffen und eine umso größere Wut empfanden, als gleichzeitig den Reichen Geschenke, etwa in Form der Abschaffung der Vermögenssteuer, gemacht wurden. Umfragen zeigten, dass sich unter den Gelbwesten mehrheitlich Menschen befanden, die bei der Präsidentschaftswahl 2017 für die extrem rechte Marine Le Pen oder den radikalen Linken Jean-Luc Mélenchon gestimmt hatten.



Gelbwesten am 1. Dezember 2018 auf den Champs-Élysées; am dritten Wochenende in Folge protestierten sie gegen die Steuer- und Reformpolitik von Präsident Macron.

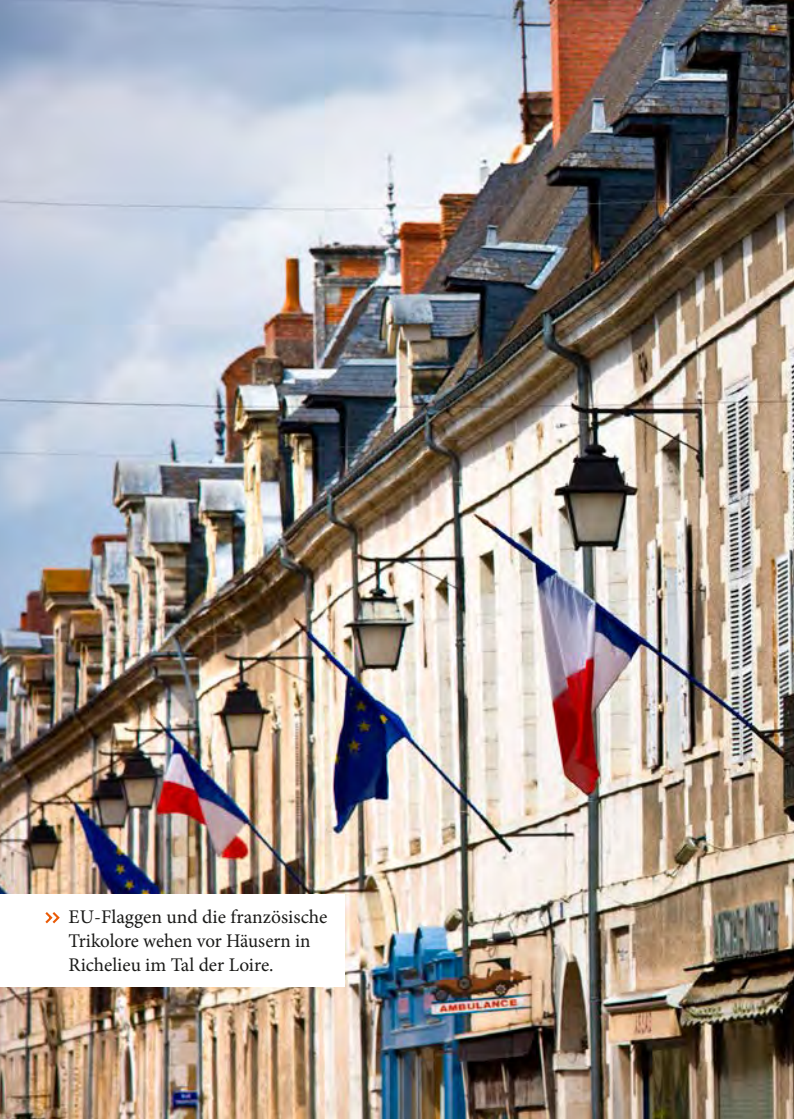
Je länger die Bewegung andauerte, desto mehr weitete sie sich aus: Ihre Anliegen betrafen nun auch den Zustand der französischen Demokratie. Viele Gelbwesten behaupteten, sie ständen für das Volk, das von den gewählten Repräsentanten nicht mehr angemessen vertreten würde. Sie wünschten, dass in die Verfassung die Möglichkeit eines Referendums durch Bürgerinitiative aufgenommen würde, damit das Volk seinen Willen direkter bekunden könne. So vielgestaltig ihre Aktivisten waren, so divers wurden nun die vertretenen Anliegen: Man forderte den Rücktritt Macrons, weniger Einwanderung, einen Ausstieg aus der Globalisierung und aus der EU. Und die Aktionen beschränkten sich nun nicht mehr auf Straßenblockaden, sondern fanden mitten in den Städten, insbesondere in Paris, statt: Jeden Samstag zogen im Herbst 2018 Gelbwesten in die Hauptstadt. Da die Bewegung über keine zentrale Organisation verfügte, fanden die Demonstrationen unangemeldet statt. So kam es immer wieder zu Zusammenstößen mit der Polizei.

Die politische Führung fand zunächst keine Antwort auf diese neue Form sozialer Mobilisierung. Präsident Macron schien sich im Elysée-Palast zu verschanzen und lehnte zunächst jedwedes Entgegenkommen ab. Erst als die gewaltsamen Zusammenstöße zwischen Gelbwesten und Polizei immer weiter zunahmen und es jeden Samstag zu Zerstörungen in den Innenstädten kam, reagierte die Exekutive: Anfang Dezember 2018 wurde die Erhöhung der Benzinsteuern zurückgenommen, der Mindestlohn um 100 Euro pro Monat erhöht und die Bezahlung von Überstunden von der Steuer befreit. Gleichzeitig kündigte der Präsident eine „Große Nationale Debatte“ (*Grand Débat National*) über vier Themen (ökologische Transition, Besteuerung, Demokratie sowie Staat und Verwaltung) an. Über mehrere Wochen fanden zwischen Januar und März 2019 in den Gemeinden Frankreichs



Der französische Präsident Emmanuel Macron bei einem Treffen am 7. März 2019 im Rahmen der „Großen Nationalen Debatte“ in Gréoux-les-Bains

ca. 10.000 Debatten zwischen Bürgern und gewählten Amtsträgern statt, wobei Macron sich an zahlreichen beteiligte. Eine Zeit lang noch trafen sich die Gelbwesten jeden Samstag in Paris, doch mehr und mehr flaute der Protest ab. Die einzigartige soziale Bewegung hinterließ indessen tiefe Spuren und machte neue Tendenzen sichtbar: Erstens zeigte sie, dass mit der ökologischen Transition soziale Konflikte darüber entstehen, wie gerecht die damit einhergehenden Kosten auf die Bürgerinnen und Bürger verteilt werden. Zweitens bewies sie, dass soziale Bewegungen nunmehr ohne intermediäre Instanzen wie Gewerkschaften auskommen und lediglich über die sozialen Netzwerke mobilisiert werden können. Und drittens machte sie neue Spaltungen in der französischen Gesellschaft sichtbar. Ungleichheiten bestehen nämlich nicht nur zwischen sozialen Schichten, sondern auch zwischen unterschiedlichen Räumen – dem Frankreich der weltoffenen, von der Globalisierung profitierenden Metropolen und den ländlichen Regionen, in denen sich viele wirtschaftlich abgehängt, schlecht von öffentlichen Dienstleistungen versorgt und von staatlichen Amtsträgern vergessen fühlen.



» EU-Flaggen und die französische Trikolore wehen vor Häusern in Richelieu im Tal der Loire.



5
Frankreich in der
Europäischen Union

Wie aus den vorangegangenen Kapiteln bereits erkennbar wurde, ist die europäische Integration in Frankreich alles andere als unumstritten. Die euroskeptische Haltung eines gewichtigen Teils der französischen Bevölkerung ist seit den 2000er-Jahren zu einem beeinflussenden Faktor im Integrationsprozess geworden. Bei den letzten Wahlen zum Europäischen Parlament im Juni 2024 kamen Parteien, die eine kritische bzw. ablehnende Haltung gegenüber der EU vertreten, auf über 46 Prozent der Stimmen. Angesichts dieser heute verbreiteten Euroskepsis vergisst man manchmal, dass Frankreich zu den entscheidenden Impulsgebern des europäischen Einigungsprozesses gehört hat.

Das Land der Gründerväter und schärfsten Kritiker der europäischen Integration

Der europäische Einigungsprozess begann 1950 mit einer französischen Initiative: Am 9. Mai 1950 schlug der damalige Außenminister Robert Schuman der Bundesrepublik Deutschland und allen interessierten europäischen Staaten vor, ihre Kohle- und Stahlindustrie unter eine gemeinsame, supranationale Kontrolle zu stellen. Dahinter stand die Überlegung, dass eine europäische Hoheit über diese kriegswichtigen Industrien verhindern sollte, dass es wieder zu einer bewaffneten Auseinandersetzung zwischen Frankreich und Deutschland, und somit auch in Europa, kommen würde. Der „Kopf“ hinter dem Schuman-Plan war Jean Monnet, der zwischen den Weltkriegen für den Völkerbund gearbeitet hatte und nun die französische Planbehörde leitete, deren Aufgabe in der Lenkung und Modernisierung der französischen Wirtschaft bestand. Er stammte aus einer Familie von Kognakhändlern und hatte früh einen ausgeprägten Sinn für die Interdependenz der modernen Welt



Jean Monnet (1888–1979) wurde 1976 zum ersten „Ehrenbürger Europas“ ernannt.

gewonnen. Das Konzept einer allumfassenden staatlichen Souveränität sah er als veraltet an; vielmehr müssten die europäischen Staaten immer enger zusammenarbeiten, wenn sie in Zukunft noch eine globale Rolle spielen wollten. Insofern war die Kohle- und Stahllunion für ihn nur der Anfang zu noch weiteren Integrationsschritten, an deren Ende eine europäische Föderation stehen sollte.

Kaum war die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS, auch „Montanunion“ genannt) 1951 unter Dach und Fach gebracht, stellte sich ein neues Problem für die staatliche Zusammenarbeit in Europa: Angesichts der verschärften Spannungen im Kalten Krieg drangen die USA darauf, dass Westdeutschland wiederbewaffnet würde. Diese Vorstellung löste jedoch in Frankreich manifeste Ängste aus, da man das Wiedererwachen eines aggressiven deutschen Militarismus fürchtete. Jean Monnet ersann daraufhin ein neues Projekt: Er entwarf den Plan einer Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG) mit einer europäischen Armee, in die auch Einheiten deutscher Soldaten aufgenommen werden sollten. Das Projekt einer gemeinsamen Verteidigung sollte flankiert werden von einer Europäischen Politischen Gemeinschaft (EPG),



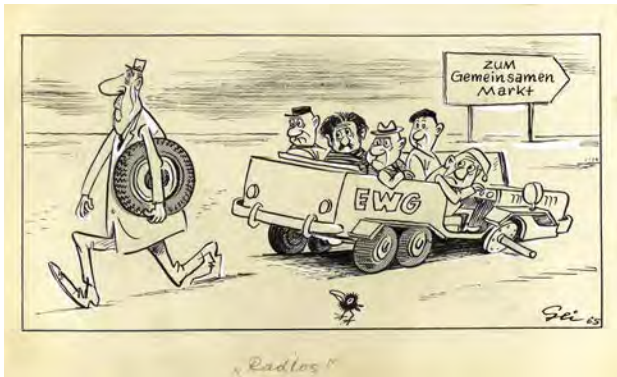
Nach hitzigen Debatten lehnte die französische Nationalversammlung am 30. August 1954 mit 139 gegen 264 Stimmen die Ratifizierung des EVG-Vertrages ab.

dem Grundstein zu einer Föderation der sechs damaligen Mitglieder der EKGS. Monnets Plan wurde in Vertragsform gegossen und 1952 von den sechs Gründerstaaten der EGKS zwar unterzeichnet, doch scheiterte er letztlich im Prozess der Ratifizierung. In Frankreich erhö-

ben sich nationalistische Kräfte von rechts und links, die in der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft einen unbedingt abzuwehrenden Angriff auf die nationale Souveränität sahen. Gemeinsam verhinderten sie die Bildung einer europäischen Armee, indem sie 1954 in der Nationalversammlung gegen die Vertragsratifizierung stimmten.

Der Integrationsprozess kehrte nun wieder auf seinen ursprünglichen, wirtschaftlichen Pfad zurück: So wurden 1957 mit der Unterzeichnung der Römischen Verträge die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) sowie die Europäische Atomgemeinschaft (EURATOM) gegründet, um einen gemeinsamen Markt zu schaffen und die friedliche Nutzung der Kernenergie zu fördern. Doch kam im Jahr des Inkrafttretens der Verträge (1958) mit Charles de Gaulle eine Person an die

Macht, die immer schon gegen den Verzicht auf Souveränitätsrechte und für die Stärkung der französischen Nation eingetreten war. Der weltpolitische Rang Frankreichs, seine Unabhängigkeit und „Größe“ waren die Axiome seiner Außenpolitik. Daher erwies er sich als ein äußerst schwieriger Partner im Prozess der europäischen Integration. Zwar verweigerte er sich nicht der Implementierung der Römischen Verträge, doch torpedierte er zahlreiche Integrationsfortschritte, über die sich alle anderen fünf Partner einig waren: So blockierte de Gaulle den Beitritt Großbritanniens und riskierte eine der tiefsten Krisen im Integrationsprozess, indem er die Einführung von Mehrheitsabstimmungen im Ministerrat der sechs EWG-Mitgliedsstaaten vehement ablehnte: Über sechs Monate blieb Frankreichs Stuhl bei den Ministerratsitzungen leer, bis im sogenannten Luxemburger Kompromiss



Frankreichs Präsident Charles de Gaulle blockierte wiederholt Fortschritte bei der europäischen Integration. Die Karikatur von Hans Geisen aus dem Jahr 1965 kommentiert dessen „Politik des leeren Stuhls“ im Ministerrat der EWG.

(1966) eine Einigung erzielt wurde und es vorerst beim Einstimmigkeitsprinzip blieb. Anstatt der von Monnet erdachten europäischen Föderation favorisierte Präsident de Gaulle ein Europa der Nationen, in dem auf dem Wege klassischer Regierungsverhandlungen gemeinsame Positionen erzielt werden sollten. Als einziger westlicher Nuklearmacht des Kontinents und permanentem Mitglied im UN-Sicherheitsrat sollte Frankreich dabei die Führungsrolle zukommen. Doch blieb de Gaulle mit seinen Vorstellungen isoliert und konnte somit den Integrationsprozess zwar aufhalten, aber nicht seine grundsätzliche Richtung ändern.

Erst ab 1974 nahm Frankreichs Europapolitik eine entschieden konstruktive Richtung, als Valéry Giscard d'Estaing die Präsidentschaft übernahm, ein Nicht-Gaullist und bekennender Anhänger Jean Monnets. Zusammen mit Bundeskanzler Helmut Schmidt bildete er das viel zitierte deutsch-französische „Tandem“, das die Führung in der Europäischen Gemeinschaft (EG) übernahm und wichtige Neuerungen anstieß: die Einrichtung des Europäischen Rats (1974), bestehend aus den Staats- und Regierungschefs der Mitgliedsstaaten, die erste Direktwahl des Europäischen Parlaments (1979) und die Einführung des Europäischen Währungssystems (EWS) als ersten Schritt zu einer gemeinsamen Währung (1979). Ihre Nachfolger François Mitterrand und Helmut Kohl setzten diese enge Kooperation fort, insbesondere in Form der Vollendung des Europäischen Binnenmarkts, die von Jacques Delors, dem damaligen Präsidenten der Europäischen Kommission, angeregt worden war.

→ Jacques Delors

Neben dem Gründervater Jean Monnet hat wohl kein französischer Politiker eine so große Wirkung auf die europäische Integration ausgeübt wie Jacques Delors (1925–2023), der in einer entscheidenden Phase, zwischen 1985 und 1995, an der Spitze der Europäischen Kommission stand. Er hatte seine politische Karriere in der christlichen Gewerkschaftsbewegung begonnen und war über diesen Weg zur Sozialistischen Partei (PS) gekommen, die gerade unter François Mitterrand ihren Aufschwung erlebte. Nach dem Regierungsantritt der Sozialisten 1981 wurde Delors Wirtschaftsminister und verantwortete eine wichtige Weichenstellung in der französischen Politik, nämlich das Umschwenken 1983 auf eine marktfreundliche, mit den europäischen Partnern kompatible Stabilitätspolitik. Solchermaßen empfahl er sich für europäische Aufgaben und begann sein

5



Für seine Verdienste um die europäische Einigung wurde Jacques Delors am 28. Mai 1992 der Internationale Karlspreis zu Aachen verliehen.

Mandat als Präsident der Brüsseler Kommission mit einem kühnen Vorschlag: Bis 1993 sollten die verbliebenen Schranken abgebaut werden, die einen freien grenzüberschreitenden Verkehr von Personen, Waren, Kapital und Dienstleistungen verhinderten. Dazu bedurfte es schneller Entscheidungsverfahren – so wurde mit der „Einheitlichen Europäischen Akte“ das Einstimmigkeitsprinzip im EG-Ministerrat aufgehoben, das einst von Frankreich so heftig verteidigt worden war. Für den aus der Gewerkschaftsbewegung hervorgegangenen Delors waren die sozialen und solidarischen Aspekte der europäischen Integration von entscheidender Bedeutung. So setzte er sich erfolgreich dafür ein, dass soziale Mindeststandards von allen Mitgliedsstaaten eingehalten werden müssen und ein wichtiger Teil des Haushalts der EG (ab 1993 der EU) der Förderung strukturschwacher Regionen gewidmet ist. Die Währungsunion bedeutete für Delors die logische Vervollständigung des gemeinsamen Markts, sodass er ihre Umsetzung vorantrieb, bis 1995, als sein Mandat als Kommissionspräsident endete. Ein großer Teil der französischen Bevölkerung hätte gerne gesehen, dass er anschließend für das Amt des französischen Staatspräsidenten als Nachfolger Mitterrands kandidiert hätte. Doch zog es Delors vor, in anderer Form für ein geeintes Europa weiterzuwirken, etwa durch die Gründung des Forschungsinstituts und europapolitischen Think-Tanks „Notre Europe“ (heute: „Institut Jacques Delors“). Bis zu seinem Tod 2023 war er ein höchst geachteter Beobachter und Kommentator des europäischen Zeitgeschehens.

Eine große Herausforderung für Frankreichs Europapolitik stellte sich im Jahr 1989 mit der Aussicht auf die deutsche Wiedervereinigung. Bis dahin hatte die französisch-deutsche Zusammenarbeit in Europa darauf beruht, dass Frankreich das politisch mächtigere Land war, während die Bundesrepublik wirtschaftlich ein Gigant, aber politisch ein Zwerg war. Diese Balance wurde durch die Wiedervereinigung fraglich, denn ein geeintes Deutschland, dessen Souveränität nicht mehr durch die alliierten Vorbehaltsrechte beschränkt war, konnte in Europa eine viel größere politische Macht entfalten. In Frankreich bestand daher die Sorge, dass man in einem vereinten, nach Osten ausgedehnten Deutschland das Interesse an der europäischen Integration und der engen Verzahnung mit dem westlichen Nachbarn verlieren könne. Präsident François Mitterrand forderte vor diesem Hintergrund, dass die deutsche Einigung keinen Vorrang vor der europäischen Einigung haben dürfe. Vielmehr müsse mit der

deutschen Wiedervereinigung, der er grundsätzlich zustimmte, ein entscheidender Fortschritt in der europäischen Integration einhergehen, um Deutschland noch fester in Europa zu verankern. Dieser



Titelseite der Zeitung *Libération* mit dem Ergebnis des französischen Referendums über den Vertrag von Maastricht im September 1992. Es galt als „Petit oui“ (kleines Ja) und als Signal für einen Wandel der öffentlichen Meinung zur europäischen Integration.

entscheidende Schritt sollte die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion sein, die nach Mitterrands Auffassung nun beschleunigt umgesetzt werden musste. So erklärt sich der Weg zum Vertrag von Maastricht (1992), mit dem die Europäische Union (EU) gegründet und die einzelnen Etappen zur gemeinsamen Währung festgelegt wurden. Da mit dem Vertrag der Verzicht auf wichtige Souveränitätsrechte verbunden war, ordnete Mitterrand an, dass er durch ein Referendum zu ratifizieren sei. Dieses ging äußerst knapp aus: Mit 50,9 gegen 49,1 Prozent stimmte die französische Bevölkerung im September 1992 für die Ratifizierung. Die Zeiten, in denen sie mit wohlwollender Gleichgültigkeit den Fortgang der europäischen Integration begleitet hatte, waren vorbei.

Frankreichs europapolitische Lähmung

Mit den 2000er-Jahren begann eine schwierige Phase der französischen Europapolitik. Anders als Mitterrand war sein Nachfolger Jacques Chirac (reg. 1995–2007) lediglich ein „Vernunfteuropäer“, der sich erst spät zu einer konstruktiven Haltung gegenüber der europäischen Integration hatte durchringen können. Immerhin konnte er während der EU-Ratspräsidentschaft Frankreichs im Jahr 2000 beim Gipfel von Nizza einen Vertrag unter Dach und Fach bringen, der die EU-Institutionen auf die Osterweiterung vorbereitete, die dann 2004 erfolgte. Diese wurde von der politischen Führung in Frankreich zwar unterstützt, blieb aber letztlich ein eher unbeliebtes Projekt. Für viele französische Akteure war Mitteleuropa ein „deutsches Revier“, in dem Frankreich kaum eine Chance hatte, seinen Einfluss geltend zu machen. Auch fürchteten einige, dass die Konkurrenz mit den zehn neuen Mitgliedsstaaten zu einer Verlagerung von Produktionsstandorten sowie zu einer



Der französische Rechtsextremist Jean-Marie Le Pen während einer Pressekonferenz am 28. Februar 2005. Der Gründer und damalige Vorsitzende des *Front National* bekämpfte den Vertrag über eine Verfassung für Europa.

massiven Zuwanderung von Arbeitskräften aus Mittel- und Osteuropa in den französischen Arbeitsmarkt führen würde.

Der Unmut über die Osterweiterung der EU kam zum Ausdruck, als im Jahr 2005 der Europäische Verfassungsvertrag zur Ratifikation anstand. Dieser war im Vorfeld von einem Konvent unter Leitung des Ex-Präsidenten Valéry Giscard d'Estaing erarbeitet worden und beinhaltete mehrere wichtige institutionelle Innovationen (wie die Einrichtung eines permanenten Präsidenten des Europäischen Rats, die Stärkung des Europäischen Parlaments und die Schaffung neuer Kompetenzen für die EU). Chirac setzte ein Referendum über den Vertrag an und ging damit das Risiko ein, dass Themen, die nichts mit dessen Inhalt zu tun hatten, in den Mittelpunkt der Debatte rückten. So ging es in den Diskussionen im Vorfeld der Abstimmung um das Outsourcing nach Mitteleuropa oder die vermeintlich drohende

„Überschwemmung“ des Arbeitsmarkts mit Handwerkern aus den neuen Mitgliedsstaaten (wie etwa „polnischen Klempnern“), aber nur wenig um die institutionellen Änderungen, die tatsächlich zur Abstimmung standen. Das Referendum endete mit einer deutlichen Ablehnung des Verfassungsvertrags: Mit 54,7 Prozent stimmte die Mehrheit der Franzosen gegen ihn. Was sich bereits mit dem Referendum über den Maastricht-Vertrag angekündigt hatte, bestätigte sich 2005: Die Skepsis in weiten Teilen der Bevölkerung gegenüber der EU war zu einem Hemmschuh der französischen Europapolitik geworden.

Die politische Führung unter Präsident Chirac reagierte wie gelähmt auf das europapolitische Misstrauensvotum der Bevölkerung. Aus Furcht, die Bevölkerung zu verschrecken und der Opposition von links und rechts Argumente zu liefern, kam keine europapolitische Initiative mehr aus Frankreich. War es einst die politische Führungsmacht in Europa gewesen, schien diese Rolle nun immer mehr dem östlichen Nachbarn jenseits des Rheins zuzukommen. Dies änderte sich auch nicht grundlegend unter Chiracs Nachfolger Nicolas Sarkozy (reg. 2007–2012). Zwar trat dieser mit dem Slogan „Frankreich ist zurück in Europa“ an, hinterließ aber keine nachhaltig prägenden europapolitischen Initiativen. Sein Vorschlag einer Union der Mittelmeeranrainerstaaten, konzipiert als Gegenmodell zur Osterweiterung der EU und neue Chance für französische Machtentfaltung, stieß auf Skepsis bei den anderen EU-Mitgliedern, deren Teilnahme Sarkozy ursprünglich nicht vorgesehen hatte. Schließlich wurde sein Projekt aufgeweicht zu einem Forum der Kooperation zwischen allen EU-Mitgliedsstaaten und den Anrainern des Mittelmeers. Die Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/09 traf Frankreich besonders hart, woraufhin Sarkozy auf einen Kurs wirtschaftspolitischer Stabilisierung nach

deutschem Vorbild einschwenkte. Damit machte er sich beim Wahlvolk zunehmend unbeliebt, das ihm bei der Präsidentschaftswahl 2012 keine zweite Amtszeit gewährte. Auch unter seinem sozialistischen Nachfolger François Hollande (reg. 2012–2017), dessen Mandat von anhaltenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten und mehreren Terroranschlägen (→ S. 127 ff.) geprägt war, änderte sich nichts an Frankreichs europapolitischer Lähmung.

Eine neue Führungsrolle unter Emmanuel Macron?

Anders als seine Vorgänger trat Emmanuel Macron im Wahlkampf 2017 entschieden proeuropäisch auf. In seinen Reden äußerte er, dass die EU nicht etwa ein Risiko für die französischen Bürgerinnen und Bürger darstelle, sondern ihnen vielmehr Schutz biete in einer von großen Machtblöcken dominierten Welt. Man solle „Brüssel“ nicht für alle möglichen Missstände verantwortlich machen, wie dies im französischen politischen Diskurs verbreitet sei, sondern vielmehr die EU stärken, um gegenüber den Herausforderungen des 21. Jahrhunderts – Bedrohungen der inneren und äußeren Sicherheit, Klimawandel, neue Technologien – besser gewappnet zu sein. Es kam ihm entgegen, dass seine Kontrahentin im zweiten Wahlgang, die rechts-extreme Marine Le Pen, mit europafeindlichen Parolen wie etwa dem Austritt aus dem Euro auftrat, die es Macron noch besser erlaubten, seine proeuropäische Haltung zu konturieren.

Sein überzeugender Wahlsieg konnte somit umso mehr wie ein Mandat für eine neue europapolitische Offensive Frankreichs angesehen werden. Drei Monate nach seinem Amtsantritt hielt Macron in der Pariser Sorbonne eine Rede, in der er die Leitlinien seines Europa-Programms verkündete. Im Mittelpunkt stand dabei der Begriff der „europäischen Souveränität“, den er an-



Staatspräsident Macron bei seiner Rede an der Pariser Sorbonne-Universität am 26. September 2017, in der er für die Neubegründung eines souveränen, geeinten und demokratischen Europa plädierte

hand mehrerer Politikfelder erläuterte. Europa müsse in den Bereichen Verteidigung, Migration, internationale Kooperation, ökologische Transition und Digitalisierung souveräner werden. Damit meinte der Präsident, dass Europa sowohl seine Abhängigkeit von anderen weltpolitischen Akteuren reduzieren als auch seine innere Kohäsion und Handlungsfähigkeit stärken müsse. Explizit forderte er eine europäische Eingreiftruppe sowie einen gemeinsamen Verteidigungsfonds; auch trat er für einen eigenen Haushalt der Eurozone ein, um gezielte Investitionen zur Ankurbelung des Wirtschaftswachstums zu finanzieren und gegen mögliche Krisen besser gewappnet zu sein.

Macron entfaltete somit ein weitgreifendes Programm, das beinahe alle Tätigkeitsfelder der EU betraf. Bei der Umsetzung seiner Pläne musste er sich nicht nur mit den Präferenzen von 26 anderen Mitgliedsstaaten auseinandersetzen, sondern hinzu

kamen auch die vielfachen Krisen ab 2020 in Europa: Die Covid-19-Pandemie, Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine und die Rückkehr der Inflation zwangen die EU-Spitzen vor allem zu kurzfristigem Krisenmanagement. Insbesondere die Pandemie sowie der Krieg auf dem europäischen Kontinent haben einerseits gezeigt, wie wichtig eine „europäische Souveränität“ ist, aber andererseits sichtbar gemacht, wie weit die EU noch von diesem Ziel entfernt ist. Immerhin konnte der Präsident einen großen Erfolg verbuchen, als während der Covid-19-Pandemie die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel seinen Forderungen nach mehr EU-Finanzmitteln entgegenkam und sie zusammen einen kreditfinanzierten, 500 Milliarden Euro umfassenden Rettungsfonds vorschlugen. In anderen Situationen schien sich Macron dagegen auf dem Weg zur „europäischen Souveränität“ selbst im Wege zu stehen, als er etwa 2019 die Aufnahme von EU-Beitrittsverhandlungen mit Albanien und Nordmazedonien blockierte. Seit dem Angriff Russlands auf die Ukraine hat aber auch Macron die geopolitische Bedeutung der EU-Erweiterung verstanden. Und seit dem Beginn der zweiten Amtszeit Donald Trumps als US-Präsident gewinnt Macrons Thema der strategischen Autonomie Europas neue Relevanz: Angesichts der Spannung, unter die die transatlantische Allianz geraten ist, wird die Notwendigkeit einer autonomen europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik zunehmend allgemein anerkannt. Auch seitens der Bundesrepublik wird diese Position mittlerweile geteilt, deren politische Spitze anfangs kaum konstruktiv auf Macrons Werben für eine europäische Souveränität zu reagieren wusste. Wie auch immer die Bilanz seiner zwei Präsidentschaften ausgehen wird, Frankreich ist seit Macron wieder eine unüberhörbare, politische Führung beanspruchende Stimme in Europa.



- » Fabrikneue Autos verlassen das Renault-Werk in Flins bei Paris. Frankreichs Autoindustrie hat derzeit mit sinkender Nachfrage und strukturellem Wandel zu kämpfen.

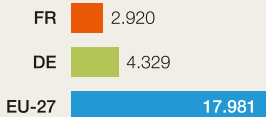


6
„Made in France“ in
der permanenten Krise?
Die Wirtschaft

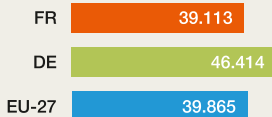
Wirtschaftsdaten

Bruttoinlandsprodukt (2024)

in Mrd. Euro

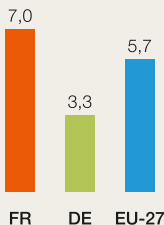


pro Kopf (Kaufkraftstandard)



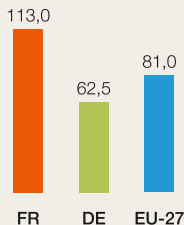
Arbeitslosigkeit (2024)

in % der Erwerbspersonen
(20- bis 64-Jährige)



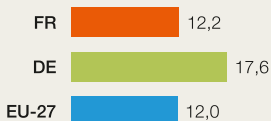
Staatsverschuldung (2024)

in % des BIP



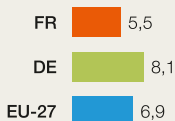
Gender Pay Gap (2023)

unbereinigt, in %



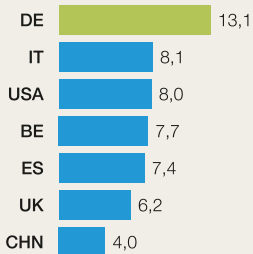
Treibhausgasemissionen (2023)

pro Kopf, in Tonnen CO₂-Äquivalente



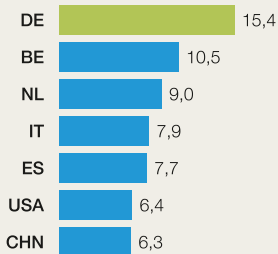
Handelspartner Export (2024)

in % der Gesamtausfuhr



Handelspartner Import (2024)

in % der Gesamteinfuhr



Exportgüter (2024) in % der Gesamtausfuhr

Maschinen u.

Fahrzeuge 34,6

chem.

Erzeugnisse 19,7

Sonstiges 16,1

Rohstoffe 2,4

bearbeitete
Waren 10,0

Getränke u.
Tabak 3,3

Nahrungsmittel u.
Tiere 9,5

mineral. Brennstoffe 4,4

Quellen: Eurostat, GTAI (Germany Trade & Invest)

Über die politischen Rahmenbedingungen für unser Wirtschaftsleben in Europa wird heute zu einem großen Teil nicht mehr in den jeweiligen Hauptstädten, sondern in Brüssel entschieden. Die 27 Mitgliedsstaaten unterliegen in immer mehr Bereichen gemeinsamen Regeln: Sie sind alle gleichermaßen dem Gesetzeswerk des Binnenmarkts unterworfen, müssen die Regeln der Wettbewerbspolitik befolgen, an der Reduzierung der CO₂-Emissionen mitwirken und eine gemeinsame Handelspolitik verfolgen. Seit der Einführung des Euro haben 21 Staaten auch mit der Währungspolitik ein wichtiges wirtschaftspolitisches Steuerungsinstrument an die EU abgegeben. Bei aller Vergemeinschaftung entwickeln sich die Wirtschaften der EU-Staaten dennoch nicht einheitlich und kommen auf unterschiedliche Weise mit den Herausforderungen der Gegenwart zurecht. Diese divergenten Entwicklungen hängen insbesondere mit drei Faktoren zusammen: erstens mit den unterschiedlichen historisch gewachsenen Strukturen der Staaten, zweitens mit den souveränen Entscheidungen der nationalen Regierungen in den Politikbereichen, die nicht unter die ausschließliche Zuständigkeit der EU fallen, und drittens mit den Strategien der Unternehmen, die prägend für das Wirtschaftsleben sind.

Landwirtschaft und partielle Industrialisierung: die Strukturen der französischen Wirtschaft

Im Vergleich zu Ländern wie Deutschland, Belgien, den Niederlanden und Großbritannien ist Frankreich bis weit ins 20. Jahrhundert hinein ein agrarisch geprägtes Land geblieben. Während etwa in Großbritannien und Deutschland bereits im Laufe des 19. Jahrhunderts die Menschen vom Land in die Städte zogen, um dort in der expandierenden Industrie zu arbeiten, blieben in Frankreich viele dem Land treu und betrieben dort weitgehend

Subsistenzwirtschaft. Die in Frankreich entstehenden Industrien mussten deshalb oft auf eingewanderte Arbeitskräfte zurückgreifen, um ihren Bedarf zu decken. Ebenso war die sogenannte Pluriaktivität verbreitet: Neben der Tätigkeit auf dem heimischen Hof arbeiteten die Menschen auch in der industriellen Produktion, etwa in kleinen Betrieben der Textil- und Schuhherstellung. So kam es, dass eine die gesellschaftlichen Strukturen massiv verändernde „industrielle Revolution“, wie Deutschland, Großbritannien und die USA sie erlebten, in Frankreich nicht stattfand. Noch 1945 lebte jeder dritte Erwerbstätige von der Landwirtschaft; danach aber vollzog sich ein rasanter Wandel: Kontinuierlich und rapide nahm die Anzahl der in der Landwirtschaft Arbeitenden ab, sodass heute unter 3 Prozent der Erwerbstätigen in der Land- und Forstwirtschaft sowie der Fischerei arbeiten. Gleichzeitig aber hat sich die Produktivität der Landwirtschaft massiv erhöht, sodass die rund 390.000 Agrarbetriebe heute ein Vielfaches mehr produzieren als frühere Generationen.²⁴

Frankreich ist nach wie vor der führende Agrarproduzent der EU, mit einem Anteil von 18 Prozent an der landwirtschaftlichen Produktion in der Gemeinschaft.²⁵ Bei verschiedenen Gütern wie Wein, Rindfleisch, Getreide und Eiern liegt das Land an der EU-Spitze und exportiert seine Waren in die ganze Welt. Gleichermaßen ist Frankreich ein wichtiger Standort der Lebensmittelindustrie, zu der international operierende Konzerne wie Danone, Lactalis und Pernod Ricard gehören. Auch spielt die Landwirtschaft für das Selbstbild des heutigen Frankreich nach wie vor eine wichtige Rolle. So erfreuen sich heimische Agrarprodukte, vor allem wenn sie mit dem Gütesiegel *Appellation d'origine protégée* (AOP) versehen sind, großer Beliebtheit. Besonders seit der Covid-19-Pandemie



Frankreichs Präsident Emmanuel Macron auf der 61. Pariser Landwirtschaftsmesse im Februar 2025

sehen sich viele Menschen nach einem Leben im ländlichen Raum. Zu den politischen Ritualen, denen sich kein Staatspräsident entziehen kann, gehört der jährliche Besuch auf der Pariser Landwirtschaftsmesse (*Salon de l'Agriculture*), wo selbst eingefleischte Städter wie Nicolas Sarkozy den Bauern ihre Wertschätzung erweisen und sich beim Streicheln von Kühen fotografieren lassen.

Ein weiterer, mit der Ländlichkeit Frankreichs eng zusammenhängender Faktor ist die traditionell hohe Bedeutung der Kleinselfständigen im Handwerk und Einzelhandel. Sie spielten in der ruralen Gesellschaft eine wichtige Rolle, stellten die Güter bereit, welche die Bauern nicht selbst produzierten, und brachten agrarische Erzeugnisse auf den Markt. Das so nach-

haltig landwirtschaftlich geprägte Frankreich erlebte die Industrialisierung anders als Großbritannien oder Deutschland. Große Industriebetriebe entstanden vor allem im Osten des Landes, in den Grenzgebieten zu Belgien und Deutschland, sowie im Umfeld der Großstädte Paris und Lyon. Im Nordosten herrschten Bergbau und Stahlindustrie vor; Lyon war das Zentrum der Textilindustrie, während sich im Umland von Paris Maschinen- und Autobau ansiedelten. Weite Teile des Landes, insbesondere im Westen und Süden, blieben dagegen von der Industrialisierung unberührt, mit Ausnahme isolierter industrieller Zonen am Rande des Zentralmassivs wie das burgundische Le Creusot und Alès südlich der Cevennen. Auch wenn im Laufe des 20. Jahrhunderts neue produktive Zentren entstanden, wie etwa Toulouse für die Luft- und Raumfahrtindustrie, kam es in Frankreich nie zu einer nur annähernd flächendeckenden Industrialisierung. Als in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts die Beschäftigung in der Landwirtschaft immer mehr abnahm,



In der *Cité de l'Espace* („Stadt des Weltraums“) im südfranzösischen Toulouse dreht sich alles um die Themen Raumfahrt und Weltall.

wechselten die meisten Menschen gar nicht erst in die Industrie, sondern in Dienstleistungsberufe, in denen bereits Ende der 1970er-Jahre die meisten Menschen beschäftigt waren.

Zu den historisch gewachsenen Strukturen Frankreichs zählt auch die wichtige Rolle des Staates im Wirtschaftsleben. Bereits unter dem frühneuzeitlichen Königtum griff der Staat ordnend und fördernd in die Wirtschaft ein, regulierte den Handel, investierte in die Infrastruktur und gründete staatliche Manufakturen für Güter wie Textilien, Keramik und Glas sowie den Schiffbau. Nach Jean-Baptiste Colbert (1619–1683), Finanzminister König



Zwei Plakate mit Appellen zu den Sozialversicherungswahlen am 24. April 1947: „Sozialversicherung. Alle solidarisch, alle Begünstigte“ (l.) und „Sozialversicherung. Lasst uns dem sozialen Elend ein Ende setzen“

Ludwigs XIV., bezeichnet man die interventionistische Tradition des französischen Staates als „Colbertismus“. In der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts nahmen die staatlichen Eingriffe ins Wirtschaftsleben neue Züge an: Nach 1945 standen vor allem die Schaffung sozialen Ausgleichs und Daseinsfürsorge im Vordergrund. Alle arbeitenden Menschen sollten angemessen versorgt und gegen die wichtigsten Lebensrisiken abgesichert werden. Dieser Gedanke stand 1945 hinter der Schaffung der *Sécurité sociale*, einer paritätisch durch Arbeitnehmer- und Arbeitgeberabgaben finanzierten Renten-, Arbeitslosen-, Familien- und Krankenversicherung. Um den Kapitalismus nachhaltig zu reformieren und seine Auswüchse zu bekämpfen, wurden nach dem Zweiten Weltkrieg wichtige Industriebetriebe wie die Kohlegruben des Nordens, der Automobilhersteller Renault sowie die Spar- und Darlehnsbanken und das Versicherungswesen verstaatlicht.

Besonders nachhaltig zeigte sich das staatliche Engagement im Energiebereich: Der gesamte Elektrizitäts- und Gassektor kam 1945 unter das Dach eines großen Staatsunternehmens (EDF/GDF), das in enger Abstimmung mit der Regierung geführt wurde. Hatte es nach dem Krieg besonders in den Bau von Wasserkraftwerken investiert, legte man ab den 1970er-Jahren, als die Ölkrise die Abhängigkeit Europas von Energieimporten sichtbar machte, den Schwerpunkt auf die Kernenergie. Kein anderes Land der Welt setzte so sehr auf Atomkraftwerke, um seinen Bürgerinnen und Bürgern günstigen Strom zu bieten und gleichzeitig die Risiken ausländischer Rohstofflieferanten zu reduzieren. Derzeit sind 57 Kernreaktoren am Netz, 65 Prozent des französischen Stroms wird aus Atomkraft erzeugt.²⁶ Im Vergleich zur Bundesrepublik stieß der Ausbau der Atomenergie auf deutlich weniger Widerspruch in der Bevölkerung. Er wurde



Das Kernkraftwerk Cruas am Westufer der Rhône zwischen Valence und Montelimar im Departement Ardèche

zentralistisch von einem Staatsunternehmen durchgesetzt, dessen strategische Rolle auch von linken Oppositionsparteien wie den Kommunisten befürwortet wurde. Auch in anderen Bereichen wirkten die großen Staatsunternehmen als strategische Modernisierer der Infrastruktur. So war die staatliche Eisenbahngesellschaft SNCF europaweite Vorreiterin bei der Einführung und dem Ausbau von Hochgeschwindigkeitsstrecken, seitdem 1981 der erste TGV (*train à grande vitesse*) zwischen Paris, Lyon und Genf den Betrieb aufgenommen hatte. Und die französische Post- und Telefongesellschaft (PTT, später France Télécom) betätigte sich als Pionierin der elektronischen Kommunikation, indem sie ab den 1980er-Jahren die Haushalte mit dem „Minitel“ ausstattete, einem beliebten, dem deutschen „Teletext“ vergleichbaren Informations- und Kommunikationsnetz.

Der langsame Abschied vom starken Staat: Tendenzen der Wirtschaftspolitik

Der Staat war in den ersten drei Jahrzehnten der Nachkriegszeit als Modernisierer und Investor sehr erfolgreich, konnte das Land doch jährliche Wachstumsraten von durchschnittlich ca. 5 Prozent verzeichnen und Vollbeschäftigung garantieren. In Frankreich nennt man diese Phase des Booms (nach einem bekannten Buchtitel) die „Glorreichen Dreißig“ (*Trente Glorieuses*) Nachkriegsjahre. Mit dem Konjunkturerinbruch 1973/74 und der ersten Rezession seit Ende des Zweiten Weltkriegs änderte sich nicht nur die gesamtwirtschaftliche Lage, sondern es begann auch ein langsamer Wandel der französischen Wirtschaftspolitik. Zahlreiche Industriesektoren erwiesen sich angesichts der Öffnung der Märkte und wachsender internationaler Konkurrenz als nicht mehr wettbewerbsfähig. Dazu



zählten etwa die Holz-, Textil- und Schuhproduktion, ebenso wie der Bergbau und die Stahlindustrie. Anstatt die strauchelnden Industrien zu fördern, wie es der staats-interventionistischen Tradition entsprochen hätte, optierte die Regierung dafür, den Niedergang geschehen zu lassen und Entlassungen

Das ehemalige Bergwerk in Noyant-d'Allier beherbergt heute das Musée de la Mine, das die Geschichte des Steinkohlebergbaus in der Region dokumentiert.

sozialpolitisch abzufedern. Andere, zukunftssträchtige Industriezweige wie etwa die Luft- und Raumfahrtindustrie, die Waffenproduktion sowie die Telekommunikation wurden hingegen staatlich gefördert, indem sie Aufträge und Vorschüsse auf zu erwartende Einnahmen erhielten. Mit dem Strukturwandel gingen zahlreiche Arbeitsplätze in der Industrie verloren, die zum Ende der 1970er-Jahre nur noch 23 Prozent der Erwerbstätigen beschäftigte. Viele Menschen fanden keine neue Stelle mehr, sodass die Arbeitslosigkeit dauerhaft in Frankreich Einzug hielt: Ab 1974 stieg sie stetig an und erreichte in den 1980er-Jahren einen Sockel von ca. 8–10 Prozent, der in den folgenden Jahrzehnten nur selten unterschritten wurde.²⁷

Als 1981 mit François Mitterrand erstmals ein Sozialist zum Staatspräsidenten gewählt wurde, kam es zu einem kurzen, von sozialistischen Experimenten gekennzeichneten Intermezzo: Verstaatlichung von neun großen Konzernen und 39 Banken, kräftige Erhöhung des Mindestlohns, der Renten und der Sozialleistungen; das Rentenalter wurde auf 60 herabgesenkt, die Arbeitszeit auf 39 Stunden reduziert und eine fünfte Urlaubswoche eingeführt. Als die desaströsen Folgen dieser Maßnahmen auf den Staatshaushalt und die Handelsbilanz sichtbar wurden, schwenkte Mitterrand 1983 jedoch auf eine marktfreundliche Politik um, auch um sich nicht in Europa zu isolieren und die Konvergenz mit der Politik seiner Partner, insbesondere der Bundesrepublik, wiederherzustellen. Seine Regierung arbeitete aktiv am Ausbau des europäischen Binnenmarkts mit, womit sie auch darin einwilligte, dass die Möglichkeiten zur staatlichen Intervention begrenzt und sich immer mehr Wirtschaftssektoren dem internationalen Wettbewerb öffnen würden. Seit dem wirtschaftspolitischen Kurswechsel von 1983 haben Frankreichs Regierungen grundsätzlich diese marktfreundliche Politik weitergeführt.



Die damalige französische Arbeitsministerin Martine Aubry bei einer Pressekonferenz im Juni 1998 zur Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit von 39 auf 35 Stunden

Ungeachtet dessen sahen Frankreichs Unternehmen ihre Interessen von den staatlichen Entscheidungsträgern oft nicht hinreichend berücksichtigt. Gründe dafür waren (und sind) zum einen die hohen Sozialbeiträge, die französische Unternehmen für ihre Beschäftigten zu entrichten haben: Die Sozialabgaben und sonstigen vom Arbeitgeber zu tragenden Kosten machten 2019 in Frankreich durchschnittlich 45,9 Prozent des Bruttolohns aus.²⁸ Zum anderen beklagten die Arbeitgeber sich über rigide staatliche Bestimmungen, die ihre unternehmerische Freiheit beschränken. So führte die sozialistische Regierung unter Lionel Jospin im Jahre 1998 obligatorisch für alle Sektoren die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich ein, mit dem Ziel, nicht nur die unverändert hohe Arbeitslosigkeit zu bekämpfen, sondern auch die Lebensbedingungen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu verbessern. Aus der Perspektive der Arbeitgeber hat sich damit die internationale

Wettbewerbsfähigkeit der französischen Unternehmen verschlechtert, da die Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnverzicht ihre Kosten zusätzlich hat steigen lassen. Auch beschwerten sich die Unternehmen über ein in ihren Augen zu arbeitnehmerfreundliches Arbeitsrecht, das ihnen hohe Prämien für entlassene Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aufbürdete.

Seit der Jahrtausendwende hat sich der französische Staat immer mehr aus der Wirtschaft zurückgezogen und gleichzeitig versucht, die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen zu verbessern. In diesem Zusammenhang ist auf die Privatisierungen hinzuweisen, von denen zunächst die 1981 verstaatlichten Unternehmen, Banken und Versicherungen betroffen waren. In den folgenden Jahrzehnten verkaufte der Staat nicht nur seine Anteile an zahlreichen Firmen, sondern überließ ganze Sektoren der Privatwirtschaft. Dies war etwa im Erdölsektor der Fall,

in dem der Staat einst mit dem Mineralölunternehmen Elf Aquitaine aktiv gewesen war, das 1994 privatisiert und 2000 zum neuen Konzern TotalFinaElf fusionierte (heute TotalEnergies). Auch der Betrieb der Autobahnen wurde an kommerzielle Unternehmen



Protestkundgebung der Gewerkschaft CGT im Juni 2004 in Paris gegen den Plan der konservativen Regierung, die öffentlichen Strom- und Gasversorger, Électricité de France (EDF) und Gaz de France (GDF), in Aktiengesellschaften umzuwandeln

übertragen. Ein weiterer wichtiger Impuls zur Privatisierung kam von der Europäischen Union, da die Mitgliedsstaaten sich verpflichtet hatten, staatliche Monopole aufzubrechen und in immer mehr Sektoren Wettbewerb zuzulassen. In diesem Zusammenhang wurden die Fluglinie AirFrance, das Telekommunikationsunternehmen France Telecom (heute Orange) sowie der Energiekonzern Gaz de France (seit 2015 Engie) privatisiert und mussten sich fortan gegenüber Konkurrenten behaupten. Die Eisenbahngesellschaft SNCF blieb zwar in staatlicher Hand, wurde allerdings in eine Aktiengesellschaft umgewandelt und der Sektor für den Wettbewerb geöffnet. Der in Form der Privatisierungen sichtbar werdende Rückzug des Staates brachte viele Kritiker auf den Plan, die darin eine Gefährdung des in Frankreich hochgeschätzten öffentlichen Dienstes und den Siegeszug eines neoliberalen Denkens erblickten.

Gleichermaßen versuchte der Staat, den Unternehmen entgegenzukommen und deren Wettbewerbsfähigkeit zu stärken. Diese hatte sich besonders im Vergleich mit anderen EU-Ländern verschlechtert: So gehörte Frankreich 2011 mit durchschnittlich 34,20 Euro pro Stunde zu den Ländern mit den höchsten Arbeitskosten (zum Vergleich: In Deutschland lagen sie bei 30,10 Euro).²⁹ Geringe Wachstumsraten und unverändert hohe Arbeitslosenzahlen zeugten davon, dass der französische Staat das Klima für unternehmerische Initiativen und Investitionen verbessern musste. Zu den Neuerungen gehörte etwa die Einführung des *auto-entrepreneur*, des Kleinstunternehmers, der von vereinfachten Steuerregelungen und deutlich verringerten Sozialbeiträgen profitiert. 2012 bot Präsident Hollande den Unternehmen einen „Pakt für Wettbewerbsfähigkeit“ an, der signifikante Senkungen von Steuern und Sozialabgaben vorsah, um Anreize für Neueinstellungen zu schaffen.

Für den seit 2017 amtierenden Emmanuel Macron gehörten die Wiedergewinnung von Wachstum und Vollbeschäftigung zu einer Hauptaufgabe seiner Präsidentschaft. Um diese Ziele zu erreichen, setzte er auf eine angebotsorientierte Wirtschaftspolitik, zu deren wichtigsten Maßnahmen die Abschaffung der Vermögenssteuer (mit Ausnahme von Immobilien), die Senkung der Körperschaftssteuer für Unternehmen, Fördergelder für die Dekarbonisierung der Industrie und für Zukunftssektoren, die Deckelung der Abfindungen bei Entlassungen sowie die Reform der Berufsausbildung zählten. Unter dem Eindruck der Covid-19-Pandemie kehrte der eigentlich als liberal geltende Präsident zu den Methoden des Interventionsstaats zurück. Er versprach, dass der Staat bereit sei, Unternehmen und Arbeitsplätze zu retten – „koste es, was es wolle“. Zwischen März 2020 und März 2021 gab Frankreich ca. 206 Milliarden Euro aus, um Kurzarbeit zu finanzieren, Direkthilfen an Unternehmen auszus zahlen, staatlich garantierte Kredite zu gewähren und Sozialbeiträge zu stunden.³⁰ Der dafür zu zahlende Preis war, dass die ohnehin schon hohe Staatsverschuldung sprunghaft anstieg und den Wert von rund 114 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (Stand 1. Quartal 2025) erreicht hat.³¹ Frankreich liegt damit weit über dem EU-Durchschnitt und steht nach Griechenland und Italien an dritter Stelle der höchstverschuldeten Mitgliedsstaaten. Die Frage, wie die öffentlichen Finanzen in Ordnung gebracht werden können, bestimmt daher derzeit die politischen Debatten. Kein Weg scheint an Steuererhöhungen vorbeizuführen, womit man allerdings von einem Axiom der Wirtschaftspolitik Macrons abweichen würde, der auf Struktur-reformen, Steuersenkungen und dadurch erzeugtes Wachstum gesetzt hatte. Somit fällt die vorläufige Bilanz seiner Amtszeit zwiespältig aus: Zwar ist die Arbeitslosigkeit seit 2015 (mit

Ausnahme der Pandemie-Phase) konstant gefallen und steht auf dem im Vergleich zum langfristigen Durchschnitt niedrigen Wert von 7,1 Prozent (Stand Mai 2025), doch ist der Gestaltungsspielraum der staatlichen Wirtschaftspolitik durch die hohe Schuldenlast massiv eingeschränkt.

→ **Energiewende in Frankreich**

Macrons Präsidentschaft hatte umweltpolitisch entschlossen und verheißungsvoll begonnen: Nicolas Hulot, ein bekannter Fernsehmoderator, Filmemacher und Umweltaktivist, wurde zum „Minister für die ökologische Transition“ ernannt; ehrgeizige Ziele wurden ausgegeben, so die Drosselung der Atomstromerzeugung und die Anhebung der CO₂-Bepreisung. Und als die USA 2017 aus dem Pariser Klimaschutzabkommen austraten, lud Macron amerikanische Wissenschaftler unter dem Slogan „Make our planet great again“ nach Frankreich ein. Doch bereits ein Jahr später bekam Macrons umweltpolitischer Ehrgeiz einen Dämpfer: Hulot trat von seinem Ministeramt zurück, weil es ihm an Rückhalt unter den Spitzen der Exekutive fehlte. Und im Herbst 2018 blockierten die *Gilets jaunes* das Land, die gegen die von Macron geplanten Steuererhöhungen auf Benzin und Diesel protestierten (→ S. 150 ff.). Seitdem verfolgt der Präsident eine gewandelte Energie- und Umweltpolitik: Soziale Zumutungen im Dienste des Klimaschutzes werden derzeit tunlichst vermieden, damit es nicht noch einmal zu so schweren Unruhen wie im Herbst 2018 kommt. Auch in puncto Kernenergie hat der Präsident umgeschwenkt: Diese soll nun nicht mehr heruntergefahren werden, sondern wird als eine CO₂-neutrale Form der Stromerzeugung gefördert. Im Februar 2022 kündigte er an, dass

Frankreich künftig drei parallele Ziele der energiepolitischen Transition verfolgen werde, um die CO₂-Neutralität bis 2050 zu erreichen: Ausbau der erneuerbaren Energiequellen, Erhalt und Weiterentwicklung der nuklearen Stromproduktion sowie Senkung des Energieverbrauchs insbesondere im Verkehrs- und Gebäudesektor. Was die erneuerbaren Energiequellen anbelangt, so hat Frankreich eine signifikante Verspätung aufzuholen, die der langjährigen, einseitigen Konzentration auf die Kernenergie geschuldet ist: Das große Potenzial, welches das Land mit seinen ausgedehnten Meeresgebieten für Offshore-Windkraft besitzt, wird derzeit noch kaum genutzt. Erst 2022 ging der westlich von Saint-Nazaire im Atlantik angesiedelte erste französische Meereswindpark ans Netz. Nach Auffassung der Regierung werden die erneuerbaren Energiequellen allerdings nicht ausreichen, um eine CO₂-freie, energiepolitisch unabhängige Zukunft des Landes zu garantieren. Deshalb, so Präsident Macron, müsse man „den Faden des großen Abenteuers der zivilen Nuklearenergie



Der erste französische Offshore-Windpark ging im November 2022 vor der Küste von Saint-Nazaire in Betrieb. Er umfasst 80 Windkraftanlagen.



Flamanville 3 ist Frankreichs erster neu gebauter Kernreaktor seit Jahrzehnten. Der Druckwasserreaktor der dritten Generation nahm 2024 nach 17 Jahren Bauzeit den Betrieb auf, befindet sich nach technischen Problemen und Tests im Herbst 2025 aber weiterhin im Hochlaufprozess.

6

in Frankreich wieder aufnehmen^{6,32}. Damit ist gemeint, dass nicht nur die Laufzeiten der bestehenden Reaktoren verlängert werden, sondern auch neuentwickelte Druckwasserreaktoren gebaut werden sollen.

Die unterschiedlichen energiepolitischen Wege, die Frankreich und andere EU-Mitgliedsstaaten, darunter Deutschland, Dänemark und Italien, in Sachen Kernkraft eingeschlagen haben, führen immer wieder zu Kontroversen auf europäischer Ebene. So hat die EU-Kommission auf Drängen Frankreichs und gegen die Position Deutschlands sowie anderer, die Kernkraft ablehnender Staaten die Nuklearenergie im Jahr 2022 als klimafreundlich und somit bei Investitionen steuerlich zu begünstigend eingestuft.

Millionen von Kleinunternehmen und wenige globale Giganten

Vergleicht man die französische Unternehmenslandschaft mit der deutschen, so stellt man einige Unterschiede fest. Während in Deutschland der produzierende „Mittelstand“ mit seinen eingesessenen, hochspezialisierten und gleichzeitig global vernetzten Firmen als das Rückgrat der Volkswirtschaft gilt, sind Unternehmen dieser Art in Frankreich viel weniger vertreten. Deutschlands Wirtschaft wird von exportorientierten Unternehmen angetrieben, Frankreichs Wirtschaft lebt viel stärker von der Binnennachfrage und verzeichnet seit vielen Jahren ein Außenhandelsdefizit (2024 lag es bei 81 Milliarden Euro).³³ Gleichzeitig aber gibt es in Frankreich eine Reihe multinationaler Konzerne, die weltweit zu den größten Unternehmen gehören und auf allen Kontinenten mit Produktionsstandorten, Filialen und Marken vertreten sind.

Um die Struktur der ca. 4,23 Millionen Unternehmen umfassenden französischen Unternehmenslandschaft zu veranschaulichen, bietet sich das Bild einer Sanduhr an: Den Sockel und die übergroße Mehrheit bilden die über 4 Millionen Kleinunternehmen, die weniger als 10 Mitarbeitende beschäftigen und weniger als 2 Millionen Euro Umsatz jährlich erzielen. Diese Mikrofirmen erwirtschaften 14,5 Prozent des Gesamtumsatzes aller Unternehmen. Die Spitze der Sanduhr bilden 273 Großunternehmen, die mehr als 5.000 Angestellte beschäftigen und mehr als 1,5 Milliarden Jahresumsatz erzielen. Sie erwirtschaften allein ein Drittel des Gesamtumsatzes des Landes, sind für 51 Prozent der französischen Exporte verantwortlich und beschäftigen etwa ein Drittel der erwerbstätigen Bevölkerung. Unternehmen mittlerer Größe mit bis zu 250 Beschäftigten, die ein zentraler Motor der deutschen Wirtschaft sind, gibt es in Frankreich hingegen nur

rund 5.000 – was einem Anteil von gerade einmal 0,12 Prozent entspricht. Die übergroße Mehrheit der französischen Unternehmen sind im Dienstleistungsbereich angesiedelt, nur 6 Prozent (307.000 Firmen) im industriellen Sektor.³⁴

Es sind die Großunternehmen, die in den letzten Jahrzehnten von den Chancen der Globalisierung profitiert haben. Die führenden unter ihnen sind im CAC 40 vertreten, dem Leitindex der Pariser Börse mit den 40 umsatzstärksten Aktiengesellschaften. Auffallend ist die Bandbreite der im CAC 40 vertretenen Branchen: Technologie (Schneider Electric), Chemie, Pharma, Bio- und Medizintechnik (Air Liquide, Sanofi), Nahrung und Genussmittel (Danone), Hotellerie (Accor), Handel und Konsum



Der französische Konzern L'Oréal mit Hauptsitz in Paris ist Weltmarktführer im Bereich Kosmetik, 2024 erzielte er einen Gesamtumsatz von 43,48 Milliarden Euro.



Die riesige Louis-Vuitton-Tasche war im Dezember 2023 Teil einer Werbekampagne im Rahmen der Eröffnung eines Pop-up-Spaces der Luxusmarke in Shanghai.

(L'Oréal, Carrefour), Banken und Versicherungen (Crédit agricole, AXA), Baustoffe (Saint-Gobain), Autozulieferer (Michelin) ebenso wie Fahrzeughersteller (Renault, Stellantis). Der Index spiegelt die Stärken der französischen Wirtschaft wider, da der Luxussektor mit den weltweit führenden Giganten wie Louis Vuitton Moët Hennessy (LVMH), Kering und Hermès stark vertreten ist wie auch die Luftfahrtindustrie mit den Konzernen Dassault, Airbus und Safran.

Ab den 1990er-Jahren haben diese Großunternehmen ihre Aktivitäten global ausgeweitet, indem sie weltweit Firmen aufgekauft, ausländische Märkte erschlossen und Produktionsstandorte verlegt haben. Ausschlaggebend für diese Entwicklung war nicht nur das ungünstige Investitionsklima in Frankreich mit hohen Arbeitskosten, Steuern und striktem Regelwerk, sondern auch die Saturierung des heimischen Markts. Insofern haben viele Großunternehmen in der Globalisierung eine für sie alternativlose Überlebensstrategie erblickt. Dabei sind sie in ihrer globalen Expansion oft anders vorgegangen als deutsche

Firmen: Während letztere häufig weltweite Produktions- und Lieferketten aufgebaut haben, in denen Einzelteile im Ausland, das Endprodukt jedoch im Inland gefertigt wird, haben französische Unternehmen sich vielfach im Ausland niedergelassen, um die dortigen Märkte zu bedienen oder fertige Produkte von dort aus zu exportieren.

Die Schattenseite der Globalisierungsstrategie der französischen Unternehmen ist der fortgesetzte Verlust an Arbeitsplätzen im Inland. So gingen zwischen 2001 und 2010 jährlich etwa 34.000 Jobs durch die Verlegung ins Ausland verloren. Nach 2010 verlangsamte sich der Trend des Outsourcings, blieb aber mit ca. 14.000 jährlich im Inland abgebauten Arbeitsplätzen relativ hoch. Vor diesem Hintergrund lässt sich auch die gesplante Haltung der französischen Bevölkerung zur Globalisierung besser verstehen: Für die einen ist sie die Quelle neuer Chancen und wachsender Profite, für die anderen die Ursache für Jobverlust, Deindustrialisierung und wachsender Ungleichheit. Weitere nachteilige Folgen der Produktionsverlagerungen ins Ausland in den letzten Jahrzehnten wurden im Zuge der Covid-19-Pandemie sichtbar: Der Einbruch der globalen Lieferketten machte deutlich, dass Frankreich zahlreiche essenzielle Güter ausschließlich aus dem Ausland beziehen konnte. Das eklatanteste Beispiel waren Atemschutzmasken, die gerade in den ersten Wochen der Pandemie, als sie am dringendsten gebraucht wurden, weder vorhanden waren noch im eigenen Land hergestellt werden konnten. Für Präsident Macron gefährdet diese massive wirtschaftliche Abhängigkeit vom Ausland die Souveränität Frankreichs, sodass er zu einer „industriellen, technologischen, wissenschaftlichen Wiederaufrüstung“ des Landes aufrief.³⁵ Doch wird es schwierig sein, einen jahrzehntelangen Trend innerhalb kurzer Zeit umzukehren.

→ Airbus: Französisch-deutsches Vorzeigeunternehmen

Dass die EU über zu wenig international konkurrenzfähige Unternehmen in der IT-Branche und im Bereich der Künstlichen Intelligenz verfügt, wird oft beklagt und als Beispiel für den technologischen Rückstand Europas angeführt. Im Sektor der Flugzeugherstellung sieht es dagegen anders aus, denn hier kann Europa mit dem weltweiten Marktführer aufwarten. Es handelt sich um Airbus, den in Toulouse ansässigen Luft-, Raumfahrt- und Rüstungskonzern, der mit einem Jahresumsatz von rund 70 Milliarden Euro seine weltweiten Konkurrenten hinter sich lässt.³⁶

Nach dem Zweiten Weltkrieg gab es in Europa verschiedene nationale Flugzeughersteller, die in enger Verbindung mit ihren jeweiligen Regierungen standen und Militär- ebenso wie Zivilflugzeuge produzierten. Keiner von ihnen aber hatte das Kapital und das technische Know-how, um mit den dominierenden US-amerikanischen Unternehmen wie Boeing und McDonnell Douglas zu konkurrieren. Erst aus der Zusammenarbeit der großen deutschen Flugzeughersteller mit dem staatlichen französischen Luft- und Raumfahrtkonzern Aérospatiale konnte eine international konkurrenzfähige europäische Luftfahrtindustrie entstehen.

1974 ging mit dem Airbus A300 das erste Passagierflugzeug aus deutsch-französischer Kooperation an den Start, das sich zu einem Erfolgsmodell entwickelte und nach wenigen Jahren auch von amerikanischen Fluglinien bestellt wurde. Im Jahre 2000 fusionierten die an der Herstellung beteiligten Partnerunterneh-



Jubelnde Airbus-Mitarbeitende bei der Enthüllung des neuen Airbus A380 am 18. Januar 2005 im französischen Toulouse, wo die Endmontage des größten Passagierflugzeugs der Welt stattfand. 2021 stellte Airbus die Produktion des Superjumbos ein.

men zur „European Aeronautic Defence and Space Company“ (EADS), die seit 2014 unter dem Namen „Airbus“ firmiert. Unter dem Dach des Konzerns kommen seitdem unterschiedliche Unternehmenskulturen aus Frankreich und Deutschland zusammen, was immer wieder zu Spannungen führen kann. Unter dem Strich aber gibt der wirtschaftliche Erfolg dem deutsch-französischen Kooperationsmodell von Airbus recht und könnte auch für andere Sektoren ein Vorbild darstellen.

NAT



» Eine Metrostation in Paris: Die französische Gesellschaft ist seit dem 19. Jahrhundert stark durch Einwanderung geprägt.

TION



7

Die kosmopolitische
Republik: Einwanderer
und Einheimische

Die französische Gesellschaft lässt sich als ein *melting pot*, ein „Schmelztiegel“ von Menschen unterschiedlichster Herkunft bezeichnen. Bereits ab Mitte des 19. Jahrhunderts, als die meisten europäischen Staaten noch Auswanderungsländer waren, nahm Frankreich in großem Ausmaß Einwanderer auf und wurde so zu einer von großer Diversität gekennzeichneten Gesellschaft. Schätzungen gehen davon aus, dass ein Drittel der französischen Bevölkerung als Einwanderer der ersten, zweiten und dritten Generation bezeichnet werden kann.³⁷ Menschen mit Einwanderungsgeschichte haben sich in ihrer großen Mehrheit gut in die französische Gesellschaft integriert, nehmen am Arbeitsleben teil und nutzen die Aufstiegschancen, die ihnen das Land bietet. Und dennoch ist die Immigration seit Längerem eines der umstrittensten Themen in den politischen Debatten. Kein Wahlkampf vergeht, ohne dass die Einwanderungspolitik und die Integration von Migrantinnen und Migranten umfassend und kontrovers thematisiert wird. Die rechtsextreme und immer erfolgreichere Partei *Rassemblement national* (bis 2018 *Front national* → S. 120) mobilisiert ihre Wählerschaft seit ihren Ursprüngen in den 1970er-Jahren hauptsächlich mit dem Thema einer von vermeintlich unkontrollierter Immigration überforderten Gesellschaft. Wie lässt sich Frankreichs oft widersprüchlicher Umgang mit Migration erklären?

Die historischen Hintergründe der Einwanderung nach Frankreich

Wenn man die Motivationen ergründen will, warum Frankreich sich im 19. und 20. Jahrhundert für Einwanderer öffnete, so stehen zwei Themen im Vordergrund: Demografie und Industrialisierung. Anders als seine europäischen Nachbarländer verzeichnete Frankreich im 19. und frühen 20. Jahrhundert

eine stagnierende Bevölkerungsentwicklung. Während anderswo aufgrund sinkender Sterblichkeit und gleichbleibend hoher Geburtszahlen die Bevölkerung rapide anstieg, kamen in Frankreich immer weniger Kinder zur Welt. Einst das bevölkerungsreichste Land des Kontinents, wurde es vom Nachbarland Deutschland überholt und konnte einen Rückgang der Landesbevölkerung nur verhindern, indem es Einwanderer aus benachbarten Staaten aufnahm. In den entstehenden Industrien wurden unterdessen immer mehr Arbeitskräfte benötigt, die in Frankreich, anders als in anderen europäischen Ländern, weder durch die Abwanderung vom Land noch durch Bevölkerungswachstum bereitgestellt wurden. Deshalb konnte der Arbeitskräftebedarf der Industrie nur durch Einwanderung gedeckt



Zwischen 1900 und 1940 kamen Einwanderer zunehmend aus Mittel- und Osteuropa nach Frankreich, wo sie in den großen Industriezentren und Bergwerken im Norden arbeiteten. Das Foto zeigt eine polnische Familie vor ihrem Haus.

werden. So kam es, dass bereits 1890 rund eine Million Ausländer in Frankreich lebten, die überwiegend aus benachbarten Ländern wie Belgien, Italien, Spanien und der Schweiz kamen. Nach dem Ersten Weltkrieg ließen sich auch immer mehr Arbeitsmigranten aus mittel- und osteuropäischen Ländern in Frankreich nieder. Sie waren sehr ungleich über das Territorium verteilt, siedelten sich doch die meisten in den östlichen Grenzgebieten sowie im Umfeld der Großstädte an, also dort, wo es am meisten Industrie gab. Seit 1889 galt in Frankreich das *ius soli* (Geburtsortprinzip), womit jedes in Frankreich von Ausländern geborene Kind automatisch die französische Staatsangehörigkeit erhielt. Die Motivation dahinter bestand keineswegs darin, den Kindern von Eingewanderten zusätzliche Rechte zu verschaffen. Vielmehr wollte man sicherstellen, dass die männlichen Nachkommen von Ausländern ebenso wie die Einheimischen der damals geltenden Wehrpflicht unterlagen und somit die Verteidigungsfähigkeit des Landes stärkten.

Auch damals schon gab es negative, xenophobe Reaktionen gegenüber Migrantinnen und Migranten. Rechtsradikale Strömungen und Bewegungen wie die 1898 gegründete *Action française* behaupteten, dass Eingewanderte nicht mit gleichem Recht zur Nation gehörten wie die „Stammesfranzosen“ und dass sie als „Fremdlinge“ den Niedergang des Landes beförderten. Ebenso bewies Frankreichs Migrationspolitik, dass sie in erster Linie an den Bedürfnissen des heimischen Arbeitsmarkts interessiert war: Als Anfang der 1930er-Jahre die Weltwirtschaftskrise Frankreich traf und die Industrien Arbeiter entließen, mussten zahlreiche ausländische Beschäftigte das Land verlassen. Da ihre Aufenthaltserlaubnis an eine Arbeit gebunden war, waren sie von einem auf den anderen Tag zu „illegalen“ geworden.



Mit der Weltwirtschaftskrise, die Frankreich Anfang der 1930er-Jahre traf, gewannen fremdenfeindliche Themen an Bedeutung. Im Februar 1935 riefen Pariser Medizinstudenten zum Streik gegen die „ausländische Invasion“ auf.

Nach 1945, in der Phase des ökonomischen Booms, benötigten Frankreichs Unternehmen wieder eine große Anzahl an Arbeitskräften, die nur durch Einwanderung bereitgestellt werden konnte. Der Staat rief das *Office national d'immigration* (ONI) ins Leben, um im Ausland Menschen für den französischen Arbeitsmarkt anzuwerben. Doch konnte das ONI die Nachfrage nach Arbeitskräften bei Weitem nicht decken, sodass die Unternehmen selbst aktiv wurden, um Arbeitsmigranten zu rekrutieren. Ebenso kamen Migrantinnen und Migranten aus eigener Initiative ins Land, fanden eine Arbeitsstelle und erhielten im Nachhinein eine Aufenthaltserlaubnis. Auf diese Weise stiegen die Zahlen der jährlich nach Frankreich Einwandernden auf 300.000 bis 400.000 im Zeitraum zwischen 1960 und 1970. Dabei waren zunächst Spanien und Italien vornehmliche Herkunftsländer, bis Portugal in den 1970er-Jahren an die

Spitze rückte. Mehr und mehr Arbeitsmigranten kamen nun aber auch aus Nordafrika, insbesondere aus den ehemaligen Kolonien Algerien und Marokko.³⁸

Mit der im Jahr 1974 beginnenden Rezession änderte sich auch Frankreichs Migrationspolitik: Der Bedarf an Arbeitskräften in der Industrie sank, und es kam nun zu stetig steigender Arbeitslosigkeit. Vor diesem Hintergrund stoppte die Regierung umgehend die aktive Rekrutierung von Arbeitsmigranten. Eingewanderten, die bereit waren, in ihre Heimatländer zurückzukehren, versprach man eine Prämie von 10.000 Francs. Trotz des Anwerbstopps kamen jedoch jährlich weiterhin rund



100.000 Menschen ins Land, insbesondere über den Familiennachzug. Zahlreiche Bürgerinnen und Bürger wurden nun empfänglich für politische Parolen, die Einwanderung und Arbeitslosigkeit miteinander in Verbindung brachten. Die Probleme des französischen Arbeitsmarkts, so behauptete etwa

Zwei Arbeitsmigranten aus Nordafrika bei der Müllentsorgung in Paris 1973

der *Front national*, ließen sich leicht lösen, wenn man Migrantinnen und Migranten in großer Anzahl in ihre Heimatländer zurückschickte. Tatsächlich aber hat sich nie ein eindeutiger Zusammenhang zwischen Migration und Arbeitslosigkeit feststellen lassen, denn ein Großteil der Migrantinnen und Migranten arbeitete in Sektoren, für die sich ohnehin wenig einheimische Arbeitskräfte finden ließen. Um der wachsenden Skepsis in der französischen Bevölkerung gegenüber der Immigration entgegenzuwirken, versprachen Politiker von rechts wie links eine strengere Regulierung der Einwanderungsströme, doch ist es bisher keiner Regierung gelungen, in dieser Hinsicht nachhaltige Erfolge vorzuweisen.

Frankreichs „republikanisches Integrationsmodell“ und seine Herausforderungen

Mit der zunehmenden Diversität der Einwandernden – seit den 1980er-Jahren kommt etwa die Hälfte aus afrikanischen Herkunftsländern – wird auch vermehrt die Frage diskutiert, wie sich diese am besten in die Gesellschaft eingliedern lassen und wie tragfähig Frankreichs hergebrachtes Integrationsmodell ist. Dieses beruht darauf, dass Eingewanderte ihren ethnisch-kulturellen Hintergrund möglichst wenig im öffentlichen Raum zur Geltung bringen, sich kulturell assimilieren und den „Werten der Republik“ verpflichtet, die sich als eine Gemeinschaft individueller Staatsbürgerinnen und Staatsbürger versteht, die gemeinsame Leitwerte teilen. Dazu gehören Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit, aber auch die Laizität: die strikte Neutralität des Staates in religiösen Fragen. Nach tradierter Auffassung ist die staatliche Schule die Instanz, in der diese Werte vermittelt werden. Ungeachtet der nationalen, kulturellen, ethnischen und religiösen Hintergründe der



Workshop zu Meinungsfreiheit und Laizität an einer Mittelschule in der Region Paris. In Frankreich haben die öffentlichen Schulen den Auftrag, die republikanischen Werte zu vermitteln.

Schülerinnen und Schüler sollen alle gleichermaßen die Chance bekommen, sich individuell diese Werte anzueignen und in die republikanische Gesellschaft hineinzuwachsen. Französische Politikerinnen und Politiker haben sich in der überwiegenden Mehrheit stets gegen das multikulturelle, auf ethnisch-kulturelle Identitäten Rücksicht nehmende Integrationsmodell der USA ausgesprochen, da es ihrer Auffassung nach die Gesellschaft in einzelne Gruppen aufspalte.

Dabei hat sich Frankreichs „republikanisches Integrationsmodell“ in den letzten Jahrzehnten großen Herausforderungen ausgesetzt gesehen. Dazu zählen zunächst einmal die nach wie vor sehr ungleiche regionale Verteilung von Immigranten und die damit verbundenen Folgen. So gibt es etwa im Nordwesten des Landes Gegenden mit einem minimalen Einwandereranteil, während in anderen Landesteilen und in manchen

Pariser Vorstädten Eingewanderte und ihre Nachkommen teils die Mehrheit, teils sogar zwei Drittel der Bevölkerung ausmachen.³⁹ Dort wurden in den 1960er- und 1970er-Jahren Hochhausviertel (die sogenannten *cités*) errichtet, die sich mittlerweile zu stark benachteiligten Wohngebieten mit hoher sozialer und ethnisch-kultureller Segregation entwickelt haben. Die soziale Durchmischung, auf die das republikanische Integrationsmodell abzielt, ist in diesen Quartieren nicht mehr gegeben, ebenso wie man kaum von Chancengleichheit sprechen kann, wenn das Einzugsgebiet der Schulen zu einem deutlich überdurchschnittlichen Anteil von Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund führt. Nach einer von



Die *Tours nuages* (Wolkentürme) in der „Cité Pablo Picasso“ in Nanterre, einer Pariser Vorstadt; einst ein Vorzeigeprojekt des sozialen Wohnungsbaus, gelten sie heute als Symbol für soziale Benachteiligung und Segregation.

vielen geteilten Beobachtung hat sich in den letzten Jahrzehnten die soziale Segregation aufgrund von ethnischer Herkunft, Einkommensverhältnissen und weltanschaulicher Orientierung noch verstärkt. So vergleicht etwa der Meinungsforscher Jérôme Fourquet Frankreich mit einem Archipel, bestehend aus verschiedenen soziokulturellen „Inseln“, die nur wenig miteinander in Beziehung stehen.⁴⁰

Aufgrund ihrer Lebensverhältnisse fühlen sich viele Menschen mit Migrationshintergrund in der französischen Gesellschaft deklassiert und gewinnen den Eindruck, dass Frankreichs Verheißungen von Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit nur auf dem Papier stehen und in der Realität nicht eingelöst werden. Hinzu kommt, dass ein gewichtiger Anteil der Eingewanderten aus ehemaligen afrikanischen Kolonialgebieten wie Algerien, Marokko, Senegal und Côte d'Ivoire stammt. In den oft heruntergekommenen, dicht besiedelten und schlecht mit öffentlichen Dienstleistungen versorgten *cités* setzt sich in der Wahrnehmung vieler Eingewanderten die Ungleichheit der Kolonialzeit fort, in der die französischen Kolonisatoren die einheimische Bevölkerung zu Menschen zweiter Klasse degradiert und ausgebeutet hatten. Aus dieser Perspektive stellt sich Frankreich als eine postkoloniale Gesellschaft dar, die immer noch nicht bereit ist, ihrer Vergangenheit ins Auge zu sehen und aus ihr die notwendigen Konsequenzen für die Gegenwart zu ziehen. Unter diesen Vorzeichen sind Frankreichs Schulen und deren Lehrpersonal zweifellos überfordert mit der Aufgabe, Integrationsprobleme zu lösen, die komplexe und weit zurück in die Geschichte reichende gesellschaftlich-politische Ursachen haben.

→ Unruhen in den *banlieues*

In vielen Vorstädten Frankreichs herrscht eine stark angespannte soziale Situation, von der besonders Familien mit (nord-)afrikanischem Einwanderungshintergrund betroffen sind. Aufgrund einer verfehlten Stadtpolitik in den Nachkriegsjahrzehnten leben sie in oftmals stark vernachlässigten Hochhaus-siedlungen, die an die urbanen Zentren verkehrsmäßig schlecht angebunden sind und ein Gefühl der Segregation von anderen, besser situierten Vierteln vermitteln. Trotz der Bemühungen des Staates ist das Schulversagen dort besonders hoch, sodass viele Schulabgänger arbeitslos bleiben oder sich in prekären Beschäftigungsverhältnissen wiederfinden. Unter diesen Vorzeichen gleiten manche junge Menschen in die Kriminalität ab,



Polizeigewalt gegen Jugendliche aus den Vorstädten führte seit 2005 in Frankreich immer wieder zu Krawallen, bei denen Autos, Barrikaden und Gebäude in Flammen aufgingen.

etwa in den Drogenhandel, der ihnen Aussicht auf schnelles Geld vermittelt. Die explosive Mischung aus sozialer Frustration einerseits und krimineller Betätigung andererseits führt bei manchen jungen Menschen zu einem konfliktreichen Verhältnis mit den staatlichen Autoritäten, insbesondere den Sicherheitskräften. Diese müssen in den *banlieues* präsent sein, um die öffentliche Ordnung aufrecht zu erhalten und Straftäter zu verfolgen. Manchen Bewohnern gelten sie aber nicht in erster Linie als Ordnungshüter, sondern als Repräsentanten eines Staates, der seinem Versprechen der Gleichheit nicht gerecht wird und Menschen aufgrund äußerer Merkmale diskriminiert. So ist der Vorwurf verbreitet, dass die Polizei gezielt Menschen mit dunklerer Hautfarbe für Kontrollen auswählt und dabei immer wieder mit nicht zu rechtfertigender Gewalt vorgeht.

Polizeigewalt gegen junge Menschen aus den Vorstädten war in der Vergangenheit immer wieder der Anlass für schwere, oft tagelang anhaltende Unruhen. So etwa 2005, als nach einer Reihe von teils mit Todesfällen verbundenen Zusammenstößen zwischen Sicherheitskräften und Jugendlichen viele Vorstädte buchstäblich in Flammen aufgingen: Im Oktober und November 2005 wurden fast 10.000 Autos in Brand gesetzt, Gebäude zerstört und über 50 Polizisten verletzt. Staatspräsident Chirac verhängte für fast zwei Monate den Ausnahmezustand, um die Lage wieder in den Griff zu bekommen. 2023 kam es zu ähnlichen Auseinandersetzungen, nachdem ein junger Mann algerischer Herkunft bei einer Polizeikontrolle in Nanterre, einem Pariser Vorort, erschossen worden war. Wieder brannten nächtelang die Vorstädte, ein gewaltbereiter Mob zerstörte Schulen, Rathäuser, Supermärkte und Polizeiwachen.



Kundgebung zum Gedenken an den bei einer Polizeikontrolle am 27. Juni 2023 in Nanterre erschossenen 17-jährigen Nahel Merzouk. Der Vorfall löste schwere Unruhen in den Pariser *banlieues* aus.

7

Eine befriedigende Antwort der französischen Politik ist bis heute ausgeblieben, obwohl nach den Unruhen bekundet wurde, die komplexen Probleme der Vorstädte nun wirklich angehen zu wollen. Doch bislang hat noch kein Präsident oder Premierminister die *banlieues* zu seiner Priorität erklärt. Symptomatisch hierfür ist das Vorgehen Emmanuel Macrons, der zu Beginn seiner Präsidentschaft den erfahrenen Sozialpolitiker Jean-Louis Borloo damit beauftragte, Strategien zur Bekämpfung der sozialen Probleme in den Vorstädten zu erarbeiten. Doch verschwand Borloos umfangreicher Bericht nach seiner Veröffentlichung in der Schublade. Somit scheint es nur eine Frage der Zeit zu sein, bis es zum nächsten Gewaltausbruch kommt.

Als eine weitere Herausforderung für das „republikanische Integrationsmodell“ sehen viele den Umgang mit dem Islam. Seit den 1980er-Jahren sind mit Algerien und Marokko zwei muslimische Länder die wichtigsten Herkunftsländer von Einwanderern, sodass der Islam zur zweitgrößten Religionsgemeinschaft in Frankreich herangewachsen ist. Da offizielle Statistiken zur Religionszugehörigkeit in Frankreich nicht existieren, ist man auf Schätzungen angewiesen. Diese gehen davon aus, dass bis zu 10,5 Prozent der französischen Bevölkerung muslimischen Glaubens sind, demnach ist Frankreich das EU-Land mit dem höchsten muslimischen Bevölkerungsanteil.⁴¹

Während die meisten Christen in Frankreich in hohem Maße säkularisiert leben und sich längst mit der strikten religiösen Neutralität des Staates arrangiert haben, besitzt die Religion bei den Muslimen im Land vielfach einen stärkeren Einfluss auf die alltägliche Lebenspraxis. So haben insbesondere Kleidungspraktiken wie das Tragen des Kopftuchs bzw. des Schleiers immer wieder zu Debatten und politischen Maßnahmen Anlass gegeben. Als in den 1980er-Jahren erstmals muslimische Mädchen mit einem Kopftuch bekleidet in staatlichen Schulen erschienen, wurde die Frage aufgeworfen, ob dies mit der Laizität vereinbar ist. Mussten nicht auch Schülerinnen und Schüler die strikte religiöse Neutralität wahren, oder galt dieses Gebot nur für das Unterrichtspersonal? Nach langen Diskussionen wurde 2004 schließlich ein Gesetz verabschiedet, welches das Tragen deutlich sichtbarer religiöser Symbole in den staatlichen Schulen verbot. Auf diese Weise unterließ es der Gesetzgeber, nur das Kopftuch bzw. den Schleier ins Visier zu nehmen, sondern schloss auch andere Symbole wie die Kippa oder ein deutlich sichtbares Kreuz ein. Die neue Regelung wurde geteilt aufgenommen: Für die einen beendete



Demonstration in Paris gegen das im Februar 2004 verabschiedete Gesetz, welches das Tragen sichtbarer religiöser Zeichen an staatlichen Schulen verbietet

7

sie eine lange schwelende Kontroverse und ermöglichte es muslimischen Mädchen, künftig ohne vom Elternhaus auferlegte Kleidervorschriften in die Schule zu gehen; andere sahen darin einen Angriff auf die Religionsfreiheit und eine Form der Diskriminierung, insbesondere gegenüber muslimischen Mädchen und Frauen.

Die französische Gesellschaft muss sich allerdings nicht nur der Herausforderung stellen, die Anpassungsbereitschaft der Eingewanderten zu fördern; sie muss sich auch mit der Fremdenfeindlichkeit und dem Rassismus innerhalb der einheimischen Bevölkerung auseinandersetzen. Auf dem Papier definiert sich Frankreich als eine Staatsbürgergesellschaft, in der Hautfarbe, Herkunft und Religion keine Rolle spielen. In



Mit dem „Marsch für Gleichheit und gegen Rassismus“ vom 15. Oktober bis 3. Dezember 1983 traten erstmals Menschen mit nordafrikanischer Einwanderungsgeschichte massiv in die französische Öffentlichkeit.

der Praxis hingegen machen Migrantinnen und Migranten oft die Erfahrung, dass ihnen der Zugang zu Arbeitsplätzen und Wohnraum erschwert wird und sie sich im Kontakt mit Repräsentanten der staatlichen Ordnung wie der Polizei aufgrund ihres ethnisch-kulturellen Hintergrunds ungleich behandelt fühlen. Auch gab es ab den 1970er-Jahren immer wieder rassistisch motivierte Übergriffe gegen Einwanderer aus Nordafrika. In den 1980er-Jahren begannen junge Menschen mit Migrationshintergrund sich gegen den Rassismus in der französischen Gesellschaft zu mobilisieren. So kam es 1983 mit dem „Marsch für Gleichheit und gegen Rassismus“ (*Marche pour l'égalité et contre le racisme*) zu einer ersten landesweiten, mehrwöchigen Massendemonstration, die insbesondere von nordafrikanischen Einwanderern der zweiten Generation (den



Eine gelbe Hand mit dem Slogan *Touche pas à mon pote* (Lass meinen Kumpel in Ruhe) ist das Logo der in den 1980er-Jahren in Frankreich gegründeten Initiative *SOS Racisme*.

7

sogenannten *beurs*) getragen wurde. Und die Vereinigung *SOS Racisme* richtete sich mit dem Slogan „*Touche pas à mon pote*“ (Lass meinen Kumpel in Ruhe) explizit gegen die Fremdenfeindlichkeit des *Front national*.

Seit den 2000er-Jahren hat man den gesetzlichen Rahmen zum Schutz vor Diskriminierungen aufgrund der ethnisch-kulturellen Herkunft und Hautfarbe bedeutend erweitert und dabei europäische Vorgaben wie die des Vertrags von Amsterdam (1997) umgesetzt. So definierte ein 2001 verabschiedetes Gesetz die Fälle, in denen Diskriminierung ein strafbares Vergehen darstellt. Eine unabhängige Instanz, der *Défenseur des droits* (eine Art Ombudsman) ist damit betraut, Diskriminierungen zu identifizieren und gegen sie vorzugehen. Sieht man sich

die Zahlen an, so kann man einerseits Fortschritte feststellen: Erklärten zu Anfang des 21. Jahrhunderts nur 30 Prozent der Französischen und Franzosen, dass sie „in keinerlei Weise rassistisch“ seien, sind es heute immerhin 60 Prozent. Und die Zahl derjenigen, die von der Überlegenheit einer „Rasse“ den anderen gegenüber überzeugt sind, hat sich von 14 Prozent auf 5 Prozent reduziert. Andererseits stieg die Zahl der polizeilich gemeldeten rassistisch motivierten Verbrechen oder Vergehen auf 12.500 im Jahr 2022. Nach einem Bericht der „Beobachtungsstelle für Ungleichheiten“ (*Observatoire des inégalités*) hat eine Person mit französisch klingendem Nachnamen eine um 50 Prozent höhere Chance zu einem Vorstellungsgespräch oder einer Wohnungsbesichtigung eingeladen zu werden als jemand mit einem maghrebinischen oder afrikanischen Nachnamen.⁴²

Heutige Themen der Einwanderungspolitik

Frankreich ist nach wie vor ein Einwanderungsland, das Jahr für Jahr eine große – und zudem wachsende Anzahl – von Menschen aufnimmt. In den ersten 15 Jahren des 21. Jahrhunderts siedelten sich jährlich ca. 200.000 Ausländer neu in Frankreich an; ab 2015 ist die Zahl auf durchschnittlich 250.000 pro Jahr gestiegen, ab 2022 auf mehr als 300.000. Das wichtigste Motiv für die Einwanderung nach Frankreich ist – sieht man von Aufhalten zu Studienzwecken ab – der Familiennachzug: So erhielten in den Jahren 2023 und 2024 jeweils rund 90.000 Menschen aus diesem Grund eine erste Aufenthaltsgenehmigung; jeweils rund 58.000 Migranten kamen ins Land, um eine Arbeit aufzunehmen.⁴³ Angesichts dieser Zahlen tut sich ein gewisser Widerspruch zwischen dem politischen Diskurs und der Realität auf: Seit den 1980er-Jahren haben Politiker sich



Emmanuel Macrons Pläne, das Einwanderungsrecht zu verschärfen, lösten Widerstand im Parlament aus. Im Dezember 2023 protestierten Abgeordnete der Opposition, die dadurch die Werte der Republik in Gefahr sahen.

7

immer wieder für die Begrenzung der Immigration ausgesprochen, auch um der Propaganda des rechtsextremen *Front national* den Wind aus den Segeln zu nehmen. Gleichzeitig aber bleiben die Einwanderungszahlen konstant hoch. Versuche, den Familiennachzug durch eine Reform des Einwanderungsrechts einzuschränken, scheiterten 2024 am Einspruch des *Conseil constitutionnel*, des französischen Verfassungsrats, der auf das Grundrecht eines jeden Bürgers auf ein Familienleben verwies.

Seit vielen Jahren konstant sind die Herkunftsländer, aus denen die meisten Einwanderer nach Frankreich kommen. Knapp die Hälfte der in Frankreich lebenden Einwanderer (der ersten Generation) kommt aus Afrika, wobei Algerien mit 12,5 Prozent

und Marokko mit 11,9 Prozent an der Spitze stehen (Stand 2022). Unter den bedeutenden europäischen Herkunftsländern rangiert Portugal seit Langem ganz oben – 8,2 Prozent der in Frankreich lebenden Einwanderer stammen dorthier. Was die Berufstätigkeit der Eingewanderten anbelangt, so arbeitet ein beträchtlicher Anteil von ihnen in Berufen, für die geringe Qualifikationen erforderlich sind. Unter den eingewanderten Frauen sind es 42 Prozent (gegenüber 20 Prozent bei Frauen ohne Migrationshintergrund). 39 Prozent der eingewanderten Männer üben als Arbeiter manuelle Tätigkeiten aus, während es bei der einheimischen Bevölkerung 20 Prozent sind. Ein stark von Einwanderern abhängiger Sektor ist die Bauindustrie, in der 28 Prozent der männlichen Immigranten (und 43 Prozent der portugiesischen Einwanderer) tätig sind. Arbeitslosigkeit ist unter Eingewanderten häufiger anzutreffen als in der einheimischen Bevölkerung. Bei den eingewanderten Frauen ist die Arbeitslosigkeit mit 14 Prozent doppelt so hoch wie bei den Frauen ohne Migrationshintergrund; bei den männlichen Immigranten liegt die Quote mit 12 Prozent ebenso deutlich über dem Durchschnitt.⁴⁴

In den politischen Debatten ist die Immigration seit den 2000er-Jahren ein äußerst kontroverses Thema. Wurde unter den Vorzeichen des krisenhaften Arbeitsmarkts zunächst vor allem der (vermeintliche) Zusammenhang zwischen Einwanderung und Arbeitslosigkeit thematisiert, rückten in den letzten Jahren andere Themen in den Vordergrund. Darunter rangiert an vorderster Stelle die innere Sicherheit, wird doch vielfach ein Zusammenhang zwischen Kriminalitätsgefahr und Einwanderung unterstellt.⁴⁵ Die teils von Menschen mit Einwanderungsgeschichte verübten Terrorattentate der Jahre 2015 und 2016 haben zusätzlich zu der angstbesetzten Diskussion

um Immigration beigetragen. Ein weiteres verstärkt in den Fokus gerücktes Thema ist der Zusammenhang zwischen Einwanderung und nationaler Identität, verbunden mit der Befürchtung, dass Frankreichs Traditionen und Charakteristika als „europäische Zivilisation“ bedroht seien, wenn immer mehr Bürger afrikanische Wurzeln hätten. Für die zugespitzte Politisierung des Immigrationsthemas ist nicht nur der *Rassemblement national* um Marine Le Pen verantwortlich, sondern auch die gemäßigten Parteien, die bei Wahlen immer wieder auf Stimmenfang gegangen sind, indem sie sich Positionen der extremen Rechten zu eigen gemacht haben. So gewann etwa Nicolas Sarkozy die Präsidentschaftswahlen 2007, indem er seinen Wahlkampf ganz auf die Immigration zuschnitt, die Frankreich in eine tiefe Identitätskrise gestürzt habe.

Die in der Bevölkerung verbreitete skeptische bis negative Einstellung gegenüber weiterer Zuwanderung ist auch mitverantwortlich dafür, dass Frankreich sich in den letzten Jahren bei der Aufnahme von Geflüchteten deutlich zurückhaltender gezeigt hat als sein deutscher Nachbar. Während 2015 und 2016 auf dem Höhepunkt der Flüchtlingskrise zusammengekommen fast 1,2 Millionen Menschen einen Asylantrag in Deutschland stellten, waren es in Frankreich lediglich etwas über 147.000. Seit dem Ende der Covid-19-Pandemie hat die Zahl der Asylbewerber in Frankreich jedoch wieder zugenommen und lag 2024 bei rund 130.860 (Erstanträge). Fast 51.000 Asylbewerbern wurde eine erstmalige Aufenthaltsgenehmigung aufgrund ihres Flüchtlingsstatus bzw. subsidiären Schutzstatus erteilt. Somit ist die Flucht vor politischer Verfolgung nach dem Familiennachzug und der Arbeitsmigration das dritt wichtigste Motiv für die Einwanderung nach Frankreich.⁴⁶

→ Der französische Rap – Musik der Einwandererkultur

Der Beitrag der Eingewanderten ist aus der französischen Kultur nicht wegzudenken. So haben etwa südostasiatische Einwanderer die Tradition des chinesischen Neujahrs nach Frankreich importiert, das alljährlich in asiatischen Restaurants mit üppigen, farbenfrohen Festen begangen wird. Der (nord-)afrikanischen Einwanderung verdankt Frankreich unter anderem den französischsprachigen Rap, der sich unter allen Richtungen der Popmusik derzeit am besten verkauft. Der Rap kam in den 1980er-Jahren aus den USA nach Frankreich und fand großen Anklang vor allem bei Menschen aus der (nord-)afrikanischen Community, die in den verarmten Vorstädten aufwuchsen und sich – ähnlich wie Afroamerikaner in den USA – diskriminiert und ausgeschlossen von der Mehrheitsgesellschaft fühlten. Sie eigneten sich diese Musikrichtung, die im Hip-Hop wurzelt, an und machten sie zu einer der wichtigsten Ausdrucksformen der Menschen aus den *banlieues*. Was für afroamerikanische Rapper das urbane Ghetto ist, stellt für ihre französischen Pendant die *cité* mit ihren tristen Hochhäusern und harten Lebensbedingungen dar. In dem mit eingängigen Rhythmen verbundenen Sprechgesang, oft in der ersten Person formuliert, erzählen Frankreichs Rapper in ihren Songs Geschichten, die immer wieder die Lebenserfahrung in den Vorstädten aufgreifen: das Gefühl der Fremdheit in Frankreich, die Herkunft aus einem entfernten, einst kolonisierten Kontinent, die wahrgenommene Chancenlosigkeit, die Konflikte mit der Polizei, Erfahrungen von Ausgrenzung und Rassismus. Manche Songs klagen Frankreich für seinen Imperialismus,

seine Verbrechen in der Kolonialzeit und seine nicht eingehaltenen Versprechen von gesellschaftlicher Gleichheit an. Gleichzeitig vermitteln Rapper mit ihren Songs, aber auch mit ihren eigenen Biografien, positive Botschaften, so etwa, dass es auch Jugendliche aus den *banlieues* schaffen können, zu Ansehen, Erfolg und künstlerischem Ruhm zu gelangen. Die Texte des französischen Rap sind für Außenstehende oft schwer zu verstehen aufgrund ihres charakteristischen Slangs, zu dem auch die Jugendsprache „Verlan“ gehört, in der die Silben von Wörtern verdreht und manchmal noch Buchstaben hinzugefügt werden. So wird beispielsweise *musique* zu *zicmu*, *femme* (Frau) zu *meuf*, *flic* (Polizist) zu *ceuf*, *racaille* (Pack, Pöbel) zu *caillera*.



Booba (bürgerlich Élie Yaffa), hier bei einem Auftritt in Paris 2018, ist ein sehr erfolgreicher französischer Rapper, der für seinen Hardcore- und Gangsta-Rap-Stil bekannt ist.



- » Ein Parkplatz in Frankreich, reserviert für kinderreiche Familien. Die Förderung der Elternschaft ist seit Langem ein zentrales Anliegen der französischen Politik.



8

Kinderreichtum und berufstätige Mütter: Familien und Geschlechterbeziehungen

Von Deutschland aus gesehen gilt Frankreich seit Langem als ein Vorreiter, was eine moderne Familienpolitik anbelangt. Denn es gelingt dem Land seit mehreren Jahrzehnten, verschiedene Ziele miteinander zu verbinden: eine im europäischen Vergleich hohe Geburtenrate, einen hohen Anteil von Frauen am Arbeitsmarkt und ein dichtes Betreuungsnetz für Kinder unter sechs Jahren. Während in Deutschland noch zu Beginn des 21. Jahrhunderts viele Frauen ihre berufliche Karriere mit oft mehrjährigen Erziehungspausen unterbrechen mussten oder gar ganz aus der Arbeitswelt ausstiegen, um ihren Kinderwunsch zu erfüllen, schienen Frankreichs Frauen Mutterschaft und Berufstätigkeit bereits problemlos miteinander vereinbaren zu können. Mittlerweile hat sich vieles geändert: Das Netz von Kinderkrippen und Kindergärten in Deutschland kann sich durchaus mit dem französischen messen, und die Integration von Müttern in den Arbeitsmarkt hat sich diesseits des Rheins enorm verbessert. Ein fundamentaler Unterschied bleibt jedoch bestehen: 2022 lag die durchschnittliche Kinderzahl pro Frau in Deutschland bei 1,46, während Frankreich EU-weiter Spitzenreiter mit 1,79 Kindern pro Frau war.⁴⁷ Wie lässt sich erklären, dass Frankreich seit Jahren an der Spitze der europäischen Geburtenstatistiken liegt?

Der Staat als Förderer von Geburten

Bis weit ins 20. Jahrhundert hinein war Frankreich eine demografische Ausnahme im negativen Sinne, denn im Vergleich zu seinen europäischen Nachbarländern kamen hier besonders wenig Kinder auf die Welt. Vor allem die Landbevölkerung hatte seit längerer Zeit eine effektive Geburtenkontrolle betrieben, sodass bereits 1900 nur 2,14 Kinder pro Frau zur Welt kamen.⁴⁸ Viele Menschen empfanden damals die demografische Lage des Landes als bedrohlich, denn noch um 1800 war Frankreich

das bevölkerungsreichste Land Europas gewesen und fiel nun hinter den deutschen Nachbarn zurück. Nach dem Ersten Weltkrieg änderte sich diese Entwicklung keineswegs: Rund 2 Millionen Menschen (1,4 Millionen Soldaten und 600.000 Zivilisten) waren dem Krieg zum Opfer gefallen, und auch danach blieb die Geburtenrate niedrig. Vor dem Hintergrund des drohenden Bevölkerungsschwunds entstand frühzeitig ein Bewusstsein dafür, dass die demografische Entwicklung in die Zuständigkeit des Staates fiel und Eltern der staatlichen Unterstützung bedurften, um einen Anstieg der Geburtenzahl zu erwirken. So kam es, dass der französische Staat seit Langem „pro-natalistisch“, also geburtenfreundlich, ausgerichtet ist. Bereits in den 1920er-Jahren wurden entsprechende Anreize geschaffen: Familien mit drei und mehr Kindern erhielten Brotgutscheine; für bedürftige Familien ab drei Kindern gab es die „Beihilfe für Großfamilien“. Auch waren sich die ansonsten oft so verfeindeten politischen Lager Frankreichs einig darin, dass der Familie eine besondere Rolle zukam, um die Gesellschaft zu stabilisieren und das Wohlergehen von Kindern zu sichern. So unterhielten die katholische Kirche ebenso wie die Kommunen Kinderkrippen, um berufstätige Mütter zu entlasten und sicherzustellen, dass deren Kinder tagsüber nicht vernachlässigt wurden.

In der Kriegs- und Besatzungszeit ergriff das Vichy-Regime (→ S. 90 f.) radikale Maßnahmen, um die demografische Entwicklung voranzutreiben. Es verfolgte eine reaktionäre Familienpolitik, welche die Frauen in die Rolle der Hausfrau und Mutter zwingen wollte. So wurde die Anstellung von verheirateten Frauen im Staatsdienst verboten; Väter wurden fortan mit einer Beihilfe belohnt, wenn sie Alleinverdiener der Familie waren. Ehescheidungen waren nur nach mindestens drei Ehejahren erlaubt, für Abtreibungen konnte die Todesstrafe verhängt werden.

Letztere Maßnahmen wurden umgehend abgeschafft, als 1945 die Republik wiederhergestellt wurde, doch die geburtenfreundliche Politik blieb bestehen. „Zwölf Millionen schöne Babys“ brauche Frankreich in den nächsten zehn Jahren, verkündete Regierungschef Charles de Gaulle in einer Rede.⁴⁹ Eine der wichtigsten Neuerungen war der bis heute bestehende „Familienquotient“ bei der Steuerbemessung. Dieser sieht vor, dass das zu versteuernde Einkommen einer Familie durch einen Quotienten dividiert wird, der sich aus der Anzahl der Kinder ergibt. Faktisch bedeutet dieses System eine signifikante Steuerersparnis für jedes zusätzliche Kind – so



Erste Neugeborene im Jahr 1952. Mit dem Babyboom nach dem Zweiten Weltkrieg erlebte Frankreich wieder eine deutliche Beschleunigung des Bevölkerungswachstums.

weitreichend, dass heute mehr als die Hälfte der französischen Haushalte keine Lohn- und Einkommenssteuer zahlt.⁵⁰ Frankreich optiert somit seit 1945 für ein Steuersystem, das nicht nur die Umverteilung zwischen wohlhabenden und weniger wohlhabenden Bürgerinnen und Bürgern, sondern auch zwischen Kinderlosen und Familien vorsieht. Zusammen mit den *allocations familiales*, dem Familiengeld, das mit jedem zusätzlichen Kind großzügiger ausfällt, wurden somit attraktive finanzielle Anreize für den Kinderreichtum geschaffen. Die dynamische demografische Entwicklung ließ vermuten, dass man auf die richtigen politischen Maßnahmen gesetzt hatte: Kamen 1945 noch 645.000 Kinder zur Welt, waren es fünf Jahre später 862.000. 1949 wurde mit drei Kindern pro Frau eine Fruchtbarkeitsrate erzielt, wie sie seit über 50 Jahren nicht mehr erreicht worden war. Frankreich war im Zeitalter des „Babybooms“ angekommen.

Das aus der Vichy-Ära tradierte Familienbild mit einem Brotverdiener-Vater und einer Hausfrauen-Mutter blieb indessen zunächst erhalten, wurde doch die Alleinverdiener-Beihilfe noch bis 1978 ausgezahlt. 1962 erreichte die Zahl berufstätiger Frauen mit einem Anteil von nur 34 Prozent an der Erwerbsbevölkerung einen Tiefpunkt. Moderne Haushaltsgeräte wie Wasch- und Spülmaschinen machten es den meisten Familien möglich, auf Hauspersonal zu verzichten. Bereits damals besuchte ein Großteil der Kinder die *École maternelle*, das französische Pendant zum Kindergarten: 91 Prozent der Fünfjährigen, 63 Prozent der Vierjährigen und 35 Prozent der Dreijährigen gingen 1960 täglich in einen kostenlosen Ganztageskindergarten.⁵¹ Jedoch stand damals die erzieherisch-bildende Rolle der *École maternelle* im Vordergrund und nicht ihre Aufgabe, die Berufstätigkeit von Frauen zu erleichtern.



Die *École maternelle* unterrichtet Kinder von 3 bis 6 Jahren. Ihr staatlicher Bildungsauftrag lautet seit 1972: Integration in die Gesellschaft und Vorbereitung auf die Schule.

In den 1960er-Jahren kam jedoch langsam ein Umdenken bei den politischen Entscheidungsträgern in Gang. Die französische Wirtschaft entwickelte sich insbesondere im Dienstleistungssektor so dynamisch, dass es einen hohen Bedarf an Arbeitskräften gab. Vor diesem Hintergrund erschien es logisch, die Berufstätigkeit von Frauen zu fördern. War die Hausfrauenrolle über Jahre hinweg als das Ideal erfüllter Weiblichkeit angepriesen worden, galt sie nun als ein Luxus, den sich Frankreich nicht mehr leisten konnte. Um Müttern mit Kleinkindern unter drei Jahren den Verbleib im bzw. den Wiedereinstieg ins Berufsleben zu erleichtern, setzte man auf zwei Modelle: einerseits die von den Kommunen unterhaltenen kollektiven Kindertagesstätten (*crèches*); andererseits staatlich zertifizierte und finanziell geförderte Tagesmütter, die bis zu drei Kleinkinder in ihrem eigenen Zuhause betreuen. Die Kostenbeiträge der Eltern wurden

abhängig von ihrem Einkommen berechnet, sodass sich auch Familien mit geringen Einkünften eine externe Kinderbetreuung leisten konnten. 1986 gingen ca. 10 Prozent der Kinder unter drei Jahren täglich in eine Krippe oder zu einer Tagesmutter. Ab den 1970er-Jahren stieg die Integration von Frauen in den Arbeitsmarkt stetig an, wobei darauf abgezielt wurde, sie in Vollzeitstellen zu bringen. Hatten Frauen 1975 einen Anteil von 36 Prozent an den Erwerbstätigen, so waren es 1982 bereits 39 Prozent, und bis 1991 war ihr Anteil auf 44 Prozent gestiegen. Frankreich konnte im Jahr 2003 den EU-weit höchsten Anteil von voll berufstätigen Elternpaaren vorweisen: 58 Prozent der Paare mit einem Kind waren Doppelverdiener.⁵²

Auch Frankreich entging nicht dem in allen industrialisierten Ländern festzustellenden Rückgang der Geburtenraten durch die Einführung der Antibabypille, die in Frankreich 1967 legalisiert wurde. Innerhalb eines Jahrzehnts, zwischen 1968 und 1978, sank die Geburtenziffer von 2,62 auf 1,88 Kinder pro Frau. Doch in benachbarten Ländern wie Deutschland, Italien, Belgien und den Niederlanden war der Rückgang der Geburten viel markanter und dauerhafter: So sank die Geburtenzahl in Deutschland im gleichen Zeitraum auf 1,4 Kinder pro Frau. In Frankreich hingegen gelang es, die Tendenz zu weniger Kindern umzukehren und einen stetigen Anstieg der Geburten ab den 2000er-Jahren auf durchschnittlich zwei Kinder pro Frau zu erzielen. Auch wenn die Geburtenrate in den vergangenen Jahren wieder leicht rückläufig gewesen ist, hat diese Trendwende in den letzten 25 Jahren Frankreich zu einer Ausnahme hinsichtlich der demografischen Entwicklung innerhalb Europas gemacht.⁵³

Zusammenfassend lassen sich drei Faktoren für diese Entwicklung verantwortlich machen: Der erste ist das starke Engagement

des französischen Staates, der die Familiengründung mit attraktiven finanziellen Anreizen wie Steuererleichterungen oder Beihilfezahlungen unterstützt. Die mit der Anzahl der Kinder verbundenen finanziellen Vorteile bewirken, dass sich viele Familien für ein zweites bzw. drittes Kind entscheiden. Als zweiter Faktor ist das seit den 1980er-Jahren immer dichter werdende kommunale Betreuungsnetz für Kinder unter drei Jahren zu nennen, wodurch die Vereinbarkeit von Familie und Vollzeitbeschäftigung für Frauen zur Normalität geworden ist. Der dritte Faktor ist ein weithin noch intaktes familiäres, intergenerationelles Betreuungsnetz: So stehen vielfach Großeltern zur Versorgung ihrer Enkelkinder zur Verfügung, holen sie nachmittags bei Schulschluss ab oder springen bei Krankheiten ein.

→ Sommerferien und die *rentrée* in Frankreich

Im zentralistisch regierten Frankreich gibt es nicht 16 verschiedene Sommerferientermine wie im föderal organisierten Deutschland, sondern einen einzigen Ferienzeitraum, der für alle Schülerinnen und Schüler von der ersten Klasse bis zum Abitur gilt. Und die Sommerferien dauern hier nicht nur sechs Wochen, sondern ganze zwei Monate. In der Regel werden die derzeit ca. 12 Millionen Kinder und Jugendliche im Schulalter um den 1. Juli in die Ferien geschickt und müssen erst um den 1. September wieder zurück in die Schule. Da kaum eine Familie in der Lage ist, sich um ihre Kinder über zwei Monate hinweg zu Hause oder auf Urlaubsreisen zu kümmern, gibt es ein breites Betreuungsnetz: Manche Kinder werden in eine *colonie de vacances*, ein Feriencamp, geschickt, andere gehen mit ihrer Pfadfindergruppe

auf Reisen, wieder andere bleiben an ihrem Wohnort, wo sie in einem sogenannten Freiluftzentrum (*centre aéré*) unter Aufsicht von Betreuenden Sport- und Spieleangebote nutzen können. Wenn es um den Aufbruch in die Familienferien geht, so teilt sich das Land in die Juli- und August-Urlauber (*juilletistes* bzw. *aoûtistes*) auf. Die längsten Verkehrsstaus entstehen an den Tagen, an denen die Juli-Urlauber ihre Ferienquartiere verlassen und die August-Urlauber gerade anreisen. Viele Französinnen und Franzosen erweisen sich als eher konservativ und bodenständig, was die Wahl ihres Urlaubsorts anbelangt: In keinem anderen europäischen Land verbringt ein so großer Teil der Bevölkerung die Ferien im eigenen Land wie in Frankreich. Viele Familien besitzen ein Landhaus aus familiärem Erbe (*maison de famille*), in dem sie traditionell die Sommerferien im größeren Familienkreis verbringen. Ähnlich beliebt bei französischen Familien ist Camping, wobei eine Vielzahl Jahr für Jahr mit Wohnwagen oder



Campingplätze, wie hier auf der Atlantikinsel Noirmoutier, sind in den Sommerferien beliebte Feriendomizile französischer Familien.

Zelten den gleichen Campingplatz aufsucht, oft nicht weit vom heimischen Wohnort entfernt.

Ende August beginnt man sich auf ein wichtiges Eckdatum im gesellschaftlichen Leben Frankreichs einzustimmen: die *rentrée*. In erster Linie geht es hierbei um den Wiedereintritt ins schulische Leben nach zwei Monaten Pause. Das wird mit großem Aufwand vorbereitet: Die Schülerinnen und Schüler erhalten eine umfangreiche Liste, was alles zu Schulbeginn zu besorgen ist, um richtig für das Schuljahr ausgerüstet zu sein – Schreib- und Zeichengeräte, Hefte, Bastelmaterialien, Sportbekleidung etc. Für all diese Besorgungen machen sich die Eltern zur gleichen Zeit in dieselben Läden auf und erleben den ersten Stress der *rentrée*. Dann gilt es den wöchentlichen Rhythmus des Schuljahres zu organisieren, um Berufstätigkeit und Familie miteinander in Einklang zu bringen. Wer holt wann die Kinder an der Schule ab? Wie werden die Freizeitaktivitäten eingeplant?

Doch steht die *rentrée* bei Weitem nicht nur für den Schulanfang. Auch die Universitäten beginnen in der Regel am gleichen Tag ihren Unterricht. Und Berufstätige zelebrieren mit der *rentrée* die mühevollen Rückkehr ins Arbeitsleben nach den langen Ferien. Da das politisch-administrative Leben in Frankreich über den Monat August ebenfalls mehr oder weniger stillliegt, gibt es auch eine *rentrée politique*, welche die führenden Politikerinnen und Politiker mit einer markanten Rede und die Parteien mit einer sogenannten Sommeruniversität einläuten. Und verschiedene Konsumbranchen nutzen den Rummel um die *rentrée*, indem sie mit Mode- und Weinangeboten locken oder Buch-Neuerscheinungen (→ S. 286 f.) anpreisen, um den Wiedereintritt ins normale Leben zu erleichtern.

Wandlungen der Geschlechterrollen

Le Deuxième Sexe (dt. *Das andere Geschlecht*), so nannte sich der Bestseller von Simone de Beauvoir, mit dem diese 1949 schlagartig zu einer internationalen Leitfigur des Feminismus wurde. Die Philosophin ging darin energisch gegen die Sichtweise vor, dass die gesellschaftliche Rolle der Frau durch ihre biologische Befähigung zur Mutterschaft vorherbestimmt sei. „Man wird nicht als Frau geboren, man wird es. Kein biologisches, psychisches, wirtschaftliches Schicksal bestimmt die Gestalt, die das weibliche Menschenwesen im Schoß der Gesellschaft annimmt“, so schrieb sie.⁵⁴ Die Rollenverteilung zwischen Mann und Frau sowie die ihnen zugewiesenen geschlechtlichen Identitäten waren ihrer Auffassung nach nicht naturgegeben, sondern das Ergebnis sozialer Prozesse.



Simone de Beauvoirs Buch traf in eine Gesellschaft, in der es einen Aufholbedarf bezüglich der rechtlichen Gleichstellung der Frauen gab. Das Frauenwahlrecht wurde in Frankreich erst 1945 eingeführt, nachdem mehrere Versuche am

Die französische Schriftstellerin und Philosophin Simone de Beauvoir (1908–1986) kämpfte stets gegen die Machtstrukturen der patriarchalen Gesellschaft.

beharrlichen Widerstand mächtiger Parlamentarier gescheitert waren. Der *Code civil*, das französische Zivilrecht, gab damals noch vor, dass der Mann alleiniges Familienoberhaupt war. Um eine Berufstätigkeit aufzunehmen oder ein Bankkonto zu eröffnen, bedurfte die Ehefrau der Genehmigung ihres Mannes. Erst 1970 wurden diese Bestimmungen abgeschafft. Die langsam entstehende Frauenbewegung, wie sie sich etwa im *Mouvement de libération des femmes* (MLF) organisierte, mobilisierte ihre Aktivistinnen vor allem für die Legalisierung der Abtreibung – ein Ziel, das 1975 mit dem nach der damaligen französischen Gesundheitsministerin Simone Veil (→ S. 93 f.) benannten Gesetz (*Loi Veil*) erreicht wurde.



Anfang der 1970er-Jahre erstarkte in Frankreich der Protest gegen das Abtreibungsgesetz von 1920, das den Schwangerschaftsabbruch unter Strafe stellte. 1975 wurden Abtreibungen in Frankreich legalisiert.

In den folgenden Jahren konzentrierte sich die Arbeit der organisierten Frauenbewegung insbesondere auf das Problem der politischen Repräsentation. So waren 1980 nur 5 Prozent der Abgeordneten der französischen Nationalversammlung Frauen, von ihrer krassen Unterrepräsentation in den Regierungen ganz zu schweigen. Aus Sicht der feministischen Bewegung mussten Quotenregelungen geschaffen werden, um endlich eine faire Vertretung von Frauen in demokratisch gewählten Organen sicherzustellen. So kam es 1999 zu einer Verfassungsänderung, die vorsah, dass Männer und Frauen einen gleichberechtigten Zugang zu gewählten Ämtern und Funktionen haben. Daraufhin wurde gesetzlich verordnet, dass Kandidatenlisten bei Wahlen paritätisch mit Männern und Frauen besetzt werden müssen. Doch ließ die Umsetzung zu wünschen übrig, denn die Parteien konnten sich dieser Pflicht entziehen, indem sie Strafzahlungen entrichteten. Folglich stieg die Zahl weiblicher Abgeordneter zunächst nur langsam, von 71 im Jahr 2002 auf 107 (2007), dann 155 (2012) an, bevor sie mit 224 Frauen in der 2017 gewählten Nationalversammlung den bisherigen Höchststand erreichte (bei einer Gesamtzahl von 577 Mandaten). Seitdem ist der Frauenanteil wieder rückläufig, 2022 lag er bei 218 (gegenüber 359 Männern), nach den Wahlen 2024 bei nur mehr 208 Frauen.

Die hohe Integration von Frauen in den Arbeitsmarkt und die guten Möglichkeiten, um Familie und Berufstätigkeit miteinander zu vereinbaren, bedeuten überdies nicht, dass Frankreich bei der Gleichstellung im Arbeitsleben besonders gut abschneidet. Das lässt sich an mehreren Indikatoren festmachen. So bleiben auch in Sektoren, in denen besonders viele Frauen arbeiten, die Spitzenpositionen oft Männern vorbehalten. Beispielsweise machen Frauen etwa 63 Prozent der Beschäftigten

des öffentlichen Dienstes aus, doch unter den leitenden Positionen sind sie nur zu 31,1 Prozent vertreten.⁵⁵ In der Privatwirtschaft unterliegen Unternehmen mit über 500 Angestellten und mehr als 50 Millionen Euro Jahresumsatz seit 2011 der Verpflichtung, ihre Vorstände zu 40 Prozent mit Frauen zu besetzen. Doch weiterhin schaffen es nur wenige Frauen an die Spitze einer großen Firma. Unter den 40 führenden Unternehmen des Aktienindex CAC 40 werden nur drei von einer Frau geleitet. Vor diesem Hintergrund verwundert es nicht, dass der Gender Pay Gap, also der Unterschied zwischen der durchschnittlichen Bezahlung von Männern und Frauen, in Frankreich vergleichsweise hoch ist. Im Jahr 2022 betrug er 13,9 Prozent, während er in Ländern wie Rumänien, Italien und Belgien zwischen 4 und 5 Prozent lag (in Deutschland lag er mit 17,7 Prozent jedoch noch höher als in Frankreich).⁵⁶ Überdies gelingt es Frankreich nicht, die Verdienstungleichheit zwischen Männern und Frauen merklich zu reduzieren, während andere EU-Staaten in dieser Hinsicht signifikante Fortschritte machen. Während der Gender Pay Gap in Frankreich seit 2006 nur geringfügig gesunken ist, sank er im EU-Durchschnitt von 17,7 Prozent (2006) auf 12,7 Prozent (2022).⁵⁷

Was die Gleichberechtigung sexueller Minderheiten anbelangt, so hat Frankreich seit den 1980er-Jahren große Fortschritte gemacht. Dazu trug einerseits die Linksregierung unter François Mitterrand (1981–1995) bei, indem sie die Gesetzgebung zur Homosexualität liberalisierte und gegen Diskriminierungen am Arbeitsplatz und im öffentlichen Leben vorging. Andererseits waren diese Fortschritte das Verdienst einer besonders in Paris sehr aktiven Homosexuellenbewegung, die in den 1980er- und 1990er-Jahren schwer von der AIDS-Epidemie getroffen wurde. Sie setzte sich dafür ein, dass auch homosexuelle Paare ihre

Lebensgemeinschaft eintragen lassen konnten, nicht zuletzt, um im Falle von Krankenbetreuung, geteiltem Wohnraum und gemeinsamem Eigentum rechtlich abgesichert zu sein. Unter diesen Vorzeichen war Frankreich das zweite europäische Land, das 1999 in Form des *Pacte civil de solidarité* (Pacs) die eingetragene Lebensgemeinschaft für Paare unabhängig von ihrer sexuellen Orientierung einführte. Gegen den heftigen Widerstand konservativ-katholischer Kreise, die zu massiven Protesten aufriefen und zeitweise mehrere Hunderttausend Demonstrierende mobilisieren konnten, ging man 2013 noch einen Schritt weiter und führte die „Ehe für alle“ ein. Trotz der Gegenproteste zeigt sich daran auch, dass sich die Einstellungen gegenüber sexueller Vielfalt in der französischen Gesellschaft in den vergangenen Jahrzehnten deutlich liberalisiert haben.



Das erste gleichgeschlechtliche französische Paar heiratete 2006 in Belgien, sieben Jahre bevor in Frankreich das Gesetz zur Ehe für alle (*mariage pour tous*) verabschiedet wurde.



» Die Uniform muss sitzen:
Studierende der *École polytechnique*
vor der jährlichen Militärparade
zum Nationalfeiertag am 14. Juli 2014
in Paris



9

Zwischen Gleichheitsideal
und Elitenbildung:
Schule und Universitäten

Das französische Bildungswesen ist von Widersprüchen gekennzeichnet: Einerseits hält es die Idee der Egalität hoch und gibt vor, allen Menschen gleiche Bildungschancen einzuräumen. Der familiäre Hintergrund, das soziale und räumliche Umfeld, die finanziellen Mittel sollen niemanden daran hindern, in den Genuss der besten Chancen zu kommen. Jeder soll dank eines offenen Bildungssystems seine Fähigkeiten entfalten und an die Spitze von Politik, Kultur und Wirtschaft gelangen können. Andererseits aber zeigt die Realität, dass das Bildungswesen viel weniger soziale Durchlässigkeit bietet, als vorgegeben wird. Der Zugang zu den Spitzenpositionen ist in aller Regel den Absolventinnen und Absolventen von wenigen Eliteschulen vorbehalten, zu denen Menschen aus unterprivilegierten Familien nur ganz selten Zugang finden. Wie lassen sich diese Widersprüche erklären?

Gleichheiten und Ungleichheiten im Schulwesen

Der Schule kommt in Frankreich eine hohe politische Bedeutung zu, denn in ihr sollen nicht nur Kenntnisse und Fähigkeiten vermittelt, sondern auch Staatsbürger herangezogen werden, welche die Werte Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit verinnerlicht haben. Dies geht zurück auf die Frühphase der Republik im späten 19. Jahrhundert, als der Staat es sich zum Ziel setzte, die Schulerziehung nicht mehr der Kirche und ihren oft reaktionären Geistlichen zu überlassen, sondern selbst in die Hand zu nehmen. Auch sollte der große bildungsmäßige Rückstand unter der Landbevölkerung aufgeholt werden, waren doch viele Menschen in abgelegenen Gegenden des Westens und Südens immer noch Analphabeten. Der Staat errichtete in jeder Gemeinde eine öffentliche Schule für Jungen und Mädchen und bildete sein eigenes Lehrpersonal aus, das –



Das Gebäude der *École primaire* in dem kleinen Dorf Calviac im Périgord

„republikanischen Missionaren“ gleich – in die Provinzen entsandt wurde. Die „Schule der Republik“ genießt seitdem im kollektiven Bewusstsein Frankreichs ein hohes Ansehen, da sie als die „Wiege der Nation“ gilt.

Mit der Schaffung öffentlicher Schulen garantierte Frankreich gleichzeitig die Unterrichtsfreiheit, sodass seitdem neben dem staatlichen Schulwesen andere Bildungsträger, insbesondere die katholische Kirche, weiterhin ihre Einrichtungen unterhalten konnten. Seit den 1960er-Jahren können diese sogar einen Vertrag mit dem Staat abschließen, der ihnen die Finanzierung ihres Lehrpersonals zusichert, sofern sie dem staatlichen Lehrplan folgen. Anders als die staatlichen Schulen wählen die Privatschulen ihre Schülerinnen und Schüler selbst aus und erheben Gebühren. Unter diesen Vorzeichen kommt es zu einer

Zweiteilung des Schulwesens in einen öffentlichen und privaten Zweig: Im Schuljahr 2022/23 besuchten über 2 Millionen und damit gut 17 Prozent aller Schüler eine Privatschule; weit über die Hälfte von ihnen kam aus wohlhabenden Familien.⁵⁸ Diese schätzen die Privatschulen vor allem wegen ihrer Selektivität, wodurch eine gewisse soziale Homogenität der Schülerschaft sichergestellt wird.

Das staatliche Schulwesen spiegelt die zentralistische Ausrichtung Frankreichs wider. An seiner Spitze steht das Erziehungsministerium in Paris, eine riesige Behörde mit mehr als 1,2 Millionen Beschäftigten. Dort werden Lehrpläne, Leitlinien und Ziele entwickelt, die von allen Schulen gleichermaßen umzusetzen sind. Vor Ort sind sogenannte Akademien dafür zuständig, die Schulen zu beaufsichtigen und die Umsetzung der staatlichen



Abiturientinnen und Abiturienten am Lycée Clémenceau in Nantes bei der schriftlichen Prüfung in Philosophie

Vorgaben zu garantieren, wobei sie aber über keinerlei Autonomie verfügen. Die Lehrerinnen und Lehrer werden vom Pariser Ministerium ausgewählt und an die Schulen im Lande verteilt. Im Sinne der Gleichbehandlung aller Schülerinnen und Schüler werden auch die Abschlussprüfungen wie das *baccalauréat* (Abitur) oder das *brévet* (Mittlere Reife) für alle Prüflinge landesweit gleichzeitig abgehalten, die Prüfungsaufgaben werden zentral vom Bildungsministerium erarbeitet.

Das französische Schulsystem folgt einem einheitlichen Aufbau: Nach der fünfjährigen Grundschule (*École primaire*) findet keinerlei Differenzierung statt, vielmehr wechseln alle Schülerinnen und Schüler auf das vierjährige *collège* (Mittelschule) und werden dort gemeinsam unterrichtet. So findet zumindest formal keine so frühzeitige Weichenstellung statt wie im gegliederten deutschen Schulsystem. Erst nach neun Schuljahren kommt es in Frankreich zur Aufteilung in mehrere Schulformen: Wer die allgemeine Hochschulreife, das *baccalauréat général*, anstrebt, geht auf ein *lycée général*. Schüler mit vornehmlich technischen Interessen können ein *bac technologique* erwerben, während das *lycée professionnel* auf konkrete Arbeitsfelder vorbereitet und den direkten Einstieg ins Berufsleben ermöglicht. Die Berufsausbildung in Betrieben genießt in Frankreich traditionell keinen guten Ruf und galt lange als ein Weg, den vor allem Menschen einschlagen, die den Anforderungen der Schule nicht gerecht werden konnten. Unter der Präsidentschaft Macrons hat man versucht, die betriebliche Ausbildung attraktiver zu gestalten und den Unternehmen finanzielle Anreize gegeben, sich stärker in der Berufsausbildung zu engagieren. Vor diesem Hintergrund haben sich in den letzten Jahren immer mehr junge Menschen für eine Lehre entschieden, sodass sich im Januar 2025 über eine Million in einer betrieblichen Berufsausbildung befanden.⁵⁹



Das Collège Louise Michel in Clichy-sous-Bois. In dem sozial benachteiligten Pariser Vorort sind Schulabbrecherquote und Jugendarbeitslosigkeit hoch.

Obwohl das französische Schulsystem auf Einheitlichkeit der Lehrinhalte und Chancengleichheit abzielt, bringt es starke Ungleichheiten hervor. Statistiken zeigen, dass die Erfolgchancen der Schülerinnen und Schüler ganz erheblich vom Einkommen und Bildungsniveau der Eltern abhängen. Während 67 Prozent der Kinder von höheren Angestellten, Lehrern und anderen Erwerbstätigen in hochqualifizierten Berufen das *bac* (Abitur) erwerben, sind es nur 16 Prozent der Arbeiterkinder.⁶⁰ Mitverantwortlich dafür sind die ungleichen Lebensverhältnisse zwischen den Regionen und innerhalb der Wohnorte. Da die Kinder und Jugendlichen in aller Regel den Schulen ihres Viertels zugewiesen werden, hängen die Lernchancen stark von der sozialen Struktur des Wohnortes ab. In den reichen Gegenden liegt das Leistungsniveau der Schulen um ein Vielfaches höher als in armen Vierteln. Auf diese Weise



Das Lycée Henri IV. im 5. Pariser Arrondissement ist eine der angesehensten und zugleich anspruchsvollsten weiterführenden Schulen Frankreichs.

bildet das Schulwesen die bestehenden Ungleichheiten der französischen Gesellschaft ab.

Um dieses Problem anzugehen, hat der Staat sogenannte *zones d'éducation prioritaire* (Gebiete mit vorrangigem pädagogischem Bedarf) ausgewiesen, in denen die Schulabbrecherquote besonders hoch ist und die dortigen Schulen deshalb mit zusätzlichen Mitteln ausgestattet werden, um kleinere Klassengrößen und bessere Lernbedingungen zu ermöglichen. Derzeit geht jeder fünfte französische Schüler in eine Schule in diesen Gebieten, wobei 60 Prozent der betreffenden Kinder und Jugendlichen aus einer Arbeiterfamilie kommen. Die Landkarte der „Gebiete mit vorrangigem pädagogischem Bedarf“ zeigt, dass diese sich in Gegenden mit großen sozialen Problemen befinden, wie der nördlichen *banlieue* von Paris, dem nordöstlichen Grenzgebiet zu

Belgien, in der Region Marseille sowie den Überseedepartements La Réunion, Mayotte und Guyana.⁶¹ Diese spezielle Förderung hat dazu beigetragen, dass in den letzten Jahren deutlich weniger Schülerinnen und Schüler aus Arbeiterfamilien die Schule ohne Abschluss abbrechen. Doch bleibt Frankreich bis heute eines der OECD-Länder, in dem die Bildungschancen vorrangig mit dem sozialen Hintergrund zusammenhängen. Dies zeigt die sogenannte PISA-Studie, in der Frankreich zu den Ländern gehört, in denen die Unterschiede zwischen den lernstärksten Schülern aus privilegierten Schichten und den lernschwächsten aus sozial benachteiligten Familien besonders groß sind.⁶² Manche Beobachter machen auch andere Faktoren für die Defizite des französischen Schulsystems verantwortlich, wie etwa den strengen, auf Disziplin und Notenerfolg abzielenden Unterrichtsstil, der die Beurteilung und nicht die bestmögliche Förderung der Schülerinnen und Schüler in den Mittelpunkt stellt.

Massenuniversitäten und Elitehochschulen: Widersprüche des Hochschulwesens

Wer in Frankreich ein Studium anstrebt, für den sind die im *lycée* erzielten Leistungen von zentraler Bedeutung. Denn nach der Schule spaltet sich das französische Bildungssystem in zwei Zweige auf: Die einen streben die höchst selektiven sogenannten *grandes écoles* an, die anderen besuchen die allen Abiturienten ohne Einschränkungen offenstehenden staatlichen Universitäten. Bei den Familien der französischen Oberschicht gelten die *grandes écoles* als der Königsweg, der zu einer Spitzenfunktion in Gesellschaft, Wirtschaft oder Politik führt, während die Universitäten als die schlechtere Alternative gelten. Ausgenommen davon sind Fächer, die nur an den Universitäten unterrichtet werden, wie Human- und Tiermedizin, Pharmazie und Jura.

Im Jahr 2023 waren ca. 1,6 Millionen Studierende an Frankreichs Universitäten eingeschrieben, davon rund 500.000 in Geistes-, Sprach- und Sozialwissenschaften, knapp 400.000 in Rechts- und Wirtschaftswissenschaften, 320.000 in den Naturwissenschaften und 225.000 in Medizin sowie anderen gesundheitswissenschaftlichen Studiengängen.⁶³ Was den Anteil der Hochschulabsolventen an der Bevölkerung zwischen 25 und 34 Jahren anbelangt, so lag Frankreich 2023 mit 55,8 Prozent der Frauen und 47,8 Prozent der Männer sowohl über dem Durchschnitt der EU als auch über dem Deutschlands, wo nur 41 Prozent der Frauen und 36,1 Prozent der Männer einen Hochschulabschluss hatten.⁶⁴ Diese Unterschiede resultieren daraus, dass in Deutschland andere Qualifizierungswege wie die betriebliche Ausbildung deutlich angesehener und beliebter



Die Sorbonne in Paris, im 13. Jahrhundert gegründet, ist eine der ältesten und renommiertesten Universitäten Frankreichs.

sind als in Frankreich. Da an den französischen Universitäten in der Regel keine Vorauswahl der Studienanwärter nach Noten oder anderen Kriterien getroffen wird, findet die Auslese während des Studiums statt. Etwa 20 Prozent der jungen Menschen, die sich für ein Studium einschreiben, brechen dieses ohne Abschluss ab – sei es, weil sie die Prüfungen nicht bestehen oder das Interesse an ihrem Studium verlieren. Wie in vielen anderen Bereichen ist Frankreich auch im Universitätswesen zentralistisch ausgerichtet: Die besten und begehrtesten Universitäten befinden sich – wie etwa die im Mittelalter gegründete, mittlerweile weitverzweigte Sorbonne – in Paris, wobei es aber auch in Provinzstädten seit mehreren Jahrzehnten Hochschulen mit einer qualitativ hochwertigen Lehre gibt.

Was die *grandes écoles* angeht, so können zahlreiche unter ihnen eine lange Tradition vorweisen, so etwa die 1794, inmitten der Französischen Revolution gegründete *École polytechnique* in Paris. Unter Napoleon Bonaparte wurde sie zu einer Militärakademie umgewidmet. Die prestigeträchtige Hochschule hat Generationen von Staatsbediensteten ausgebildet, die an der Modernisierung Frankreichs mitgewirkt haben. Andere traditionsreiche Ingenieurschulen wie die *École Centrale*, die *École des Mines* oder die *École nationale des ponts et chaussées* haben spezialisiertere Ausbildungswege und bilden den Nachwuchs nicht nur für die öffentliche Verwaltung, sondern auch für Staats- und Privatunternehmen aus. Zahlreiche Bosse der großen Aktiengesellschaften haben die beste staatliche Betriebswirtschaftsschule, die *École des hautes études commerciales* (HEC), besucht. Die Eliten der Geistes- und Sozialwissenschaften gehen seit jeher aus der *École normale supérieure* (ENS) hervor, darunter Intellektuelle wie Jean-Paul Sartre, Simone de Beauvoir und Michel Foucault.

Der Weg in eine *grande école* ist steinig: Man muss als einer der Besten aus einer mehrtägigen, äußerst selektiven Aufnahmeprüfung, dem *concours*, hervorgehen. Wer bei diesem strengen Auswahlverfahren eine Chance haben will, bereitet sich in der Regel zwei Jahre darauf vor, nämlich in sogenannten *classes préparatoires* (auch kurz *prépa* genannt). Diese Vorbereitungsklassen finden an ausgewählten *lycées* statt, wobei die besten und begehrtesten in Paris angesiedelt sind. Der Zugang zu den *prépas* ist wiederum äußerst selektiv und steht nur denjenigen offen, die im *lycée* die besten Noten erzielt haben. Auf dem Papier sollten also die Leistungsstärksten eines jeden Jahrgangs die Chance haben, den Weg zu einer Elitehochschule einzuschlagen. Faktisch aber sind es ganz überwiegend die Nachkommen der wohlhabenden und gebildeten Schichten, die in den Genuss einer solchen Ausbildung kommen. Studien zeigen, dass 64 Prozent der Studierenden der *grandes écoles* ein äußerst privilegiertes Elternhaus haben, während nur 9 Prozent aus einem Arbeiterhaushalt stammen. Zudem kommt ein gewichtiger Anteil, nämlich 30 Prozent, der Studierenden aus der Pariser Region.⁶⁵ Anstatt eine offene Elitenselektion zu garantieren, scheinen die *grandes écoles* vor allem die bestehenden sozialen Hierarchien zu reproduzieren.

Vor diesem Hintergrund erscheinen diese Bildungseinrichtungen vielen Französisinnen und Franzosen als eine exklusive Welt mit ihren eigenen Codes und ihrem eigenen Jargon, zu der man keinen Zugang hat, wenn man nicht aus einer „guten“ (Pariser) Familie stammt. Wer einmal Aufnahme in eine der Elitehochschulen gefunden hat, braucht sich indessen um seine berufliche Zukunft keine Sorgen zu machen. Das Diplom einer solchen Einrichtung gilt als Garant dafür, dass man zu den begabtesten und fähigsten Köpfen eines Jahrgangs gehört.

Zudem findet man im Netzwerk der Ehemaligen Unterstützung, um in einer staatlichen Behörde oder einem führenden Unternehmen Fuß zu fassen.

→ Die ENA – Kaderschmiede der Politik

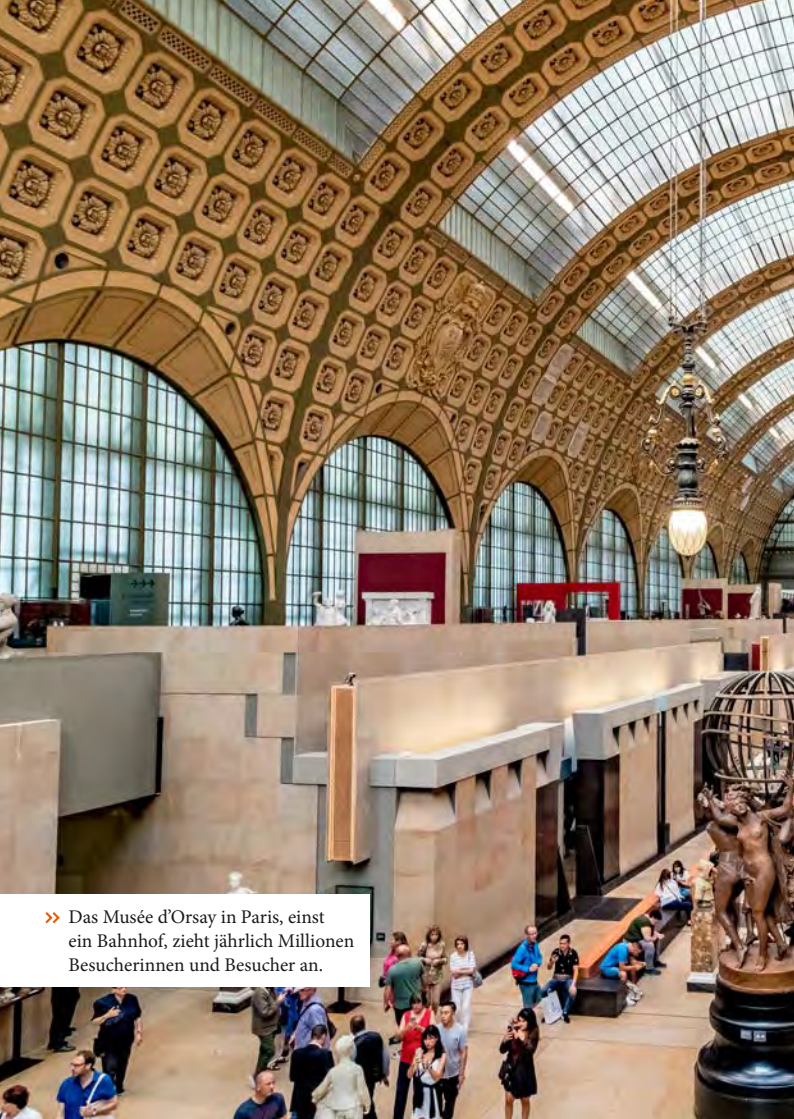
Arrogant, technokratisch, machtversessen – mit allen möglichen negativen Etiketten werden in der öffentlichen Meinung die „Énarques“ versehen, die Absolventen der *École nationale d'administration* (ENA). Charles de Gaulle hatte diese Verwaltungshochschule 1945 begründet, um eine neue, „objektive“ Selektion der administrativen Eliten zu garantieren. Diese sollten nicht mehr wie zuvor aus den einflussreichsten Familien stammen, sondern aus den Besten eines jeden Jahrgangs



Premierminister Édouard Philippe (M.) begrüßt Studierende der ENA während eines Besuchs der Hochschule in Strasbourg im Mai 2018.

rekrutiert werden. Wer in die ENA eintreten wollte, musste nicht nur ein Hochschulstudium abgeschlossen haben, sondern auch eine äußerst selektive Aufnahmeprüfung bestehen. Die höchsten Ämter im Staatsdienst, wie etwa die der Präfekten, der Inspektoren des Finanzministeriums oder auch der Botschafter, sind seitdem weitgehend den *Énarques* vorbehalten geblieben. Doch haben diese ihre Macht weit über die Verwaltungsspitze hinaus ausgedehnt, indem sie auch die Politik mehr und mehr zu ihrem „Revier“ gemacht haben. So sind nicht nur der derzeitige Staatspräsident Emmanuel Macron, sondern auch drei seiner Vorgänger, neun Premierminister und zahlreiche Minister der Fünften Republik aus der Verwaltungshochschule hervorgegangen.

In der französischen Bevölkerung machte sich jedoch mehr und mehr eine Ablehnung der ENA-Absolventen breit, da sie sich in den Augen vieler für die Klügsten und Fähigsten des Landes hielten, ohne jedoch die realen Anliegen der Bevölkerungsmehrheit nachvollziehen zu können. Als im Winter 2018/19 die „Gelbwesten“ auf die Straße gingen und gegen das Frankreich der Eliten protestierten (→ S. 150 ff.), reagierte Präsident Macron, indem er die Auflösung der ENA ankündigte. Faktisch aber wurde sie lediglich umbenannt und existiert seit 2022 mit kleinen Änderungen unter dem Namen *Institut national du service public* (INSP) weiter.



» Das Musée d'Orsay in Paris, einst ein Bahnhof, zieht jährlich Millionen Besucherinnen und Besucher an.



10
L'exception française:
Kultur, Sprache und Politik

Wenn in Frankreich von Kultur die Rede ist, fällt oft der Begriff der *exception française* – der „französischen Ausnahme“. Es wird damit suggeriert, dass Frankreich ein besonderes Verhältnis zur Kultur auszeichne, das es von allen anderen Ländern unterscheide. So sagte etwa Staatspräsident Jacques Chirac in seiner Abschiedsrede 2007: „Frankreich ist kein Land wie alle anderen. Ihm kommt eine besondere Verantwortung zu aufgrund seines geschichtlichen Erbes und der universellen Werte, zu deren Ausprägung es beigetragen hat.“⁶⁶ Worauf beruht dieser Glaube? Warum ist in Frankreich die Überzeugung so verbreitet, das eigene Land sei nicht nur originell, sondern auch beispielgebend und außergewöhnlich, besonders was sein Verhältnis zur Kultur anbelangt?

Die *exception française* verweist zunächst auf den außergewöhnlichen Reichtum der französischen Kulturproduktion, die immer wieder zum Vorbild in Europa und darüber hinaus wurde. Ebenso erfasst der Begriff die besondere Rolle des Französischen, mit dem als Weltsprache einst nur das Englische konkurrieren konnte und das lange Zeit die Verkehrssprache nicht nur der Diplomatie, sondern auch zahlreicher Geistesgeschaffender aus verschiedensten Ländern war. Als außergewöhnlich gilt auch die hohe Wertschätzung, die in Frankreich traditionell der Welt der Kultur, Künstlerinnen und Künstlern sowie Intellektuellen entgegengebracht wird. Und schließlich zielt der Begriff der *exception française* auch auf das im internationalen Vergleich bemerkenswert große Engagement des Staates im und für den Kultursektor. Politiker aus allen Lagern sind stets dafür eingetreten, das „nationale Kulturerbe“ zu schützen und die Künste zu fördern, um die weltweite Ausstrahlung Frankreichs zu bewahren.

Le patrimoine – Frankreichs Kulturerbe

Wer sich mit Frankreichs Kultur befasst, stößt unvermeidlich auf den Begriff des *patrimoine*. Damit ist die kulturelle Produktion im weitesten Sinne gemeint, die für die Entfaltung des Landes von Bedeutung gewesen ist und als bewahrenswert gilt. Das *patrimoine* umfasst nicht nur Architektur und bildende Kunst, sondern auch althergebrachte Praktiken wie Tänze, Gesänge, Volksmusik und Kunsthandwerk. Im weiteren Sinne gelten ebenso die großen Werke der französischen Literatur als Teil des bewahrenswerten nationalen Kulturerbes. Man zählt auch Erzeugnisse aus weit zurückliegenden Zeiten, als Frankreich noch überhaupt nicht existierte, zum *patrimoine*. Insofern gehören die Höhlenmalereien von Lascaux mit gleichem Recht zum nationalen Kulturerbe wie das Pariser Centre



Das Centre national d'art et de culture Georges Pompidou im Herzen von Paris entstand auf Initiative des gleichnamigen französischen Staatspräsidenten und wurde 1977 eröffnet.



Das Amphitheater ist das Wahrzeichen der südfranzösischen Stadt Arles und eine ihrer antiken Stätten, die zum UNESCO-Welterbe zählen.

Pompidou, die römischen Ruinen von Arles ebenso wie die Schlösser der Loire, der korsische Harmoniegesang ebenso wie die kulinarischen Errungenschaften.

Das französische Selbstbewusstsein speist sich nicht zuletzt aus den kulturellen Bewegungen, die von Frankreich ihren Ausgang nahmen. Dies gilt etwa für die romanische Klosterarchitektur: Im Zentrum des hochmittelalterlichen Klosterwesens stand die 910 gegründete Abtei von Cluny in Burgund, deren architektonische Gestaltung – der kreuzförmige Grundriss mit Chorumgang, Seitenkapellen und skulptierten Kapitellen sowie Portalen – zahlreichen Klöstern und Kirchen in Europa als Vorbild diente. Aber auch das Gegenmodell zu dem von Pracht und Machtentfaltung gekennzeichneten Cluny kam aus Frankreich: In Cîteaux gründete sich der nach dieser Ortschaft benannte Zisterzienserorden, dessen Klöster in abgelegenen Tälern angesiedelt wurden und



Die monumentalen Bauten der Abtei von Cluny, die heute nur noch in Teilen erhalten sind, gehören zu den großen Schöpfungen der Architektur der Romanik.

deren Bauweise sich durch Schmucklosigkeit und schlichte Formen auszeichnet. Ebenso wie Cluny strahlte die Klosterarchitektur von Cîteaux auf das gesamte christliche Europa aus und fand in verschiedenen Ländern Nachahmer.

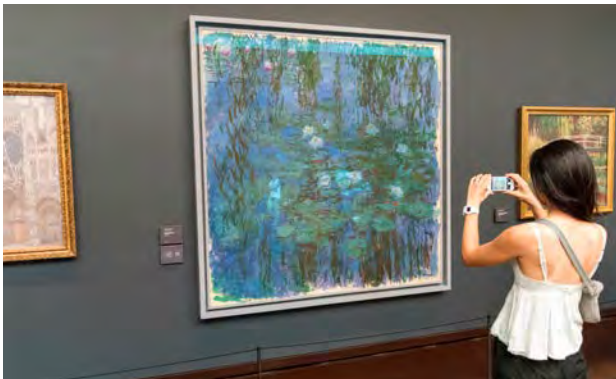
Gleichermaßen nahm die Architektur der Gotik in Frankreich ihren Ausgang. Im 12. Jahrhundert entstanden im Norden des Landes – in Städten wie Sens, Paris, Saint-Denis, Chartres und Reims – neue Kathedralen, die sich von der gedrungeneren Bauweise der Romanik verabschiedeten und die vertikalen Linien in bis dahin ungekannte Höhen trieben. Die Kirchenwände wurden von hohen Fenstern durchbrochen, um ein Maximum an Licht in die Innenräume zu lassen, und außen mit aufwendigem Strebewerk gestützt. Die Baumeister der französischen Gotik waren in ganz Europa begehrt, um vor Ort Kirchenbauten in diesem neuen Stil zu errichten.



Die Kathedrale von Saint-Denis, ein Juwel der gotischen Baukunst, ist dem heiligen Dionysius, dem ersten Bischof von Paris, geweiht.

Auch in der frühen Neuzeit kamen für Europa stilbildende Impulse aus Frankreich. Hier ist etwa der Schlösserbau zu nennen, den die französischen Könige unter den Vorzeichen des Absolutismus zur Perfektion trieben und dafür europaweit Bewunderung ernteten. Für die gekrönten Häupter Europas blieb Versailles bis ins 19. Jahrhundert hinein das Modell einer Schlossanlage, die den königlichen Herrschaftsanspruch symbolisierte und für die höfische Kultur das passende Umfeld schuf (→ S. 48 f.). Die Revolution von 1789 war nicht nur eine politische, sondern auch eine kulturelle Umwälzung, bei der sich Frankreich erneut als Vorreiter in Europa erwies. Mit der Französischen Revolution kam nicht nur ein neuer Kleidungsstil auf, auch entstand eine neue, an die griechisch-römische Antike angelehnte politisch-kulturelle Ästhetik. Ebenso prägend war der Einfluss des Kaiserreichs unter Napoleon I., das einem eigenen Stil in Architektur, Möbeldesign und Malerei – dem sogenannten Empire – seinen Namen gab.

Der deutsche Schriftsteller und Philosoph Walter Benjamin hat Paris als die „Hauptstadt des 19. Jahrhunderts“ bezeichnet.⁶⁷ Damit meinte er, dass in der französischen Hauptstadt leitende Tendenzen der Moderne auf exemplarische Weise sichtbar wurden, da sie sich vollkommen auf Handel, Konsum und Großstadtverkehr ausgerichtet hatte. Dafür standen etwa die weitläufigen Boulevards mit ihren Warenhäusern, ihrer einheitlichen Architektur und ihren großzügigen Sichtachsen, einladend für Konsumenten, Schaulustige und Flaneure. Paris organisierte Weltausstellungen und warb so für sich als Metropole, in der technische Errungenschaften aus aller Welt präsentiert wurden. Moderne Baumaterialien wie Stahl wurden eingesetzt, so für den Eiffelturm und die überdachten Einkaufspassagen. Es war in Paris, wo die Malerei der Moderne begründet wurde, als dort 1874 eine Gruppe französischer Maler eine Ausstellung



Zu den berühmten impressionistischen Werken, die das Musée d'Orsay beherbergt, gehören Claude Monets Gemälde aus der Seerosen-Serie, darunter die *Nymphéas bleus* (1916–1919).

organisierte. Ihre Werke wurden von der Kunstkritik damals abfällig als „Impressionismus“ bezeichnet. Künstler wie Paul Cézanne, Claude Monet und Edgar Degas lösten sich von der Praxis der akademischen Malerei, verließen ihre Ateliers und malten in Stadt und Natur, stellten Szenen des Alltags dar. Sie wollten nicht mehr die Realität getreu abbilden, sondern durch Farbe und teils bis in die Abstraktion aufgelöste Formen beim Betrachter einen Eindruck erwecken. Den Hauptwerken des Impressionismus ebenso wie der früheren Kunst des 19. Jahrhunderts bietet seit 1986 das Musée d'Orsay in Paris einen stilgerechten Rahmen. Es befindet sich in einem umgestalteten Bahnhof gleichen Namens, der 1900 anlässlich der Weltausstellung eröffnet worden war. Auch in den ersten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts blieb Paris die Kulturmetropole der Welt; es wurde „zum natürlichen Hintergrund der Kunst und Literatur des 20. Jahrhunderts“, wie es die in Frankreich lebende amerikanische Schriftstellerin Gertrude Stein ausdrückte.⁶⁸

Frankreichs *patrimoine* umfasst aber nicht etwa einen statischen, ein für alle Mal festgelegten Kanon von schützenswerten Artefakten aus der Vergangenheit. Vielmehr werden Zeugnisse der Vergangenheit im Lichte der Gegenwart neu bewertet und dem *patrimoine* hinzugefügt. Dies lässt sich etwa an den in den letzten Jahren ins UNESCO-Weltkulturerbe aufgenommenen Stätten ablesen: So wurden 2015 die Weinberge, Weingüter und Keller der Champagne in die Welterbe-Liste aufgenommen. 2021 wurde auf diese Weise die einzigartige Hotel- und Palastarchitektur von Nizza ausgezeichnet, die sich um 1900 im Zuge des entstehenden Wintertourismus ausgeprägt hatte. Und gleichermaßen steht das *patrimoine* den popkulturellen Entwicklungen der jüngsten Vergangenheit offen: So sind heute zum Beispiel die Comic-Figur Asterix, der Schlagersänger Johnny

Halliday oder die Schauspielerin Brigitte Bardot unbestrittener Teil des nationalen Kulturerbes.

Für Frankreichs „Soft Power“, für seine Ausstrahlung, seinen internationalen Einfluss und seine Anziehungskraft ist das *patrimoine* von hoher Bedeutung. So ist auch zu verstehen, mit welchem großem Engagement sich der Staat und private Akteure für seine Bewahrung einsetzen. Beispielhaft hierfür ist die Wiederherstellung der Kathedrale Notre-Dame de Paris, nachdem sie im April 2019 von einem Großbrand schwer zerstört worden war. Staatspräsident Macron versprach noch am Abend des Brandes einen Wiederaufbau innerhalb von fünf Jahren – ein Ziel, das damals zahlreiche Experten für unrealistisch hielten. Ein Budget von 846 Millionen Euro kam allein durch Spenden für die Finanzierung des Wiederaufbaus zusammen. Tausende von Handwerkern aus über 250 Firmen und Ateliers arbeiteten auf der Baustelle, bis im Dezember 2024 die Kathedrale wiedereröffnet werden konnte.



Feierliche Wiedereröffnung der Kathedrale Notre-Dame de Paris im Dezember 2024. Der Wiederaufbau nach dem verheerenden Brand fünf Jahre zuvor wurde maßgeblich durch Spendengelder finanziert.

Die französische Sprache – Stolz der Nation

Seit Jahrhunderten gilt die Sprache als das Schlüsselement der französischen Zivilisation. Bis in die Neuzeit hinein war sie allerdings nur die Sprache einer Minderheit – des Hofes, der Gebildeten und der Pariser Region. Die Staatsführung bekundete schon damals großes Interesse an der Pflege des Französischen: So rief Kardinal Richelieu, der Erste Minister Ludwigs XIII., im Jahre 1635 die Académie française ins Leben. Sie setzt sich aus vierzig auf Lebenszeit gewählten Mitgliedern zusammen, die bis heute dafür zuständig sind, die verbindlichen Regeln des Französischen festzulegen und über dessen Entwicklung zu wachen. Im gleichen Zeitraum begann man auch vom „génie“ der französischen Sprache zu sprechen, ihrer besonderen Klarheit, Präzision und Eleganz, mit der sie auch weit über die Landesgrenzen hinaus Begeisterung erweckte. Im 18. Jahrhundert sprach man an zahl-



Feierliche Sitzung im Rahmen der Präsentation der 9. Auflage des *Dictionnaire de l'Académie française*, des offiziellen Wörterbuchs der französischen Sprache, am 14. November 2024 in Paris

reichen europäischen Höfen, wie etwa in Preußen, ganz selbstverständlich Französisch, ebenso wie es internationale Verkehrssprache von Diplomaten und Vertragssprache war.

→ Die Sprache Molières

In Frankreich benennt man Sprachen gerne anhand von bildhaften Umschreibungen. So spricht man etwa vom Deutschen als der „Sprache Goethes“, vom Spanischen als der „Sprache Cervantes“ oder vom Englischen als der „Sprache Shakespeares“. Auf diese Weise werden bedeutende Schriftsteller oder Dichter geehrt, die als exemplarische, prägende Vertreter der jeweiligen Nationalliteratur gelten. Für das Französische fällt diese symbolische Rolle Molière (eigentlich Jean-Baptiste Poquelin, 1622–1673) zu, dem großen Komödiendichter des 17. Jahrhunderts. Dass man die französische Sprache als die „langue de Molière“ bezeichnet, setzte sich allerdings erst im Laufe des 18. Jahrhunderts durch – einer Epoche, in der das Französische zur führenden Sprache der Diplomatie und des europäischen Adels aufstieg. Molière, dessen Stücke nicht nur in Frankreich, sondern bald in ganz Europa aufgeführt wurden, wurde zu ihrem wahren Botschafter.

Der Aufstieg des Französischen zur europäischen Kultursprache war eng mit der literarischen Epoche des Klassizismus verbunden, die von ca. 1660 bis 1725 reichte. In dieser Zeit wurde die Sprache für ihre Klarheit, Strukturiertheit und stilistische Eleganz gerühmt – Eigenschaften, die im 18. und 19. Jahrhundert vielfach als Ausdruck des „französischen Geistes“ verstanden wurden. Das klassische Französisch galt dabei als die vollendete Form



Molière in der Rolle des Cäsar in Corneilles *La Mort de Pompée*, Ölgemälde von Nicolas Mignard, 1658

dieser Sprache, verkörpert durch die berühmten Autoren des „großen“ 17. Jahrhunderts (*Grand Siècle*) wie Pierre Corneille, Jean Racine – und eben Molière.

Auch heute noch ist die Wendung „la langue de Molière“ stark mit der klassischen Epoche Frankreichs verknüpft. Wer sich der „Sprache Molières“ bedient, drückt sich in der Regel besonders gewählt, klar und stilistisch gewandt aus. Molière selbst ist bis heute eine zentrale Figur des französischen Kulturerbes. Seine Komödien gehören zum festen Bestandteil des schulischen Literaturunterrichts, und das berühmte Pariser Theater Comédie-Française, das 1680 aus Molières Schauspieltruppe hervorging, trägt sein Erbe bis heute fort.

Paradoxerweise jedoch war Molière selbst nicht der strikte Vertreter der klassischen Hochsprache, mit dem man ihn heute assoziiert. In seinen Werken bemühte er sich vielmehr um eine realistische Darstellung der sprachlichen Vielfalt seiner Zeit. Dazu gehörten nicht nur die verschiedenen sozialen Schichten, sondern auch die zahlreichen regionalen Sprachen

und lokalen Dialekte Frankreichs – die sogenannten *patois* –, die sich deutlich von der Hochsprache unterschieden. Gerade durch ihre Vielfalt wird die Sprache bei Molière zu einem humoristischen Mittel: In seinen Komödien werden die Eigenheiten verschiedener Sprechweisen komisch überzeichnet – sei es der normannische Dialekt einer Dienerin oder das unverständliche Fachchinesisch eines Arztes. Sprachliche Unterschiede werden so zum Auslöser komischer Missverständnisse und Ausdruck sozialer Kontraste. Tatsächlich wäre es ganz im Sinne Molières gewesen, sich über die Vorstellung lustig zu machen, sein Name stehe für eine bereinigte, ideale Form der französischen Sprache. In seiner Komödie *Les Femmes savantes* (dt. *Die gelehrten Frauen*), die 1672 uraufgeführt wurde, nimmt er die pedantische Leidenschaft grammatikalisch versessener Gelehrter aufs Korn – jener Gelehrten also, die maßgeblich an der Normierung des klassischen Französisch beteiligt waren.

Während das Französische somit bereits früh eine große internationale Ausstrahlung entfaltete, blieb es in manchen Regionen des Inlands lange Zeit fast unbekannt. Denn insbesondere in den Grenzregionen dominierten Regionalsprachen, wie etwa Katalanisch, Baskisch, Flämisch, Bretonisch, Elsässisch und Okzitanisch. Und große Teile der Landbevölkerung sprachen zudem lokale Dialekte (*patois*), die für Außenstehende kaum verständlich waren. Seit der Revolution von 1789 machte es sich der Staat zur Aufgabe, diese Situation zu ändern: Für die Revolutionäre war es unerlässlich, dass alle Bürger die gleiche Sprache beherrschten, um an den öffentlichen politischen Debatten teilnehmen zu können. Sie feierten das Französische

als die Sprache der fortschrittlichen, revolutionären Werte, während Regionalsprachen und Dialekte nun als hinterwäldlerisch und politisch rückständig abgestempelt wurden. Im Laufe des 19. Jahrhunderts und besonders seit der dauerhaften Etablierung der Republik nach 1870 gelang es dem Staat vor allem mittels seiner Schulpolitik, die Regionalsprachen und Dialekte immer mehr zurückzudrängen und das Französische als Nationalsprache durchzusetzen. Während somit in Deutschland eine gemeinsame Sprache der Gründung eines Nationalstaats vorausging, war es in Frankreich der Staat, der eine einheitliche Sprache erst schaffen musste.

Mit der Expansion nach Übersee ab Mitte des 19. Jahrhunderts trat die Entwicklung der französischen Sprache in eine neue Phase ein: Mit jeder Kolonie kam ein neues Territorium hinzu, in dem Französisch als Verwaltungssprache etabliert wurde. Auf



Der damalige Präsident Hollande (vorne 2. v. r.) auf der Eröffnungsfeier des 33. Kongresses der Internationalen Vereinigung der französischsprachigen Bürgermeister (AIMF) in Paris am 15. November 2013

diese Weise erlangte die französische Sprache eine nun weltumspannende Rolle als Kommunikationsmittel, mit der nur das Englische konkurrieren konnte. So war es selbstverständlich, dass Französisch zu einer wichtigen offiziellen Sprache internationaler Organisationen wie des Völkerbunds, der Vereinten Nationen sowie der europäischen Institutionen wurde. In den letzten Jahrzehnten aber ist das Französische auf internationaler Ebene durch die rasante Verbreitung des Englischen immer mehr in die Defensive gedrängt worden. Vor diesem Hintergrund ist es dem Staat sehr daran gelegen, die *francophonie*, die weltweite Gemeinschaft französischsprachiger Menschen, zu bewahren und auszuweiten. Das wichtigste Mittel dabei ist die 2006 gegründete *Organisation internationale de la francophonie* (OIF) mit 56 Mitgliedsländern (die meisten davon in Afrika), fünf assoziierten Staaten und 32 Ländern mit Beobachterstatus. Seitens der OIF wird die Anzahl der französischsprachigen Menschen auf der Welt auf rund 321 Millionen geschätzt.

Der Staat als Förderer von Sprache und Kultur

Seit jeher ist der französische Staat nicht nur bestrebt, die Landessprache zu fördern, sondern auch, die Akteurinnen und Akteure der künstlerischen Produktion zu unterstützen, zu schützen und selbst als Gestalter der Kultur zu wirken. Die Kultur gilt hier nicht als ein weitgehend autonomer Sektor, sondern als ein Bereich von entscheidender Bedeutung für Frankreichs Rolle und Einfluss in der Welt, der deshalb besondere politische Aufmerksamkeit verdient. Da Frankreich sich mit dieser staatsorientierten Sicht von anderen Ländern unterscheidet, wird der Begriff der *exception française* (siehe oben) auch für ein ganzes Spektrum von Maßnahmen zur Protektion und Förderung der nationalen Kultur verwendet.



Die neue Bibliothèque nationale de France, Site François-Mitterrand, die 1996 der Öffentlichkeit übergeben wurde, war eines der ambitionierten Projekte unter Staatspräsident Mitterrand.

Bereits unter der frühneuzeitlichen Monarchie prägte sich das staatliche Engagement im Kultursektor aus: Im 17. Jahrhundert, in Frankreich wegen seines kulturellen Reichtums als das *Grand Siècle* bezeichnet, genossen große Schriftsteller wie Molière, Racine und Corneille die besondere Unterstützung König Ludwigs XIV., der 1680 die Comédie-Française als Heimstatt des französischen Theaters ins Leben rief. Auch verhalf der Staat der klassischen Schlösser- und Gartenarchitektur, der Möbel- und Tapissierherstellung sowie der Porträtmalerei zum Durchbruch, indem er als Auftraggeber bzw. Produzent wirkte. Stets war vor allem Paris der Ort, an dem die Lenker des französischen Staats ihren architektonischen Gestaltungswillen auslebten. So wurden unter Napoleon III. (1852–1870) große Teile des mittelalterlichen Paris abgerissen, um einer Metropole der Moderne mit großen Prachtstraßen und Flaniermeilen Platz zu machen. Ebenso haben mehrere Präsidenten der Fünften

Republik sich mit großen architektonischen Projekten in der Hauptstadt verewigt. So geht etwa auf Charles de Gaulle das Büro- und Geschäftsviertel „La Défense“ mit seinen Wolkenkratzern zurück, das den Fortschrittsgeist der Wiederaufbaujahre verkörperte. Georges Pompidou ließ in den 1970er-Jahren das nach ihm benannte Kulturzentrum mitten im historischen Stadtzentrum erbauen, das mit seiner avantgardistischen Architektur bis heute Staunen erregt. Eine besonders rege Bautätigkeit entfaltete sich unter der Präsidentschaft von François Mitterrand, der in seiner Amtszeit zwischen 1981 und 1995 nicht nur im Ehrenhof des Louvre eine Glaspypamide errichten ließ, sondern auch den Anstoß für den Neubau einer Nationalbibliothek am Seine-Ufer gab. Sein Nachfolger Jacques Chirac (bis 2007 im Amt) konnte sich mit Museen für außereuropäische Kunst und für die Einwanderungsgeschichte seine Wünsche erfüllen.

Seit Gründung der Fünften Republik gibt es ein Kulturministerium, dessen erster Ressortchef von 1959 bis 1969 der international bekannte Schriftsteller André Malraux war. Sein Anliegen war es, bildende Kunst, Literatur, Musik und Theater



Das Büro- und Geschäftsviertel „La Défense“ entstand in den 1960er-Jahren westlich der Pariser Stadtgrenze. Seine zahlreichen Wolkenkratzer trugen ihm den Namen „Manhattan von Paris“ ein.

nicht nur einer kleinen Elite vorzubehalten, sondern einer möglichst großen Anzahl von Bürgerinnen und Bürgern zugänglich zu machen. So gründete er in mehreren Provinzstädten Kulturhäuser, um den starken Fokus der französischen Kultur auf Paris zu durchbrechen. Ähnliche Anliegen verfolgte Jack Lang, der unter François Mitterrand zehn Jahre lang (1981–1986 sowie 1988–1993) das Kulturressort innehatte und durchsetzen konnte, dass ein Prozent der jährlichen Staatsausgaben an sein Ministerium gingen. Auch setzte er sich dafür ein, die hergebrachten Grenzen aufzuheben, welche die anspruchsvolle Hoch- von der Populärkultur trennten: Popmusik, Zirkus, Fotografie, moderner Tanz, Kunsthandwerk, Design und Gestaltung wurden nun vom Ministerium als förderungswürdige kulturelle Aktivitäten berücksichtigt. Auf Initiative von Lang wurde der 21. Juni zum „Fest der Musik“ (*Fête de la musique*) erklärt, an



Die erste *Fête de la Musique* fand am 21. Juni 1982 in Paris statt. Nicht nur in Frankreich, sondern auch in vielen anderen Ländern Europas feiern die Menschen inzwischen alljährlich das Musikfest.

dem seitdem alljährlich in ganz Frankreich, vom kleinsten Dorf bis in die Hauptstadt, Konzerte stattfinden und spontan auf den Straßen und Plätzen musiziert wird.

In den letzten Jahrzehnten hat die französische Kulturpolitik zunehmend defensive Züge angenommen und sich stärker auf den Erhalt der nationalen Kulturproduktion fokussiert. Dies erklärt sich dadurch, dass ab der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts die Vorherrschaft der US-amerikanischen Kulturproduktion, insbesondere was Film und Musik anbelangt, immer größer wurde. Das Interesse des Staates ist es, dafür zu sorgen, dass es weiterhin ein reiches Angebot französischer Filme im Kino und Fernsehen gibt, im Radio nicht nur angloamerikanische Musik gespielt wird und dass nach wie vor französischsprachige Bücher, Zeitschriften und Zeitungen breitgefächert erscheinen.

→ **Die *variété française***

Die strikten Sendequoten der französischen Radiosender sind sicherlich mitverantwortlich dafür, dass es nach wie vor eine große Anzahl von Musikschaffenden gibt, die ausschließlich französischsprachige Songs produzieren. In Frankreich fasst man dieses breite Genre unter dem Sammelbegriff *variété française* zusammen: Popmusik, die so ziemlich alles, vom Schlager über Rock bis zu lateinamerikanischen Rhythmen, umfasst und deren gemeinsamer Nenner ist, dass auf Französisch gesungen wird. Während sich in Frankreich die heimische Popmusik unverminderter Beliebtheit erfreut, schaffen es nur wenige ihrer Interpreten, außerhalb des französischen

Sprachraums zur Kenntnis genommen zu werden. So hatten einige Hits der *variété française* erst in ihrer englischsprachigen Coverversion internationalen Erfolg. Ein berühmtes Beispiel ist *My Way* in der Version von Frank Sinatra: Nur wenige Menschen außerhalb Frankreichs wissen jedoch, dass das Original unter dem Titel *Comme d'habitude* von dem französischen Schlagersänger Claude François (1939–1978) stammte. Auch die alles überragende Kultfigur der *variété française* blieb zeitlebens im Ausland nahezu unbekannt: Johnny Hallyday (1943–2017), der wie kein anderer französischer Musiker die Attitüde eines amerikanischen Rockstars verkörperte. In seiner einzigartigen, mehr als 50 Jahre umfassenden Karriere schuf er 80 Alben, sang auf über 3.000 Konzerten und trat in zahlreichen Filmen auf. Als er 2017 starb, war er eine nationale Ikone: Staatspräsident



Enthüllung der überlebensgroßen Statue der verstorbenen französischen Rock-Ikone Johnny Hallyday in Viviers im Juni 2018

Macron ordnete einen Gedenkmarsch für den Rockstar an, an dem rund 500.000 Menschen teilnahmen. Mittlerweile erinnern mehrere Denkmäler an verschiedenen Orten in Frankreich an den größten Star der *variété française*.

Wie geht der Staat bei seiner Förderung vor? Ein wichtiger Aspekt ist die finanzielle Unterstützung der Kulturproduzenten. So wandern etwa im Bereich Film von jedem verkauften Kinoticket 10,7 Prozent in den Fördertopf des *Centre national du cinéma et de l'image animée* (CNC), der Finanzmittel zur Förderung der französischen Filmproduktion bereitstellt. Wer sich also im französischen Kino einen amerikanischen Blockbuster ansieht, hilft gleichzeitig der heimischen Filmindustrie. Gleichermäßen müssen die Fernsehkanäle einen Teil ihrer Einnahmen, der von 3 bis 12 Prozent reichen kann, an das CNC abführen, Streamingplattformen wie Netflix und Amazon Prime Video müssen 20 bis 25 Prozent ihrer in Frankreich erzielten Einnahmen abgeben. Jährlich stehen dem CNC rund 170 Millionen Euro zur Verfügung, um französische Filmschaffende zu unterstützen. Dabei können Produktionen mit voraussichtlich geringen Einnahmen mit mehr Unterstützung rechnen als Filme, die versprechen, Kassenschlager zu werden. Auf diese Weise soll sichergestellt werden, dass auch anspruchsvolle Filme an die Öffentlichkeit kommen.⁶⁹ Ein weiteres Mittel, um die einheimische Filmproduktion zu fördern, ist die Reglementierung des Fernsehprogramms: 60 Prozent der Filme, die TV-Sender ausstrahlen, müssen europäische Produktionen sein und 40 Prozent französischsprachige Filme. Die staatliche Förderung und Protektion trägt dazu bei, dass Frankreich weiterhin eine produktive und international erfolgreiche Filmindustrie aufweisen

kann. Im Jahr 2022 brachte diese 902 Filme in die internationalen Kinos, wobei Deutschland das Land ist, in das sich französische Produktionen am besten exportieren lassen. Bei internationalen Wettbewerben waren 24,5 Prozent der ausgewählten Filme französische Produktionen.⁷⁰ Exportschlager des französischen Kinos sind mittlerweile unangefochten Komödien wie *Monsieur Claude und seine Töchter*, *Ziemlich beste Freunde* und *Willkommen bei den Sch'tis* (→ S. 20 f.).

→ Die Nouvelle Vague

Wenn eine Stilrichtung repräsentativ für das französische Kino des 20. Jahrhunderts stehen kann, dann ist es die *Nouvelle Vague*, die ab dem Ende der 1950er-Jahre der französischen Filmindustrie Welterfolge bescherte. Die Bezeichnung „Nouvelle Vague“ (Neue Welle) war ursprünglich gar nicht auf das Kino gemünzt. Die Journalistin Françoise Giroud hatte 1958 damit die damalige Jugend beschrieben, die sie einerseits von materiellem Komfort, andererseits von Unsicherheit und Ängsten angesichts der Weltlage (Entkolonialisierung, Kalter Krieg) geprägt sah. Schnell fand der griffige Ausdruck Verbreitung und wurde insbesondere auf neue Tendenzen in der Filmproduktion bezogen. Dort hatten sich junge Regisseure an US-amerikanischen Vorbildern orientiert und Filme realisiert, die mit den Konventionen des damaligen französischen Kinos brachen. Ihre Kritik richtete sich gegen die heimische Filmproduktion, die sich in ihren Augen zu stark am Theater als künstlerischem Leitbild orientierte, vornehmlich literarische Vorlagen adaptierte und am Studio als Produktionsort festhielt. Jean-Luc Godards Film *À bout de souffle* (dt. *Außer Atem*), der 1960 in die Kinos kam, wurde zum Prototyp der *Nouvelle*

Vague – ohne festes Drehbuch, ohne künstliche Beleuchtung oder Studioaufnahmen und ausschließlich mit Handkameras gedreht. Die rastlose Leere der von Jean-Paul Belmondo gespielten Hauptfigur, begleitet von unruhiger Jazzmusik, hinterlässt bis heute beim Zuschauer einen irritierenden Eindruck. „Godard hat das System auseinandergesprengt, er hat ein Chaos in der Kinoproduktion angerichtet, so wie es Picasso in der Malerei getan hat; und ebenso wie dieser hat er alles möglich gemacht“, sagte der Regisseur François Truffaut später über *À bout de souffle*.⁷¹ Godard und Truffaut wurden zusammen mit Claude Chabrol, Eric Rohmer und Jacques Rivette zu den Hauptvertretern der *Nouvelle Vague*. Gemeinsam ist ihnen, dass sie zunächst als Filmkritiker für die Zeitschrift *Cahiers du cinéma* gearbeitet hatten, bevor sich selbst als Regisseure betätigten. Sie etablierten das Konzept des Autorenfilms, wobei sie

jeweils eigene Themen und individuelle Stile entwickelten. Ihr gemeinsames Ziel galt der Erneuerung des französischen Kinos, womit sie über Jahrzehnte stilbildend wirkten – auch weit über Frankreich hinaus.



Jean-Luc Godards Film *À bout de souffle* von 1960 gilt als Schlüsselwerk der *Nouvelle Vague*, die das Kino revolutionierte.

Auch in anderen Bereichen geht der Staat mit einer Mischung aus Förderung und Reglementierung vor, um die heimische Kulturproduktion vor ausländischer, insbesondere angloamerikanischer, Konkurrenz zu schützen. So unterliegen die privaten Radiosender einer Quote, die ihnen auferlegt, dass 40 Prozent der gespielten Lieder französischsprachig sein müssen. Nur für Sender, die sich besonders der Förderung junger Talente widmen, wurde die Quote auf 35 Prozent abgesenkt. Die *Autorité de régulation de la communication audiovisuelle et numérique* (ARCOM), eine unabhängige Aufsichtsbehörde für audiovisuelle und digitale Kommunikation, überwacht die Einhaltung dieser Regelungen.⁷² Französische Schriftsteller, Dichter, Verlage und Buchhandlungen können bei einer staatlichen Einrichtung, dem *Centre national du livre* (CNL) Fördergelder beantragen. Ähnlich wie in Deutschland genießt auch der Buchmarkt in Frankreich besonderen Schutz durch eine Preisbindung, an die sich alle Verkäufer, ob Buchhandlungen oder Online-Händler, halten müssen. Ein weiterer vom Kulturministerium geförderter Sektor ist die Presse. Unter dem Gesichtspunkt, dass Zeitungen und Zeitschriften die Bürgerinnen und Bürger informieren, zur Meinungsvielfalt beitragen und somit ein politisches und kulturelles Bewusstsein fördern, erhielten im Jahr 2022 450 Presseorgane Fördergelder in Höhe von insgesamt 110,4 Millionen Euro.⁷³

Rundfunk und Fernsehen sind Sektoren, auf die der Staat traditionell besonders starken Einfluss genommen hat. Einst unter dem Dach einer einzigen öffentlichen Anstalt, dem *Office de radiodiffusion-télévision française* (ORTF) stehend, galten sie besonders zu Zeiten der Präsidentschaft von Charles de Gaulle (1959–1969) als Informationsorgane der Regierung und die Stimme Frankreichs in der Welt. Die Sicht-

weise des Fernsehens als „öffentlicher Dienst“ wurde so eng gefasst, dass die Schlagzeilen der Nachrichtensendungen direkt mit der Regierung abgesprochen wurden. Erst unter Präsident Valéry Giscard d'Estaing wurde 1974 die Nabelschnur zwischen Politik und Rundfunkanstalten gekappt, das ORTF wurde aufgelöst, seine Nachfolge traten sieben voneinander unabhängige Fernseh- und Hörfunksender an. Ab 1981 konnten private Radio- und Fernsehsender ihre Arbeit aufnehmen. Heute bildet die öffentlich-rechtliche Fernsehanstalt France Télévisions mit ihren sechs Sendern die größte Mediengruppe Frankreichs. Finanziert wird sie mittlerweile nicht mehr durch Rundfunkgebühren, sondern direkt aus Steuergeldern.

Frankreichs Kulturpolitik steht somit für die Auffassung ein, dass Musik, Bücher, Filme und Zeitungen keine üblichen Handelswaren sind, die der Logik des Marktes unterliegen, sondern Teil des zu schützenden und zu fördernden nationalen kulturellen Erbes. Unter diesen Vorzeichen genießen auch viele bildende Künstler, Schauspieler, Zirkusartisten, Sänger und auch technische Fachkräfte im Kulturbereich großzügige staatliche Unterstützung. Da diese oft nur saisonale oder punktuelle Arbeitsverträge bekommen, sichert der Staat ihnen ein monatliches Grundgehalt zu, sofern sie pro Jahr etwa 500 Stunden vertraglich vereinbarte Arbeitsstunden vorweisen können.

→ Frankreichs Milliardäre und die Medien

Wie unabhängig können Frankreichs Medien berichten, wenn sich ein Großteil von ihnen im Besitz der reichsten Männer Frankreichs befindet? Diese Frage wird in den letzten Jahren vermehrt aufgeworfen, seitdem Milliardäre massiv in Zeitungen, Zeitschriften, Fernseh- und Rundfunksender investiert haben. So nennt Bernard Arnault, reichster Mann Frankreichs und Chef des Luxusgüterkonzerns LVMH, die Wirtschaftszeitung *Les Echos* und die größte Pariser Tageszeitung *Le Parisien* sein eigen. Die in der Flugzeug- und Rüstungsindustrie operierende Familie Dassault besitzt die traditionsreiche konservative Tageszeitung *Le Figaro*, während Xavier Niel, Gründer des Telekommunikationsunternehmens Free, Mehrheitseigentümer der linksliberalen Tageszeitung *Le Monde*, mehrerer Regionalzeitungen und Zeitschriften wie *L'Obs* ist. Der Bauunternehmer Martin Bouygues verfügt nicht nur über den populären Fernsehkanal TV1, sondern auch über eine Reihe spezialisierter TV-Sender. Seit einigen Monaten ist auch Rodolphe Saadé, Chef der größten französischen Reederei CMA-CGM, im Mediensektor aktiv, hat die Marseiller Tageszeitung *La Provence* gekauft und besitzt mit BFM-TV einen Nachrichtensender im Stile des amerikanischen CNN. Auch wenn die Eigentümer stets die Unabhängigkeit ihrer Medien bekunden, kommt es gelegentlich zur offenkundigen Einflussnahme auf die redaktionelle Linie der Zeitungen und Fernsehkanäle. So wurde etwa im Frühjahr 2024 ein leitender Redakteur von *La Provence* auf eine Macron-kritische Berichterstattung hin suspendiert. Anders gelagert ist der Fall des Milliardärs Vincent Bolloré, der aus seinen rechts-extremen politischen Überzeugungen keinen Hehl macht und ein Medienimperium aufgebaut hat, das tagtäglich den Vertretern

der französischen extremen Rechten eine Plattform bietet. Im Zentrum seiner Medienwelt stehen die Fernsehkanäle CNews, C8 und Canal+ sowie der Radiosender Europe1, in denen die Parathemen der extremen Rechten – „Überflutung“ durch Einwanderung, Kriminalität, Verfall der nationalen Identität – am laufenden Band diskutiert werden. Als er die bis dahin unabhängige Sonntagszeitung *Le Journal du Dimanche* übernahm und 2023 an deren Spitze den rechtsextremen Journalisten Geoffroy Lejeune setzte, kam es zu einem von nahezu allen Redakteuren der Zeitung mitgetragenen mehrwöchigen Streik. Doch ließ sich Bolloré nicht von seiner Entscheidung abbringen und nahm es in Kauf, dass 90 Prozent der Journalisten das *Journal du Dimanche* verließen. Heute ist die Zeitung ein wichtiger Baustein in Bollorés Medienstrategie, die extreme Rechte an die politische Macht zu bringen.



Streikende Journalistinnen und Journalisten des *Journal du Dimanche* am 28. Juli 2023 vor dem Kulturministerium in Paris. Ihre Demonstration galt dem Schutz der Pressefreiheit und der Unabhängigkeit der Medien.

Intellektuelle, Künstler und die Politik

Das große Interesse des Staates an der Entwicklung des Kulturbereichs ist nur ein Aspekt der engen Verbindungen zwischen Frankreichs Politik und seinen kreativen Geistern. Ein anderer ist das Streben der französischen Schriftsteller, Philosophen und Künstler nach politischem Einfluss und ihre starke Präsenz in gesellschaftlichen Debatten. Den Ausgangspunkt des modernen politischen Engagements von Kulturschaffenden bildet die Dreyfus-Affäre (→ S. 76 f.), das Justizdrama um einen jüdischen Hauptmann, der fälschlicherweise wegen Geheimnisverrats verurteilt und verbannt wurde. Einen entscheidenden Wendepunkt der Affäre markierte die Intervention des Schriftstellers Émile Zola (1840–1902), der 1898 in einem Zeitungsartikel unter dem Titel *J'accuse* (Ich klage an) die Staatsführung beschuldigte, den Justizirrtum vertuschen zu wollen. Sein Aufruf war deshalb so wirksam, weil Zola der meistgelesene, angesehenste Schrift-

steller seiner Generation war und die Bedeutung seines literarischen Werks ins Feld führte, um seiner Stellungnahme Legitimität zu verleihen. Im Umfeld der Dreyfus-Affäre bürgerte sich der Begriff des Intellektuellen für Menschen wie Zola ein,



Titelseite der Tageszeitung *L'Aurore* vom 13. Januar 1898 mit dem offenen Brief Émile Zolas an den französischen Präsidenten Félix Faure, in dem es um die Verurteilung des jüdischen Hauptmanns Dreyfus geht

womit man Kulturschaffende im weitesten Sinne meinte, die eine politische Botschaft öffentlich kommunizierten. Charakteristisch für Frankreichs Intellektuelle ist seitdem gewesen, dass sie oft einander diametral entgegenstehende Positionen einnahmen und sich in heftige Kontroversen verstrickten. Beide Seiten beriefen sich dabei gerne auf große, übergeordnete Prinzipien. Das war schon bei der Dreyfus-Affäre so, als Zola die Ideale der Gerechtigkeit und Wahrheit beschwor, während seine rechtsgerichteten Opponenten wie die Schriftsteller Charles Maurras (1868–1952) und Maurice Barrès (1862–1923) an die „höheren Interessen“ der Nation und der Armee appellierten. In den 1930er-Jahren etwa stritten die Intellektuellen darüber, für welche der großen Ideologien der Zeit man eintreten solle. Zahlreiche Kulturschaffende begeisterten sich für den Kommunismus, während andere im extremen Nationalismus die richtige Antwort auf die Herausforderungen der Zeit erblickten.

Auch nach dem Zweiten Weltkrieg blieben viele Intellektuelle dem Kommunismus treu, auch wenn Frankreich in der globalen Konfrontation aufseiten des Westens stand. Zu den prokommunistischen Kulturschaffenden gehörten der Maler Pablo Picasso (1881–1973), die Dichter Louis Aragon (1897–1982) und Paul Eluard (1895–1952) sowie die Philosophen Jean-Paul Sartre (1905–1980) und Simone de Beauvoir (1908–1986). Sie erblickten im Kommunismus eine erstrebenswerte Utopie; die Alternative zur bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft, die der Ausbeutung des Menschen und der ungerechten Klassengesellschaft ein Ende gesetzt habe bzw. setzen würde. Sartre war es, der das Ideal des universal engagierten Intellektuellen wie kein Zweiter verkörperte, da er zu praktisch allen großen politischen Fragen der Zeit, wie dem Kalten Krieg und der Dekolonisierung, schriftlich Stellung bezog. Sein großer Antipode

war der Politologe Raymond Aron (1905–1983), der sich für die liberale Demokratie, die Allianz mit den USA und die Atombewaffnung des Westens einsetzte. Als ab den 1950er-Jahren die massiven Menschenrechtsverletzungen in der Sowjetunion immer offensichtlicher wurden und die Supermacht auf rücksichtslose Weise militärisch in den sozialistischen „Bruderstaaten“ Ungarn (1956) und der Tschechoslowakei (1968) intervenierte, verlor der Kommunismus mehr und mehr seine Anziehungskraft. Zahlreiche Kulturschaffende wandten sich von ihm ab und bezogen nun vielfach eine kritische Haltung gegenüber allumfassenden Weltdeutungen und jedweden Ideologien.

Ab den 1970er-Jahren trat an die Stelle des universellen Intellektuellen im Stile von Zola und Sartre der „spezifische Intellektuelle“, wie ihn der Philosoph Michel Foucault (1926–1984)



Michel Foucault (mit Megafon) und Jean-Paul Sartre (l. daneben) bei einer Protestkundgebung in der Rue de la Goutte d'Or, Paris, am 27. November 1971, wo der junge Algerier Djilali Ben Ali einen Monat zuvor Opfer eines rassistischen Anschlags wurde

beschrieben und verkörpert hat. Der spezifische Intellektuelle fühlt sich nicht berufen, zu jedwedem Thema Stellung zu beziehen, sondern greift in die öffentliche Debatte nur dann ein, wenn seine wissenschaftliche Expertise gefragt ist. So bezogen sich Michel Foucaults Beiträge auf Themen, die er selbst in seinen Büchern bearbeitet hatte: die Verfolgung und Bestrafung von Verbrechen in unseren Gesellschaften, die Regulation der Sexualität, der Umgang mit psychisch kranken Menschen. Dem Leitbild des spezifischen Intellektuellen entsprach auch der Soziologe Pierre Bourdieu (1930–2002), dessen zentrales Anliegen darin bestand, die fortbestehenden Ungleichheiten innerhalb der französischen Gesellschaft zu bekämpfen, die er auf der Grundlage empirischer Studien anprangerte. Für Bourdieu machten sich soziale Ungleichheiten nicht nur an den Einkommensverhältnissen fest. Auch der Kunst- und Musikgeschmack, die Vorlieben für bestimmte Sportarten, der Lebensstil, der Zugang zu Bildungseinrichtungen waren für ihn im höchsten Maße durch die Herkunft aus privilegierten oder unterprivilegierten Schichten geprägt.

Mit der Veränderung der politischen Öffentlichkeit haben sich auch die Interventionen der Intellektuellen gewandelt. Zu Zeiten von Sartre, Beauvoir und Aron trugen sie in allererster Linie in schriftlicher Form, zumeist in Form von Zeitschriftenartikeln, zur politischen Debatte bei. Heute können Intellektuelle nur dann Aufmerksamkeit erzielen, wenn sie im Fernsehen auftreten, Interviews geben und die sozialen Medien nutzen. Doch nicht alle sind dazu bereit, sodass heutzutage einige wenige, medial sehr präsente Autoren wie die Philosophen Michel Onfray (*1959) und Bernard Henri-Lévy (*1948) das Bild des französischen Intellektuellen prägen, während Schriftsteller wie der Literaturnobelpreisträger Jean-Marie Le Clézio (*1940) medial kaum präsent

sind. Auch hat sich seit dem Aufkommen zunächst des Fernsehens und schließlich der digitalen Medienformate das Feld der politisch vernehmbaren Kulturschaffenden stark erweitert. Es umfasst heute nicht mehr nur Romanciers, Dichter, Philosophen und bildende Künstler, sondern auch Schauspieler, Komödianten und Stars des Showbusiness.

→ Coluche

In Frankreich kennt ihn jeder, außerhalb des Landes ist er hingegen weitgehend unbekannt geblieben. Für die Franzosen ist er nicht nur der Inbegriff eines Komödianten, sondern auch ein Mensch, der sich gesellschaftlich engagierte: Coluche, mit bürgerlichem Namen Michel Colucci, wurde 1944 in Paris geboren und stammte aus ärmlichen Verhältnissen. Er versuchte sich in mehreren Berufen, bis er im Improvisationstheater Fuß fasste. Dort entdeckte man ihn für das Fernsehen, wo er ab 1974 immer erfolgreicher wurde. Er trat als Clown auf, mit gestreifter Latzhose und roter Nase, parodierte mit Empathie und Zweideutigkeit den Durchschnittsfranzosen mit seiner bornierten Weltsicht und seiner Angewohnheit, über alles nur Denkbare zu meckern. Ebenso verulkte er in oft derber Sprache die Politiker, denen er vorwarf, dass sie sich um die Sorgen der Franzosen nicht scherten. Bekannt wurde er auch durch das Kino, so etwa 1976 an der Seite von Louis de Funès in der Komödie *Brust oder Keule*. 1980 kündigte er an, für die Präsidentschaftswahl zu kandidieren. Was zunächst als Scherz gemeint war, entwickelte sich zu einem Politikum, denn in Meinungsumfragen äußerten 16 Prozent der Befragten, dass sie für ihn stimmen würden. Doch drei Monate vor der Wahl gab

er auf – insbesondere, weil das linke Lager Druck auf ihn ausgeübt hatte. Danach fiel er in eine schwere Lebenskrise, kehrte jedoch 1985 wieder ins Fernsehen zurück. Im gleichen Jahr initiierte er angesichts der grassierenden Armut in Frankreich ein höchst erfolgreiches Projekt: die *Restos du Cœur*, die „Restaurants des Herzens“, die bis heute mit gespendeten Lebensmitteln Gratismahlzeiten zubereiten und an Bedürftige verteilen. 1986 kam Coluche mit nur 41 Jahren bei einem Motorradunfall ums Leben. Doch in den Herzen der Französisinnen und Franzosen lebt er weiter als ein volksnaher Komödiant, der wie kaum ein anderer ihre Schwächen aufs Korn nehmen konnte.



Coluche während einer Fernsehshow im Januar 1986 zur Unterstützung seines karitativen Projekts *Restos du Cœur*

Der „Prix Goncourt“ und das Ritual der Literaturpreise

Wenn die langen Sommerferien zu Ende gehen, blicken Frankreichs Leserinnen und Leser mit Spannung auf den Buchhandel. Denn im September beginnt die *rentrée littéraire* – der Wiedereinstieg ins literarische Leben mit dem Erscheinen von nahezu 500 Romanen jeden Herbst. Für mehrere Wochen bleibt es spannend, welche unter diesen Titeln sich als die erfolgreichsten und angesehensten herauskristallisieren werden. Eine entscheidende Rolle spielt dabei die Verleihung der Literaturpreise alljährlich im November. Der mit Abstand bekannteste und älteste unter ihnen ist der „Prix Goncourt“, der auf die Brüder Edmond und Jules de Goncourt zurückgeht. Diese gefeierten Autoren und Chronisten des Pariser Lebens des 19. Jahrhunderts hatten testamentarisch die Gründung einer nach ihnen benannten Akademie verfügt: Zehn auf Lebenszeit berufene Mitglieder sollten sich einmal pro Monat in einem Pariser Restaurant treffen und jedes Jahr den besten neuerschienenen französischsprachigen Roman auszeichnen. Unter den Preisträgerinnen und Preisträgern seit der ersten Vergabe im Jahre 1903 finden sich die großen Namen der modernen französischen Literatur – von Marcel Proust über André Malraux, Simone de Beauvoir, Marguerite Duras bis hin zu Michel Houellebecq.

Das Preisgeld ist dabei bedeutungslos, handelt es sich doch lediglich um symbolische zehn Euro – wichtig ist das große Renommee, das mit dem „Goncourt“ einhergeht. Wer den Preis gewinnt, kann heute damit rechnen, dass sein Buch etwa 400.000 Mal verkauft wird. Selbstverständlich zieht eine so einflussreiche Einrichtung wie die Académie Goncourt mit ihrem begehrten Preis auch viel Kritik auf sich. Zuvorderst galt diese der Dominanz von Männern, bestand doch die Jury vier Jahrzehnte lang ausschließlich aus männlichen Mitgliedern, die vierzig



Die sogenannte *rentrée littéraire*, der literarische Herbst, hält jedes Jahr ganz Frankreich in Atem, dann werden die wichtigsten Literaturpreise des Landes vergeben.

Jahre damit warteten, bis sie mit Elsa Triolet 1944 erstmals einer Autorin den „Goncourt“ zuerkannten. Und bis heute ist es nur zwölf Frauen gelungen, den renommierten Preis zu erringen. Bereits 1904 tat sich eine Gruppe von 22 Autorinnen zusammen, um gegen die Männerdominanz des „Goncourt“ vorzugehen und einen eigenen Preis, den „Prix Femina“, zu gründen, der bis heute von einer exklusiv aus Frauen bestehenden Jury verliehen wird.

Eine weitere Eigentümlichkeit des „Goncourt“ besteht darin, dass ein Autor bzw. eine Autorin den Preis nur einmal im Leben erhalten darf, auch wenn noch weitere große Werke aus seiner Feder auf den Markt kommen. Nur ein Autor hat in seinem Leben zwei „Goncourts“ erhalten, nämlich Romain Gary, der 1956 zum ersten Mal ausgezeichnet worden war. Da er unter der öffentlichen Aufmerksamkeit litt, die ihm der Preis verschafft hatte, legte er sich für seine nächsten Romane das

Pseudonym Émile Ajar zu. Sein 1975 unter diesem Namen veröffentlichter Roman *La vie devant soi* (dt. *Du hast das Leben vor dir*) wurde ebenfalls mit dem „Goncourt“ ausgezeichnet, denn keines der zehn Jurymitglieder hatte den wahren Verfasser erkannt. Fünf Jahre lang blieb die Identität von Émile Ajar im Dunkeln, bis nach dem Tod Garys die Wahrheit ans Tageslicht kam.

Die Auszeichnungen in den letzten Jahren machen deutlich, dass sich die Wahrnehmung der französischen Literatur gewandelt hat. Wurden in den ersten Jahrzehnten fast ausschließlich Autoren geehrt, die aus Frankreich stammten und dort ansässig waren, beginnt sich nun ein globales Verständnis von französischsprachiger Literatur durchzusetzen. So wurde 2024 mit Kamel Daoud ein algerischer Schriftsteller mit dem „Prix Goncourt“ ausgezeichnet, der Preisträger des



Die französisch-marokkanische Schriftstellerin Leïla Slimani wurde 2016 für ihren Roman *Chanson Douce* mit dem „Prix Goncourt“ ausgezeichnet.

Jahres 2021, Mohamed Mbougar Sarr, stammt aus dem Senegal. Mit Leïla Slimani erhielt 2016 eine Schriftstellerin mit marokkanischen Wurzeln den Preis, 2008 der aus Afghanistan stammende Atiq Rahimi, 2006 Jonathan Littell aus den Vereinigten Staaten. Auch sind Autorinnen und Autoren mit Einwanderungsgeschichte geehrt worden, die diese Erfahrung romanhaft verarbeitet haben, wie etwa Marie NDiaye in ihrem Roman *Trois femmes puissantes* (2009) und Andreï Makine in *Le Testament français* (1995). Jean-Marie Le Clézio, der 2008 mit dem Literaturnobelpreis ausgezeichnet wurde, hat diesem Wandel Ausdruck verliehen, indem er das Französische nicht mehr als „die Sprache Frankreichs, sondern [als] die Sprache all derjenigen, die sie sprechen“ charakterisierte. „In welchem Land auch immer sie leben, ist die Inspiration dieser Menschen mit ihren persönlichen Erfahrungen verbunden, und sie tragen zum Wandel der Sprache bei.“ Wenn das Französische überleben solle, könne es dies nur dank „dieses frischen Bluts, dieses Beitrags von Menschen, die nicht alle an das Gleiche glauben“.⁷⁴

Die bande dessinée – Frankreichs Passion für den Comic

Wer schon einmal eine französische Buchhandlung betreten hat, wird bemerkt haben, wie viel Platz dem Comic eingeräumt wird – der *bande dessinée*, kurz „BD“. Zumeist in stattlichen Bänden, sogenannten Alben, vertrieben, findet er eine große Leserschaft: Jedes vierte in Frankreich verkaufte Buch ist ein Comic. Die Geschichte der modernen französischen „BD“ beginnt tatsächlich im frankophonen Belgien, und zwar mit dem Autor und Illustrator Hergé (eigentlich Georges Remi). Ab 1929 erschienen dort, zunächst in Zeitungsbeilagen, die ersten



Der belgische Comic-Zeichner Georges Prosper Remi (1907–1983), alias Hergé, 1975 in Brüssel. Sein bekanntestes Werk sind die Abenteuer von Tim und Struppi, die er von 1929 bis zu seinem Tod schrieb und zeichnete.

Abenteuer seiner später weltbekannten Comic-Helden Tim und Struppi (frz. Tintin und Milou). Aufgrund der Sprachengemeinschaft erzielte Hergés Werk großen Erfolg und fand auch Nachahmer im Nachbarland, sodass von nun an Comic-Autoren, Verleger und Zeitschriften immer stärker grenzüberschreitend zwischen Frankreich und Belgien operierten.

Man spricht seitdem vom „frankobelgischen“ Comic-Genre, das nach dem Zweiten Weltkrieg mit Zeitschriften wie *Le journal de Tintin* und *Le journal de Spirou* erblühte, in denen unsterbliche Comic-Figuren wie Gaston, Lucky Luke, Boule et Bill und die Schlümpfe zum ersten Mal auftraten. Im Umfeld der französischen Zeitschrift *Pilote* begannen der Autor René Goscinny und der Zeichner Albert Uderzo eine der fruchtbarsten Kooperationen des Genres. Mit ihrem ersten, 1961

erschienenen Album *Astérix le Gaulois* (dt. *Asterix der Gallier*) schufen sie eine Parabel auf das Frankreich im Widerstand gegen Nazi-Deutschland während der Besatzungszeit von 1940 bis 1945: Ein gallisches Dorf, dessen Bewohner sich ständig streiten, aber letztlich einander in tiefer Solidarität verbunden sind, leistet der römischen Eroberung unbeugsamen Widerstand. Immer wieder finden sich auch in den späteren Bänden vielschichtige Anspielungen auf die Geschichte und die zeitgenössische französische Gesellschaft.

Heutzutage ist die *bande dessinée* ein weitverzweigtes Genre, zu dem auch Romanadaptionen, Krimis, erotische Literatur, Biografien und Science-Fiction-Titel gehören. Auch um gesellschaftlich-politische Themen und problematische historische Stoffe, wie etwa die Weltkriege und die Dekolonisierung, zu diskutieren und einem breiten Publikum nahezubringen, hat sich der Comic als ein beliebtes Medium etabliert. Die Hauptstadt der „BD“ ist nicht etwa Paris, sondern die kleine Provinzstadt Angoulême, die seit fünf Jahrzehnten das weltweit größte Comic-Festival organisiert und in der die *Cité Internationale de la Bande Dessinée et de l'Image* zu Hause ist – zugleich Comic-Museum, Forschungszentrum, Kino und Künstlerresidenz. Das jährliche Festival von Angoulême ist der ideale Ort, um sich die gegenwärtigen Trends des Comics vor Augen zu führen. So erwecken unter der jüngeren Generation Frankreichs nicht mehr frankobelgische „BDs“ das größte Interesse, sondern Mangas im japanischen Stil: Jeder zweite heute in Frankreich verkaufte Comic ist ein Manga; und nach den Japanern sind die Franzosen die weltweit größten Manga-Konsumenten.

→ „Je suis Charlie“

Zur Geschichte des französischen Geisteslebens gehört auch der oft satirische, respektlose, ja bisweilen blasphemische Umgang mit Religionen. Bereits Aufklärer wie Voltaire hatten sich der Devise „Écrasez l'infâme!“ („Rottet den Aberglauben aus!“) verschrieben und den bigotten, intoleranten und rückständigen Katholizismus ihrer Zeit verspottet. In dieser Tradition sah sich die 1970 von Karikaturisten und Satirikern gegründete Zeitschrift *Charlie Hebdo*, die sich – neben der gegenwärtigen Politik – gerne katholische Kleriker mit ihrer verklemmten Doppelmoral vorgeknöpft. Als die Karikaturisten ab den 2000er-Jahren ihren Spott mehr und mehr gegen den fundamentalistischen Islam richteten, den sie als intolerant, frauenfeindlich und autoritär auf Korn nahmen, sahen sie sich immer heftigerer Kritik ausgesetzt. Diese spitzte sich zu, als *Charlie Hebdo* Karikaturen Mohammeds veröffentlichte, da in weiten Teilen der islamischen Welt Abbildungen des Propheten in menschlicher Gestalt verboten sind und einige dieser Cartoons eindeutig blasphemischen Charakter hatten. Versuche, gegen die Mohammed-Karikaturen gerichtlich vorzugehen, scheiterten, da blasphemische Darstellungen und Äußerungen in Frankreich ausdrücklich durch die Meinungsfreiheit geschützt sind. Nachdem die Illustratoren und Autoren der Zeitschrift mehrfach Drohungen erhalten hatten und das Redaktionsgebäude 2011 in Brand gesetzt worden war, stand *Charlie Hebdo* unter polizeilichem Schutz.

Am 7. Januar 2015 drangen zwei mit Maschinengewehren bewaffnete Terroristen in die Pariser Redaktion ein, riefen „Allah ist groß“ und erschossen zwölf Menschen, darunter zwei Polizisten

sowie die prominenten Karikaturisten und Autoren der Zeitschrift. Die Nachricht von dem islamistisch motivierten Terrorattentat ging wie ein Schock durch das ganze Land. Staatspräsident François Hollande äußerte, dass nicht nur die Autoren einer Zeitschrift, sondern Frankreich als Wertegemeinschaft, als Ideal der Toleranz und Gesinnungsfreiheit angegriffen worden sei. Eine Welle der Solidarität erhob sich für die Satirezeitschrift, die nie eine große Leserschaft gefunden hatte und deren Karikaturen immer wieder heftigen Anstoß erregt hatten. Zum Ausdruck kam dies in dem Slogan „Je suis Charlie“ („Ich bin Charlie“), der millionenfach niedergeschrieben, an Hauswände plakatiert und bei Demonstrationen durch die Straßen getragen wurde. An einem Gedenkmarsch in Paris am 11. Januar 2015 nahmen ca. 1,5 Millionen Menschen teil. Selten hat Frankreich einen solchen Moment der Einmütigkeit und gesellschaftlichen Mobilisierung erlebt.



Solidaritätsbekundung in Strassbourg, wenige Tage nach dem islamistischen Anschlag auf die Satirezeitschrift *Charlie Hebdo* am 7. Januar 2015 in Paris



» Eröffnungszeremonie der Olympischen Sommerspiele in Paris am 26. Juli 2024



11

**Sportnation Frankreich:
Olympia 2024, Tour de France,
Fußball und Rugby**

Vielen Menschen sind die Eröffnungsfeierlichkeiten der Pariser Olympischen Spiele 2024 als ein grandioses Spektakel in Erinnerung geblieben. Die Feier am 26. Juli 2024 wirkte deshalb so gelungen, weil sie verschiedene Aspekte miteinander verband: Eine Parade entlang der Seine zelebrierte das einzigartige kulturelle Erbe der Hauptstadt, gab großen internationalen Künstlern eine Bühne und ließ Frankreich gleichzeitig als eine sportbegeisterte Nation erscheinen. Auf einmal schien Paris wieder an seine große Vergangenheit als „Stadt der Lichter“ und Weltkulturhauptstadt anzuknüpfen, als Lady Gaga an den Ufern der Seine eine Revuenummer aus den 1960er-Jahren aufführte und Céline Dion vom Eiffelturm aus Edith Piafs *Hymne à l'amour* sang.

Olympische Weihen und Sport im Alltag

Die Eröffnungsfeier war der Auftakt zu Olympischen Spielen, die für Frankreich auch sportlich erfolgreich verliefen. So griff die gute Stimmung während der Spiele auf eine anfangs skeptische und notorisch unzufriedene Bevölkerung über, die sich angesichts der Medaillenerfolge und der internationalen Anerkennung, die Frankreich zuteilwurde, immer mehr für die Olympiade begeisterte. In einem von Selbstzweifeln und Abstiegsängsten geprägten Land bekundeten mehr und mehr Bürgerinnen und Bürger in Interviews, dass sie „stolz auf Frankreich“ seien. Zum Ende der Spiele lag Frankreich mit 16 Goldmedaillen auf Platz fünf des Medaillenspiegels; und der Schwimmer Léon Marchand avancierte förmlich zum Nationalhelden, nachdem er mit vier Goldmedaillen ausgezeichnet worden war. Wenn also durch die Olympiade auch Frankreichs „Soft Power“ als Sport- und Kulturnation gestärkt werden sollte, dann müssen sie als großer Erfolg angesehen werden.



Die Pariser Bürgermeisterin Anne Hidalgo und Tony Estanguet, Organisationschef der Olympischen Spiele 2024, überzeugten sich im Vorfeld von der Wasserqualität der Seine.

Dabei war der Weg zu den dritten Olympischen Spielen in Paris (nach 1900 und 1924) steinig und von Rückschlägen gekennzeichnet. So hatte sich Paris bereits für die Spiele des Jahres 2012 beworben, musste sich aber in der damaligen Endausscheidung gegen den Erzrivalen London geschlagen geben. Nach der anfänglichen Enttäuschung war aber die Niederlage wie ein heilsamer Schock durch die französische Sportwelt gegangen, die sich nun nicht mehr vornehmlich auf ihren Ruhm als Heimatland des Gründers der modernen Olympischen Spiele, Pierre de Coubertin, und als Stätte großer Sportwettbewerbe wie der Tour de France berief, sondern auch massiv in die Förderung junger Athletinnen und Athleten sowie des Breitensports investierte. Doch verliefen die technischen Vorbereitungen auf die Spiele des Jahres 2024 nicht

immer reibungslos und verursachten dem hochverschuldeten Land viel mehr Kosten als ursprünglich veranschlagt. So fielen allein für die Reinigung der Seine Steuergelder in Höhe von rund 1,4 Milliarden Euro an, damit in dem Fluss ein Teil der Schwimmwettbewerbe stattfinden konnte.⁷⁵ Und Kritiker prophezeiten für die Sommermonate 2024 ein Verkehrs- und Sicherheitschaos in der notorisch überlasteten Hauptstadt. Als die Spiele dann ohne solche Probleme, in entspannter Atmosphäre und bestens organisiert über die Bühne gingen, schienen viele Bürgerinnen und Bürger davon überrascht gewesen zu sein, was ihr viel gescholtenes Land zu leisten in der Lage ist.

Wie steht es um die Rolle des Sports im Alltag der französischen Bevölkerung? Gemäß den offiziellen Statistiken trieben im Jahre 2023 60 Prozent der Französischen und Franzosen mindestens einmal pro Woche Sport, wobei die Tendenz gegenüber früheren Jahren steigend ist. Damit ist Frankreichs Bevölkerung eine der sportlichsten in der EU. Wie so vieles in Frankreich ist auch der Zugang zum Sport und dessen Praxis stark von der sozialen Herkunft und dem Status abhängig. So praktizieren 88 Prozent der Akademikerkinder einen Sport, während es unter den Arbeiterkindern lediglich 75 Prozent sind. Bei den Erwachsenen liegen die männlichen leitenden Angestellten mit 85 Prozent an der Spitze der Sporttreibenden; unterdessen treiben nur 66 Prozent der Arbeiter und 54 Prozent der Arbeiterinnen regelmäßig einen Sport. Auch die Vorliebe für bestimmte Sportarten hängt stark vom Einkommen und sozialen Status ab: Während Führungskräfte vor allem Körpertraining, Radfahren und Schwimmsport praktizieren, betreiben Studierende und Personen mit geringem Einkommen ganz überwiegend Mannschaftssportarten.⁷⁶

Die Grande Boucle: jährlicher Wettkampf der besten Radfahrer

Das wichtigste, international bekannteste und beliebteste Sportereignis ist die Tour de France. Jeden Sommer mobilisiert die *Grande Boucle* (Große Schleife), wie man sie in Frankreich nennt, für drei Wochen nicht nur die weltbesten Radfahrer, sondern auch ein Heer von Technikern, Begleit- und Sicherheitspersonal, Sponsoren, Werbeträgern; ganz zu schweigen von den Millionen Menschen, die sich entlang der in den letzten Jahren meist um die 3.500 km langen Strecke sammeln und die Radfahrer anfeuern. Insbesondere wegen ihrer enormen internationalen Ausstrahlung ist die Tour de France ein wichtiger Wirtschaftsfaktor: So wurde das Rennen 2024 von 100 Fernsehkanälen in 190 Länder übertragen. Ebenso ist es ein weltweiter Tourismusmagnet, sodass es für die französischen Gemeinden äußerst lohnend ist, Etappenziel oder auch nur Durchfahrtsort des Fahrradrennens zu sein. Für jeden investierten



Peloton der 4. Etappe von Pinerolo (Italien) nach Valloire (Frankreich) bei der Tour de France 2024. Das Straßenradrennen führt über 21 Etappen.

Euro ist eine Rendite von drei Euro zu erwarten. Deshalb werben alljährlich französische Bürgermeister um die Gunst des Veranstalters des Straßenrennens, der Amaury Sport Organisation (A.S.O.), damit ihre Gemeinde bei der Streckenplanung berücksichtigt wird.

Mit über 120 Jahren ist die Tour de France eines der traditionsreichsten Sportereignisse der Welt. Begründet wurde sie 1903 von Henri Desgranges, dem Inhaber der Sportzeitung *L'Auto*, aus der später das bis heute bestehende Journal *L'équipe* hervorgehen sollte. Seit 1903 findet der Wettbewerb alljährlich statt, unterbrochen nur von den beiden Weltkriegen. Das erste Rennen dauerte 19 Tage und umfasste nur sechs Etappen mit einer Gesamtlänge von rund 2.500 km; auch mussten die Fahrer damals noch nicht die höchsten Pässe in den Alpen und Pyrenäen erklimmen, was heute zu den spektakulären Höhepunkten der Tour gehört. Von Anfang an war das Fahrradrennen von einem patriotischen Zug gekennzeichnet: In einer Zeit wachsender internationaler Spannungen führte die Tour entlang der nationalen Grenzen, verband große Städte und endete in der Hauptstadt. Während einiger Tage verfolgten die Menschen in allen Teilen des Landes den Wettkampf der besten Radfahrer der Welt und nahmen so gemeinschaftlich an einem nationalen Spektakel teil. „Die Tour hat wahrscheinlich mehr für die nationale Einheit Frankreichs getan als jedes andere große Ereignis, das im Laufe des 20. Jahrhunderts auf seinem Boden stattgefunden hat“, äußerte der Schriftsteller Georges Conchon.⁷⁷ Auch scheute man nicht davor zurück, mit dem Radrennen politische Botschaften auszusenden: So führte vor dem Ersten Weltkrieg die Strecke mehrfach in das damals von Deutschland annektierte Elsass-Lothringen, etwa auf den Großen Belchen der Vogesen und in die Stadt Metz, wo die Menschen das

französische Sportereignis enthusiastisch begrüßten. Der politische Aspekt der Tour wurde noch verstärkt, als 1930 das bis dahin übliche Format abgeschafft wurde, das die Rennfahrer in von Fahrradherstellern gesponserte Teams aufteilte. So traten im gleichen Jahr erstmals Nationalmannschaften aus Frankreich, Italien, Spanien, Belgien und Deutschland gegeneinander an. Das Nationenformat wurde bis 1962 beibehalten, als man wieder zu den bis heute üblichen gesponserten Teams zurückkehrte.

Nach dem Zweiten Weltkrieg europäisierte sich die Tour de France immer mehr, insbesondere indem man den Start in andere Länder verlegte. So begann 1958, im Gründungsjahr der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, die Tour in Brüssel. 1965, zwei Jahre nach dem deutsch-französischen Freundschaftsvertrag, wählte man Köln als Startort aus. 1987, zwei Jahre vor dem Mauerfall, starteten die Radfahrer in West-Berlin. 1992, im Jahr des Maastricht-Vertrags, ging die Route durch sieben EU-Mitgliedsstaaten. Zwei Jahre später durchfuhren die Rennfahrer den kurz zuvor fertiggestellten Tunnel unter dem Ärmelkanal von Calais nach Dover. Der bislang entfernteste Startort war Dublin im Jahre 1998. Auch nach ihrer Europäisierung bleibt die Tour de France für zahllose Franzosen ein wichtiger Teil des nationalen kulturellen Erbes: ein Spektakel, das jedes Jahr die schönsten Landschaften Frankreichs in ihrer Verschiedenheit zeigt, Erinnerungen an legendäre Radfahrer wie Bernard Hinault wachruft, über Wochen Gesprächsstoff liefert und einen tagtäglich am Bildschirm mitfiebern lässt.

Dessen ungeachtet war das große Straßenrennen in den letzten Jahren immer wieder heftiger Kritik ausgesetzt; dies nicht nur wegen seiner immer massiveren Kommerzialisierung und der



Einer der größten Skandale der Sportgeschichte: Wegen Dopings wurden dem US-Amerikaner Lance Armstrong 2012 alle seine sieben Tour-Titel aberkannt.

Streckenführung, die den Radfahrern von Jahr zu Jahr größere Anstrengungen abverlangt und sie steigenden Gefahren aussetzt. Im Mittelpunkt der Kritik stand die weitverbreitete Dopingpraxis, deren ganzes Ausmaß im Zusammenhang mit dem Festina-Skandal 1998 ans Licht der Öffentlichkeit kam. Nachdem der Betreuer des französischen Festina-Teams mit großen Mengen unerlaubter Substanzen aufgegriffen worden war, kam zum Vorschein, dass in seinem Team das Verabreichen von Dopingmitteln zur generellen Praxis gehörte, ohne dass die betreffenden Fahrer bei Kontrollen aufgefallen wären. Der größte Dopingsünder in der Geschichte der Tour de France war allerdings der US-Amerikaner Lance Armstrong, der seine sieben Toursiege zwischen 1999 und 2005 mithilfe illegaler Substanzen erlangte. Mancher Kritiker sah angesichts solcher Skandale das Ende des traditionsreichen Radrennens kommen, doch hat die Tour nicht zuletzt durch das entschiedene Vorgehen gegen den Dopingsünder ihre Widerstandsfähigkeit

bewiesen. Nachträglich wurden Armstrong seine Siege aberkannt, sodass in der Siegerchronologie der Tour nunmehr eine siebenjährige Lücke klafft.

Fußballnation und Rugbyland

In verschiedenen Mannschaftssportarten ist Frankreich sowohl im Frauen- wie im Männerbereich sehr gut aufgestellt. Dies ist etwa im Basketball und Handball der Fall, wo die französischen Teams seit Längerem auf den vorderen Plätzen der Weltrangliste stehen. Auch im Fußball und Rugby, den in Frankreich beliebtesten Mannschaftssportarten, spielt das Land seit Jahren international ganz vorne mit. Fiebert in Deutschland die ganze Nation von Flensburg bis München mit, wenn es um Fußball geht, ist Frankreich in dieser Hinsicht zweigeteilt. Das Fußballherz des Landes schlägt insbesondere im Norden und Nordosten, in Städten wie Lille und Lens, während der Südwesten mehr dem Rugby zugetan ist. Beide Sportarten wurden von Briten nach Frankreich gebracht: Der Fußball kam ab den 1860er-Jahren über den Ärmelkanal in den französischen Nordosten, während britische Kaufleute gegen Ende des 19. Jahrhunderts Rugby in die Küstenstädte des Südwestens importierten.

Wird Fußball mittlerweile in ganz Frankreich gespielt, so bleibt Rugby vornehmlich auf seine Ursprungsregion beschränkt, die sich von der Atlantikküste im Südwesten nach Südosten erweitert. Man nennt diese Rugbyregion auch die „Ovalie“ – das Land des ovalen Balles. Bis heute sind in der französischen Rugby-Liga fast nur Teams aus dem Süden des Landes vertreten. Die Rugby-Nationalmannschaft der Männer befindet sich seit Jahren unter den besten fünf der Weltrangliste, sie erreichte mehrfach die letzten Runden bei Weltmeisterschaften und gewann



Das französische Rugby-Nationalteam der Frauen jubelt 2014 nach dem Sieg gegen Italien im Six-Nations-Turnier, bei dem sechs Nationen um den Titel kämpfen.

zuletzt 2025 das Six-Nations-Turnier, bei dem Frankreich, England, Wales, Schottland, Irland und Italien gegeneinander antreten. Mit seinen international erfolgreichen Rugby-Nationalteams sowohl der Männer wie auch der Frauen nimmt Frankreich durchaus eine Ausnahmestellung ein, da das Spiel mit dem ovalen Ball neben seiner Heimat Großbritannien vornehmlich in jenen Ländern populär ist, die einst zum britischen Empire bzw. Einflussgebiet gehörten.

Frankreichs Rugbyspieler sind stolz darauf, eine andere „Ethik“ zu verkörpern als diejenige, die sie beim Fußball vorherrschen sehen. Während dort die großen Stars, die Torjäger und Spielmacher im Zentrum der Aufmerksamkeit stehen, zählt im Rugby der Mannschaftsgeist, der allseitige Respekt und der Einsatz für das Kollektiv. Dabei scheuen die kräftig gebauten Spieler nicht vor schonungslosem Körpereinsatz zurück und jammern nur selten bei einer Verletzung. Zentrales Element

der französischen Rugbykultur ist die sogenannte dritte Halbzeit (*le troisième mi-temps*), die zumeist alkoholreiche Feier nach dem Match. Längst ist das Spiel mit dem ovalen Ball allerdings nicht mehr nur Männern vorbehalten, sondern wird mehr und mehr auch von Frauen und Mädchen betrieben, die mittlerweile mehr als ein Viertel der Rugbyspielenden ausmachen.

Was den Fußball anbelangt, so ist Frankreich seit vielen Jahren international eine der erfolgreichsten Nationen, erkennbar an den hervorragenden Platzierungen der Nationalmannschaft der Männer bei großen Wettbewerben: Weltmeister 1998 und 2018, Europameister 2000, Vizeweltmeister 2006 und 2022, Vizeeuropameister 2016, Halbfinalist bei der Europameisterschaft 2024. Bezeichnend für die Weltklasse französischer Profis ist auch ihre starke Präsenz in den internationalen



Jubel nach dem Finalsieg: Zum zweiten Mal nach 1998 wurde die französische Fußball-Nationalmannschaft der Männer 2018 Weltmeister.

Top-Ligen. So stehen 36 französische Spieler in der Bundesliga, 37 in der ersten italienischen Liga und 24 in der englischen Premier League unter Vertrag. Worin liegt der Schlüssel zum Erfolg des französischen Fußballs? Frankreich ist bekannt dafür, dass junge Talente frühzeitig entdeckt und in höchst kompetitiven Trainingszentren an den Profifußball herangeführt werden. Derzeit gibt es 32 solcher Fußballakademien, die von den führenden Clubs unterhalten werden. Doch bei Weitem nicht alle gut geschulten Spieler erhalten in den französischen Fußballligen einen Vertrag, sodass über 1.000 Profis in ausländischen Vereinen spielen. Somit „exportiert“ kein anderes Land außer Brasilien so viele Spieler ins Ausland wie Frankreich.⁷⁸ Dank der hervorragenden Jugendarbeit und der vielen Profis, die sich in den besten Ligen Europas durchsetzen müssen, steht der Nationalmannschaft Frankreichs ein großes Reservoir exzellenter Spieler zur Verfügung. Insofern ist damit zu rechnen, dass die *Bleus* (die Blauen), wie man sie in Frankreich nach ihren traditionell blauen Trikots nennt, auch in Zukunft eine führende Rolle im internationalen Fußball spielen werden.

→ Kopa, Platini, Zidane, Mbappé – Fußballer mit Einwanderungsgeschichte

Was wären die *Bleus* ohne ihren Kapitän und Torjäger Kylian Mbappé? 1998 in Paris als Sohn eines kamerunischen Vaters und einer Mutter algerischer Herkunft auf die Welt gekommen, ist der Einwanderersohn Mbappé nur ein Beispiel dafür, wie stark die Entwicklung des französischen Fußballs mit der Immigration zusammenhängt. Die Gründe dafür sind darin



Frankreichs Fußballstar Kylian Mbappé wuchs als Sohn einer Einwandererfamilie in der Pariser Vorstadt Bondy auf.

zu suchen, dass Fußball seit jeher im Arbeitermilieu und damit unter Eingewanderten besonders beliebt gewesen ist. So begann etwa die Karriere von Raymond Kopa (eigentlich Kopaszewski, 1931–2017), der als Sohn polnischer Einwanderer in einer

Bergarbeiterstadt im Nordosten Frankreichs aufwuchs, auf den Straßen seiner Siedlung, wo er mit anderen Arbeiterkindern Fußball spielte und von einem lokalen Klub entdeckt wurde. Um nicht wie sein Vater ein Leben lang unter Tage arbeiten zu müssen, steckte er hohen Ehrgeiz in den Fußball, wurde Profi und spielte für den Weltclub Real Madrid. Heute gilt er als eine der größten Spieler in der Geschichte des französischen Fußballs. Auch für Michel Platini (*1955), der als Sohn italienischer Einwanderer im lothringischen Stahlrevier aufwuchs, war der Fußball ein Mittel des sozialen Aufstiegs, spielte er doch im Laufe seiner Karriere unter anderem für Juventus Turin, wurde Kapitän und Trainer der französischen Nationalmannschaft und stand von 2005 bis 2017 an der Spitze der UEFA.



Zwei französische Fußballlegenden mit Einwanderungsgeschichte:
Zinedine Zidane (l.) und Michel Platini

Seit den 1980er-Jahren stammen Frankreichs Einwanderer mehrheitlich aus Nord- und Westafrika, wodurch sich auch spiegelbildlich das Bild des Profifußballs verändert hat. In der Nationalmannschaft bilden Spieler mit familiären Wurzeln in Afrika oder den Überseedepartements mittlerweile die Mehrheit. Die hohe Diversität des Teams wurde der Öffentlichkeit erstmals bei der im eigenen Land ausgetragenen Weltmeisterschaft 1998 bewusst, bei der die *Équipe de France* den Titel errang. Dadurch kam eine gewisse Euphorie um den multikulturellen Charakter des französischen Fußballs auf. Nicht mehr *bleu-blanc-rouge*

(Blau-Weiß-Rot), sondern *black-blanc-beur* (Schwarz-Weiß-Arabisch) seien die Farben der französischen Nationalmannschaft, so hieß es. Das harmonische Zusammenspiel des diversen Teams, aber auch die Tatsache, dass sich alle Teile der Gesellschaft für die Mannschaft begeisterten, sahen viele als Beweis für eine gelungene Integration von Einwanderern.

Als Vorbild eines bestens integrierten Fußballers galt damals der Torjäger und Spielmacher Zinédine Zidane (*1972), der aus einer algerischen Einwandererfamilie stammt und in Marseille geboren wurde. Doch ebenso schnell konnten Spieler mit afrikanischem Migrationshintergrund wieder im Ansehen der Öffentlichkeit sinken, wenn sie etwa, wie bei der WM 2002, erfolglos blieben und man ihnen vorwarf, sich für Frankreich „nicht wirklich ins Zeug zu legen“. Auch die Lichtgestalt Zidane erschien vielen Menschen plötzlich als Inbegriff eines Rowdys, als er im WM-Finale 2006 einen italienischen Gegenspieler mit einem Kopfstoß gegen dessen Brust zu Fall brachte und des Platzes verwiesen wurde. Man gewinnt den Eindruck, dass Spieler mit Einwanderungsgeschichte unter besonderer Beobachtung stehen: Nicht nur sollen sie in der Nationalmannschaft ihren Patriotismus unter Beweis stellen, auch erwarten viele von ihnen ein fehlerfreies Sozialverhalten, damit sie als Vorbilder für Einwandererkinder herhalten können.



» Restaurant an der Place des Vosges, Paris: Ob aufwendiges Menü oder Bistroküche, Frankreich bietet eine große gastronomische Vielfalt.



12 Französische Lebenskultur: Gastronomie, Wein, Mode, Parfüm



Auf der „Paris Fashion Week“ präsentieren die großen Modehäuser, wie hier Chanel im März 2024, aber auch aufstrebende Talente zweimal im Jahr ihre Kollektionen.

Frankreich genießt weltweit den Ruhm, die Heimstatt einer einzigartigen Zivilisation und Lebenskunst zu sein. In kaum einem anderen Land der Welt, so glauben viele Menschen, legt man so viel Wert auf gutes Essen, besucht so häufig Restaurants, trinkt zu jedweder Gelegenheit exzellente Weine, Champagner oder Cognac, pflegt zu Tisch eine gehobene Konversation und kleidet sich mit Stil und Eleganz. Das in Deutschland beliebte Diktum „Leben wie Gott in Frankreich“ verleiht dieser Vorstellung Ausdruck, die natürlich nur einen Teil der französischen Lebenswirklichkeit erfasst. Immer schon hat sich nur eine Minderheit der Franzosen um verfeinerte Lebenskultur bemüht – für die Landbewohner, die bis weit ins 20. Jahrhundert den Großteil der Bevölkerung ausmachten, war das Leben oft hart, schlicht und entbehrungsreich. Auch heute haben viele Bürgerinnen und Bürger aufgrund ihres bescheidenen Einkommens keinen Zugang zu gehobener Küche oder exquisiter Mode. Das Bild von Frankreich als Metropole des Genusses bezog sich immer

schon vornehmlich auf Paris, die Stadt, in der die politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Eliten des Landes verkehren und die wegen ihres Flairs immer schon Menschen aus der ganzen Welt angezogen hat. Doch wie manchem Klischee wohnt auch dem Gemeinplatz von Frankreich als Heimstatt der gehobenen Lebenskultur ein Stück Wahrheit inne. Man muss sich nur die Bedeutung von Luxusprodukten (Mode- und Lederwaren, Parfümerie, Schmuck, Wein und Spirituosen) für die französische Wirtschaft vor Augen führen: Dank Konzernen wie LVMH (u. a. Louis Vuitton und Dior), Kering (u. a. Gucci und Yves Saint Laurent), Hermès und Chanel steht Frankreich weltweit an der Spitze dieses Sektors, der rund einer Million Menschen im Land Arbeit gibt.⁷⁹ Und die „Soft Power“ des Landes ist kaum vorstellbar ohne die Anziehungskraft, die von der französischen Lebensart ausgeht.

Patriotismus geht durch den Magen: Frankreichs Liebe zum guten Essen

Das Essen spielt für die Menschen in Frankreich, unabhängig von Einkommen, Alter und Herkunft, eine wichtige Rolle. Schon ein Kleinkind lernt, dass ein Mittagessen aus drei Gängen besteht. Denn bereits in der Kantine der Vorschule serviert man den Kindern ein kleines Menü bestehend aus Vorspeise, Hauptgang und Dessert. Auch sonst strukturieren Essenrituale den französischen Alltag: So sind manchem Frankreich-Touristen schon die langen Schlangen aufgefallen, die sich sonntagsmorgens vor den Patisserien bilden. Kunden wählen mit großer Sorgfalt die Törtchen aus, die beim festlichen Familienessen zum Nachtsch serviert werden. Falls einmal das Sonntagsessen nicht zu Hause, sondern draußen in Form eines Picknicks eingenommen wird, beschränkt man sich nicht auf schlichte

Sandwiches. Vielmehr einigt man sich im Vorhinein auf ein vielfältiges Programm an Speisen und Getränken, vom Aperitif bis zum Kaffee, die an den Picknickplatz geschleppt werden. An Arbeitstagen sind die Restaurants zur Mittagszeit voll mit Berufstätigen, die dort ihre oft recht umfangreiche Mittagspause verbringen und ihr Essen mit vom Arbeitgeber ausgegebenen Essensgutscheinen, den *tickets restaurant*, bezahlen. Neue Restaurants, Kochrezepte und Einkaufsempfehlungen sind unter Freunden, Familien und Arbeitskollegen ein beliebtes Gesprächsthema. Und viele Rentner zieht es zur Mittagszeit eher ins Restaurant als an den heimischen Herd.



Der neue Beaujolais ist da! Alljährlich am dritten Donnerstag im November verkünden Spruchbänder und Plakate die Ankunft des Rotweines.

Der Jahreslauf ist in Frankreich gekennzeichnet von alljährlich wiederkehrenden gemeinsamen Essensritualen: Im Januar genießt man die *galette des rois*, den traditionellen Blätterteigkuchen zum Dreikönigsfest, in dem stets eine kleine Überraschung versteckt ist. Wer sie in seinem Kuchenstück findet, ist König bzw. Königin für einen Tag. Am 2. Februar feiern die Franzosen *La Chandeleur*, den christlichen Feiertag Mariä Lichtmess, mit dem Verzehr von Crêpes. Ostern ist der Anlass für ein üppiges Mahl im großen Familienkreis, während im Sommer das *barbecue* hoch im Kurs steht. Geht man im Herbst gemeinsam Pilze sammeln und genießt den *Beaujolais nouveau*, so wird zum Jahresende in vielen Familien stets das gleiche Menü serviert: Räucherlachs, Austern und Gänseleberpastete an Heiligabend, Jakobsmuscheln zu Silvester.

→ Die Passion der Franzosen für die Jagd

Frankreich ist ein Land von Jägern: Laut der *Fédération Nationale des Chasseurs* (FNC), dem nationalen Jagdverband, gehen rund eine Million Bürger regelmäßig auf die Jagd. Über 80 Tierarten können in Frankreich gejagt werden, darunter Fasane, Rebhühner, Enten, Gänse, Wachteln, Elstern, Schnepfen, Zugvögel, Hasen, Kaninchen, Marder bis hin zum Hochwild wie Hirschen, Gämsen und Wildschweinen. Vielfältig sind auch die Jagdformen – von der Treibjagd über die Pirsch, die Lock- und Drückjagd bis zum Ansitz. Für Frankreichs Jäger ist ihre Passion ein unverzichtbarer Aspekt der ländlichen Lebensform: Geflügel, Nieder- und Hochwild sind wichtige Bestandteile der regionalen Küche, die man nur aufrechterhalten kann, wenn man Tiere „von der Jagd auf den Teller“ bringt. Die Jagd gilt somit vielen als eine schätzenswerte



„Jagd im Gange“ –
Warnschilder sollen die Sicherheit von Jägern und Waldbesuchern erhöhen. Doch kommt es immer wieder zu Jagdunfällen, die die Gemüter in Frankreich erhitzten.

Tradition, als gemeinschaftsbildend für die Bewohner einer

Ortschaft und prägend für den Lebensrhythmus des ländlichen Frankreich. Indes stehen die Jäger immer wieder im Mittelpunkt von Interessenskonflikten, wenn es etwa zu Jagdunfällen mit unbeteiligten Personen kommt. Heftige Kritik kommt auch von Tierschützern, die sich eine viel stärkere Regulierung der Jagd wünschen. Den Jägern ist hingegen die strenge Reglementierung, wie sie von der Europäischen Union betrieben wird, ein Dorn im Auge, sodass sie sich verstärkt politisch organisiert haben. So gelang der Jägerpartei *Chasse, Nature, Pêche et Traditions* (CNPT, Jagd, Natur, Fischerei und Traditionen) 1999 der Sprung ins Europäische Parlament. Mittlerweile präsentieren sich die Jäger nicht nur als Pfleger eines tiefverwurzelten Brauchtums, sondern auch als Schützer der Natur und Garant der Biodiversität. Ohne die Jagd, so argumentieren sie, würden Tiere wie Wildschweine, Füchse oder Gämsen sich unbegrenzt vermehren und nicht nur die Artenvielfalt, sondern auch das Gleichgewicht zwischen Wald und landwirtschaftlichen Nutzflächen gefährden.

Frankreichs heutige Esskultur geht im Wesentlichen auf zwei Ursprünge zurück: Das ist zum einen die höfische Adelskultur, aus der die *Haute* (auch *Grande*) *Cuisine* hervorgegangen ist. Sie basiert auf standardisierten Rezepten, favorisiert die aufwendige Verarbeitung und die Verfeinerung der Speisen mit diversen Soßen. Zum anderen ist die heutige Küche geprägt von den französischen Regionen mit ihrer unendlichen Vielfalt lokaler Gerichte und Spezialitäten, die mit regionalen Zutaten und einfachen Rezepten zubereitet werden. Was die *Haute Cuisine* angeht, so kam es im Gefolge der Französischen Revolution zu einschneidenden Veränderungen. Der Hochadel verließ nach 1789 in großer Zahl das Land, und damit wurden auch die Köche, die in seinen Diensten gestanden hatten, arbeitslos. Manche von ihnen gingen in die Hauptstadt und eröffneten dort Restaurants, für die aufgrund der politischen Veränderungen ein hoher Bedarf bestand: Aus den Provinzen waren viele Politiker in die Hauptstadt gekommen, die ihre Mahlzeiten in den Restaurants einnahmen. Hiervon ging die Geschichte des französischen Restaurants als unverzichtbarer Ort politischer Geselligkeit aus, als Treffpunkt zum Kennenlernen, vertraulichen Austausch und zum Verhandeln. Zur Revolutionszeit begann auch das Wirken von Marie-Antoine (Antonin) Carême (1784–1833), der als Gründervater der *Haute Cuisine* gilt. Carême hatte als Konditor mit seinen *pièces montées*, kunstvollen Tortengebilden, Aufmerksamkeit erregt und sich alle übrigen Elemente der Kochkunst angeeignet. Man feierte ihn als „König der Köche und Koch der Könige“, da er wegen seines Talents überall gefragt war. So war er nicht nur persönlicher Chefkonditor des französischen Außenministers Talleyrand, sondern richtete auch für Kaiser Napoleon I. und andere gekrönte Häupter Europas, wie Kaiser Franz I. von Österreich, opulente Festmahle aus und

legte damit den Grundstein für den internationalen Ruhm der französischen Küche. In Büchern wie *Le Cuisinier parisien* ou *l'art de la cuisine française* hinterließ Carême der Nachwelt seine Rezepte, darunter die seiner Soßen, die für ihn der Schlüssel zur großen Küche waren.

Die Modernisierung und der weltweite Durchbruch der französischen Küche an der Schwelle zum 20. Jahrhundert wird mit Auguste Escoffier (1846–1935) verbunden. Auf ihn geht eine neue Organisation der Restaurantküche zurück, die er nach militärischem Vorbild in Küchenbrigaden (*brigades de cuisine*)



Revolutionär der Küche: Auguste Escoffier (unten 2. v.l.), hier auf einem Festbankett 1928 mit dem linksrepublikanischen Politiker und damaligen Minister für Kunst und öffentliche Bildung, Édouard Herriot

mit spezialisierten Aufgaben und strenger Hierarchie aufteilte. Solchermaßen steigerte er die Hygiene, Qualität und Effizienz der Restaurantküche und empfahl sich für die entstehenden modernen Luxushotels. Sein kongenialer Partner dabei war César Ritz (1850–1918), der Schöpfer des modernen Grandhotels, für dessen Häuser in Paris, London und Monte Carlo Escoffier die Küchen organisierte und leitete. Geschickt arbeitete Escoffier an der Vermarktung seiner Kochkunst, indem er etwa seine Dessert-Kreationen wie den „Pfirsich Melba“ und die „Birne Hélène“ nach damaligen Pariser Bühnenstars benannte. Für Escoffier war das Kochen nicht nur eine Kunst, sondern auch eine Wissenschaft, die alle Nahrungsmittel nach ihren natürlichen Eigenschaften und besten Zubereitungsformen analysiert. In seinem legendären *Guide culinaire* (Kochkunstführer) hinterließ er der Nachwelt seine enzyklopädischen Kenntnisse von Zutaten und Zubereitungsweisen.

Als die französische Gastronomie in den 1950er- und 1960er-Jahren in ihrer stolzen Tradition zu erstarren drohte, machte sich ab den 1970er-Jahren eine junge Generation von Küchenchefs auf, die Regeln der Kochkunst neu aufzustellen. Unter den Vorzeichen der *Nouvelle Cuisine* griffen Köche wie Paul Bocuse (1926–2018) auf den Reichtum frischer, regionaler Produkte zurück, verzichteten auf deren aufwendige Verarbeitung, um sie in möglichst naturbelassener Form präsentieren zu können. Die schweren Soßen, wie Carême und Escoffier sie geschätzt hatten, verschwanden aus der *Nouvelle Cuisine* ebenso wie klassische, mit langem Garen, Kochen oder Schmoren verbundene Rezepte. Mit der *Nouvelle Cuisine* wurde die regionale Küche Frankreichs mit ihrer großen Vielfalt aufgewertet, die seitdem gerne in neuen Interpretationen auf den Teller gebracht wird.



Ein Stern im *Guide Michelin* – höchste Ehre für Spitzenköchinnen und -köche. Das Foto zeigt ausgezeichnete Köche bei der Präsentation des Restaurantführers am 9. Februar 2017 in Paris.

Für Frankreichs Feinschmecker ist der *Guide Michelin* seit dem Anfang des 20. Jahrhunderts ein unverzichtbarer Kompass, der alljährlich bei einem Festakt seine mit Spannung erwartete neue Selektion der besten Restaurants präsentiert. Bereits die Aufnahme in den traditionsreichen „roten Führer“ gilt als eine Auszeichnung. Wer allerdings zu den gastronomischen Spitzen des Landes gehören will, der kämpft um einen der begehrten Sterne. Nur 30 Restaurants im Lande (davon die meisten in Paris) können sich mit drei Sternen schmücken, 71 mit zwei Sternen. Der Verlust eines Sterns gilt als eine Schmach, welche die ambitionierten Starköche in Depressionen stürzen kann. Manche Küchenchefs haben die radikale Konsequenz gezogen, ihre Sterne freiwillig zurückzugeben, um sich nicht mehr dem Diktat der Michelin-Inspektoren zu unterwerfen und mit mehr Freiheit kochen zu können.

Durch den Einfluss der Einwanderung und der Globalisierung hat sich in den letzten Jahrzehnten die französische Essenskultur stark internationalisiert. Mit positiven Folgen: So sind etwa libanesische, nordafrikanische und vietnamesische Restaurants aus den französischen Innenstädten nicht mehr wegzudenken. Negative Konsequenzen sind mit der massiven Expansion amerikanischer Fastfoodketten verbunden, die an vielen zentralen Orten der Großstädte die traditionellen Brasserien verdrängt haben. Einerseits ist amerikanisches Fast Food bei den Franzosen beliebt, andererseits erregt es jedoch immer wieder Anstoß und Proteste. Weltbekannt wurde in diesem Zusammenhang der französische Landwirt José Bové (*1953), Aktivist für eine ökologische Landwirtschaft und Gegner billiger Agrarimporte, als er und andere Landwirte im Jahr 1999 mit ihren Traktoren ein McDonald's-Restaurant in der südfranzösischen Kleinstadt Millau zerstörten, um gegen die amerikanische *malbouffe* (Junkfood) zu protestieren.

→ Der Weinbau in Frankreich

Zu einem guten Essen gehört selbstverständlich ein guter Wein, und Frankreich als weltweit größter Weinproduzent und -exporteur bietet dafür eine große Auswahl – genau genommen verfügt das Land über 375 *Appellations d'origine contrôlée*, also kontrollierte Anbaugebiete. Dazu kommen noch eine reiche Auswahl von Weinen mit geschützter geografischer Herkunftsbezeichnung sowie Landweine. Frankreichs Weinbau gliedert sich in zehn große Produktionsregionen: Galten lange Zeit vor allem die Weine aus den Regionen Bordeaux und Burgund als hochklassig, haben mittlerweile die Weinbaugebiete



Weinbaugebiete in Frankreich

- | | | | |
|---|----------------------|----|-------------------------------------|
| 1 | Beaujolais | 9 | Languedoc |
| 2 | Bordeaux (Bordelais) | 10 | Loire / Centre (Vallée de la Loire) |
| 3 | Bugey | 11 | Mosel (Moselle) |
| 4 | Burgund (Bourgogne) | 12 | Provence |
| 5 | Champagne | 13 | Rhône (Vallée du Rhône) |
| 6 | Elsass (Alsace) | 14 | Roussillon |
| 7 | Jura | 15 | Savoyen (Savoie) |
| 8 | Korsika (Corse) | 16 | Süd-West (Sud-Ouest) |

Südwestfrankreichs (Sud-Ouest) und Languedoc mächtig aufgeholt. Dies geschah insbesondere durch die Reduzierung der Anbauflächen und die Spezialisierung auf hochwertige Rebsorten. Die östlichste Anbauregion ist das Elsass mit seinen meist nur aus einer Rebsorte gewonnenen Weinen. Entlang der Loire entstehen qualitätsvolle, trockene Weiß- und Rotweine, während das Anbauggebiet Côtes du Rhône mit seinen kräftigen, alkoholreichen Rotweinen aus Dörfern wie Châteauneuf-du-Pape berühmt wurde. Der Verkaufsschlager der Provence ist der besonders gerne im Sommer getrunkene Rosé, während die Insel Korsika mit einer großen Diversität von Rot-, Weiß- und Dessertweinen aufwarten kann. Eine Ausnahme unter den Anbauregionen bildet die Champagne, da hier nur Schaumweine produziert werden.

So verschieden die französischen Weine sind, so unterschiedlich sind auch die Geschäftsmodelle der Weinproduzenten. So haben sich besonders im Süden seit Beginn des 20. Jahrhunderts Weinbauern zu Winzergenossenschaften (*caves coopératives*) zusammengetan, um auf dem Markt besser bestehen zu können. In den Regionen mit großen Exportchancen hingegen haben global operierende Unternehmen investiert, so etwa in der Champagne, wo die weltberühmten Marken Moët et Chandon, Veuve Clicquot, Dom Pérignon und Ruinart allesamt in den Händen von Bernard Arnault, des reichsten Mannes Frankreichs, sind. Auch die Spitzenweingüter (*Châteaux*) des Burgund brauchen sich um ihren weltweiten Absatz keine Sorgen zu machen. Frankreichs größtes Anbauggebiet Bordeaux hingegen produziert derzeit mehr Wein, als verkauft werden kann: Die Lebensgewohnheiten haben sich verändert, auch in Frankreich

wird nicht mehr zu jeder Mahlzeit eine Flasche Wein geöffnet. Um der Überproduktion in der Gegend um Bordeaux zu begegnen, hatte die EU-Kommission bereits Ende 2023 einen Plan zur Rodung von zunächst 8.000 Hektar Weinbergen im Bordelais genehmigt und 120 Millionen Euro Hilfgelder freigegeben. Weitere Rodungen sind geplant.

Paris als Welthauptstadt der Mode

Ebenso wie bei der *Haute Cuisine* sind die Ursprünge der französischen *Haute Couture* in der Epoche der frühneuzeitlichen Monarchie zu suchen. Um den Ansprüchen des Königshofs und ihrem Status gerecht zu werden, kleideten sich die Angehörigen des Hochadels distinguiert, womit ein hoher Bedarf an hoch qualifizierten Kleidermachern entstand. Zudem entstanden im



17. Jahrhundert zahlreiche staatliche Textilmanufakturen, sodass Frankreich frühzeitig eine führende Stellung in der europäischen Kleiderherstellung einnahm. Doch erst im 19. und 20. Jahrhundert wurde Paris zur unbestrittenen Modehauptstadt der Welt, wo die Designer die

Sie ließ sich das Haar kurz schneiden und trug Hosen: Coco Chanel, hier im Jahr 1928, revolutionierte die Modewelt und wurde ein Stilvorbild für viele Frauen weltweit.

Trends setzten, denen man rund um den Globus folgte. Die Geschichte der Mode ist somit nicht vorstellbar ohne die großen Pariser Modehäuser und ihre schöpferischen Persönlichkeiten, die immer wieder die Kleidungsgewohnheiten revolutionierten.

Dies wird exemplarisch deutlich an Gabrielle (genannt Coco) Chanel (1883–1971), der Gründerin des gleichnamigen Modehauses. Sie war in ärmlichen Verhältnissen als Tochter eines fahrenden Markthändlers in Waisenhäusern groß geworden und hatte es geschafft, mit der Hilfe eines Mäzens 1910 ihr erstes Modeatelier in Paris zu eröffnen. Dort kreierte sie zunächst Hüte, dann mit wachsendem Erfolg Damenmode, deren unverwechselbarer Stil die weibliche Ästhetik des frühen 20. Jahrhunderts prägte. Der Chanel-Look verabschiedete sich von Korsetten, überladenen Accessoires und den farbenfrohen Formen der Jahrhundertwende: Schwarz und Weiß in schlichten, klaren Linien bestimmten die Kreationen. Coco Chanel schuf so die Mode, die einer neuen Generation von selbstbewussten, ein aktives und eigenständiges Leben führenden Frauen gerecht wurde – eine Rolle, für die sie selbst als „Selfmade Woman“ ein Vorbild lieferte. Wie andere Pariser Modeschöpfende des 20. Jahrhunderts arbeitete auch sie eng mit der Kunstszene zusammen und entwarf die Kostüme für avantgardistische Bühnenproduktionen der 1920er-Jahre. Mit dem Parfüm „Chanel No. 5“ brachte sie 1921 den meistverkauften Damen-duft aller Zeiten auf den Markt, der erstmals erfolgreich synthetische Duftstoffe verwendete.

Der Zweite Weltkrieg und die deutsche Besatzung unterbrachen die stilbildende Wirkung der Pariser *Haute Couture*, doch nach 1945 konnte die Metropole schnell wieder an den alten Glanz anknüpfen. Diesmal traf der Designer Christian Dior



Freunde und Rivalen in der Pariser Modeszene: Yves Saint Laurent (vorne 2. v. r.) und Karl Lagerfeld (r.) im Mai 1978 bei der Hochzeit von Paloma Picasso

(1905–1957) den Nerv der Zeit: Sein „New Look“ ließ nicht nur die kriegsbedingte Kargheit hinter sich, sondern auch die Schmucklosigkeit des Chanel-Stils. Nun standen wieder betonte weibliche Linien, Opulenz, ausladende Röcke und prächtige Farben hoch im Kurs – passend zum konservativen Frauenbild der 1950er-Jahre. Mit Yves Saint Laurent (1936–2008) war es ein aus dem Hause Dior hervorgegangener Designer, der in den 1960er- und 1970er-Jahren die Konventionen der Damenmode erneut revolutionierte: Er interpretierte klassische Herrenbekleidung wie Blazer, Hosenanzüge, Smokings und Trenchcoats neu und schuf so Mode, die der berufstätigen Frau gerecht wurde. Darüber hinaus brach Yves Saint Laurent mit einem Tabu der Modebranche, deren führende Kreative bis dahin fast ausschließlich maßgeschneiderte *Haute Couture* entworfen hatten: 1961 präsentierte er seine erste *Prêt-à-porter*-

Kollektion (tragefertige Kleidung), die nicht mehr nur für die wenigen Reichen, sondern auch für ein breiteres Publikum erschwinglich war. Zu seinem großen Antipoden in der Pariser Modewelt avancierte Karl Lagerfeld (1933–2019), der als junger Hamburger nach dem Krieg nach Paris gekommen war. Anders als Saint Laurent gründete er kein eigenes Modehaus, sondern war zunächst für verschiedene Marken tätig. 1983 wurde er Kreativdirektor des in die Jahre gekommenen Modehauses Chanel und führte es zu altem Glanz zurück, indem er den klassischen Chanel-Look mit neuen Accessoires verband. Nachdem Saint Laurent im Jahre 2002 seine letzte Kollektion präsentiert hatte, stand Lagerfeld, den man in Frankreich als „Kaiser Karl“ feierte, bis zu seinem Tod im Jahr 2019 im Zentrum des Pariser Modehimmels.

Seit den Zeiten von Lagerfeld und Saint Laurent hat keine Designerpersönlichkeit mehr einen so starken Einfluss auf Mode und Stil ausüben können. Oft hat man in den letzten Jahrzehnten davon gesprochen, dass andere Metropolen wie New York, London, Mailand oder Tokio an die Stelle von Paris als Welthauptstadt der Mode treten würden. Sicherlich hat die französische Hauptstadt immer mehr Konkurrenz bekommen, doch hat sie es gleichzeitig vermocht, sich als Knotenpunkt der Modewelt immer wieder neu zu erfinden und ihren führenden Platz zu behaupten: 25 Prozent des weltweiten Umsatzes im Mode- und Luxussektor werden von französischen Unternehmen getätigt.⁸⁰ In Paris konnten sich in den letzten Jahrzehnten nicht nur exzentrische, avantgardistische Designer wie Jean Paul Gaultier und Thierry Mugler entfalten, auch übte die Stadt auf ausländische Kreateure, wie etwa die Japaner Issey Miyake und Yohji Yamamoto, eine unverminderte Anziehungskraft aus. Ein weiterer Trumpf ist die Nähe zur französischen Filmwelt,

deren Ikonen von Catherine Deneuve über Brigitte Bardot bis zu Audrey Tautou sich immer wieder als Botschafterinnen des Pariser Chics erwiesen haben.

In den letzten Jahrzehnten hat in der Modeindustrie ein starker Konzentrationsprozess stattgefunden, der zur Übernahme zahlreicher Marken durch wenige Großkonzerne führte. Diese sehen sich einer Kundschaft gegenüber, in der unterschiedliche Tendenzen festzustellen sind: Zum einen vermögen die großen Marken den Lebensstil vieler Menschen zu prägen, andererseits stoßen sie unter den Vorzeichen des Mottos „No Logo“ auf Kritik von Menschen, die einen zurückhaltenden und nachhaltigen Konsum befürworten.

→ Parfümstadt Grasse

Ist Paris die Modehauptstadt des Landes, so liegt das Zentrum der Parfümcreation und -herstellung weit entfernt von der Metropole in der kleinen provenzalischen Stadt Grasse. Dorthin zieht es in Patrick Süskinds Erfolgsroman *Das Parfüm* die geruchsfanatische Hauptfigur Grenouille, da man dort schon im 18. Jahrhundert die Duftherstellung perfektioniert hatte. Ursprünglich hatte man in Grasse Lederhandschuhe produziert, die wegen ihres strengen Geruchs parfümiert wurden. Als die Lederherstellung aus der Gegend verschwand, spezialisierte sich die Stadt ganz auf die Parfümproduktion. Aufgrund seines milden, mediterranen Klimas war Grasse ein ideales Umfeld für den Anbau von Blumen, deren Blüten die Rohstoffe für die Parfüms lieferten. Während auch in anderen Ländern Blumen für die Parfümproduktion angebaut wurden und auch andern-

orts Duftstoffindustrien entstanden, war Grasse der einzige Ort, der die landwirtschaftliche mit der industriellen Spezialisierung verband und somit zur Welthauptstadt des Parfüms wurde. Ab der Mitte des 20. Jahrhunderts verwendete die Parfümindustrie vornehmlich synthetische Duftstoffe, sodass der Blumenanbau aus der Gegend von Grasse mehr und mehr verschwand. Die Parfümindustrie indessen ist dem provenzalischen Städtchen treu geblieben, in dem eine lange Liste weltbekannter Düfte, von Chanel's „No. 5“ bis zu Dior's „Poison“, entstanden ist. Die Schlüsselfigur des Produktionsprozesses ist der als *nez* (Nase) bezeichnete Kreativeur, dessen Hauptarbeitsinstrument die „Orgel“ ist – ein ovales Regal mit 200 bis 300 Duftstoffen, aus denen er seine Kreationen mischt.



Das 1926 gegründete Parfümhaus Fragonard im Herzen der Altstadt des südfranzösischen Grasse gilt als Wiege der Luxus-Parfümerie.

Endnoten

Französischsprachige Quellen wurden, soweit nicht anders angegeben, vom Autor übersetzt.

Die URLs wurden zuletzt am 01.06.2025 abgerufen.

- ¹ Vgl. WSI, Tarifstatistik: Arbeitskampfbedingte Ausfalltage, <https://www.wsi.de/de/arbeitskampfbedingte-ausfalltage-36570.htm>
- ² Vgl. L'opinion des français sur la mondialisation, 6.12.2018, <https://focus2030.org/images-de-la-mondialisation-opinions-francaises-developpement-pauvrete>
- ³ Vgl. Eddy Fougier, Pessimisme vis-à-vis de la mondialisation: Un mal bien français, in: Les echos, 19.3.2018, <https://www.lesechos.fr/idees-debats/cercle/pessimisme-vis-a-vis-de-la-mondialisation-un-mal-bien-francais-131470>
- ⁴ Vgl. Beliebteste Reiseziele aller Nationen nach Anzahl der internationalen Besucher im Jahr 2019, <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/181644/umfrage/beliebteste-reiseziele-aller-nationen-nach-besucher/>; vgl. Urlaub in Frankreich, <https://de.statista.com/themen/4422/urlaubsland-frankreich/>
- ⁵ Zahlen nach der Internationalen Organisation der Frankophonie: Vgl. La Francophonie en chiffres, <https://www.francophonie.org/>
- ⁶ Vgl. Was ist das Deutsch-Französische Jugendwerk?, <https://www.dfjw.org/institution>
- ⁷ Vgl. Was ist die DFH?, <https://www.dfh-ufa.org/>
- ⁸ Zahlen nach Bundeszentrale für politische Bildung, 6.9.2024, Deutschland: Handelspartner, <https://www.bpb.de/kurz-knapp/zahlen-und-fakten/globalisierung/52845/deutschland-handelspartner/>
- ⁹ Vgl. L'Assemblée parlementaire franco-allemande souligne l'importance des langues, 6.12.2023, <https://allemagneenfrance.diplo.de/fr-fr/actualites-nouvelles-d-allemande/06-educationetsciences/2634802-2634802>
- ¹⁰ Vgl. Destatis, Tiefstand: 15,3% der Schülerinnen und Schüler lernten im Schuljahr 2021/2022 Französisch als Fremdsprache, https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/ZahlderWoche/2023/PD23_03_p002.html
- ¹¹ Zit. nach Ernest Mignon, Les mots du Général, Paris 1962, S. 57.
- ¹² Im französischen Sprachgebrauch heißt es *descendre en province* und *monter à Paris*.
- ¹³ Zit. nach Hervé Drévilion, Les rois absolus, 1629–1715, Paris 2014, S. 2019.
- ¹⁴ Zit. nach Christian Koller, Vor 150 Jahren: Die Pariser Commune, Schweizerisches Sozialarchiv, 21.5.2021. <https://www.sozialarchiv.ch/2021/05/21/vor-150-jahren-die-pariser-commune/>; W.I. Lenin, Dem Andenken der Kommune, in: Rabotschaja Gazeta, 15.4.1921, online verfügbar unter <https://www.wsws.org/de/articles/2021/03/29/leni-m29.html>
- ¹⁵ Zit. nach Noëlline Castagnez/Corinne Legoy, Hubertine Auclert et la naissance du suffragisme, in: Parlements. Revue d'histoire politique 3/2014, S. 153–160.
- ¹⁶ Zit. nach Carol Valade, Le Tchad rompt ses accords de défense avec la France, un camouflet pour Paris, in: Le Monde, 28.11.2024, https://www.lemonde.fr/afrique/article/2024/11/29/le-tchad-rompt-ses-accords-de-defense-avec-la-france-un-camouflet-pour-paris_6419906_3212.html

- ¹⁷ Vgl. Nicolas Prissette, Sondage exclusif – Les Français au chevet de leur maire, in: La Tribune, 13.11.2023, <https://www.latribune.fr/economie/politique/les-francais-au-chevet-de-leurs-maires-983590.html>
- ¹⁸ Rede de Gaulles in Bayeux am 16.6.1961, in: Ders., Discours et messages, Bd. 2, Paris 1970, S. 5–11.
- ¹⁹ Fernsehansprache de Gaulles vom 8.5.1961, in: Ders., Discours et messages, Bd. 3, Paris 1970, S. 310.
- ²⁰ Zahlen für Frankreich nach Solène Collin / Pascal Godefroy, Evolution des effectifs de la fonction publique en 2021, <https://www.fonction-publique.gouv.fr/toutes-les-publications/evolution-des-effectifs-de-la-fonction-publique-en-2021>, 16.6.2023; für Deutschland: Anzahl der Beschäftigten im öffentlichen Dienst von 2020 bis 2023, <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/12910/umfrage/entwicklung-des-personalbestandes-im-oeffentlichen-dienst-in-deutschland/>
- ²¹ Vgl. Hans-Böckler-Stiftung, Mitbestimmung in der EU-27, <https://www.mitbestimmung.de/html/mitbestimmung-in-europa-166.html>
- ²² Vgl. Ministère de l'économie et des finances, Etudes économiques: Chiffres clés de l'industrie manufacturière, Paris 2018.
- ²³ Vgl. DARES (Direction de l'Animation de la recherche, des Études et des Statistiques), Chiffres: La syndicalisation en France, 21.12.2021, <https://dares.travail-emploi.gouv.fr/donnees/la-syndicalisation>
- ²⁴ Daten nach La finance pour tous, Le secteur agricole en France. Une vue d'ensemble, <https://www.lafinancepourtous.com/decryptages/entreprise/secteurs-dactivites/le-secteur-agricole-en-france-une-vue-densemble/>
- ²⁵ Vgl. Deutscher Bauernverband, Situationsbericht 24/25, <https://www.situationsbericht.de/3/36-agrarstrukturen-in-der-eu>
- ²⁶ Vgl. Groupe EDF, Le nucléaire en chiffres, aktualisiert am 14.2.2025, <https://www.edf.fr/groupe-edf/comprendre/production/nucleaire/nucleaire-en-chiffres>
- ²⁷ Vgl. INSEE: L'essentiel sur le chômage. Chiffres-clés, 11.2.2025, <https://www.insee.fr/fr/statistiques/4805248>
- ²⁸ Vgl. INSEE: Les entreprises en France, 10.12.2020, <https://www.insee.fr/fr/statistiques/4986697?sommaire=4987235>
- ²⁹ Zahlen von Eurostat, zit. nach Ouest-France, Le cout du travail fait le grand écart en Europe, 26.4.2012, <https://www.ouest-france.fr/economie/entreprises/le-cout-du-travail-fait-le-grand-ecart-en-europe-4483163>; vgl. Françoise Berger, France-Allemagne: stratégies comparées sur la longue durée, in: Outre-Terre 3/2012, S. 213–231.
- ³⁰ Vie publique, Covid-19: 206 milliards d'euros pour aider les entreprises. <https://www.vie-publique.fr/en-bref/279641-covid-19-206-milliards-deuros-pour-aider-les-entreprises>
- ³¹ Daten des statistischen Amtes INSEE, <https://www.insee.fr/fr/statistiques/7739721>
- ³² Emmanuel Macron, Reprendre en main notre destin énergétique, Rede vom 10.2.2022, <https://www.elysee.fr/front/pdf/elysee-module-19285-fr.pdf>
- ³³ Ministère de l'Économie et des Finances, Rapport 2025 sur le commerce extérieur de la France, 7.2.2025, <https://www.tresor.economie.gouv.fr/Articles/2025/02/07/rapport-2025-sur-le-commerce-exterieur-de-la-france>

- ³⁴ Daten des statistischen Amtes INSEE: Insee Références: Les entreprises en France, édition 2022, <https://www.insee.fr/fr/statistiques/fichier/6667157/ENTFRA22.pdf>
- ³⁵ So Macron in seiner Neujahrsansprache 2024: Vœux aux Français pour 2024, 31.12. 2023, <https://www.elysee.fr/emmanuel-macron/2023/12/31/voeux-aux-francais-pour-2024>
- ³⁶ Vgl. <https://de.marketscreener.com/kurs/aktie/AIRBUS-SE-4637/>
- ³⁷ Vgl. Matthias Waechter, Frankreich, in: Jakob Schönhagen/Ulrich Herbert (Hrsg.), Migration und Migrationspolitik in Europa 1945–2000, Göttingen 2023, S. 79–106.
- ³⁸ Vgl. INSEE: Population immigrée et étrangère en France. Données annuelles de 1921 à 2023, 29.8.2024, <https://www.insee.fr/fr/statistiques/2381757>
- ³⁹ Im Département Seine-Saint Denis im Norden von Paris waren 2020/21 nach Schätzungen des statistischen Amtes INSEE 63 Prozent der Einwohner Ausländer und deren Nachkommen.
- ⁴⁰ Vgl. Jérôme Fourquet, L'archipel français. Naissance d'une nation multiple et divisée, Paris 2019.
- ⁴¹ Vgl. Observatoire de l'immigration et de la démographie, Islam et immigration en France:quelles interactions?, 18.12.2024, <https://observatoire-immigration.fr/peut-on-evaluer-le-nombre-de-musulmans-vivant-en-france/>
- ⁴² Vgl. European Website on Integration: Rapport sur les discriminations en France, édition 2023, https://migrant-integration.ec.europa.eu/library-document/rapport-sur-les-discriminations-en-france-edition-2023_fr
- ⁴³ Direction générale des étrangers en France, Les titres de séjour, 4.2.2025, <https://www.immigration.interieur.gouv.fr/Info-ressources/Etudes-et-statistiques/Les-chiffres-de-l-immigration-en-France/Sejour>
- ⁴⁴ Vgl. INSEE, Immigrés et descendants d'immigrés en France 2023, <https://www.insee.fr/fr/statistiques/6793391>
- ⁴⁵ In den Statistiken werden nur von der Polizei Beschuldigte erfasst, sodass nicht ersichtlich ist, gegen wen tatsächlich Anklage erhoben und wer verurteilt wird. Unter den polizeilich Beschuldigten sind Ausländer in der Tat überrepräsentiert bei Delikten wie Diebstahl, Einbruch, Fälschungen oder Schwarzmarkthandel. Andererseits sind Franzosen bei Delikten wie Zerstörung und Beschädigung sowie Sexualdelikten stärker repräsentiert. Siehe: INSEE, Sécurité et société. Edition 2021. Auteurs selon nationalité, <https://www.insee.fr/fr/statistiques/5763585?sommaire=5763633>
- ⁴⁶ Vgl. Annual Report on Migration and Asylum Policies in France, European Migration Network, https://home-affairs.ec.europa.eu/networks/european-migration-network-emn/emn-publications/emn-annual-reports_en
- ⁴⁷ Vgl. Destatis, Zusammengefasste Geburtenziffer im EU-Vergleich, https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bevoelkerung/_Grafik/_Interaktiv/geburten-geburtenziffer-eu-vergleich.html
- ⁴⁸ Vgl. Matthias Waechter, Geschichte Frankreichs im 20. Jahrhundert, München 2019, S. 62 f.
- ⁴⁹ Rede de Gaulles vor der Konsultativversammlung am 5.3.1945, zit. nach Waechter (Anm. 48), S. 309.

- ⁵⁰ Vgl. Julie Ruiz, Les Français de moins en moins nombreux à payer toujours plus d'impôt sur le revenu, in: Le Figaro, 22.5.2024, <https://www.lefigaro.fr/conjoncture/les-francais-de-moins-en-moins-nombreux-a-payer-toujours-plus-d-impot-sur-le-revenu-20240522>
- ⁵¹ Vgl. Jan Windebank, *Domestic and Care Work in Modern France. Gender, Family, and the State*, Cham: Palgrave Macmillan 2023, S. 58.
- ⁵² Vgl. Jan Windebank, *Domestic and Care Work in Modern France. Gender, Family, and the State*, Cham 2023.
- ⁵³ Vgl. Didier Breton u.a., Recent demographic trends in France: A European outlier?, in: *Population*, 4/2019, S. 381–463.
- ⁵⁴ Simone de Beauvoir, *Le deuxième sexe*, Bd. 1, Paris 1949, S. 285.
- ⁵⁵ Vgl. OECD, *Government at a Glance 2023: France*, 30.6.2023, https://www.oecd.org/en/publications/government-at-a-glance-2023_c4200b14-en/france_39c22479-en.html; vgl. Direction générale de l'administration et de la fonction publique, *Fonction publique, Chiffres clés 2023*, <https://www.fonction-publique.gouv.fr/files/files/publications/rapport-annuel/cc-2023-web.pdf>
- ⁵⁶ Vgl. Destatis, *Gender Pay Gap: Deutschland bleibt eines der EU-Schlusslichter*, <https://www.destatis.de/Europa/DE/Thema/Bevoelkerung-Arbeit-Soziales/Arbeitsmarkt/GenderPayGap.html>
- ⁵⁷ Vgl. ebd. sowie Olivier Bénis, *Égalité salariale femmes/hommes: comment la France se situe par rapport à ses voisins européens*, 4.11.2022, <https://www.radiofrance.fr/franceinter/egalite-salariale-femmes-hommes-comment-la-france-se-situe-par-rapport-a-ses-voisins-europeens-6708182>
- ⁵⁸ Vgl. Cour des comptes, *L'enseignement privé sous contrat*, 1.6.2023, <https://www.ccomptes.fr/fr/publications/lenseignement-prive-sous-contrat>
- ⁵⁹ *Politiques de l'emploi, Les chiffres de l'apprentissage*, 31.3.2025. <https://poem.travail-emploi.gouv.fr/synthese/contrats-d-apprentissage>
- ⁶⁰ Vgl. Ministère de l'éducation nationale, de la jeunesse et des sports: *L'état de l'école 2020. 31 indicateurs sur le système éducatif français*, Paris 2020, S. 67.
- ⁶¹ Ebd., S. 22–23.
- ⁶² Ebd., S. 68.
- ⁶³ Vgl. Ministère de l'enseignement supérieur et de la recherche: *Effectifs universitaires en 2022–2023, Note flash du SIES, No. 6, Juni 2023*.
- ⁶⁴ Vgl. Eurostat, *Bildungsabschluss im Tertiärbereich nach Geschlecht*, https://ec.europa.eu/eurostat/databrowser/view/sdg_04_20/default/table?lang=de
- ⁶⁵ Marion Simon-Rainaud, *Grandes écoles: six chiffres qui démontrent le manque de diversité*, in: *Les échos*, 19.1.2021, <https://start.lesechos.fr/apprendre/universites-ecoles/grandes-ecoles-six-chiffres-qui-montrent-le-manque-de-diversite-1282504>
- ⁶⁶ Jacques Chirac, *Fernsehansprache vom 11. März 2007*, <https://www.elysee.fr/jacques-chirac/2007/03/11/declaration-televisee-de-m-jacques-chirac-president-de-la-republique-sur-la-politique-gouvernementale-menee-sous-sa-presidence-et-les-perspectives-avenir-pour-la-france-et-lunion-europeenne-le-11-mars-2007>
- ⁶⁷ Walter Benjamin, *Paris, die Hauptstadt des XIX. Jahrhunderts*, in: ders., *Das Passagen-Werk*, hrsg. von Ralph Tiedemann, *Gesammelte Schriften*, Bd. V-1, Frankfurt/M. 1985, S. 45–59.

- ⁶⁸ Gertrude Stein, Paris, Frankreich, berechtigte Übers. v. Marie-Anne Stiebel, 6. Aufl., Frankfurt/M. 1991, S. 22.
- ⁶⁹ Vgl. Romain Geoffroy / Dorian Jullien, Qu'est-ce que «l'exception culturelle française» dans le cinéma et est-elle vraiment en danger?, in: Le Monde, 6.6.2023.
- ⁷⁰ Vgl. Unifrance, Figures and trends for the French film and audiovisual industries abroad in 2022, 10.1.2023, <https://en.unifrance.org/news/16508/figures-and-trends-for-the-french-film-and-audiovisual-industries-abroad-in-2022>
- ⁷¹ Zit. nach Jean-Michel Frodon, Le cinéma français. De la nouvelle vague à nos jours, Paris 2010, S. 58.
- ⁷² Vgl. Arcom, Les quotas de chansons à la radio, <https://www.arcom.fr/nous-connaître-nos-missions/promouvoir-et-protéger-la-creation/les-quotas-de-chansons-la-radio>
- ⁷³ Vgl. Französisches Kulturministerium, Aides à la presse, Classement des titres de presse aidés, <https://www.data.gouv.fr/fr/datasets/aides-a-la-presse-classement-des-titres-de-presse-aides/>
- ⁷⁴ Vgl. Le Clézio: la langue française est celle «de toutes les personnes qui la parlent», in: L'Express, 15.10.2024, <https://www.lexpress.fr/societe/le-clezio-la-langue-francaise-est-celle-de-toutes-les-personnes-qui-la-parlent-ILSNPYXKZ5EFVLJ7OPNQ44ZEEU/>
- ⁷⁵ Vgl. Alexis Bisson, JO Paris 2024: pourquoi la dépollution de la Seine a-t-elle coûté 1,4 milliard d'euros?, in: Le Parisien, 17.7.2024, <https://www.leparisien.fr/jo-paris-2024/jo-paris-2024-pourquoi-la-depollution-de-la-seine-a-t-elle-coute-14-milliard-deuros-17-07-2024-BQHVVWCASIRHCBOA4N2EPKYS5LE.php>
- ⁷⁶ Alle Daten nach INJEP (Institut national de la jeunesse et de l'éducation publique), Les chiffres clés du sport, 2023, S. 27, <https://injep.fr/wp-content/uploads/2024/03/Chiffres-cles-sport-2023.pdf>
- ⁷⁷ Zit. nach L'Equipe, Guide historique, Tour de France, 109e édition, 1er-24 juillet 2022, S. 2, https://storage-aso.lequipe.fr/ASO/cycling_tdf/guide-historique-2022.pdf
- ⁷⁸ Vgl. Denis Ménétrier, Football: plus de 1000 joueurs français expatriés, France info, 20.5.2023, https://www.francetvinfo.fr/sports/football-plus-de-1000-joueurs-francais-expatriés-dans-le-monde-pourquoi-les-footballeurs-tricolores-s-exportent-ils-autant_5830922.html
- ⁷⁹ Sarah Younan, Luxe: 20.000 emplois sont à pourvoir en France d'ici 2025, in: Capital, 30.09.2023, <https://www.capital.fr/economie-politique/luxe-20-000-emplois-sont-a-pourvoir-en-france-dici-2025-1480686>
- ⁸⁰ Vgl. Ministère de l'économie et des finances, Direction générale des entreprises: La filière mode et luxe, 24.9.2024, <https://www.entreprises.gouv.fr/secteurs-dactivite/industrie/les-comites-strategiques-de-filiere/la-filiere-mode-et-luxe>

Literatur

Defrance, Corine / Pfeil, Ulrich (Hg.):

Länderbericht Frankreich. Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 2021.

Defrance, Corine / Pfeil, Ulrich:

Eine Nachkriegsgeschichte in Europa 1945–1963 (= Deutsch-französische Geschichte, Bd. 10), Darmstadt 2011.

Kempf, Udo: Das politische System Frankreichs, Wiesbaden 2017.

Klemm, Stephan: Tour de France.

Kein Berg zu hoch, kein Weg zu weit, Hamburg 2024.

Loth, Wilfried: Charles de Gaulle, Stuttgart 2015.

Loth, Wilfried: Fast eine Revolution.

Der Mai '68 in Frankreich, Weinheim 2018.

Lüsebrink, Hans-Jürgen: Frankreich.

Wirtschaft, Gesellschaft, Politik, Kultur, Mentalitäten. Eine landeskundliche Einführung, Stuttgart 2024.

Magro, Jean-Marie: Radatouille. Meine Tour de France zu Burgund, Baguette und Banlieues, München 2025.

Meyer-Landrut, Nikolaus: Frankreich, Betrachtungen zu Geschichte und Gegenwart, Vachendorf 2021.

Miard-Delacroix, Hélène: Im Zeichen der europäischen Einigung: 1963 bis zur Gegenwart (= Deutsch-französische Geschichte, Bd. 11), Darmstadt 2011.

Minkmar, Nils: Das geheime Frankreich. Geschichten aus einem freien Land, Frankfurt am Main 2017.

Münchhausen, Thankmar von: Paris. Geschichte einer Stadt seit 1800, München 2017.

Pantel, Nadia: Das Camembert-Diagramm. Ein etwas anderes Frankreich-Porträt, Hamburg 2025.

Reinhardt, Volker: Esprit und Leidenschaft. Kulturgeschichte Frankreichs, München 2025.

Requate, Jörg: Frankreich seit 1945, Göttingen 2011.

Uterwedde, Henrik: Frankreich – Eine Länderkunde, Leverkusen 2022.

Waechter, Matthias: Geschichte Frankreichs, München 2023.

Waechter, Matthias: Geschichte Frankreichs im 20. Jahrhundert, München 2019.

Waechter, Matthias: Der Mythos des Gaullismus. Heldenkult, Geschichtspolitik und Ideologie, Göttingen 2016.

Waechter, Matthias: Helmut Schmidt und Valéry Giscard d'Estaing. Auf der Suche nach Stabilität in der Krise der 70er Jahre, Bremen 2011.

Wickert, Ulrich: Salut les amis. Meine Geschichte der deutsch-französischen Beziehungen, München 2024.

Wiegel, Michaela: Emmanuel Macron. Ein Visionär für Europa – eine Herausforderung für Deutschland, München 2022.

Internetadressen

Podcast zu aktuellen politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Themen in Frankreich:

<https://franko-viel.de/>

Onlinezeitschrift mit aktuellen Beiträgen zu Politik, Wirtschaft, Geschichte und Kultur in Frankreich:

<https://dokdoc.eu/>

Blogs:

<https://www.france-blog.info/>

<https://meinfrankreich.com/>

Bildnachweis

Trotz intensiver Recherche konnte nicht in allen Fällen der fotografische Urheber und/oder Rechteinhaber zweifelsfrei ermittelt werden. Berechtigte Ansprüche werden selbstverständlich im Rahmen der üblichen Vereinbarungen abgegolten.

Titelbild

KENZO TRIBOUILLARD / AFP via Getty Images

Einleitung

S. 4 JACQUES DEMARTHON / AFP via Getty Images

S. 6 Chun Ju Wu / Alamy Stock Foto

S. 9 DFJW/OFAJ

S. 11 BArch, B 145 Bild-F015892-0010 / Wegmann, Ludwig

S. 14 MARCEL MOCHET / Staff / AFP via Getty Images

S. 15 picture alliance / Photoshot | -

Kapitel 1

S. 18/19 Mike Reid Photography / Moment via Getty Images

S. 21 PHILIPPE HUGUEN / Staff / AFP via Getty Images

S. 23 oben Boris Stroujko / Alamy Stock Foto

S. 23 unten Francois Roux / Alamy Stock Foto

S. 25 Elena Dijour / Alamy Stock Foto

Kapitel 2

S. 28/29 @diana_jarvis / Alamy Stock Foto

S. 31 World History Archive / Alamy Stock Foto

S. 40 IanDagnall Computing / Alamy Stock Foto

S. 48 ToucanWings (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Vue_a%C3%A9rienne_du_domaine_de_Versailles_par_ToucanWings_-_Creative_Commons_By_Sa_3.0_-_117.jpg), „Vue aérienne du domaine de Versailles par ToucanWings – Creative Commons By Sa 3.0 - 117“, Ausschnitt von KonzeptQuartier GmbH, <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/legalcode>

S. 65 Mouh2ijjel (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:La_statue_de_femir_abdelkader_Alger.jpg), „La statue de femir abdelkader Alger“, Ausschnitt und Bildbearbeitung von KonzeptQuartier GmbH, <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/legalcode>

S. 78 Abaca Press / Alamy Stock Foto

S. 87 Universal Images Group North America LLC / Alamy Stock Foto

S. 88 Hulton Archive / Freier Fotograf / Archive Photos via Getty Images

S. 93 Keystone / Freier Fotograf / Hulton Archive via Getty Images

S. 96 ullstein bild - ullstein bild

S. 99 Dominique BERRETTY / Gamma-Rapho via Getty Images

S. 102 Abaca Press / Alamy Stock Foto

Kapitel 3

- S. 104/105 picture alliance / NurPhoto | Artur Widak
- S. 106 picture alliance / akg-images | akg-images
- S. 108 picture alliance / ASSOCIATED PRESS | Pierre Godot
- S. 110 BArch, B 145 Bild-00108927 / Schaack, Lothar
- S. 112 Keystone-France / Gamma-Keystone via Getty Images
- S. 116 - / AFP via Getty Images
- S. 117 picture alliance / dpa | Yoan Valat
- S. 118 Michel LAURENT / Gamma-Rapho via Getty Images
- S. 123 Abaca Press / Alamy Stock Foto
- S. 124 picture alliance / YANNICK COUPANNEC/Leemag | ©YANNICK COUPANNEC/Leemag
- S. 127 IMAGO / Panoramic by PsnewZ
- S. 131 picture alliance / Hans Lucas | Pat Batard
- S. 133 Jean-Philippe Tournut / Moment via Getty Images
- S. 137 picture alliance / ASSOCIATED PRESS | Ludovic Marin

Kapitel 4

- S. 138/139 SOPA Images Limited / Alamy Stock Foto
- S. 141 Photo © Gusman / Bridgeman Images
- S. 145 FRANCK CHAPOLARD / Alamy Stock Foto

S. 147 © Bridgeman Images

- S. 148 © AGIP / Bridgeman Images
- S. 149 picture alliance / AP | EUSTACHE CARDENAS
- S. 151 NurPhoto SRL / Alamy Stock Foto
- S. 153 picture alliance / ZUMAPRESS.com | Karine Pierre
- S. 155 picture alliance/dpa | Frederic Speich

Kapitel 5

- S. 156/157 Tim Graham / Alamy Stock Foto
- S. 159 Sergey Komarov-Kohl / Alamy Stock Foto
- S. 160 picture-alliance / dpa | AFP
- S. 161 Hans Geisen, Sammlung Cartoon-museum Basel – Zentrum für narrative Kunst
- S. 163 BArch, B 145 Bild-00157981 / Fassbender, Julia
- S. 165 World History Archive / Alamy Stock Foto
- S. 167 picture-alliance/ dpa/dpaweb | Alfred
- S. 170 Abaca Press / Alamy Stock Foto

Kapitel 6

- S. 172/173 Bloomberg / Bloomberg via Getty Images
- S. 178 picture alliance / via REUTERS | ALAIN JOCARD
- S. 179 Didier ZYLBERYNG / Alamy Stock Foto
- S. 180 Photo12/lllustration

- S. 182** imageBROKER/Peter Seyfferth / imageBROKER via Getty Images
- S. 182** Hilke Maunder / Alamy Stock Foto
- S. 185** JACK GUEZ / AFP via Getty Images
- S. 186** picture-alliance / dpa | Alfred
- S. 190** Jibi44 (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Parc_éolien_en_mer_de_Saint-Nazaire_1.jpg), Ausschnitt von KonzeptQuartier GmbH, <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode>
- S. 191** CHARLY TRIBALLEAU / Freier Fotograf / AFP via Getty Images
- S. 193** picture alliance / REUTERS | Benoit Tessier
- S. 194** VCG / Visual China Group via Getty Images
- S. 197** picture alliance / AP Photo | CHRISTOPHE ENA

Kapitel 7

- S. 198/199** picture alliance / abaca | Jumeau Alexis/ABACA
- S. 201** © VG Bild-Kunst, Bonn 2025
- S. 204** - / AFP via Getty Images
- S. 206** LE PICTORIUM / Alamy Stock Foto
- S. 207** directphoto.bz / Alamy Stock Foto
- S. 209** ALAIN JOCARD / AFP via Getty Images
- S. 211** NurPhoto / NurPhoto via Getty Images
- S. 213** Abaca Press / Alamy Stock Foto
- S. 214** Patrick AVENTURIER / Gamma-Rapho via Getty Images

- S. 215** Abaca Press / Alamy Stock Foto
- S. 217** picture alliance / Hans Lucas | Xose Bouzas
- S. 221** IMAGO / ABACAPRESS

Kapitel 8

- S. 222/223** BSIP SA / Alamy Stock Foto
- S. 226** Keystone-France / Gamma-Rapho via Getty Images
- S. 228** Fausto Marci / Alamy Stock Foto
- S. 231** KK Travel / Alamy Stock Foto
- S. 233** Photo Researchers / Archive Photos via Getty Images
- S. 234** Jacques Hailot / Sygma via Getty Images
- S. 237** PHILIPPE HUGUEN / AFP

Kapitel 9

- S. 238/239** KENZO TRIBOUILLARD / Freier Fotograf / AFP via Getty Images
- S. 241** Belle Vue / Alamy Stock Foto
- S. 242** Andia / Alamy Stock Foto
- S. 244** MEHDI FEDOUACH / Staff / AFP via Getty Images
- S. 245** Serge Mouraret / Alamy Stock Foto
- S. 247** Jurate Buiviene / Alamy Stock Foto
- S. 250** picture alliance / NurPhoto | Elyxandro Cegarra

Kapitel 10

S. 252/253 Steve Tulley / Alamy Stock Foto

S. 255 picture alliance / dpa | Peter Kneffel

S. 256 Hans Blossey / Alamy Stock Foto

S. 257 LianeM / Alamy Stock Foto

S. 258 Chris Willson / Alamy Stock Foto

S. 259 JOHN KELLERMAN / Alamy Stock Foto

S. 261 picture alliance / ASSOCIATED PRESS | Bernat Armangué

S. 262 Abaca Press / Alamy Stock Foto

S. 266 Abaca Press / Alamy Stock Foto

S. 268 Thesupermat (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Vue_globale_de_la_BNF1_1.jpg), Ausschnitt von KonzeptQuartier GmbH, <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode>

S. 269 Arthur Weidmann ([https://commons.wikimedia.org/wiki/File:La_Défense_depuis_l'Arc_de_Triomphe_Janvier_2023_\(cropped\).jpg](https://commons.wikimedia.org/wiki/File:La_Défense_depuis_l'Arc_de_Triomphe_Janvier_2023_(cropped).jpg)), Ausschnitt von KonzeptQuartier GmbH, <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode>

S. 270 Jacques Pavlovsky / Sygma via Getty Images

S. 272 JEAN-PHILIPPE KSIAZEK / AFP via Getty Images

S. 275 SilverScreen / Alamy Stock Foto

S. 279 Abaca Press / Alamy Stock Foto

S. 282 Gerard AIME / Gamma-Rapho via Getty Images

S. 285 Patrick AVENTURIER / Gamma-Rapho via Getty Images

S. 287 RICCARDO MILANI / AFP via Getty Images

S. 288 DIARMID COURREGES / Freier Fotograf / AFP via Getty Images

S. 290 Jacques Pavlovsky / Sygma via Getty Images

S. 293 Claude Truong-Ngoc / Wikimedia Commons – cc-by-sa-3.0 (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Strasbourg_manifestation_Charlie_Hebdo_11_janvier_2015-2.jpg), „Strasbourg manifestation Charlie Hebdo 11 janvier 2015-2“, Ausschnitt von KonzeptQuartier GmbH, <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/legalcode>

Kapitel 11

S. 294/295 Karwai Tang / WireImage via Getty Images

S. 297 AMAURY CORNU / AFP via Getty Images

S. 299 Peter Goding / Alamy Stock Foto

S. 302 picture alliance / Roth | Roth

S. 304 Pierre-Selim Huard (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:2014_W6N_-_France_vs_Italy_-_6085.jpg), „2014 W6N – France vs Italy – 6085“, Ausschnitt von KonzeptQuartier GmbH, <https://creativecommons.org/licenses/by/3.0/legalcode>

S. 305 Kremlin Pool / Alamy Stock Foto

S. 307 Catherine Steenkeste / Getty Images Sport via Getty Images

S. 308 STAFF / Staff / AFP via Getty Images

Kapitel 12

S. 310/311 David A. Barnes / Alamy Stock Foto

S. 312 Pascal Le Segretain / Staff / Getty Images Entertainment via Getty Images

S. 314 incamerastock / Alamy Stock Foto

S. 316 Chris Craggs / Alamy Stock Foto

S. 318 Historic Images / Alamy Stock Foto

S. 320 picture alliance / Christian Böhmer/dpa | Christian Böhmer

S. 326 WWD / Penske Media via Getty Images

S. 329 Svetlana Day / Alamy Stock Foto

Noch mehr zu Frankreich?!



Länderbericht Frankreich

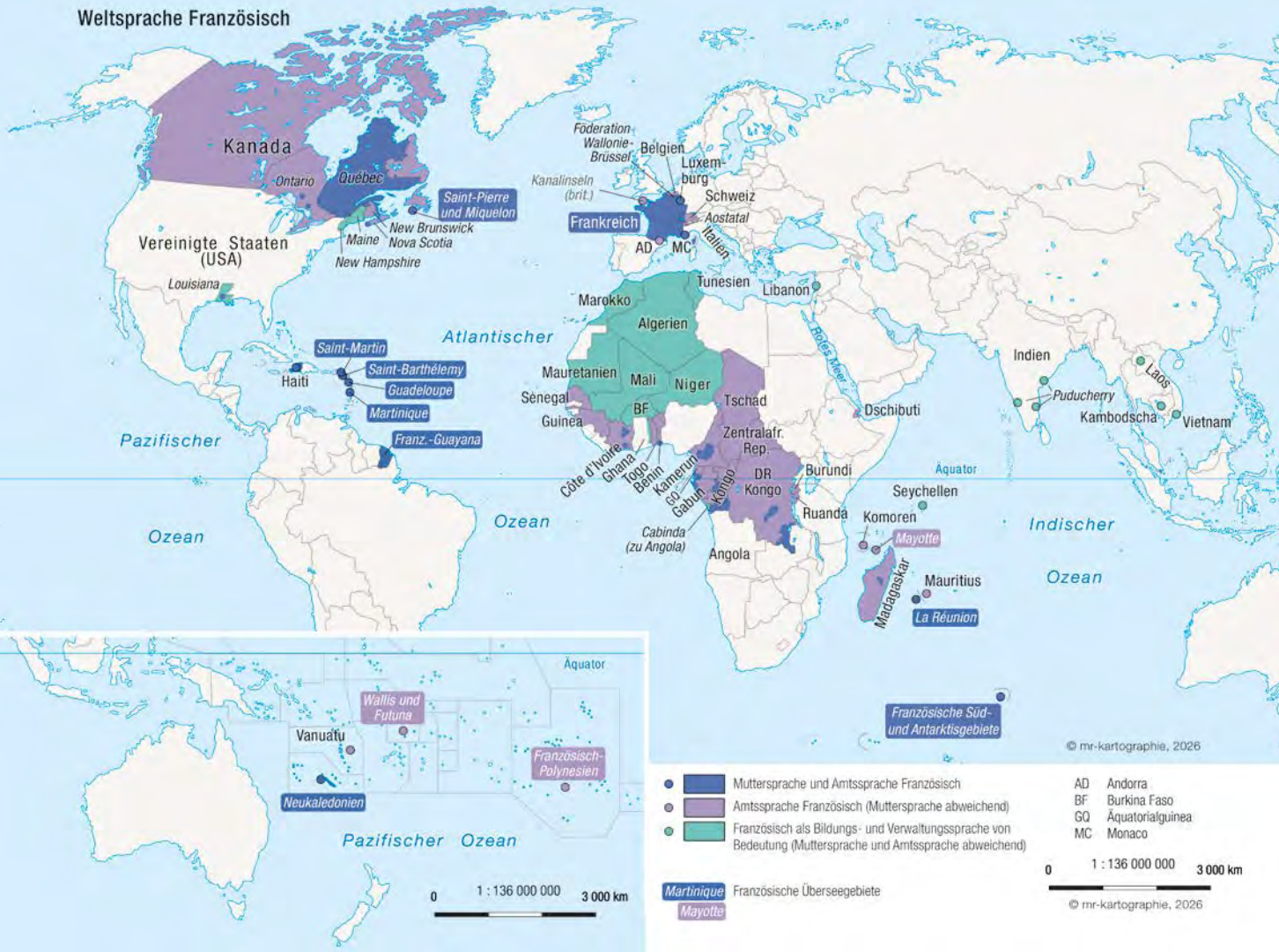
herausgegeben von Corine Defrance und Ulrich Pfeil

www.bpb.de/343164



Weitere Publikationen unter:
www.bpb.de/shop

Weltsprache Französisch



- Muttersprache und Amtssprache Französisch
- Amtssprache Französisch (Muttersprache abweichend)
- Französisch als Bildungs- und Verwaltungssprache von Bedeutung (Muttersprache und Amtssprache abweichend)

Martinique Französische Überseegebiete
 Mayotte

© mr-kartographie, 2026

- AD Andorra
- BF Burkina Faso
- GC Äquatorialguinea
- MC Monaco

0 1 : 136 000 000 3 000 km

© mr-kartographie, 2026

Zum Autor



Matthias Waechter ist Historiker und befasst sich seit mehreren Jahren mit französischer Politik, Gesellschaft und Geschichte. Nach seiner Promotion und Habilitation an der Universität Freiburg lehrt er seit über 25 Jahren in Frankreich. Er veröffentlichte Bücher, u. a. über Charles de Gaulle und den Gaullismus, Valéry Giscard d'Estaing und Helmut Schmidt, sowie zur französischen Geschichte, insbesondere im 20. Jahrhundert. Er lebt mit seiner Familie in Nizza, wo er das europäische Hochschulinstitut CIFE leitet.